

187/KOMM XXIV. GP

KORRIGIERTE FASSUNG laut Beschluss gemäß § 23 VO-UA vom 10. Mai 2012
(siehe Anhang bzw. Fußnoten)

Kommuniké

**des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
(910/GO XXIV. GP)**

Untersuchungsausschussprotokoll der 12. Sitzung vom 27. Februar 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL

**Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen**

12. Sitzung/ öffentlicher Teil

vom 27. Februar 2012

Gesamtdauer der Sitzung:

10.09 Uhr – 17.56 Uhr

Wien, 2012 02 27

Mag. Wolfgang Gerstl

Schriftführer

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

12. Sitzung/ öffentlicher Teil

Montag, 27. Feber 2012

Gesamtdauer der 12. Sitzung
10.09 Uhr – 17.56 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(12. Sitzung; Montag, 27. Feber 2012)

<i>Klaus WITTAUER</i>	3
<i>Mag. Andreas KRENN</i>	64
<i>Dr. Peter MICHAELIS</i>	99

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen beginnen um 10.09 Uhr und finden bis 10.11 Uhr unter **Ausschluss** der **Öffentlichkeit** statt. (gesonderte **Auszugsweise Darstellung, nichtöffentlicher Teil.**)

10.12

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet – um 10.12 Uhr – zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, die erste Auskunftsperson in den Sitzungssaal zu bitte.

10.13

Auskunftsperson Klaus Wittauer

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Klaus Wittauer** als **Auskunftsperson**.

Herr Wittauer, ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre Pflicht zur **Angabe** der **Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern.

Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Inzwischen darf ich die **Vertrauensperson** auch um ihre Personaldaten ersuchen. Ihr vollständiger Name lautet: Mag. Ewald Scheucher, geboren: 9. November 1960, Anschrift: Wien.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mag. Ewald Scheucher als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Es besteht kein Einwand gegen Mag. Ewald Scheucher als Vertrauensperson.

Ich habe auch Sie, Herr Mag. Scheucher, über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der **Belehrung** für die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Strafrechtliche Folgen können daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben. Ihre Aufgabe ist die Beratung der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Jetzt darf ich, bevor ich dann noch zu den Daten der Auskunftsperson komme, die Damen und Herren der Medien kurz über **feuerpolizeiliche Vorschriften** informieren. Bei den letzten Sitzungen des Untersuchungsausschusses wurden mehr Stühle in den Saal getragen, als feuerpolizeilich erlaubt sind. Wir müssen die **Fluchtwege** freihalten. Darum wurden heute weniger Stühle aufgestellt, es bestehen aber Stehplätze. Es ist halt leider wirklich wie in der Oper oder im Burgtheater. Sie müssen teilweise mit Stehplätzen vorliebnehmen. Aber die Vorschrift verlangt es auch zu Ihrer eigenen Sicherheit.

Ihr vollständiger Name lautet: Klaus Wittauer. Geburtsdatum: 30. Juni 1960. Anschrift: Ampass. Beruf: Landwirt. Somit sind Sie auch nicht zeitweise als öffentlicher Bediensteter tätig gewesen.

Herr Wittauer! Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein genereller Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann nicht geltend gemacht werden.

Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Frau Vorsitzende! Ich halte es für schwer nachvollziehbar, dass wir hier mit den Befragungen fortsetzen, wenn am Wochenende aufgetaucht ist, dass **Aktenschwäzungen** in umfangreichstem Maße zu folgenden Jagdveranstaltungen des Herrn Mensdorff-Pouilly stattgefunden haben, die auch für die Aufklärung des Sachverhaltes ganz relevant sind. Ich habe hier ein Dokument, eine Jagdkarte vom 12. November 2006. Teilnehmer war unter anderem Dr. Michael Fischer, jene Person, die auch seitens der Telekom vorige Woche zwangssuspendiert wurde.

Das heißt, ich halte es für nötig, dass wir zuerst im Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte diese inakzeptablen Aktenschwäzungen klären, die auf politische Vertuschung hindeuten, dann vor allem auch zu klären, wer geschwärtzt hat. Ich halte dazu fest, dass ja wir die Akten vom Ministerium übermittelt bekommen und **nicht** vom Finanzamt, das hier der Schwäzungen bezichtigt wird. Das heißt, es gilt dringend zu klären: Wer hat die Akten geschwärtzt? Sind die Akten bereits seitens des Finanzamtes geschwärtzt in das Finanzministerium gekommen oder wurden die Akten geschwärtzt vom Finanzministerium an den Untersuchungsausschuss weitergeleitet?

Aber noch einmal: Es ist unmöglich, hier Befragungen zur Telekom durchzuführen, wenn zentrale Aktenbestandteile, die auch die Telekom-Causa umfassen, aus politischen Gründen geschwärtzt wurden. Das ist eine inakzeptable Vorgangsweise. Ich darf an den Konsens zwischen allen Fraktionen erinnern, dass wir **keinerlei** Schwäzungen zur Kenntnis nehmen und akzeptieren.

Die Frau Vorsitzende darf ich dringend ersuchen, hier einzuschreiten und das auch im Rahmen ihrer Vorsitzfunktion zu klären. Der Untersuchungsausschuss kann und darf sich das nicht gefallen lassen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Erstens zur Vorgangsweise. Wir haben eine Übereinkunft, die lautet: zur Geschäftsordnung eine kurze Runde. Wenn es dringender ist, dann wird die Geschäftsordnungsdebatte unter Ausschluss der Öffentlichkeit als organisatorische Sitzung weitergeführt. – Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Ich bin im engen Kontakt mit den Justiz- und mit den InnenressortbeamtInnen, ebenso mit jenen vom Finanzministerium. Deswegen wird auch morgen eine Fraktionssitzung geplant. Wenn Sie nicht teilnehmen können, müssen wir einen anderen Weg finden. Das nur zum Umgang mit der Frage der Schwärzung von Akten. Wir haben heute das Beweisthema **e** und **f**. Die Schwärzungen betreffen die Beweisthemen a., b. und c.“. Wir können sie gerne diskutieren, nur möchte ich auf die Verfahrensökonomie und die begrenzte Zeit hinweisen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Frau Vorsitzende! Ich bin natürlich zu jeder Diskussion gerne bereit, auch über die Frage dieser doch sehr eigenwilligen Aktenvorlage. Nur ich glaube, wir werden da unter uns kaum einen Diskurs haben, denn wir sind eines Sinnes, dass derart geschwärzte Akten schlicht und einfach **inakzeptabel** sind. Alle Fraktionen sind am Beginn des Ausschusses übereingekommen, dass wir **geschwärzte Akten nicht akzeptieren**.

Ich teile vor allem auch die Position der Frau Vorsitzenden, die sie heute Morgen kundgetan hat, dass man dem Finanzressort eine entsprechende Nachfrist gibt und dann davon auszugehen ist, dass es zu keiner Übermittlung von geschwärzten Akten kommt. Ich denke, dass es gerade im Lichte der Person, die hier betroffen ist, wirklich sehr eigenartig anmutet, dass das Finanzamt Eisenstadt Aktenteile übermittelt, die ja völlig unkenntlich gemacht sind, dass etwa aus dem Jahr 2003 überhaupt nur ein Deckblatt übermittelt wird. Also das ist ja geradezu eine „Frotzelei“ dem Ausschuss gegenüber und aus meiner Sicht ebenso inakzeptabel.

Im Übrigen würde ich mich auch für die Bestellung von Jagden am dortigen Gut interessieren, weil ja auch etwa die Connect Austria“-Gesellschaft dort Jagden bestellt hat. Auch das würde ich sehr gerne in der Folge diskutieren.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich glaube, das ist in dieser Klarheit nur zu unterstreichen. Es ist völlig unakzeptabel, dass die zu prüfenden Gruppierungen der Exekutive uns vorschreiben, was wir prüfen können und was nicht. Und es gibt ja jetzt eine Mitteilung aus dem Finanzministerium, dass das überprüft wird, allerdings mit dem Hinweis, dass die Frage der Schwärzung dann dort geklärt wird, nämlich was zu schwärzen ist. Das ist natürlich genauso unakzeptabel, so wie der Kollege Amon gesagt hat, es kommen sämtliche und es sind auch sämtliche Steuerakten bis dato ungeschwärzt hereingekommen. Das ist einfach durchzusetzen und alles andere ist unakzeptabel.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Frau Vorsitzende! Es ist alles richtig. Ich glaube, wir brauchen auch jetzt keine Unterbrechung. Es ist geklärt, der Ausschuss bekommt ausschließlich **ungeschwärzte** Akten. Was darüber hinaus zu tun ist, ist vielleicht eine andere Sache, wie es dann mit der Geheimhaltung aussehen wird. Aber das ist im Vorfeld bereits klar gewesen. Daher ist es auch unakzeptabel, dass wir vom Ministerium ausgerichtet bekommen, jetzt werden die Schwärzungen geprüft, was geschwärzt bleibt und was nicht.

In Wirklichkeit muss heute, von Ihnen Frau Vorsitzende beziehungsweise von der Frau Präsidentin, die Frau Finanzministerin dringend ersucht werden, das ganz einfach und rasch ungeschwärzt vorzulegen. Ansonsten würde ich für die Frau Bundesministerin gerne schon für den 13., 14. und 15. März einen Termin für die Vorladung finden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich glaube, dass das nur ein Teil des Problems ist. Ich würde die Frau Vorsitzende ersuchen – und gleich einmal nachfragen, ob da ein Einspruch von Seiten der anderen Fraktionen besteht –, mit der Finanzministerin nicht nur zu klären, dass wir sofort, das heißt diese Woche noch, sämtliche Akten ungeschwärzt kriegen, aber zumindest genauso wichtig ist, dass wir diese geschwärzten Finanzamtsakten nur bis inklusive 2007 bekommen haben.

Die wichtigen Vorgänge in Bezug auf Mensdorff-Pouilly stammen aus dem Jahr 2008. Das „Projekt Alpha“ 2008, die 1,1 Millionen € Alpha-Schmiergelder 2008, die letzte Jagdabrechnung, Treibjagd mit Markus Beyrer und anderen, Jänner 2008. Das steht alles in den Umsatzsteuererklärungen 2008 drinnen, wenn es überhaupt drinnen steht. Ebenfalls 2009, 2010.

Das heißt, ich ersuche auch, zu klären, warum uns die entscheidenden Umsatzsteuererklärungen komplett vorenthalten worden sind, zu klären, ob die Ministerin in der Lage ist, uns sämtliche beim Finanzamt vorliegenden Umsatz- und sonstigen Steuererklärungen von Herrn Mensdorff-Pouilly diese Woche ungeschwärzt zu liefern, das heißt inklusive 2008, 2009, 2010 und so weiter.

Und dann gibt es noch ein letztes Faktum: Die letzte Betriebsprüfung bei Mensdorff-Pouilly hat **2006** stattgefunden. Da sind sämtliche Jagden überprüft worden. Da sind auch die Jagdeinladungen und -abrechnungen in der Beilage der Betriebsprüfung angeführt und in Kopie beigelegt. Und es würde mich wundern, wenn es nach den massiven öffentlichen und staatsanwaltschaftlichen Vorwürfen **keine** weitere Betriebsprüfung bei den fünf in Frage kommenden Firmen von Mensdorff-Pouilly gegeben hätte.

Deswegen ersuche ich, nachzufragen, ob es noch **sonstige Betriebsprüfungen** gegeben hat, wenn Nein, warum da vorsätzlich oder aus Schlamperei die wichtigen Jahre nicht überprüft worden sind, und der Vollständigkeit halber auch nachzufragen, ob uns über alle fünf möglichen Mensdorff-Pouilly-Betriebe, inklusive den Rechnungen, die über Heinrich Mensdorff-Pouilly gelaufen sind, die beiden Budapester und die beiden österreichischen Adressen, wirklich alles vorliegt – oder ob wir von den Jahren 2000 bis 2007 nur ganz bestimmt Auszüge aus dem Burgenland bekommen haben.

Es muss doch von Seiten der Staatsanwaltschaften und von Seiten der Finanzstrafbehörden Interesse bestehen, auch an mit den Wiener und den Budapester Adressen im Zusammenhang stehende Unterlagen zu kommen. Und ich würde ersuchen, falls da kein Widerspruch von anderen Fraktionen besteht, dass die Frau Vorsitzende das direkt der Finanzministerin als dringendes Ersuchen des Parlaments mit Erledigungsfrist noch Ende dieser Woche mitteilt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich werde in diesem Sinne im Laufe des Tages ein entsprechendes Schreiben an die Frau Ministerin richten. Ich kann das als Entwurf vorher noch den Fraktionen zugehen lassen, sodass wir uns auf schnellstem Wege an das Finanzressort wenden können.

Wir kommen nun zu den Darlegungen des Herrn Wittauer.

Auskunftsperson Klaus Wittauer: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Herr Verfahrensanwalt! Dieser Untersuchungsausschuss hat meines Erachtens ein Grundproblem. Er verlegt die Wahrheitsfindung aus dem hierfür verfassungsgemäßen Ort, nämlich dem ordentlichen Gericht, in den „Gerichtshof der öffentlichen Meinung“. Aus diesem Grund scheint es wichtiger zu sein, welche

Summen, welche Parteien, welche Namen genannt werden, als tatsächlich die politische Verantwortung zu finden und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern aufzudecken, wie unsere Republik zurzeit, ja eigentlich seit Jahren und Jahrzehnten, tatsächlich funktioniert.

Als ich von meiner Auslandsreise zurückkehrte, war ich wieder einmal sehr überrascht, wie die Medien Unrichtiges und Nichtausgerechtes beziehungsweise der Abgeordnete Petzner, geschützt durch seine Immunität, interessengeleitete Unwahrheiten verbreiten. In den vergangenen Monaten – und ich erinnere mich ganz genau, es hat im August 2011 angefangen – wurde ich in allen Medien, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, als schuldig dargestellt. Über den augenzwinkernden Schlusssatz „Es gilt die Unschuldsvermutung!“ ist eigentlich auch alles erlaubt.

Wer hat schon mitbekommen, dass die Staatsanwaltschaft vor einigen Tagen das Strafverfahren gegen Notenbankchef Ewald Nowotny im angeblichen Korruptionsskandal um die Oesterreichische Banknotendruckerei, OeBS, eingestellt hat? Die Einleitung des Verfahrens hingegen schafft es auf die Titelseite.

Ganz gleich, wie die Entscheidung des Staatsanwaltes oder allenfalls eines Gerichtes in meinem Fall sein wird: Meine mediale Verurteilung ist nicht mehr rückgängig zu machen.

In Zukunft werde ich damit leben müssen. Auch wenn ich gelernt habe, damit zurechtzukommen, so gibt es auch andere, die Familie, Freunde, Angestellte, die darunter leiden müssen. Denken Sie darüber einmal nach, ob es da nicht auch eine Art von politischer Verantwortung gibt! Wie wir alle wissen, gibt es eine lange Tradition der Parteienfinanzierung, die nicht nur die FPÖ und das BZÖ betrifft, sondern, wie gesagt, jahrzehntelang gang und gäbe ist. Kontaktaufnahmen und Angebote werden von Firmen zu den Parteien getragen – und in den meisten Fällen nicht umgekehrt. Man kann nicht behaupten, es betrifft nur die FPÖ und das BZÖ seit ihrer Regierungsbeteiligung, sondern die Wirtschaft und die Interessenverbände haben **immer** Parteien unterstützt.

Der Finanzbedarf der politischen Parteien hierzulande ist enorm, das wissen Sie alle, und diese Bedürfnisse kann hierzulande offensichtlich nicht einmal die höchstdotierte Parteienförderung der Welt befriedigen. Im Hinblick auf dieses Geld der Steuerzahler sollten wir alle uns vielleicht die inzwischen legendäre Frage: Wo waren meine Leistungen?, stellen.

Wenn es um eine politische Verantwortung geht, reicht sie daher bei den Abgeordneten der Vergangenheit, dadurch auch bei mir, bis hin zu den heute gewählten Mandataren.

Es fehlen Gesetze, aber – wichtiger noch – weitestgehend auch eine bestimmte persönliche republikanische Gesinnung und eine innere Abgrenzung zu dem Systemfehler, um diese Graubereiche abzuschaffen.

Letztlich weiß jede/jeder ganz genau, was Recht und Unrecht ist. Eine andere, sei es politische oder strafrechtliche Verantwortung als die oben dargestellte, habe ich nicht. Um das klar zu sagen und damit das Wesentliche vorwegzunehmen: Ich war und bin kein BZÖ-Pate, kein krimineller Nehmer, kein Geldverteiler. Ich habe einmal auf Ersuchen einen Kontakt hergestellt – und das war's. Und das machen Politikerinnen und Politiker ständig, das ist Teil ihrer Aufgabe.

Zum Abschluss noch ein Wort zu Ihnen, Herr Abgeordneter Petzner: Zum damaligen Zeitpunkt war das BZÖ Dr. Jörg Haider. Im Gegensatz zu Ihnen war ich nie sein Sekretär und ich habe auch nie seine Taschen getragen. Ich genieße noch heute die Sonne am Himmel und gehe in niemandes Schatten durchs Leben.

Alle wissen, die Chancen des BZÖ, im Jahr 2006 in den Nationalrat zu kommen, waren äußerst gering. Nur durch den persönlichen Erfolg von Dr. Jörg Haider in Kärnten ist das gelungen. Die Entscheidung, Andreas Gebauer zum Spitzenkandidaten in Tirol zu machen, wurde von Dr. Haider selbst getroffen – das wissen Sie genau –, da ich eine Kandidatur damals abgelehnt habe. Ich glaube nicht, dass Gebauer ohne einen gewissen Finanzrahmen in den Wahlkampf geschickt worden wäre. Da Sie ein enger Vertrauter von beiden waren, werden Sie darüber vielleicht Bescheid gewusst haben – jedenfalls besser als ich: Ich hatte damit nämlich nichts zu tun.

Herr Abgeordneter Petzner, wenn Sie im ORF in der Sendung „IM ZENTRUM“ behaupten, ich wäre der große Geldverteiler des BZÖ gewesen, ist das, und für Sie im günstigsten Fall, wieder einmal politische Ahnungslosigkeit. Es entspricht jedenfalls nicht der Wahrheit und hilft wahrscheinlich auch nicht gegen befürchtete Rückforderungsansprüche.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Verfahrensanwalt! Ich habe bisher nur mit dem Staatsanwalt und der ermittelnden Behörde gesprochen – dort gehört es meiner Meinung nach auch hin –, selbst wenn das bedeutet, sich widerspruchslos in der Öffentlichkeit durch Medien und auch von dem einen oder anderen Abgeordneten dieses Ausschusses anschütten zu lassen. – Ich danke Ihnen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist sehr treffend, dass ich heute anfangen darf. Grüß Gott, Herr Wittauer! Gleich zur Klärung: Ich war nie der Sekretär des Herrn Haider, sondern immer Pressesprecher (*Klaus Wittauer: Das ist ja etwas Ähnliches!*) und sein stellvertretender Landesparteiobmann. Daher habe ich auch nie Aktentaschen getragen, diese Aufgabe haben andere übernommen. Aber darum geht es ja nicht.

Ich darf auch festhalten, Herr Wittauer, nicht ich stelle irgendwelche Behauptungen auf, sondern ich habe zitiert aus Zeugeneinvernahmen gegenüber den Ermittlungsbehörden und aus bisherigen Zeugenaussagen hier im Ausschuss, und aus diesen Zeugenaussagen geht eines hervor: dass von Pöchinger über Haslinger bis zu Kurt Schmied alle Auskunftspersonen unter Wahrheitspflicht ausgesagt haben – und Sie kennen als Beschuldigter auch die Einvernahmen dieser Personen vor den Ermittlungsbehörden –, dass **Sie** diese Gelder organisiert haben, dass **Sie** bei der Telekom waren und dass **Sie** auch über die Verteilung bestimmt haben.

Aber das werden wir heute noch alles klären und Sie werden ausreichend Möglichkeit bekommen, sich dazu zu äußern. Aber noch einmal: Ich zitiere nur Zeugenaussagen, seien Sie daher nicht auf mich böse, sondern diskutieren Sie das mit den Personen, mit denen Sie das damals organisiert haben, von Schmied über Gastingner bis hin zu Pöchinger (*Zwischenruf von Klaus Wittauer*), Schadler und wie sie auch alle heißen mögen.

Meine erste Frage an Sie, Herr Wittauer, aber lautet folgendermaßen: Können Sie uns in kurzen Worten Ihren politischen Werdegang schildern und vor allem einen Schwerpunkt darauf legen, wie Sie die Gründung des BZÖ gesehen haben, und wie Ihre Rolle, auch politisch, im Zuge der Nationalratswahl 2006 war? Sie haben ja schon gesagt, dass Sie da nicht mehr kandidieren wollten.

Können Sie Ihren politischen Werdegang und die Listenentscheidung im Sommer des Jahres 2006 im Zuge des Wahlkampfes für den Ausschuss noch einmal ausführen?

Klaus Wittauer: Mein politischer Werdegang ist relativ einfach. Das heißt, Frau Susanne Riess-Passer, Dr. Jörg Haider und andere haben damals geglaubt, in mir einen guten Kandidaten für die Europawahl zu sehen. Wahrscheinlich wurden die

landwirtschaftlichen Bereiche nicht abgedeckt, auch im Westen nicht. So bin ich in den Wahlkampf gekommen und bin um einen Platz gescheitert.

Ich war dann bei der Nationalratswahl dabei, bin dann in den Nationalrat eingezogen und war dort schlussendlich bis 2006, also bis die Teilung der FPÖ in zwei Fraktionen stattgefunden hat. Der einzige Sinn war für mich – vor allem Hubert Gorbach hat mich davon überzeugt –, unsere Projekte fertigzustellen und die Regierungsbeteiligung aufrechtzuerhalten, um, sage ich einmal, die Projekte, die wir gemeinsam mit der ÖVP angedacht haben, auch umzusetzen. Und da haben wir auch noch viel gemacht.

Mit 2006 war das fertig. Erstens bin ich insofern sehr verwöhnt, weil es einen riesigen Unterschied macht, ob man in einer Regierungspartei tätig ist oder in der Opposition, und zweitens war es so, dass ich – jetzt sage ich das so – eine Spitzenkandidatur abgelehnt habe und die Bitte, die an mich herangetragen worden ist, auf die Liste raufzugehen. Das ist etwas, was jeder gerne tut, das könnte auch jeder. Also ich war auf keinem wählbaren Platz, das ist auch dargestellt worden: Ich war auf der Landesliste hinten, ich war auf der Bundesliste hinten – ich war halt der einzige Abgeordnete oder Nationalrat im Westen, und das war der einzige Grund.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, das ist ja wichtig zu wissen. Also Sie sagen, Sie waren de facto an unwählbarer Stelle. Kann man das so zusammenfassen? (*Klaus Wittauer: Ja!*)

Das heißt, Ihnen war damals klar aufgrund Ihres Listenplatzes auf der Bundesliste und auf der Wahlkreisliste, auf Basis auch der damaligen Umfragen betreffend das BZÖ, dass mit sehr, sehr hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, dass Sie nach der Nationalratswahl 2006 nicht mehr dem Nationalrat angehören werden. Ist das korrekt?

Klaus Wittauer: Nicht die Wahrscheinlichkeit, sondern die Unmöglichkeit.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Unmöglichkeit, wieder einzuziehen? (*Klaus Wittauer: Ja!*) – Gut.

Wir haben hier dazu den damaligen Bundesgeschäftsführer Arno Eccher befragt, der ein Gespräch bestätigt hat, das unter mehreren Zeugen mit Ihnen stattgefunden hat, wonach Sie dem damaligen Bündnisobmann Peter Westenthaler angeboten hätten, dass, wenn Sie einen fixen Listenplatz bekommen, Sie mehrere 100 000 € Wahlkampfspenden organisieren würden. Westenthaler habe das – so auch die Aussage von Eccher hier im Ausschuss unter Wahrheitspflicht – abgelehnt mit den Worten, Mandate sind nicht käuflich!

Was können Sie sagen zu diesem Gespräch mit dem Bündnisobmann?

Klaus Wittauer: Wenn wir Fasching hätten, dann wüsste ich, was ich zu sagen hätte. Ich muss nur eines, wenn das so wäre, also, das ist ja etwas, was ja ... – Wenn ich etwas Grundsätzliches sagen darf: Ich habe das erste Mal die Gelegenheit – und das ist, sage ich einmal, für mich als Beschuldigter etwas, was gut oder schlecht ist, aber für mich eher gut –, dass ich Dinge höre, die andere sagen. Das erste Mal! Ganz gleich, ob über die Medien oder sonst wie! Jetzt kann ich zum allerersten Mal in den Protokollen nachschauen. Mein eigenes Einvernahmeprotokoll habe ich noch nicht bekommen, auch das wird mir verweigert, das heißt von der Staatsanwaltschaft oder von jenen, die ermitteln: nicht eine Kleinigkeit habe ich gesehen! Das möchte ich hier herinnen auch einmal festhalten. Ich weiß nicht: Ich habe früher ein anderes Verständnis von Rechtstaatlichkeit gehabt, aber es ist so.

Und ich entnehme dem, was ich sehe und was ich lese, Wahrnehmungen, nicht einmal richtige Vermutungen. Also wenn man dann die Zusammenhänge sieht und wenn man dann sagt, Schmied und Sonstige, wie viel Diskrepanz und wie viel auf einmal auch

anders ist, also das ist augenscheinlich. Und ich bin auch froh, dass die Staatsanwaltschaft dorthin wahrscheinlich auch ermitteln wird.

Und jetzt sage ich Ihnen etwas, Herr Abgeordneter Petzner. Wenn ich 500 000 geboten hätte, und jetzt habe ich diesen Zustand der Partei, des BZÖ, und die Parteienfinanzierung, und jetzt sage ich einmal auch dasjenige, was man nicht gehabt hat und dass scheinbar jeder einzelne Abgeordnete noch einen Kredit aufgenommen hat, und ich bin jetzt derjenige, der dem BZÖ eine Million gibt, ohne dass ich eine Kandidatur habe: Also wenn das glaubwürdig ist, dann muss ich fragen, wenn das jemand sagt, dann muss man fragen, warum sagt der das? Warum sagt der das?

Also ich würde eher einmal in mich gehen, Herrn Abgeordneter Petzner, und einmal die eigenen Leute fragen. Vielleicht sagen die Ihnen die Wahrheit.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Wittauer, ich tue gar nichts, sondern ich zitiere hier Zeugenaussagen, die das unter Wahrheitspflicht (*Klaus Wittauer: Nein, Sie zitieren nicht, sondern Sie ...!*) – jetzt bin ich am Wort! –, wie bei Arno Eccher, so gesagt haben. Und der hat gesagt, dieses Gespräch hat stattgefunden, Sie waren dabei, Sie haben das angeboten und Westenthaler hat das abgelehnt. (*Klaus Wittauer: Also jetzt sage ich Ihnen etwas ...!*)

Ich frage Sie noch einmal ganz konkret: Hat das so stattgefunden: ja oder nein?

Klaus Wittauer: Das stimmt nicht. (*Abg. Petzner: Gut, das wollte ich nur wissen!*) Er hat gesagt, er glaubt, oder er kann sich vielleicht erinnern, dass er so etwas gehört hat. Ich habe nicht gehört, dass er bei einem Gespräch dabei war, wo so etwas gesagt worden ist.

Tut mir leid, dieses Gespräch hat nicht stattgefunden. – Okay, dann ist es eine kurze Antwort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte Ihnen die Aussage des Herrn Eccher entgegen, der ganz klar gesagt hat, es hat stattgefunden.

Klaus Wittauer: Das Gespräch hat nicht stattgefunden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, Sie sagen, es hat nicht stattgefunden, das nehme ich zur Kenntnis.

Kurze Frage: Ist es richtig, dass Herr Arno Eccher, dessen Aussage Sie hier als falsch bezeichnet haben, in einem Dienstverhältnis zu Ihnen gestanden ist oder steht, nämlich bei der Firma „**Spa Manufaktur**“, die Ihnen gehört?

Klaus Wittauer: Das stimmt, und vor allem ist eine Lösung ... Aber ich kann es Ihnen ruhig sagen: Ich habe diese Firma gegründet als Nachfolgefirma, nachdem der Vorbesitzer – jetzt muss ich das wirklich sagen – einen großen Schaden angerichtet hat. Diese Firma ist in Konkurs gegangen und der Vorbesitzer ist verurteilt worden wegen betrügerischer fahrlässiger Krida zu 380 Tagsätzen unbeding und einem Jahr bedingt. Da ist es um Hunderttausende an Schaden gegangen! Wir haben ja heute ein unterschiedliches Rechtssystem, wo Bestrafungen unterschiedlich ausgesprochen werden.

Diese Firma wurde gegründet für die Mitarbeiter, wo sie die Anteile dann übernehmen können, das war die einzige Aufgabe, und Arno Eccher hat als Geschäftsführer teilgenommen. Ich war nie operativ und in sonst keiner Weise mit dieser Firma verbunden, außer dass die Halle und alle Maschinen, die darin sind, mir gehören. Und die Firma zahlt Miete an mich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das war mir nur auch wichtig, festzuhalten: Sie haben offensichtlich so viel Vertrauen in den Herrn Eccher, dass er Geschäftsführer in

einer Ihrer Firmen ist, sagen aber hier an dieser Stelle (*Klaus Wittauer: Er war ja auch Geschäftsführer beim BZÖ!*), dass seine Aussagen hier im Ausschuss, unter Wahrheitspflicht, falsch waren. – Jeder möge sich darüber selbst ein Bild machen.

Ich halte Ihnen jetzt konkret vor die Zeugenaussage Schmied: der Ansprechpartner für dieses Budget und für ihn im Rahmen dieses Telekom-Budgets war immer Klaus Wittauer, die Befragung Haslinger, die gegenüber den Ermittlungsbehörden angibt, dass ihr Pöchinger gesagt habe, es sei noch eine zweite Werbekampagne für Wittauer in Tirol zu machen, die er finanziert, nämlich Wittauer.

Beschuldigtenvernehmung Pöchinger, 17.11.:

Wittauer gab bei diesem Treffen an, dass er bereit sei, 100 000 Euro zur Verfügung zu stellen, nämlich für den Gastinger-Vorzugsstimmenwahlkampf. Weiters gab Wittauer bei diesem Gespräch an, dass er eine zweite Kampagne über die von mir genannte Agentur abwickeln wolle, und dass es hier ebenfalls ein Budget geben wird –

das Sie organisieren.

Und so geht das dahin und dahin, und alle Zeugen, von Schmied über Haslinger bis hin zu Phleps, bis hin zu Schadler, bis hin zu Schmied, sagen, Sie, Herr Wittauer, waren der Organisator dieser Gelder.

Das geht auch aus den Einvernahmen hervor, daher frage ich Sie ganz konkret: Waren Sie persönlich bei der Telekom? Haben Sie bei der Telekom Gelder organisiert? Wie haben Sie das gemacht? Was ist die Gegenleistung, und was haben Sie dann mit diesen Geldern weiter getan beziehungsweise welche Verteilung haben Sie vorgenommen?

Und, Herr Wittauer, noch einmal: Ich verweise auf die Zeugenaussagen hier im Ausschuss und auf die Einvernahmen, wo sämtliche Zeugen eine einzige Person als Schlüsselfigur nennen, nämlich Sie, Herr Wittauer. – Nicht ich tue das, sondern die Beschuldigten, die Zeugen tun das.

Klaus Wittauer: Es hat nie einen Persönlichkeitswahlkampf gegeben, nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie bei der Telekom Gelder organisiert: ja oder nein?

Klaus Wittauer: Ich berufe mich auf § 7, Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hat dieses Gespräch stattgefunden, wo Pöchinger und Schadler zu Ihnen gekommen sind und gebeten haben, ob Sie finanziell Unterstützung leisten können für einen Persönlichkeitswahlkampf von Karin Gastinger, damals als Justizministerin?

Pöchinger sagt aus – und er hat das hier unter Wahrheitspflicht ausgesagt und in seiner Beschuldigtenvernehmung –, man sei zu Ihnen gekommen, Sie hätten zugesagt, 100 000 € „aufzustellen“, und erst im weiteren Verlauf dieses Wahlkampfes habe sich dann herausgestellt, dass diese 100 000 €, die Sie tatsächlich aufgetrieben haben, Telekom-Gelder waren.

Können Sie dieses Gespräch bestätigen und die Angaben von Pöchinger und Co. in diesem Zusammenhang?

Klaus Wittauer: Das Schöne ist, dass ich nachher Ihre Feststellungen nachlesen kann. Ich berufe mich auf § 7, Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie wollen und können es auch nicht ausschließen. Das ist ja schon einmal ganz, ganz interessant. Was Sie machen in Ihrer

Beschuldigten... (*Klaus Wittauer: Das ist eine unzulässige Schlussfolgerung*) – Ich mache sie trotzdem.

Was Sie gemacht haben in Ihrer Beschuldigtenvernehmung, Herr Wittauer: Sie berufen sich darauf, dass Sie immer nur den Kontakt hergestellt hätten zwischen den Gebrüder Schmied und Herrn Peter Hohegger. Und Sie nennen da ein Treffen mit dem Herrn Peter Hohegger, das im Frühsommer 2006 im Café Landtmann stattgefunden haben soll.

Können Sie dieses Gespräch schildern: Was hat Hohegger dort gewollt, was haben Sie ihm gesagt, wie ist dieses Gespräch verlaufen?

Klaus Wittauer: Da Sie offensichtlich gut meine Aussage lesen können – danke. Trotzdem: § 7, Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann darf ich Ihnen, wenn Sie schon davon reden, das vorlesen, was Sie hier in Ihrer Beschuldigtenvernehmung vom 13. August 2011 gesagt haben:

Es war für mich auch klar, dass Hohegger einen Lobbying-Auftrag im Zusammenhang mit dem BZÖ erledigen wollte. – Zitatende.

Meine konkrete Frage dazu: Bei diesem Treffen war das für Sie klar – warum war das für Sie so klar und so offensichtlich?

Klaus Wittauer: § 7, Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie sagen dann weiter aus:

Schon am nächsten Tag rief ich die Brüder Schmied an. Auf Nachfrage sprach ich damals mit Kurt Schmied und vereinbarte ein Treffen mit diesem Kurt Schmied.

Was können Sie zu diesem Treffen mit dem Herrn Kurt Schmied angeben?

Klaus Wittauer: Richtig zitiert. (*Abg. Petzner: Bitte?*) Richtig zitiert! Er liest ja aus meiner Aussage vor.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, das ist die Aussage, und ich frage Sie jetzt: Was ist bei diesem Treffen mit Schmied konkret gesprochen und vereinbart worden?

Klaus Wittauer: § 7, Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Warum haben Sie, wenn Sie nur den Kontakt zwischen Hohegger und Schmied herstellen wollten, nicht einfach den Schmied angerufen, ihm die Handynummer gegeben, und die Sache ist erledigt? Warum wollten Sie ihn persönlich treffen?

Klaus Wittauer: Ha, darüber muss ich jetzt lange nachdenken. Trotzdem: § 7, Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte Ihnen vor aus der Beschuldigtenvernehmung von Herrn Hohegger vom 26. September 2009, und auch hier unter Wahrheitspflicht im Ausschuss sagt Hohegger das aus, dieses von Ihnen zitierte Treffen sei – Zitat – eine **glatte Erfindung**.

Was sagen Sie zu dieser Aussage Hoheggers? – Also er kann sich an das Gespräch nicht erinnern.

Klaus Wittauer: Es können sich viele scheinbar an vieles nicht mehr erinnern. Trotzdem: § 7, Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es jetzt eine glatte Erfindung, wie Hohegger das angibt in seiner Einvernahme, oder hat dieses Treffen stattgefunden?

Klaus Wittauer: Wenn ich dazu etwas zu sagen hätte, und Sie wissen, dass ich viel zu sagen hätte ... – Sie haben alles wunderschön durchgelesen, und zu dem, was in der Aussage drinnen steht, zu dem stehe ich.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind abgelaufen. – Bitte auch zukünftig bei Fragestellungen auf Unterstellungen zu verzichten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich möchte nur eingangs nochmals darauf hinweisen. An sich wäre das geschäftsordnungsgemäß: Wir haben uns ja das letzte Mal darauf geeinigt, dass man sich betreffend Vorhaltungen der eigenen Aussagen nicht entschlagen kann, sondern ausdrücklich darauf hinweisen muss, dass man noch dazu steht – was Sie mit dem letzten Satz ja auch getan haben: Ich stehe dazu.

Aber nur für die Zukunft: Das, was an eigener Aussage vorgehalten wird, muss bestätigt werden. Da gibt es kein Entschlagungsrecht.

Herr Wittauer, Sie sind ja in der Zwischenzeit irgendwie als Santa Claus aufgebaut worden: als der Mann, der mehr oder weniger großflächig alles finanziert, was da so irgendwie westlich von Linz stattfindet. Und jetzt überlege ich mir natürlich diesbezüglich – oder wir alle –, was der eigentliche Grund dafür wäre. Es ist es so gewesen, dass Herr Phleps in seiner Einvernahme hier erklärt hat, dass Sie sehr wohl – also besonders – bestrebt waren, hier in ein Mandat zu kommen und das Sie dafür alles unternommen hätten.

Sie sagen in Ihrer eigenen Einvernahme, dass Sie eigentlich keinen Wert mehr darauf gelegt haben, weil Sie schon einen gewissen Abstand zur Partei gehabt haben. Es stellt sich die Frage, warum da mehr oder weniger eine Initiative von Ihnen stattgefunden hat betreffend Frau Gastinger. Und es stellt sich natürlich auch die Frage, warum interessiert Sie das eigentlich noch? Was ist das, was Herr Phleps sagt: Er war besonders interessiert und hätte alles getan, um ein Mandat zu bekommen!? – Wie stehen Sie dazu?

Klaus Wittauer: Also es ist nicht besonders wichtig, aber ich gebe Ihnen trotzdem eine kleine Erläuterung, weil ich mir selbst Gedanken darüber mache, weshalb etwas passiert.

Das heißt, de facto war die Listenerstellung zu diesem Zeitpunkt da. Warum also jemand versucht, sage ich einmal ... – Natürlich braucht es einen Grund, das ist mir auch klar. Was ist möglich, dass jemand veranlasst wird, 1 Million, 1 200 000, 700 000 – keine Ahnung – einer Partei zur Verfügung zu stellen, obwohl von der Partei nichts zurückkommt? Der einzige Grund – und jetzt sage ich einmal, nie mit Peter Westenthaler oder sonst jemandem, wenn, dann wäre Dr. Jörg Haider die Ansprechperson gewesen. Zweitens war es so, dass ich auf nicht wählbarer Stelle war. Und wenn ich diese kriminelle Ader hätte, die mir immer wieder unterstellt wird, dann, glauben Sie mir, nehme ich das ganze Geld, und das geht dann nirgendwo mehr hin, weil was sollte ich denn für einen Vorteil haben. Dass man versucht, jemanden zu finden, um von diesen eigenartigen Ansichten ... Ich sage ja, deshalb ist es ein bisschen schwierig, damit umzugehen, weil ich erst vor Kurzem mit Aussagen konfrontiert worden bin.

Ich bestätige das, was ich ausgesagt habe, aber ich habe keine vor mir. Das ist ein Zustand, der irgendwie sehr eigenartig ist, dass ich jetzt über die Protokolle des Untersuchungsausschusses erfahre, was einzelne Personen gesagt haben. Ich habe jetzt fast die gleiche Aufgabe wie ein Staatsanwalt, mir Gedanken zu machen, welche Zusammenhänge da sind. Ich finde viele, ich finde immer mehr, und ich werde sie,

wenn ich die Schlussfolgerung fertiggestellt habe, der Staatsanwaltschaft mitteilen, aber auch jeder Abgeordnete hat die Gelegenheit, nachzulesen.

Ich sage jetzt, es gibt ein paar springende Punkte in diesen Aussagen, mit denen witzigerweise andere mehr zu tun haben als ich. Bei mir ist es witzigerweise nur: man hat gedacht, man hat geglaubt, man hat gemeint. Also wenn ich dieser Verteiler bin – 1 Million € ist nicht wenig Geld – und wenn das keine Spuren hinterlässt, dann frage ich mich; gerade in einem so öffentlichen Bereich wie einer Partei.

Dr. Jörg Haider hat Herrn Peter Westenthaler zum Spitzenkandidaten gemacht. Also wer hat Interesse, wen zu unterstützen? – Mein Interesse war es nicht. Ich habe keine gute Beziehung zu Peter Westenthaler, ich mag ihn auch nicht. Ich habe das auch immer artikuliert. Also was für einen Grund hätte ich, zu sagen, Peter Westenthaler 200 000 zu geben? Das täte mir heute noch weh, damit könnte ich heute fast gar nicht mehr leben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das Problem, das sich uns stellt, ist: Dass die Zahlungen geflossen sind, ist vollkommen eindeutig, dass die Zahlungen mit Rechnungen von der Telekom herausgeholt worden sind, die völlig fingiert worden sind, über die die Rechnungsaussteller selbst sagen: Wir wussten, dass das überhaupt keinen realen Hintergrund hat!, das wissen wir auch. Also das Geld ist jedenfalls von der Telekom eingelangt.

Die Frage, die sich jetzt für uns alle stellt, ist natürlich die zentrale: Ist das Geld mehr oder weniger Geld von Ihnen gewesen – so quasi, der Klaus ist der Vermögende – oder ist es – was auch eine Vermutung ist – nicht ohnedies BZÖ-Geld gewesen, weil es ja auch dem BZÖ-Wahlkampf dienen sollte?

Das sind jetzt die Fragestellungen, da es da zwei Kolonnen gibt: auf der einen Seite diesen unzweifelhaften Zahlungsstrom mit unzweifelhaft unseriösen, rechtswidrigen Mitteln, gefälschten Rechnungen, und auf der anderen Seite die Geschichte: Es gibt in den Tiroler Bergen einen Klaus Wittauer, der ist so vermögend, wenn man zu dem geht, dann gehen die Kassen auf, und es wird bezahlt!

Das ist so mehr oder weniger die Story in dem Zusammenhang.

Das, was uns interessiert, ist: Was ist der Link? Was ist der Zusammenhang zwischen dem einen und dem anderen?

Es gab einmal im Zusammenhang mit Herrn Pöchinger eine Feststellung, die auf Sie zutrifft, wo Sie dann selbst ausgeführt haben – und zwar ist das die Einvernahme vom 22. November –, dass Sie in der Übergangsphase, als das BZÖ entstanden ist, sogenannte Bedarfsgespräche geführt haben, dass Sie offensichtlich der waren, auf den man sich gestützt hat, wenn es darum gegangen ist, zu schauen: Wie kann man ein Sponsoring aufstellen? Was kann man dabei tun? Sie sagen da unter anderem auch – ich zitiere –:

Deshalb habe ich auch in Ausnahmefällen eigenes Geld in Summe von mehreren tausend Euro pro Jahr, sicher aber unter 20 000 € bezahlt. Wenn bei diesem Gespräch 100 000 € im Gerede waren, habe ich sicher nicht gesagt, dass ich diese 100 000 € hergebe, sondern maximal Möglichkeiten der Finanzierung der 100 000 € aufgezeigt. – Zitatende.

Das ist aus meiner Sicht nachvollziehbar, und ich nehme an, Sie stehen noch immer dazu.

Die Frage ist: Was haben Sie da aufgezeigt?

Klaus Wittauer: Grundsätzlich zu der Geschichte: Das BZÖ, ganz gleich, wie man es in der Öffentlichkeit wahrgenommen hat, hat keine Strukturen in den Ländern gehabt. Grundsätzlich gilt natürlich, ich bin mehr FPÖ verbunden, und ich war ja ursprünglich drin. Dass man sich zerteilt hat, das war ein Unglück für alle, aber schlussendlich war es so.

Wir haben Landtagswahlkämpfe gehabt, auch in Tirol, und natürlich hat man geholfen. Natürlich habe ich auch einen Teil meines Abgeordnetengehaltes ... Für mich war Politik nicht etwas, womit ich Geld verdiene, oder etwas, wobei ich das Gefühl habe, es geht mir so wunderbar damit, sondern es sind dadurch auch viele Bereiche vernachlässigt worden. Für mich war es selbstverständlich, ob jetzt die Senioren oder auch verschiedene andere Teilbereiche bei uns, zu unterstützen.

Im Zusammenhang mit dem BZÖ, mit der Gründung selbst, also das, was da drinsteht, das war eine Frage, die eigentlich, sage ich einmal, eine gesamte Dauer betrifft, also auch die Vergangenheit in der FPÖ. (*Abg. Dr. Jarolim: Der Grundeinstellung so?*) Ja, das heißt, zu mir hat jeder kommen können, wenn Not am Mann war, und wenn es möglich war, habe ich geholfen.

Das war also die Frage oder eigentlich die Zielsetzung oder dasjenige, was die Befragung war; also nicht räumlich gesehen auf die letzten 2006.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, wenn Sie geholfen haben, dann haben Sie insofern geholfen, als dass Sie nicht selbst Gegenstand dieser Hilfe waren, sondern dass Sie – verstehe ich Sie richtig? – einfach Tipps gegeben haben?

Klaus Wittauer: Tipps, oder ich erinnere mich auch daran, dass auf einem Grundstück bei uns ein Kran aufgestellt worden ist mit einem Transparent, das einen unglaublichen Wirbel gemacht hat. Ich habe das gerne unterstützt, weil es nicht im heiligen Land, aber in Tirol nicht immer einfach ist, sage ich einmal, gerade damals, in einer anderen Fraktion zu kandidieren, man hat da sehr viele Hindernisse zu überwinden. Ich war immer gerne bereit, diese Hindernisse auch strategisch und, wenn es möglich war, finanziell zu ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Hat bei diesen Gesprächen irgendwann die Telekom eine Rolle gespielt? Können Sie sich an ein Gespräch erinnern, wobei es konkret darum gegangen ist, dass die Telekom auch nur irgendeine Rolle spielt?

Klaus Wittauer: Ich selbst als Abgeordneter habe die Telekom als unglaublich wichtig erachtet; ich war Infrastruktur- und Verkehrssprecher. Diese Gespräche haben nie stattgefunden, ganz gleich, in welche Richtung Gelder fließen sollen. Ich meine, dafür haben sie den Cheflobbyisten Hohegger gehabt, nicht mich.

Für mich war wichtig, vielleicht erinnert sich jemand daran, ich war ein Festnetzverfechter, der mobile Bereich war mir immer wurscht. Ob jetzt Handys oder nicht, ob diese irgendjemand verwendet – für mich war die Zielsetzung, die Telekom dahin gehend zu unterstützen, dass wir im ländlichen Bereich, das heißt in den Talschaften, und als Tiroler empfinde ich das auch stark, die besten Leitungen haben, um die Betriebe dort zu halten. Wir haben damals über die Europatreue, sage ich jetzt einmal, schneller zu sein als alle anderen, der Telekom nicht unbedingt den besten Start gegeben.

Auf der anderen Seite habe ich mir überlegt: Was bedeutet das? Bedeutet das, dass der österreichische Staat irgendwann einmal in die eigene Volkskasse greifen muss, um diese Maßnahmen zu zahlen, oder bedeutet das, dass die Telekom so gut gestellt ist, um diese strukturinhalten Dinge auch umzusetzen?

Ich bin ein bisschen in das Fegefeuer gekommen, dass der mobile Bereich immer mehr den Festnetzbereich übernommen hat. Also der Festnetzbereich war früher der übergeordnete, eigentlich die „Mutter“, und das hat sich immer mehr umgedreht ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich mag Sie jetzt ungern unterbrechen, Sie wissen sehr viel, und es ist auch interessant, aber wir haben die Entwicklung schon gehört, und insofern möchte ich Sie dazu jetzt nicht überstrapazieren. Also das ist jetzt keine Unhöflichkeit, aber es sind vom Ministerium schon alle möglichen Leute einvernommen worden, die Entwicklung ist dem Ausschuss schon einigermaßen bekannt.

Haben Sie irgendein Gespräch mit Herrn Hochegger geführt? Sie waren ja grundsätzlich ein sehr einflussreicher Mann. Es ist natürlich klar, wenn man für eine Sparte zuständig ist, dann hat man natürlich Einfluss. Herr Hochegger war ja auch mit seinem Lobbying unterwegs und hat Netzwerke aufgebaut. Haben Sie irgendwann einmal aus einem Gespräch den Eindruck gehabt, dass Herr Hochegger von Ihnen etwas haben möchte, dass Sie ihn quasi in seinen Lobbying-Aktivitäten unterstützen, in dem einen oder anderen Projekt im Zusammenhang mit Telekom oder anderswo?

Klaus Wittauer: Herr Abgeordneter, ich war nie Lobbyist. (*Abg. Dr. Jarolim: Sie nicht, aber er!*) Ich war nie Lobbyist, vielleicht hätte ich dann Interesse gehabt, Herrn Hochegger näher kennenzulernen. Ich habe ihn vielleicht drei, vier Mal bei Veranstaltungen gesehen, und das war eher Smalltalk. Es ist nie etwas an mich herangetragen worden.

Wenn man das jetzt ein bisschen genauer anschaut: Ich war weder bei diesen Jagdstammtischen, ich war weder bei Hochegger-Veranstaltungen, noch hat es Transfers in irgendeiner Form von Hochegger – Valora oder wie die Firma heißt – zu mir gegeben. Es gibt keinen Kontakt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie bei dem einen oder anderen Gespräch nicht den Eindruck gehabt, dass Herr Hochegger ganz einfach mit Ihnen ins Gespräch kommen möchte über die Gestaltung von Gesetzen oder von sonst irgendetwas? Sie sind ja ein Ansprechpartner, der gerade in seinem Bereich hilfreich sein kann – ohne dass ich Ihnen das unterstelle.

Klaus Wittauer: Nein, nein, ich weiß, was Sie meinen. Es ist ein bisschen schwieriger im Parlament, sage ich jetzt einmal so. Im Parlament hat man erstens einmal drei Bereiche. Man hat einmal die eigene Partei, dann hat man die Ausschüsse, das heißt, man hat einen Koalitionspartner, und man hat noch das Ministerium. Also es funktioniert ja nicht so, dass jemand kommen und sagen kann: Du musst etwas tun für mich!

Das funktioniert da nicht und hat auch nie funktioniert. Wenn das so wäre, dann will ich doch hoffentlich auch bald einmal – es gibt so viele E-Mails, um die 200 000 inzwischen – vorkommen, außer bei irgendwelchen Einladungen.

Ich kann Ihnen eines vergewissern: Die Telekom hat gegenüber meiner Person nie in irgendeiner Form versucht, mich zu bestechen – mich bestechen geht sowieso schwer – oder mich zu vereinnahmen, sondern es waren auf der zweiten Ebene immer sehr informative Gespräche. Ich erinnere mich an Herrn Martin Fröhlich, und es gibt noch andere – da müsste ich einmal nachschauen –, die versucht haben, ihre Dinge darzustellen.

Aber das habe ich genauso beim Tierschutzgesetz erlebt. Es waren zum Beispiel die Hendlbauern da, es war jeder da; ebenso bei anderen Gesetzen. Man wird als Politiker immer damit konfrontiert, dass sich derjenige, der betroffen ist, an einen wendet, dass man ihn trifft, mit ihm redet, dass dieser seine Sicht der Dinge klarstellt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich darf nur kurz fragen: Bei Ihnen selbst haben keine Jagden stattgefunden, zu denen Sie Leute aus der Telekom oder sonst aus der Politik eingeladen haben?

Klaus Wittauer: Also eines kann ich Ihnen sagen: Bei mir, auf meiner Jagd, werden nur Freunde eingeladen, *nur* Freunde.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und die Freunde von der Telekom sind keine Freunde in dem Sinn?

Klaus Wittauer: Unter Freundschaft verstehe ich etwas anderes.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich weiß es nicht, deswegen frage ich Sie ja. War von der Telekom bei diesen Jagden jemand dabei? (*Klaus Wittauer: Bei mir?*) – Bei Ihnen.

Klaus Wittauer: Bei meiner Haustür kommt nur jemand rein, den ich mag. (*Abg. Dr. Jarolim: Das beantwortet nicht meine Frage! Das spricht ja für Sie!*)

Also telekommäßig sage ich Nein, und ich sage auch, ich habe das immer sehr strikt getrennt. Vielleicht ist das das Problem von so manchen, auch von den Medien: Bei mir reinzukommen, ist unglaublich schwierig.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich darf Ihnen kurz Herrn Kurt Schmied vorhalten, der – und das ist schon angedeutet worden – in seiner Einvernahme gesagt hat:

In Summe habe ich im Notizbuch dann als Kostenschätzung ... –

Kurt Schmied hat diesen Wahlauftrag bekommen und dann eine Kostenschätzung von 555 000 € vermerkt. Das war das von ihm kalkulierte Budget für diesen Wahlkampf.

Ich zitiere weiter: Wie schon angeführt, wurde mir von Wittauer eben die Summe € 600 000 genannt. Generell war immer vom **Geld von Klaus Wittauer** die Rede. – Zitatende.

Sie haben schon gesagt, das stimmt nicht, aber es ist natürlich schon irgendwie eigenartig, dass es doch in einer sehr präzisen Darstellung kommt; 555 000, Sie sagen 600 000.

Klaus Wittauer: Okay – und es gibt auch Abgeordnete, mit denen man sehr vernünftig über diese Dinge reden kann, nicht wahr, Herr Abgeordneter Petzner! (*Abg. Dr. Jarolim: Danke!*) Das ist jetzt etwas gefühlsmäßig, weil ich jetzt versuche, die Dinge anders zu erörtern, anders zu begreifen.

Hohegger-Termin: Es kann sein, dass er mit anderen ... – Oder ich sage eher, ich habe gehört, es hat eine Diskrepanz zwischen verschiedenen Personen, auch zu FPÖ/BZÖ gegeben, wo Hohegger beziehungsweise seine Firma keine Berührungspunkte finden wollte. Vielleicht war ich Mittel zum Zweck. Er hat gewusst, dass ich gute Kontakte zur Telekom habe, und schlussendlich hat Herr Schmied den Namen Hohegger – es war ja gar nicht notwendig – auch gar nicht gehört.

Seine Wahrnehmung, dass er daraus resultiert, das Geld hat Wittauer organisiert, das könnte leicht sein. Dass das dann weitergetragen wird in alle verschiedenen Bereiche, das kann auch leicht sein – aber dass ich der sogenannte Aufteilungsschlüssel bin?! Ich weiß nicht einmal ganz genau wo, weil ja viele Punkte drin sind, die man wirklich hinterfragen kann. Was ist mit Persönlichkeitswahlkampf? Welchen hätte ich führen können oder sollen oder sonst etwas? (*Abg. Dr. Jarolim: Aber wie ist der Link dann?*) Der hat ja nicht stattgefunden. (*Abg. Dr. Jarolim: Wie kommt es zustande, dass dann*

das BZÖ sich mehr oder weniger hier ...? Weil ich meine, bis jetzt waren immer Sie der Schlüssel angeblich!)

Das – und ich hoffe, die Staatsanwaltschaft wird sich das auch fragen – ist jetzt wirklich eine spannende Geschichte. (Abg. Dr. **Jarolim**: Das ist die zentrale Frage eigentlich!) Das hat weniger mit der Telekom zu tun, sondern mehr mit anderen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Was zum Beispiel?

Klaus Wittauer: Ich fange auch zu denken an. Aber ich glaube, da wir alle lesen können, Zusammenhänge, Aussagen gegenüberstellen. (Abg. Dr. **Jarolim**: Aber helfen Sie uns ein bisschen!)

Es hat nie einen direkten Kontakt gegeben zu Haslinger. Immer ist gesagt worden, ich habe den Kontakt zur Telekom hergestellt, ich war derjenige, der gesagt hat, wie die Rechnungen ausschauen, das habe ich auch schon gelesen. Witzigerweise hat es dann andere gegeben, die bei der Telekom angerufen haben und die Rechnungslegung oder dasjenige gesagt haben. Also das passt ja alles zusammen nicht koordiniert in eine Richtung.

Ich kann nur sagen, wenn jemand etwas gedacht hat, dann ist das heute oder auch zu gewissen Zeiten eine wunderbare Art, Dinge von sich wegzuschieben. Das sehe ich so.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ja das ist nicht so fremd.

Ich habe jetzt noch eine Aussage von Herrn Schmied. Er sagt, und zwar am 14. Februar, als er bei uns einvernommen worden ist:

„Dann ist Herr Wittauer auf uns zugekommen und hat gefragt, ob wir Kapazitäten haben, ob wir mehr machen möchten. Wir als Unternehmen, ich als Unternehmer habe natürlich gesagt, klar, mache ich gerne und habe begonnen, den Wahlkampf intensiver zu machen. Herr Wittauer hat uns dann gesagt, die und die Dinge sind zu tun für uns in diesem Wahlkampf, aber die Rechnung sollten wir der Telekom schicken.“

Das ist das, was hier ausgeführt wird. Er sagt dann, Wittauer habe gesagt: aber die Rechnung schickt der Telekom ganz zum Schluss.

Sie sagen Persönlichkeitswahlkampf. Im Wesentlichen geht es in dem Kontext einerseits um den Wahlkampf Gastinger und andererseits um den Wahlkampf bei Ihnen in Tirol, dass die Mittel dort noch eingesetzt werden.

Jetzt scheint es doch so zu sein, dass Sie im Rahmen dieses Wahlkampfs möglicherweise Herrn Schmied den Eindruck vermittelt haben, dass Sie gestaltend jedenfalls einmal am Wahlkampf selbst, möglicherweise aber auch bei der Finanzierung mitgewirkt haben.

Klaus Wittauer: Beim Wahlkampf selbst? – Da verweise ich auf Folgendes: Wenn ich dieser große Organisator bin, warum dann nicht „cc“? Wo habe ich eigentlich jemals Informationen bekommen? Also man muss das noch einmal ein bisschen hinterfragen.

Das Zweite: Natürlich habe ich denen – weil es eine Bitte war; ich war der Einzige in dem ganzen Haufen, der Erfahrungen gehabt hat mit einem Wahlkampf, ich habe ja einige Wahlkämpfe hinter mir; man muss sich das so vorstellen, die meisten haben das Gefühl gehabt, mit den ersten Schritten ist man sowieso schon gestorben –, natürlich habe ich ihnen gerne gesagt, worauf sie Wert legen müssen, worauf sie schauen müssen, was sie tun müssen, wo sie vielleicht Schwerpunkte setzen müssen. Es gab eine neue Person, Gebauer – jeder kennt die Gebauer-Geschichte, ich brauche sie nicht zu erörtern. Er war Spitzenkandidat, und es hat auch viele andere Bereiche gegeben.

Also dass ich denen, sage ich einmal, den einen oder anderen Tipp gegeben habe – aber ich war kein Wahlkämpfer, ich bin nicht irgendwo auf Plakaten gewesen. Ich weiß nicht, wenn ich einen Persönlichkeitswahlkampf mache, dann nehme ich gleich das Ganze.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber haben Sie irgendeine Ahnung, wie es dann zu der Rechnungslegung an die Telekom kommt? Wie kommt es zu der Legung? Sie unterstützen mit Ratschlägen ...

Klaus Wittauer: Ich lese das nach, also ich fange genauso bei null an wie Sie. Das heißt, ich habe die 500 Seiten schon das zweite Mal durchgelesen, ich werde sie auch ein drittes, ein viertes Mal durchlesen, dann werden wir auch noch neue Akten bekommen, neue Vermutungen, neue Darstellungen. Ich meine, manchmal habe ich das Gefühl, auch Herr Dr. Pilz, es ist logisch, da geht es hin, nur verlässt er vielleicht hin und wieder den Pfad, wo ich hingehge oder was ich meine, was sein könnte.

Und wenn ich jetzt hergehe, jetzt gibt es also keine Zusammenhänge. Schmied hat nie einen direkten Kontakt gehabt, auf einmal taucht diese Natascha Rabl auf. Ich kenne keinen; Natascha Rabl kenne ich nicht, Haslinger nicht. Dann erinnere ich mich: „Kurier“, den Aufschrei von Westenthaler – Geld zurück, das gehört uns! Der hat ganz genau gewusst, wie viel. Also bitte die Dinge so zu hinterfragen, dass man weiß, okay das ist es.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das probieren wir ja gerade. Wir wollen es ja wissen. Bis jetzt werden Sie immer rausgehängt als der große Guru, der alles zahlt.

Klaus Wittauer: Ich habe das Problem, dass ich ... Eines können Sie mir nicht vorwerfen: Also erstens, ich habe mit dem nichts zu tun (*Abg. Dr. Jarolim: Ich werfe Ihnen gar nichts vor!*) Das Zweite: Ich habe mich nie hinausgehängt. Ich habe mich sogar in der ganzen Zeit seit August nicht hinausgehängt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie werden als Santa Claus hinausgehängt (*Wittauer: Gut ...!*), das ist die Frage. Wir glauben das natürlich jetzt ... Ich kann das nicht für alle sagen, aber ich persönlich glaube es nicht. Daher möchte ich jetzt erkunden, was da tatsächlich war.

Klaus Wittauer: Das heißt, es ist so, dass es einen Zweck hat, und den Zweck, da bin ich genauso dabei wie ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es hat einen Zweck, und es ist die Zahlung auch tatsächlich erfolgt, und keiner war's.

Klaus Wittauer: Ich frage mich: Sind die Zahlungen tatsächlich geflossen?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ja, die sind erfolgt.

Klaus Wittauer: Warum? Ich kann nur sagen, ich höre das immer von den Protokollen jetzt heraus, das ist für mich gar nicht so einfach. Ich lese die Protokolle und sage, aha, das hat er gesagt, das hat der gesagt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich zeige Ihnen gern die Rechnungen.

Klaus Wittauer: Fragen wir einmal: Wo sind denn die 200 000 eigentlich hingekommen da auf das andere Konto? Warum gibt es dann ein Büro, wo eine Natascha Rabl – jetzt sage ich – die Telekom anruft, eine andere, die die Rechnungen formuliert?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Die Natascha Rabl ist ein anderes Thema, weil die ja grundsätzlich sagt, dass eigentlich dort bei der 100% zu einem

hohen Ausmaß nur Rechnungen ausgestellt worden sind, die überhaupt keinen Hintergrund hatten, und dass sie sich einmal erkundigen wollte und ihr damals mitgeteilt worden ist, das hat sie nichts anzugehen. Das ist eigentlich eine Rechnungsfabrik für gefakte Rechnungen gewesen.

Klaus Wittauer: Herr Abgeordneter! Das Einzige was ich tue – und ich kann auch nur das sagen –, ich lese das nach, und das ist für mich Neuland. Ich weiß nicht ... (*Abg. Dr. Jarolim: Aber heute sind Sie da, und wir wollen untersuchen ...!*) Ich habe davor nicht gewusst, wie Rechnungen gelegt werden. Ich habe davor, also ich war nie derjenige, der ... Es steht ja auch irgendwo dazwischen drinnen, ich hätte sogar einen Text einmal gebracht oder ihnen gesagt, wie sie es schreiben sollen.

Es ist für mich – sage ich – verständlich, warum etwas entstehen kann, denn denken kann ich allemal, auch wenn manche glauben: Wie kann ein Bauer bei der Telekom sich auskennen?! Es gibt eben Möglichkeiten, dass man trotzdem sich Gedanken macht über das, wie etwas stattfindet. Und das mache ich, und ich werde schlussendlich meine Schlüsse auch der Staatsanwaltschaft mitteilen. Jetzt habe ich zu wenig Zeit, um all diese Schlüsse zusammenzupacken und Ihnen ... Ich kann Ihnen eigentlich gleich viel sagen, wie Sie mir sagen. Aber ich kann probieren, mit Ihnen gemeinsam Überlegungen anzustellen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich sage Ihnen dazu vielleicht noch einen Satz, und zwar von Herrn Pöchinger. Bei seiner Einvernahme am 15. Februar führt er aus:

Es hat im Zusammenhang mit dem Wahlkampf von der Frau Gastinger auch die Frage der Finanzierung gegeben. Da wäre dann der Kabinettchef-Stellvertreter Norman Schadler zu ihm gekommen, er hätte eine Idee: Herr Abgeordneter Wittauer habe Geld.

Dann sind wir zu Herrn Wittauer gegangen, und Herr Wittauer hat uns gesagt: Okay, ihr bekommt von mir einen Vorzugsstimmenwahlkampf, aus BZÖ-Mitteln 100 000. Er hat mich auch gefragt, ob die Agentur, die ich an der Hand habe, Expertisen vorweisen könne. – Zitatende

Das heißt, Sie sagen selber, dass Sie BZÖ-Mittel und keine eigenen Mittel zur Verfügung stellen.

Klaus Wittauer: Also ich habe das auch gelesen. Tut mir leid, ich weiß, als Verfolgter sollte man nicht unbedingt lächeln, aber ich muss trotzdem lächeln. Dieser Pöchinger – keine Frage, was für eine Art von Mensch er ist. Ich habe den in meinem Leben vielleicht – ich weiß nicht – zweimal oder dreimal getroffen, öfter sicher nicht; hat auch eine ganz interessante Geschichte, das wissen wir auch alle. Der geht her und sagt, er braucht im Grunde – weil das habe ich auch gelesen – 50 000 für den Persönlichkeitswahlkampf für die Frau Ministerin Gastinger. Dann kommt er zu mir, und ich sage: 100 000 kriegst du.

Also ich weiß nicht, ich meine, es kennen mich einige Abgeordnete da. Es mag schon sein, dass ich hin und wieder als Tiroler anders bin wie andere, das kann schon sein, aber jetzt sage ich: Ganz so laufen die Geschichten nicht. Ich weiß nicht, die Erfahrung wird jeder in seinem Leben einmal gemacht haben, und als Abgeordnete haben wir ja viele Menschen, die zu einem kommen und sagen, bitte hilf mir, mach das oder das.

Das Einzige, was ich zu ihm gesagt habe – und an das erinnere ich mich, nicht Wortlaut getreu –: Wenn die Minister Gastinger einen Persönlichkeitswahlkampf macht und sie eigentlich für diesen Wahlkampf wichtig ist, dann werde ich das auch in der Partei deponieren und die werden wohl schon etwas machen. Also das ist etwas, das ich auch getan habe, weil es Sinn gemacht hätte für die Partei, mit relativ wenig Mitteln

etwas zustande zu bringen. Wie dann nachgeordnet das stattgefunden hat, das – tut mir leid – entzieht sich meiner Kenntnis, kann ich wieder nur nachlesen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Eine letzte Frage noch, und zwar: Im Rahmen einer Einvernahme wurde dargestellt, dass der Herr Westenthaler ausdrücklich darauf hingewiesen hätte, dass die Mittel, die für den Wahlkampf Gastingers zum Einsatz kommen, **BZÖ-Mittel** sind.

Wissen Sie davon irgendetwas?

Klaus Wittauer: Also wenn er das gesagt hat, wird er schon recht haben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber Sie haben jedenfalls nichts gehört in die Richtung?

Klaus Wittauer: Nein, ich nicht, aber es ist immer schön zu hören, dass der Peter Westenthaler doch relativ viel weiß – obwohl er nichts weiß. Aber es ist so: Man braucht eins zu eins zusammenzurechnen, im Grunde kann ich das auch: Wie viel hat der ganze Wahlkampf gekostet? Wie viel haben einzelne Organisationen überhaupt aufbringen können? – Da sage ich doch – relativ einfach –: Gebt die letzten fünf Jahre von der Klubkassa preis, die ganzen Dinge. Das ist einfach zum Aufklären. Wie viel waren in dem Klub? Was haben wir in den vier Jahren an Klubgeldern gesammelt, was haben wir ausgegeben, was war übrig, um in diesen Wahlkampf zu investieren? Dann tue ich den Rest zusammen, dann weiß ich, was irgendwo scheinbar aus eigenartigen Quellen – inzwischen wissen wir die Telekom ganz genau – kommt. Das ist so einfach.

Also wenn ich Transparenz will, Herr Abgeordneter Petzner, dann, bitte, lädt Sie doch jeder herzlich ein, alles zu bringen und zu sagen, so wie Sie es vorher gesagt haben, nicht schwarz durchstreichen. Dann sieht man ganz genau: Was ist denn eigentlich der Rest von dem, was wir im Wahlkampf verwendet haben – ohne Kärnten –, was wir gebraucht haben? Das ist so einfach. *(Zwischenruf des Abg. Petzner.)*

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Wittauer! Für mich geht es eigentlich um zwei Komplexe. Der eine, zu dem Sie jetzt intensiv befragt worden sind – auf den werde ich noch zurückkommen –, ist diese Geschichte: Telekom will dem BZÖ 960 000 € brutto zukommen lassen, will nicht, dass das publik wird; über ein System von Scheinrechnungen und zwei Firmen – Schmied und Haslinger – werden diese Spenden gewaschen und landen letztendlich auf verschiedene Art und Weise – zum Großteil über die Agentur Orange – beim BZÖ. Dazu werde ich Sie später noch im Detail befragen, weil Sie da offensichtlich einige Wahrnehmungen haben, über die noch nicht im Detail gesprochen worden ist.

Was mich jetzt einleitend einmal interessiert, ist ein zweiter Geldkreislauf. Sie haben – und ich werde Ihnen dann auch sagen, warum da meiner Meinung nach ein Zusammenhang besteht, der sich von dem von Gorbach, aber auch später von Mensdorff-Pouilly im Grunde nicht unterscheidet – einen PR-Beratungsvertrag abgeschlossen, der letzten Endes über die Telekom finanziert worden ist, wo es um die **eTel Austria** geht.

Können Sie etwas zu diesem Beratungsvertrag sagen? Was war der Inhalt dieses Beratungsvertrages? – Am 10. Juli 2007, damit ich das richtig zitiere, ist er abgeschlossen worden. Was war der Inhalt dieses Beratungsvertrages?

Klaus Wittauer: Jeder weiß – und die Staatsanwaltschaft hat das ausführlich überprüft; inzwischen hat sie auch schon sehr viele Kenntnisse über die Telekom –, dass ich ein Telekom-Wisser bin und mich sehr intensiv auch mit der Telekom auseinandergesetzt habe. *(Abg. Dr. Pilz: Dass Sie was sind?)* – Wisser heißt, alles, was Telekommunikation, und alles, was jetzt – sage ich einmal – die Bedürfnisse und

die Richtungen betrifft, dass ich dort sehr viel Bescheid oder doch eine große Ahnung habe. Es war der Wunsch vom Festnetzbereich, dass ich für sie tätig bin. Es gibt einen Vertrag, es gibt Unterlagen. Das heißt, die Staatsanwaltschaft hat das überprüft und hat es bis jetzt nicht als besonders erwähnenswert gefunden, weil da tatsächlich eine Gegenleistung gekommen ist.

Ich sage Ihnen auch etwas: Nach einem Jahr hat der mobile Bereich endgültig – und ich war auch kein Freund von Boris Nemšić, auch kein Freund von Ametsreiter, auch wenn die alle unschuldig sind, scheinbar, mit dem, was sie getan haben; aber das ist auch eigenartig. Die wollten mein Wissen dann nach einem Jahr nicht mehr und haben den Vertrag gekündigt. Dann habe ich gesagt, okay, wenn ihr den Vertrag kündigt und der Festnetzbereich eigentlich eh mehr oder weniger ausgelöscht ist, dann nehme ich das zur Kenntnis, aber ich habe einen Zweijahresvertrag. Wie sie dann gesehen haben, okay, man müsste rein rechtlich gesehen die zwei Jahre bezahlen, haben sie gesagt, nein, dann tun wir es doch nicht, dann lassen wir es weiterlaufen.

Dann habe ich den Vorstand Gernot Schieszler gefragt ... Ich habe davor den akademischen Betriebsführer gemacht – oder: schon längere Zeit davor – und habe mir gedacht, wenn ich schon so fleißig bin, Herr Abgeordneter Pilz, und so viel erarbeite, dann verwende ich doch das Ganze für die Diplomarbeit. Und schlussendlich ist die Diplomarbeit über die Telekom entstanden – Sie können es gerne nachlesen, hat der Staatsanwalt auch –, ist eigentlich gar nicht so schlecht benotet worden; für einen Tiroler nicht so übel.

Das und die Unterlagen sind der Nachweis, dass ich gearbeitet habe für das oder für diesen Vertrag, und das war im Interesse vom Festnetz und nicht mein Interesse allein, weil ich eine Vielzahl von verschiedenen anderen Tätigkeiten auch noch habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auf den Rechnungen heißt es immer: Gegenstand des Auftrages – und ich kann Ihnen da Dutzende Rechnungen vorlegen –: Integration der eTel Austria GmbH & Co KG in die Telekom Austria.

Hat Ihre Tätigkeit irgendetwas mit der Integration der eTel Austria in die Telekom Austria AG zu tun gehabt? Haben Sie da irgendeine Leistung in diesem Zusammenhang erbracht?

Klaus Wittauer: Wenn man hergeht ... Also die Aufgabe in dieser Zeit war ja, dass die eTel, das ist ein Festnetzbetreiber, integriert und im Grunde aufgelöst wird am Ende und ein Teil der Telekom wird. Das heißt, dass die Telekom hergegangen ist und gesagt hat, okay, das hat ja eigentlich eh alles mit dem Festnetzbereich zu tun, deshalb nehmen wir jetzt die eTel her. Die eTel war für mich Telekom. Es war schon ein Unternehmen der Telekom.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was war Ihre Leistung, die Sie in dem Zusammenhang erbracht haben?

Klaus Wittauer: Sie können das jederzeit nachprüfen. Die Staatsanwaltschaft hat alle Unterlagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist nicht die Frage, was *ich* kann. Ich habe Sie gefragt: Was ist *Ihre Leistung* gewesen?

Klaus Wittauer: Meine Aufgabe war es, Konzepte zu entwickeln. Okay, geben wir einfache Geschichten: Wie kann das Festnetz ... Meine Idee war immer zu 100 Prozent Festnetz, den Rest verkaufen wir.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, was war Ihre konkrete Leistung im Zusammenhang mit der Integration von eTel?

Klaus Wittauer: Wenn Sie mich nicht ausreden lassen, dann ... Sie lassen mich nicht ausreden. Ich berufe mich auf § 7, Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es nutzt Ihnen eh nichts.

Klaus Wittauer: Ja, ist eh vorbei.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Trotzdem: Ich kenne den Akt sehr genau. Es ist keine einzige Leistung von Ihnen im Zusammenhang mit Integration der eTel feststellbar – nichts, absolut null! Vielleicht gibt es irgendeine Leistung, die nicht aktenkundig geworden ist. Wir kommen dann später noch zu Ihrer Diplomarbeit und Würstel essen und so weiter, da gibt es nämlich wirkliche Leistungen.

Ich gebe Ihnen noch einmal die Möglichkeit, diese Frage zu beantworten:

Können Sie irgendeine konkrete Leistung seitens Ihrer Person in Erfüllung dieses Vertrages in Bezug auf Integration der eTel Austria in die Telekom Austria AG hier glaubhaft machen?

Klaus Wittauer: Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und anderen Abgeordneten: wie Sie fragen. Sie sagen nicht irgendetwas; Sie sagen es so, dass es festgestellt ist. – § 7, Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie nicht einmal nach dem Unterschied zwischen Abgeordneten gefragt, denn – wenn Sie das wissen wollen –, ich lege großen Wert darauf, dass es große Unterschiede zwischen Abgeordneten wie Ihnen und Abgeordneten wie mir gibt, und auch das ist aktenkundig. Aber das ist nicht Gegenstand dieses Beweisthemas.

Es gibt nirgends den geringsten Zusammenhang zwischen eTel Austria GmbH & Co KG und Integration in die Telekom AG. Und es gibt daher den schwerwiegenden Verdacht, dass es sich um Scheinrechnungen handelt. Ich komme dann später noch auf das zurück.

Jetzt haben Sie auf Ihre Diplomarbeit verwiesen: Ist es richtig, dass Ihre Diplomarbeit in diesem Zusammenhang von der Telekom Austria finanziert worden ist?

Klaus Wittauer: Das ist nicht richtig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was ist dann richtig? Sie haben vorhin selbst Ihre Diplomarbeit angesprochen.

Klaus Wittauer: Also wenn Sie die Diplomarbeit gesehen und angeschaut haben, dann ist sogar dort eine Sperrklausel drin. Das heißt, ich habe genug Zeit gehabt, mich meiner Diplomarbeit zu widmen, weil meine Dienste für den mobilen Bereich nicht mehr aktuell waren und der Boris Nemšić, der Ametsreiter oder sonst jemand entschieden hat: Der Wittauer, der nur den Festnetzbereich unterstützt hat, auch in seiner Tätigkeit als Nationalrat, ist nicht mehr erwünscht! Das ist Fakt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Fakt ist etwas anderes. Ich zitiere aus Ihrer Beschuldigteneinvernahme vom 22. November 2011:

Als im Sommer 2008 anlässlich des Ausscheidens von Rudolf Fischer und der damit verbundenen endgültigen Übernahme des Festnetzes durch den Mobilfunk absehbar war, dass mein Vertrag für die Telekom nicht mehr verlängert werden würde, fragte ich Gernot Schieszler, ob ich eine Masterthese über die Synopsis der Zustände, Trends und Herausforderung für die Telekombranche am Beispiel der Telekom Austria schreiben dürfe. Dafür wollte ich den Inhalt meiner Studien verwenden. Gernot hat zugestimmt. Bevor ich die Arbeit im November 2008 einreichte, gab ich sie Gernot

Schieszler zu lesen. Danach ersuchte er mich, dass ich ein fünfjähriges Verbot für die öffentliche Nutzung eintragen lassen sollte. – Zitatende.

Muss ziemlich brisant gewesen sein, was Sie da master-thesis-artig herausgearbeitet haben.

Ich zitiere weiter: Bei Vorlage meiner Masterthese wurde diese in weiterer Folge dann letztendlich auch von der Telekom vertraglich für die Dauer von fünf Jahren gesperrt. – Zitatende.

Können Sie erklären, warum diese Masterthese in Vereinbarung mit der Telekom für fünf Jahre gesperrt wurde?

Klaus Wittauer: Weil viele Inhalte, viele Studien und viele Dinge beinhaltet waren, die für die Konkurrenz wahrscheinlich sehr interessant gewesen wären; deshalb war es so – wie ein Unternehmen normal agiert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sind Sie bereit, diese Masterthese dem Untersuchungsausschuss vorzulegen?

Klaus Wittauer: Ihnen bin ich gar nichts vorzulegen bereit.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich rede vom **Untersuchungsausschuss**. Sie sollten sich jetzt nicht wie in einem Bierzelt Ihrer Partei, sondern wie ein Abgeordneter dieses Hauses benehmen.

Klaus Wittauer: Ich habe mich in einem Bierzelt immer besonders wohlfühlt, weil dort auch Menschen sind, die wir vertreten müssen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, dann gehen wir weiter in den Bierzeltbereich: Rechnung Nummer 009; 19. November 2007; betrifft: außerordentliches Projekthonorar für 2007; Gegenstand des Auftrages: Integration der eTel Austria GmbH & Co KG in die Telekom Austria AG; Leistungsverrechnung: 16 000 plus 20 Prozent Mehrwertsteuer, 3 200, ist insgesamt 19 200.

Können Sie sagen, was Sie mit dieser Rechnung abgerechnet haben?

Klaus Wittauer: Ich verweise auf meine Aussage bei der Staatsanwaltschaft. Sie können es nachlesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie wollen es dem Ausschuss nicht selbst sagen?

Klaus Wittauer: Ich bestätige nur das, was ich bei der Staatsanwaltschaft schon ausgesagt habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also, ich lese Ihnen jetzt vor und halte Ihnen vor eine typische Leistung von Ihrer Seite zur Integration der eTel in die Telekom Austria AG, und zwar im Rahmen eines außerordentlichen Projektes:

Frage des Staatsanwaltes:

Bei der Durchsicht der einzelnen Rechnungen fielen außerordentliche Projekthonorare auf. Rechnung 009, Wittauer, vom 19.11.2007 über 19 200 € wegen außerordentlichen Projekthonorars für 2007; Gegenstand des Auftrages: Integration der eTel Austria GmbH & Co KG in die Telekom Austria AG.

Der Staatsanwalt beziehungsweise der Beamte fragt dann:

Können Sie diesbezüglich Stellung nehmen und die Hintergründe benennen.

Antwort Wittauer: Es handelt sich dabei um die Bezahlung einer von Gernot Schieszler angeordneten Leistung, nämlich die Verköstigung von Personen bei der

Weißwurstparty beim Stanglwirt in Going. Ich organisierte diese Leistungen für eine mir nicht mehr erinnerliche Anzahl von Personen. Diese Personen waren diverse besondere Gäste der Telekom und/oder deren Kunden. Namentlich kann ich diese Personen nicht mehr alle festhalten. Das läuft unter Integration der eTel in die Telekom Austria AG.

Sagen Sie, was war der weißwurstmäßige Beitrag bei der Integration der eTel Austria in die Telekom Austria AG im Ausmaß von 19 200 €.

Klaus Wittauer: Ich gebe Ihnen eine Antwort, weil mir das irgendwie fast am Herzen liegt. Das heißt, der Vertrag selber ist ganz eine andere Geschichte, das war eine Bitte, das waren Barauslagen dann von mir. Das heißt, weil die Telekom in ihrer unflexiblen Art einfach nicht fähig war, kurzfristig etwas zu organisieren. Und in Tirol – Klaus, kannst du nicht helfen? Das betrifft also Hahnenkamm genauso.

Jetzt: Wen oder wie oder was die Telekom einlädt, ist mir eigentlich relativ egal. Ich habe 1 : 1 – und das ist ja zum Glück überprüft – meine Auslagen ... Weil du Karten im letzten Augenblick nicht bekommst, wenn du sie nicht gleich bar zahlst, und die Telekom immer höhere Zahlungsfristen hat – das habe ich erledigt. Das war neben dem Vertrag eine Gefälligkeit von mir.

Und wenn jemand sagt: Okay, im Vertrag ist beinhaltet, dass ich Geld für die Telekom ausgabe, Herr Abgeordneter Pilz, ist das eine Geschichte, kann man deuten, wie man will. Und ich glaube, für einen Konzern und für eine Firma ist es unglaublich wichtig, Menschen miteinander zu verbinden, Menschen kennenzulernen, ob sie sympathisch oder unsympathisch sind, und nicht, dass man dort darüber redet: Ich will das oder das. Und wenn ich ein Anliegen habe – und ein Anliegen kann ja nicht falsch sein –, dann hat man eine Gesprächsbasis.

Im Grunde ist bei diesen Veranstaltungen, bei gar keiner Veranstaltung, wo ich jemals teilgenommen habe, wo, jetzt sage ich einmal, die A1 und auch die Telekom Sponsor war, nie über Geschäfte geredet worden. Nie! Ich täte mich an kein einziges Wort erinnern. Aber es ist doch sehr hilfreich, wenn man, jetzt sage ich einmal, die ganzen Zielsetzungen hat, auch die Glasfaserleitungen, man hat ja in Kärnten auch etwas umgesetzt.

Dass man einen Tiroler Landeshauptmann, nur weil ich mit ihm befreundet bin – übrigens von der ÖVP –, dass der der Einladung folgt, weil ich ihn darum bitte, oder der Landeshauptmann von Südtirol oder jemand anderer, der eh schon da ist, also ich finde das für eine Firma ... – Oder der russische Botschafter – ich habe ja das jetzt nachgelesen –, der japanische Botschafter, wir haben ja die Weltausstellung damals vorne gehabt, oder andere Personen. Also wenn das nicht legitim ist, dann frage ich mich, dann brauchen wir eigentlich gar nichts mehr tun, sondern nur noch das Handl heben und mit niemandem mehr reden, weil jeder hat – und der Gesetzgebende ist eben sehr einflussreich in den Gesetzen – unmittelbar auch damit zu tun.

Dass man jemanden kennenlernt, sich austauscht, Ideen findet, auch Ideen findet, das ist rechtmäßig, da habe ich kein Problem.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entschuldigung, die 7 Minuten sind vorüber.

Klaus Wittauer: Gott sei Dank. *(Heiterkeit.)*

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Wittauer, ich muss Sie auf etwas Unangenehmes aufmerksam machen: Ich komme noch ein paar Mal dran.

Klaus Wittauer: Ich weiß, aber es wird immer kürzer.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie werden sich noch wundern, Sie arbeiten dran, *Dauergast* zu werden.

Klaus Wittauer: Da gratuliere ich mir eh. Ich war schon lang nicht mehr da, fünf Jahre nicht mehr im Parlament, aber ich fühle mich recht wohl da herinnen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, die Möglichkeit besteht noch.

Frau Abgeordnete Tamandl, die nächsten Fragen, bitte.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Wittauer, ich möchte zurückkommen auf den Wahlkampf 2006 und auf die Gelder, die da seitens der Telekom über Umwege an das BZÖ geflossen sind, und hätte ganz gerne gewusst, mit wem Sie in der Telekom Austria laufenden Kontakt gehabt haben in dieser Sache.

Klaus Wittauer: Entschuldigung, jetzt bin ich da ein bisschen gestört worden. (*Obfrau-Stellvertreter Dr. Jarolim übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte zurückkommen auf das Zustandekommen der Gelder, die im Wahlkampf 2006 über die Telekom, über Umwege, kann man sagen, an das BZÖ geflossen sind, und ich hätte gerne von Ihnen gewusst, mit wem Sie aus der Telekom Austria zu dieser Sache laufenden Kontakt hatten.

Klaus Wittauer: Ich habe da keinen Kontakt gehabt. Der einzige Kontakt war der, dass der Hohegger mich kontaktiert hat, dass ich es weitergegeben habe. Und dann sind die Kontakte in den Protokollen von denen, die schon gefragt worden sind, eigentlich eh drinnen, wie es stattgefunden hat. Auch die Widersprüche sind drinnen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie haben mit niemandem, auch nicht mit dem Herrn Schieszler, in diesem Zusammenhang Kontakt gehabt?

Klaus Wittauer: Ich habe kein einziges Mal mit dem Vorstand über Zahlungen, über Dinge, Gesetze oder sonst was geredet. Nie!

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wir reden jetzt nur über diese Sache (*Klaus Wittauer: Nein, nie!*), wir reden jetzt nur über diese Rechnungen (*Klaus Wittauer: Nein!*), die dann die Werbeagentur Schmied GesmbH ausgestellt hat an die Telekom. (*Klaus Wittauer: Nein, nie!*)

Sie haben mit niemandem dort Kontakt gehabt, aber Sie haben mit dem Herrn Hohegger Kontakt gehabt?

Klaus Wittauer: Auch dieser Kontakt ist relativ einfach zu erklären. Er hat mich kontaktiert, nicht ich ihn, und ich habe im Grunde, weil ich gewusst habe, es betrifft die Telekom, da ist es ja kein Schaden, und es ist auch natürlich etwas ... – Ich habe ja nicht gewusst, dass das – heute weiß ich es –, jetzt sage ich, eine Parteienfinanzierung oder Parteienförderung, ganz gleich, wie man es nennt, ist, sondern ich habe mir gedacht, okay, es ist ein BZÖ-nahes Unternehmen, was medial einiges getan hat, auch in der Vergangenheit. Jetzt wissen wir auch schon wieder mehr, die Verbindungen, Bürogemeinschaften und, und, und. Das war für mich also nicht irgendetwas Schwieriges, ich habe das nicht hinterfragen müssen. Zu wissen, dass ein Auftrag oder irgendetwas stattfindet, das war klar, weil für was soll er dann anrufen. Ob es dann dazu kommt oder nicht, das ist wieder eine andere Sache.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie haben angegeben in Ihrer Einvernahme, dass Peter Hohegger Sie kontaktiert hätte und über die Agentur Schmied befragt hat. In weiterer Folge hatten Sie den Kontakt zwischen Schmied und Schieszler hergestellt.

Warum hat Hohegger aus Ihrer Sicht nicht direkt mit Schmied gesprochen?

Klaus Wittauer: Das kann ich jetzt inzwischen nachlesen. – Ich habe ja gesagt, es hat ja eine Zeit gegeben, und das hat er auch relativ klar gesagt, es hat Personen gegeben, Persona non grata oder sonst was, mit denen scheinbar kein Kontakt gewünscht worden ist, aber trotzdem sind sie im Hintertürl involviert.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Können Sie das näher ausführen?

Klaus Wittauer: Nein, da müssen Sie selber nachlesen, Frau Abgeordnete! Genauso, wie ich es mache.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich frage Sie aber bitte, und ich hätte ganz gerne Ihre Antwort.

Klaus Wittauer: Es sind nur Wahrnehmungen, Wahrnehmungen, die ich nur habe, weil ich die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses lese, das heißt die Protokolle. Das sind nur Wahrnehmungen von mir, keine Aussagen in dem Sinn. Ich weiß nicht, warum das so stattgefunden hat. Jetzt im Nachhinein kann ich mir Gedanken machen drüber, aber das sind nur Gedanken.

Das Einzige, was passiert ist: Der Hohegger hat mich angerufen, ich habe ihn getroffen, wir haben geplänkelt. Jetzt sage ich es halt in der schnellen Reihenfolge. Ich weiß es nicht ganz genau, war es Juni oder Juli 2006. Er hat mich gefragt nach diesen Schmied-Brüdern. Ich bin mir nicht einmal mehr ganz sicher, ob er nicht gefragt hat, ob ich eines weiß, aber jetzt nehme ich einmal an, dass er mich nach dieser Werbeagentur ... – Ich habe ja auch nicht gewusst, in welcher Bürogemeinschaft sie sind. Er hat mich gefragt, ob ich das tun kann, ob ich mit denen in Kontakt treten könnte und ob ich ihnen nicht sagen könnte, sie sollen den Vorstand Gernot Schieszler anrufen. Das habe ich getan, da hat es ein Gespräch gegeben. Ich habe nicht einmal gewusst, dass er Kurt heißt, aber da er der Dominante scheinbar in dieser Geschichte ist, wird es wohl der Kurt gewesen sein. Und daraus, und das weiß ich auch jetzt, ich habe gedacht ... – Ich habe ihm auch die Telefonnummer von Gernot Schieszler gegeben, die habe ich gehabt. Und damit war die Sache erledigt für mich.

Wer dann – und das erfahre ich wieder von Ihnen oder, jetzt sage ich einmal, auch von der Staatsanwaltschaft, von den Aussagen –, wer dann schlussendlich die Telekom angerufen hat, das wissen wir ja heute. Ich war es nicht!

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie können Sie sich denn erklären, dass Hohegger gerade auf die Agentur Schmied gekommen ist?

Klaus Wittauer: Wenn er dafür zuständig war, die Partei zu unterstützen im Sinne der Telekom, dann wird er sich Gedanken gemacht haben, wie er das machen kann, ohne dass er in Erscheinung tritt. Er hat ja einen Rahmenvertrag gehabt. Das erfahre ich jetzt inzwischen alles zum Glück aus den Medien, ich kann ja schon mehr nachlesen. Da könnten wir uns einmal Gedanken machen, ob da nicht eine parlamentarische Sitzung notwendig wäre dafür. Aber dort lese ich ja einige Dinge.

Jetzt weiß ich, das habe ich vorher nicht gewusst, dass sein Bruder und alle Möglichen dagegen waren, dass er mit gewissen Personen zusammenkommt. Vielleicht wollte er einfach das ganz geschickt machen und sagen, okay, da trete ich nicht in Erscheinung, der Wittauer Klaus hat eh sehr gute Kontakte zur Telekom, das wird er schon machen, was ja im Sinn, vielleicht, sage ich einmal, vom BZÖ ist.

Gut, er hat den einfachsten Weg gesucht. Warum er jetzt nichts mehr wissen will, das ist eine interessante Frage. Die werde ich ihm auch noch stellen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Vom Herrn Hohegger reden Sie oder wie? (*Klaus Wittauer: Ja!*) – Haben Sie vorher mit der Agentur Schmied irgendetwas zu tun gehabt?

Klaus Wittauer: Nein. Das heißt nur einmal, und das war der Landtagswahlkampf, der vorhergehende.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Der Landtagswahlkampf wo: in Tirol?

Klaus Wittauer: In Tirol. Aber ich habe nicht kandidiert.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aber Herr Hochegger hat Sie ja gefragt, was von der Agentur Schmied zu halten ist, und das kann mich ja nur jemand fragen, was von irgendjemandem zu halten ist, wenn ich den auch besonders gut kenne.

Klaus Wittauer: Ich habe gewusst, dass sie tätig sind für den Wahlkampf, das habe ich natürlich gewusst, für den Nationalratswahlkampf, und ich habe sie gekannt über den Landtagswahlkampf in Tirol. Das war die einzige Verbindung.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Hatten Sie in dieser ganzen Causa auch Kontakt mit Heinz Lederer?

Klaus Wittauer: Ich muss sagen, der Name ist mir inzwischen genauso bekannt wie mein eigener, aber ich habe mit dem nie Kontakt gehabt. Ich könnte mich wirklich kein einziges Mal daran erinnern.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Welche Angaben können Sie zu folgenden Personen machen, wie beispielsweise Tina Haslinger? Kennen Sie Frau Tina Haslinger?

Klaus Wittauer: Nein, nicht ein Satz und nicht eine Begegnung.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie gut kennen Sie den Christoph Pöchinger, und welche Kontakte haben Sie zu dem gehabt?

Klaus Wittauer: Eine unangenehme Erscheinung, und das war es schon. Die drei Mal, was ich ihn getroffen habe, ist er mir nicht angenehm erschienen. Ich habe keinen Grund, mit dem in irgendeiner Form ... – Ich suche mir die Menschen schon noch selber aus, mit denen ich rede.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Welchen Kontakt und welche Beziehung hatten Sie zu Frau Karin Gastinger?

Klaus Wittauer: Sie war ein angenehmer Mensch, sie war Ministerin, und ich war für Justizgeschichten nicht zuständig. Deshalb war mein Kontakt relativ klein, aber sie war eine sympathische Persönlichkeit.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Kommen wir vielleicht noch zur Universaldienstverordnung. Ich möchte gerne wissen von Ihnen, ob Ihnen bekannt war, dass die Universaldienstverordnung bei den alternativen Netzbetreibern auf massiven Widerstand gestoßen ist.

Klaus Wittauer: Ich glaube, alles, was die Telekom betroffen hat, stößt bei den Alternativen, die am meisten profitiert haben ... – Man darf ja eines nicht vergessen: Wir haben in so einem kleinen Land wie Österreich sechs Anbieter gehabt. Wir haben die besten Tarife gehabt. Wir haben die niedrigsten Tarife gehabt. Dass also alternative Anbieter dagegen sind, bitte, ich habe das nicht einmal registriert, weil ich nicht die Universaldienstverordnung mit bearbeitet habe. *(Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.)*0

Aber es ist ein Gesetz, das heute noch da ist. Es ist ein Gesetz – auch wieder meine Wahrnehmung über das, was ich lese –, das vom Verkehrsministerium unter der Ministerin Bures kontrolliert worden ist.

Dann kenne ich jetzt die Aussage vom Martin Fröhlich, die er da gemacht hat. Ich kenne die Summen. Also es ist direkt lachhaft, dass man das in Verbindung ... – Entweder man findet was anderes, keine Ahnung, was, aber das ist wohl lachhaft, die Universaldienstverordnung, die eine gute Verordnung ist ... – Weil ich erinnere mich schon: Die 800er- und die 900er-Nummern, das Ganze hat uns ja schon ab 2003 begleitet, dass das der Wunsch war, dass man dort etwas macht.

Aber jetzt abgesehen davon, wie das zustande gekommen ist. Es hätte so oder so kommen müssen. Tut mir leid, ich kann überlegen, wie ich mag, ich sehe eigentlich keinen Zusammenhang zwischen der Geschichte da und irgendwelchen Zusammenhängen, sei es mit Geldflüssen oder sonst etwas.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ist oder war Ihnen damals bekannt, dass die Änderung der Universaldienstverordnung für die Telekom Austria einen wichtigen wirtschaftlichen Vorteil oder einen wesentlichen wirtschaftlichen Vorteil gebracht hat?

Klaus Wittauer: Ich weiß nicht, wer da diese Frage gestellt hat. Vielleicht wäre es interessant gewesen für die Telekom, wenn die 900er-Nummern dabei gewesen wären. Jeder, der sich damit auseinandersetzt, erinnert sich ein bisschen: Davor waren die 800er-Nummern von diesen Mehrwertdingen besetzt, und dann sind alle hinübergehüpft auf die 900er-Nummern. Das war so. Also ganz gleich, welche Anbietung da stattgefunden hat, dann waren es auf einmal die 0912, 0911 oder was da halt alles drinnen ist.

Also, wenn ich mich jetzt frage: 16 000 €, 30 000 €, das ist – sage ich jetzt einmal – wirklich keine überragende Summe, gerade für ein Unternehmen wie die Telekom. Vielleicht wäre es damals 2003 oder 2004 weitaus höher gewesen. Kann sein. Aber das spiegelt – sage ich jetzt einmal – nicht eine Gegenleistung, die müsste irgendwie ein bisschen anders sein.

Was wäre gewesen, wenn die 900er dabei gewesen wären, das müsste man den Martin Fröhlich fragen. Aber die waren nicht dabei. Die haben alle gewechselt. Diese kleinen Alternativen sind natürlich sehr flexibel, weil sie von einer Nummer auf die andere hüpfen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Für die erste Runde eine abschließende Frage: Sie haben vorher gesagt, bei Ihren Jagden werden nur Freunde eingeladen. (*Klaus Wittauer: Ja!*) – Der frühere Anwalt von Peter Hochegger, Herr Ganzger, hat im „Report“ vom 13. September 2011 gesagt, Sie seien ein enger Freund von Gernot Schieszler.

Entspricht das der Tatsache?

Klaus Wittauer: Im Laufe der Jahre ist eine Beziehung entstanden. „Enger Freund“ ist, sage ich jetzt einmal ... Wer den Gernot Schieszler kennt, weiß, Freundschaft, das ist ein bisschen ein ... Die muss ein bisschen gelebt werden, sage ich einmal. Das ist sicher nicht der Fall. Aber ich schätze ihn als sehr kompetenten und angenehmen Menschen. Also, wenn man das Freundschaft nennt, dann ist es Freundschaft. Ich nenne Freundschaft ein bisschen anders. Also ich würde sagen: gut bekannt mit einem freundschaftlichen Touch.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): War der jemals bei Ihren Jagden dabei? War der jemals bei Ihnen eingeladen?

Klaus Wittauer: Wenn Sie mich jetzt fragen: Ja, aber lange danach. Das erste Mal, dass er bei mir auf der Jagd war, war letztes Jahr, im Frühjahr irgendwann. Einmal.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wann war das genau? Können Sie das sagen?

Klaus Wittauer: 2011, bevor alles angefangen hat. Jetzt kommt er nicht mehr zur Jagd. Jetzt könnte ich ihn, glaube ich, auch einladen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Für die erste Runde haben wir keine Fragen mehr. – Danke.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Wittauer! Ich bin jetzt der Letzte dieser Runde, und es war natürlich sehr interessant. Ich habe die Beobachtung gemacht, dass Sie offensichtlich Personen, deren Familiennamen mit P beginnen – Petzner, Pilz, Pöchinger –, irgendwie nicht sehr sympathisch finden. Vielleicht ist das eine Zufälligkeit. Mein Name beginnt mit R, also vielleicht tun wir uns ein bisschen leichter mit unserem Gespräch hier.

Das andere ist die Assoziation, die ich hatte, wie Sie sich auch selbst präsentieren: Ich fühlte mich da ein bisschen versetzt in die Roman-Novelle von Werfel „Die blaßblaue Frauenhandschrift“. Da ist nämlich ein Unterrichtsminister vorgekommen, der in der Zeit des Ständestaates seine Kabinettsitzungen immer damit begonnen hat – wenn es besonders heikel wurde bei Themen –, dass er gesagt hat: Ich bin ja nur ein Bauer! Und in Wirklichkeit war er alles andere. Der hat nämlich das gehabt, was man Bauernschläue nennt, und Ähnliches.

Sie haben gesagt: Ich bin halt Landwirt und komme aus den kleinen Tälern, und so weiter. Und wenn ich mir jetzt Ihre Vita anschau, dann haben Sie die Wittauer Consulting, dann machen Sie ein Studium. Das sind ja alles beachtenswerte und beachtliche Dinge. Das heißt, ich attestiere Ihnen das, was man **zumindest** als Bauernschläue bezeichnet.

Jetzt haben Sie da sehr viele Sachen nicht gesagt, haben zu Recht auf Ihr Entschlagungsrecht hingewiesen, das wir in keinster Weise in irgendeiner Form antasten wollen. Das ist Ihr absolutes Grundrecht, wenn Sie sich eben einem Strafverfahren gegenübersehen. Aber zum anderen haben Sie Sachen aufgeworfen, die uns investigativ auf andere Spuren oder Fährten oder Ähnliches weisen sollten. Sie haben gesagt, wenn man das jetzt alles durchliest, diese seitenlangen Protokolle, da drängt sich doch **die** Frage auf oder es drängt sich **die** Frage auf oder **das** sollte man hinterfragen, **das** sollte man hinterfragen.

Na ja, da ist zum Beispiel ein so hinterfragenswerter Umstand dabei, den Sie vielleicht aus der Nähe, auch zum Wahlkampf 2006, sehen könnten. Sie haben ja da über die finanzielle Situation des BZÖ etwas erwähnt. Es ist aufgrund von mehreren Aussagen hier im Raum gestanden, dass der BZÖ-Bundwahlkampf insgesamt etwas mehr als 4 Millionen € ausgemacht hat. Jetzt macht dieses Geld, das von der Telekom **nachweislich** geflossen ist – also das Geld ist geflossen, ob mit Ihrem Zutun oder ohne Ihr Zutun, will ich jetzt gar nicht werten oder in die Diskussion werfen –, nahezu 25 Prozent des Gesamtwahlkampfes aus, und keiner im BZÖ wusste von der Herkunft dieses Geldes: weder der Spitzenkandidat, Bündnisobmann, Geschäftsführer noch Werbefirmen et cetera. Die Werbefirmen wussten es zum Teil, haben das allerdings nicht weitergeleitet.

War die interne Kommunikation im BZÖ eine derart Schlechte? Das frage ich Sie als Kommunikationssprecher da, wenn es auch nur fürs Tele ist. Vielleicht haben die mehr mit dem Mobiltelefon telefoniert als mit dem Festnetz.

Klaus Wittauer: Herr Abgeordneter! Ich habe nie gesagt, dass ich allein Bauer bin – ich bin leidenschaftlicher Landwirt –, sondern es wurde am Anfang meiner Zeit, das heißt August 2011, von manchen so dargestellt: Wie kann ein Bauer bei der Telekom so einen Vertrag haben? Wie kann der Bauer bei der Telekom dieses oder jenes kriegen? Das ist nicht meine eigene Einschätzung von meiner eigenen Person und

auch nicht die Einschätzung von Freunden oder Bekannten oder von Geschäftspartnern. Ich möchte das klarstellen.

Also ich bin nicht derjenige, der probiert, sich kleiner zu machen, sondern es ist halt so, dass ein Schmied – ich kann ja nur immer das wiedergeben, was ich lese – sagt: Ich habe ihn wahrgenommen als Tiroler. Ich war Nationalrat, ich war ... Er hat mich einfach nur als Tiroler wahrgenommen, ohne irgendeine besondere Aufgabe. Und deshalb habe ich ja auch den „Tiroler“ angezogen, weil ich bin wirklich Tiroler, also kein Scheinbild.

Für mich ist es auch wichtig jetzt ... Deswegen berufe ich mich auf den § 7, manchmal auch, weil Sie mich ärgern, ein bisschen, gell, und weil ich eines nicht mag – und das habe ich als Abgeordneter auch nicht gemocht –: Wenn jemand schon von vornherein Schlussfolgerungen zieht und dann eine Frage darauf stellt. Das ist etwas, wo er eigentlich schon alles gesagt hat und was dann medial natürlich auch so aufgegriffen und medial natürlich auch so dargestellt wird. Deshalb habe ich auch in meinem Eingangsplädoyer – Plädoyer ist es eh keines, sondern dasjenige, was ich denke – das auch gesagt.

Ich probiere nicht, Ihnen zu helfen, auf die Sprünge zu kommen. Meine Aufgabe ist es nicht, etwas zu untersuchen. Meine Aufgabe ist es auch nicht, Ihre Arbeit zu erledigen, was ich ja nicht tue und was Sie sicher selber können, sondern ich lese halt jetzt, weil ich Strafverfolgter bin – und das ist Fakt –, Beschuldigter bin, das ausführlich, um meine Rückschlüsse und meine Schlussfolgerungen zu ziehen, und die finde ich.

Ich finde den einen oder anderen Hinweis und vielleicht, umso länger ..., weil ich keine Information von der Staatsanwaltschaft bekomme. Das heißt, ich habe kein Schriftstück, nicht einmal mein eigenes, das ich lesen kann.

Also ich bin jetzt eine Nutznießer diese Untersuchungsausschusses, auch wenn ich ihn nicht in dieser Phase gut finde, politisch gesehen, aber es ist so. Und jetzt gehe ich her und probiere halt, wenn ich gefragt werde, ein bisschen einen Hinweis darauf zu geben, was ich sehe, was ich spüre, das heißt, wo eben vorher nichts war.

Wenn ich heute hergehe und sage: Der Westenthaler, aha, dort hat er gewusst, dass da 200 000 sind! – Ich habe es nicht gewusst.

Oder: Diese Geschichte, keinen Kontakt zur Telekom. – Dann beweisen wir doch einen Kontakt zur Telekom.

Oder: Ich hätte mit der Haslinger Kontakt gehabt. – Jetzt probiert der Pöchinger eine andere Spur oder was weiß ich was zu legen.

Ich habe **nie** einen Kontakt zur Haslinger gehabt, zu dieser Person.

Ich sage nur: Es ist ja wunderschön, wenn man Dinge liest – und es ist interessant wie ein Roman –, dass man doch auf das eine oder andere draufkommt und sieht und auch – jetzt sage ich einmal, eine andere Erfahrung, wie ein normaler Leser – verspürt. Und da wird es jedem gleich gehen, nicht?

Das meine ich damit. Also jetzt sage ich nichts anderes.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben zuvor schon gesagt, man kommt zu Ihnen, und Sie helfen auch gerne, also wenn sie das Motiv sagen täten, wenn sie so viel Geld aufstellen, nicht im Wahlkampf berücksichtigen würden, dann täten sie das Geld ja viel eher von Ihrer Motivlage selbst nehmen.

Aber Sie helfen gerne, daher nehme ich auch jetzt gerne hier Ihre Hilfe in Anspruch.

Die Frage: Aus Ihrer Wahrnehmung, war da die Kommunikation im BZÖ tatsächlich so schlecht, dass man nie wusste, woher immerhin 25 Prozent eines Bundeswahlkampfes herkommen?

Sie werden darüber vielleicht nur Mutmaßungen machen können, das weiß ich nicht, aber schildern Sie da Ihren Eindruck aus Ihrer Erfahrung.

Klaus Wittauer: Wenn ich Mutmaßungen mache, dann ist es auch gleich. Natürlich kann ich Ihnen die Mutmaßungen auch darlegen.

Natürlich geht so etwas nie spurlos vorbei. Das kann nicht ... Ich glaube nicht, dass es eine Partei gibt, wo, jetzt sage ich, gar keiner was weiß, anscheinend nur einer. Und da sind die Verbindungen witzigerweise nicht ... – Bitte mir zeigen, wenn alle da sind.

Also ein Verteiler ... Jetzt sage ich es so, wie es über die Medien dargestellt wird oder, jetzt sage ich einmal, auch gesehen wird oder wie ich ja da schon dargestellt werde.

Jetzt bin ich ja momentan nur der Verteiler, nicht der Nehmer. Die sind ja schon abgeschlossen, glaube ich, für viele. Aber das ist unmöglich. Also es geht gar nicht, dass nicht irgendjemand irgendetwas weiß, da kann die Kommunikation noch so schlecht sein. Wenn es Zusammenhänge gibt, dann gibt es sie. Und dass von mir aus eine Agentur arbeitet, und nur Rechnungen, also bitte, ...

Also wenn jetzt von mir aus irgendjemand in Wien oder im Burgenland oder sonstwo hergeht und sagt: Aha, das ist jetzt gut!, oder wenn, jetzt sage ich, der Spitzenkandidat hergeht und sagt: Wir brauchen dorthin nur eine Rechnung schicken!, ich weiß nicht, das geht nicht.

Ich habe noch keinen Wahlkampf gesehen in meiner Vergangenheit, der so funktioniert hätte. Also, jetzt sage ich, dass man Gelder unter Umständen nicht nach außen trägt, aber dass es kein Gespräch, jetzt sage ich einmal, zwischen Werbemanager, Wahlkampfleiter, Spitzenkandidat, und wenn es nur drei, vier Verantwortliche sind, dass es da kein Gespräch gibt. Ich glaube das nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt zu etwas ganz Konkreten, weil Sie gesagt haben, die Frau Haslinger kennen Sie nicht oder haben Sie nicht gekannt. Der Referent wird Ihnen jetzt ein E-Mail vorlegen, das die Frau Haslinger allen Fraktionen im Zuge einer Protokollberichtigung im Anhang vorgelegt hat.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Es ist vom 18. August 2006, und es ist an Sie adressiert. Ich lese es vor:

„Leider erreiche ich den Finanzier der Kampagne unter der von Ihnen angegebenen Telefonnummer nicht. Ist er event. im Urlaub? Es meldet sich immer die mailbox.“

Dieses E-Mail ist angeschrieben mit „Sehr geehrter Herr Wittauer“, und bei der E-Mail-Adresse steht: „To: klaus.wittauer@aon.at“. Also das ist an Sie gegangen.

Es heißt dann weiter:

„Da ich demnächst die Anzeigen fix buchen muss, – wir möchten ja Anfang September mit der Kampagne starten –, möchte ich unbedingt in der nächsten Woche ein Gespräch bzgl. Zahlung/Planung usw. vereinbaren.“

Bzgl. der zweiten 100.000,- erbitte ich einen Mediaplan bzw. eine exakte Aufstellung, für welche Zwecke wie viel Geld zum Einsatz kommt – bzw. über mich abzurechnen ist, damit ich Bescheid weiß, welche Zahlungen bis wann zu tätigen sind.“

Auch noch recht charmant:

„Da die Agentur Haslinger, Keck auch die Grünen betreut, müsste die Abrechnung über mich als selbständige Beraterin laufen. Ich habe eine eigene Steuernummer – das sollte also kein Problem sein.“

Und weiter:

„Bitte um Info, wie wir weiter vorgehen. Die Zeit dräng langsam.“

Danke.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Tina Haslinger MAS”

Unten steht noch: „HASLINGER, KECK Werbemittlung und Werbeberatung GmbH.“

Welche Wahrnehmungen haben Sie zu diesem E-Mail? Warum kommt das an Sie, obwohl Sie damit nichts zu tun haben?

Klaus Wittauer: Ich habe jetzt das erste Mal diese E-Mail gelesen. Ist nicht uninteressant. Jetzt sage ich, ich kann eigentlich wenig dazu sagen, aber jetzt haben wir eine Zeit von bis ...

Ich habe die Frau Haslinger nie kennengelernt. Ich habe auch nie einen E-Mail-Kontakt ... – Oder, jetzt sage ich einmal, ich hätte ja normal, wenn ich so etwas bekommen hätte – ich weiß nicht, ich erinnere mich nicht daran – eine Antwort geschrieben oder irgendetwas.

Also wenn ich bei der Verteilung zuständig wäre, dann hätte ich das sicher aufgegriffen. Das ist eigentlich für mich der Beweis dafür, dass ich nichts aufgegriffen habe. Aber der Pöchinger oder ganz gleich wer ...

Schon damals, jetzt sage ich, kann von Schmied und Schmied dorthin sein, wir haben das vielleicht oder schon. Es ist für mich ... – Die hat nie einen Kontakt mit mir zusammengebracht. Keine Ahnung!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber „klaus.wittauer@aon.at“ ist Ihre E-Mail Adresse?

Klaus Wittauer: Ist noch meine heutige E-Mail Adresse.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie können sich nicht an dem Empfang erinnern? Und Sie wissen auch nicht, ob Sie konkret irgendetwas mit diesem E-Mail dann angefangen haben, weitergeleitet, geantwortet, irgendetwas in diese Richtung? (**Klaus Wittauer:** Nein!)

Ich meine, wenn ich mit nichts etwas zu tun habe, verwundert mich so ein E-Mail. Mich würde das zuerst einmal verblüffen, wenn mit wer schreiben würde, wo man einmal 100 000 € in irgendeiner Form verbraten soll oder Ähnliches – noch dazu, wo da drinnen steht:

„...den Finanzier der Kampagne unter der von Ihnen angegebenen Telefonnummer ...“.

Also da dürfte es schon für die Frau Haslinger – Sie war zwar schon bei uns, aber vielleicht wird sie sich aufgrund dieser Berichtigung noch einmal einfinden –, also sie sagt da, sie hat die Telefonnummer des Finanziers der Kampagne, und das ist an sich nachweislich die Telekom gewesen, und sie behauptet, von Ihnen eine Telefonnummer bekommen zu haben – nicht im persönlichen Kontakt oder sonst etwas, allenfalls auf schriftlichen Weg, E-Mail, Brief, Fax, was auch immer da vorstellbar ist.

Haben Sie irgendeine Wahrnehmung dazu? (**Klaus Wittauer:** Gar keine!) – Ein paar Details noch: Stimmt es, dass Sie im Bereich der Telekom im Verwaltungsgebäude für

einen sensiblen Verwaltungsbereich der Führungsetage eine permanente Zutrittsberechtigung gehabt haben?

Klaus Wittauer: Nein, das stimmt nicht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Eine letzte Frage.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, das kann man einmal so lassen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön.

Wir kommen nun zur zweiten Fragerunde. – Herr Abgeordneter Petzner, bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme noch einmal zurück auf dieses E-Mail.

(Die Auskunftsperson ersucht um eine kurze Pause.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Vielleicht können wir eine kurze organisatorische Pause einlegen. Wir setzen dann fort mit der Fragestellung des Abgeordneten Petzner.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 11.58 Uhr **unterbrochen** und um 12.07 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt – um 12.07 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt Abg. Petzner als erstem Fragesteller in der zweiten Fragerunde das Wort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Wittauer, ich komme noch einmal zurück zu diesem E-Mail von Frau Haslinger an Sie, dass Ihnen vorliegt. Sie gibt in diesem an, dass Sie den Financier unter der von Ihnen angegebenen Telefonnummer nicht erreicht.

Welche Telefonnummer haben Sie da der Frau Haslinger angegeben?

Klaus Wittauer: Also mit dem setze ich mich jetzt auseinander, denn da bin ich selbst natürlich sehr überrascht, weil es nicht etwas ist ... – Also ich habe es sicher nicht gelesen. Die Wahrnehmung, die ich dabei habe, ist: Mein Name ist ja schon von vornherein für irgendetwas benutzt worden. Das heißt, in der gesamten Geschichte ... – Ich habe da sicher nicht geantwortet oder sonst irgendetwas. Aber es hat dieser Pöchinger meinen Namen genannt. Und es war davor immer so ... – Also es hat nie einen direkten Kontakt zu dieser Frau Haslinger gegeben. **Nie!**

Jetzt sage ich, dass daraus resultiert ... – Oder wenn ich jetzt die Schmied-Brüder hernehme. Durch mich haben sie den Kontakt zur Telekom gekriegt. Jetzt nehmen sie automatisch an, ich bin derjenige. Wie das dann funktioniert, von Person zu Person, und was am Ende übrigbleibt ... – Also ich kann mir nur vorstellen, dass sie nicht ausreichend – jetzt sage ich einmal, von dem Pöchinger, oder keine Ahnung von wem – unterstützt worden ist – das ist ja eher wie ein Hilferuf – und dann zurückgegriffen hat auf den Namen, den er ihr genannt hat. Das hat sie ja nie bezweifelt, dass er immer gesagt hat: Okay, der Wittauer!, oder Wittauer-Geld. Er hat ja nie gewusst „Telekom-Geld“, das hat ja nur sie gewusst.

Also das ist eher eine Zufälligkeit. Aber von mir wird es sicher keine Antwort gegeben haben. Das kann ich mir nicht vorstellen, weil ich mich nicht einmal an das E-Mail erinnere.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also schauen Sie – es tut mir leid, aber es geht da nur um Ihre Glaubwürdigkeit –, Sie wollen nie einen Kontakt gehabt haben, und dann liegt ein E-Mail vor an Ihre private E-Mail Adresse. Sie schreibt: „... unter der von Ihnen – also von Wittauer – „angegebenen Telefonnummer“, und Sie wollen von nichts gewusst haben.

Das glaubt außer Ihnen – tut mir leid! – keiner in diesem Saal.

Andere Frage: Ist es korrekt, dass Sie im Jahr 2010 zum Ökonomierat ernannt wurden. (*Klaus Wittauer: Ja!*) – Darf ich Sie fragen, von wem diese Ernennung durchgeführt wurde, von welchem Minister?

Klaus Wittauer: Vom jetzigen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von Herrn Berlakovich? (*Klaus Wittauer: Ja!*) – Das heißt, Sie wurden von Berlakovich zum Ökonomierat ernannt – was ja gar nicht so einfach ist, diesen Titel zu bekommen.

Können Sie uns ein bisschen was erzählen über Ihr Verhältnis zur Österreichischen Volkspartei und über die Kontakte zur Österreichischen Volkspartei?

Klaus Wittauer: Wie immer ist es so: Wenn man gut zusammenarbeitet – und als Nationalrat habe ich mit den ÖVP-Nationalräten, die mir gegenüber waren, gut zusammengearbeitet –, wenn man zusammenarbeitet, hat man auch Beziehung. Beziehung ist das Leben. Und wenn du also Beziehung hast, dann würde ich sagen, dass ich zu einigen Abgeordneten der ÖVP eine sehr gute Beziehung gehabt habe und auch gerne zusammengearbeitet habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nehmen wir einen konkreten Namen ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte Fragen ganz konkret zum Beweisthema! – Die Ökonomierat-Frage ist relativ irrelevant.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die ist schon sehr relevant! (*Obfrau Dr. Moser: Nein!*)

So, gehen wir zu konkreten Personen: Was können Sie sagen zu Ihrem Kontakt zum Bauernbundpräsidenten Fritz Grillitsch?

Klaus Wittauer: Zum Fritz Grillitsch? – Auch wieder als Nationalrat, und das wird ein jeder wahrgenommen haben: Wir haben gemeinsam das Tierschutzgesetz gemacht. Er war im Ausschuss Vorsitzender. Er ist Landwirt. Ja, wir haben viele Gemeinsamkeiten. Also ich finde, nicht wesentlich ist, ob schwarz, rot, grün oder sonst irgendetwas, sondern wesentlich ist: Was verbindet einen? – Und mit dem Fritz Grillitsch hat mich einiges verbunden, und wir haben gemeinsam auch einiges bewegt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was Sie beide auch verbindet, ist, dass auch Herr Grillitsch Zahlungen für sein „Forum Land“ von der Telekom bekommen hat.

Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen?

Klaus Wittauer: Jetzt ist es wieder so: Ich habe da, der Abgeordnete Rosenkranz hat es ja gesagt, irgendwie eine leichte Allergie – § 7 Entschlagungsrecht.

(*Die Auskunftsperson spricht kurz mit ihrer Vertrauensperson.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich lasse es so stehen, ich weise nur darauf hin: Da können Sie sich nicht entschlagen, denn das betrifft nicht Ihr Strafverfahren, sondern es betrifft den Herrn Grillitsch. – Aber okay.

Ist es korrekt, dass Sie in einem Nationalratswahlkampf 2006 beziehungsweise 2008 im obersteirischen Judenburg mit Fritz Grillitsch gemeinsam wahlkämpfen waren? Es gibt Augenzeugen, die das dort so gesehen haben, dass Sie in einer ÖVP-Bauernbundjacke mit dem Herrn Grillitsch wahlkämpfen waren.

Können Sie das bestätigen?

Klaus Wittauer: Ich antworte Ihnen deshalb, weil mir die Lächerlichkeit zu weit geht. Ich war noch *nie* in einem Wahlkampf der ÖVP, der SPÖ, der Grünen oder sonst irgendeiner Fraktion, außer in der eigenen. – Unglaublich!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich zitiere nur Augenzeugen. Ich komme aus der Nachbargemeinde, und daher weiß ich das ganz genau.

Ich lege Ihnen ein paar Rechnungen vor und werde Sie dazu fragen. Da gibt es die Rechnung 09 vom November 2007: Außerordentliches Projekthonorar für 2007, Repräsentationsaufwand für eTel, Repräsentationsaufwand für eTel, außerordentliches Projekthonorar für Personallobbying 2008 und außerordentliches Projekthonorar für 2008, Integration der eTel Austria in die Telekom.

Können Sie uns sagen, welche Leistungen diesen Rechnungen, die Sie als Klaus Wittauer Consulting an die eTel geschickt haben, zugrunde liegen?

Klaus Wittauer: Herr Abgeordneter Petzner, Entschlagsrecht § 7.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich möchte nur darauf hinweisen, dass dieser Bereich – vielleicht haben Sie eine andere Wahrnehmung, Herr Wittauer – meines Wissens derzeit nicht von der Staatsanwaltschaft verfolgt wird.

Klaus Wittauer: Darf ich Ihnen darauf antworten? (*Abg. Dr. Pilz: Ja, natürlich!*)

Ich habe eine strafrechtliche **Verfolgung** schon seit geraumer Zeit hinter mir. Ich glaube, ich als Beschuldigter bin der Einzige, der eine Wahrnehmung darüber haben kann: Ist etwas vielleicht für mich strafrechtlich relevant? – Oder, wenn ich über die Medien höre, okay, die Rückforderung der BZÖ an mich ist jetzt, sage ich einmal, auch eine schwerwiegende Geschichte, wenn das so stattfinden könnte.

Also es ist mein Gefühl – ich bin jetzt kein Rechtsanwalt – und meine Wahrnehmung, wenn ich das Gefühl habe, es könnte strafrechtlich auch – auch wenn ich unschuldig bin! – eine Rolle spielen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich glaube, dass Sie da vollkommen recht haben. Ich wollte Sie nur darauf hinweisen, dass das meines Wissens derzeit nicht vom Staatsanwalt verfolgt wird. Wenn Sie aber der Meinung sind, dass Sie sich auch in diesem Zusammenhang durch Ihre Aussage belasten könnten, dann – Sie können das ja auch mit dem Verfahrensanwalt besprechen – steht Ihnen dieses Recht sicherlich zu. (*Ruf: So ist es!*)

Klaus Wittauer: Aber die Staatsanwaltschaft hat mich sehr wohl nach diesen Dingen gefragt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Vielleicht kann das der Verfahrensanwalt klären, aber auch meinen Recherchen nach sind diese Rechnungen nicht vom Ermittlungsverfahren umfasst oder Teil des Strafverfahrens gegen den Herrn Wittauer. Das heißt, aus meiner Sicht der Dinge ist da eine Entschlagung nicht zulässig, denn

Sie können sich dann entschlagen, wenn Sie Gefahr laufen, dass Sie sich in einem Strafverfahren selber belasten würden. Aber da diese Rechnungen ja gar nicht von Ihrem Verfahren umfasst sind, sehe ich diesen Entschlagungsgrund nicht. So übrigens auch bei Ihrer vorvorhergehenden Antwort, wo Sie sich auch entschlagen haben. Also vielleicht kann das der Verfahrensanwalt ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Der Herr Verfahrensanwalt wird, nachdem der Abgeordnete Rosenkranz kurz eine Bemerkung vorgebracht hat, dann antworten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die Auskunftsperson, der Herr Wittauer, hat nicht nur das Strafverfahren gemeint, sondern er hat auch gehört, dass die Telekom beabsichtigt, diverse Gelder zurückzuverlangen – was also rein zivilrechtlich ist. Es gibt ja auch den Entschlagungsgrund, wenn ein wesentlicher vermögensrechtlicher Nachteil zu erwarten wäre. Ich würde sagen, eine Rückforderung von ein paar Zigtausend Euro würde meiner Meinung nach einen entsprechenden Nachteil, einen unter Umständen drohenden, bedeuten. Also unter diesem Aspekt würde ich das Entschlagungsrecht gelten lassen. *(Abg. Dr. Jarolim: Aber die strafrechtliche Verfolgung muss ja nicht einmal noch eingesetzt haben!)*

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Das ist das, was ich sagen wollte. Ich wollte sagen, dass es zunächst gar nicht darauf ankommt, ob ein Strafverfahren schon geführt wird oder nicht. Wenn die Auskunftsperson – und sie hat es dargelegt – der Meinung ist, dass sie sich, wenn sie hier wahrheitsgemäß antwortet, dann einer Fragestellung in einem erweiterten Strafverfahren aussetzt, dann hat sie das Recht, sich zu entschlagen.

Kollege Rosenkranz, Sie haben natürlich auch recht. Ich habe mich auf das vorbereitet. Wir werden heute noch mehrmals vor dieser Situation stehen, dass in den Medien angekündigt ist, dass Zivilklagen eingebracht werden. Es heißt zwar derzeit nur, Privatbeteiligtenanschluss, aber das ist auch die Geltendmachung eines zivilrechtlichen Anspruches im Rahmen des Strafverfahrens. Und daher würde auch der Verweigerungsgrund ziehen, dass sich die Auskunftsperson durch eine wahrheitsgemäße Aussage möglicherweise einen unmittelbar drohenden vermögensrechtlichen Nachteil einhandeln würde.

Ganz allgemein, um das auch noch einmal zu sagen: Wir stehen vor dem Problem, dass der Beschuldigte im Strafverfahren nicht die Wahrheit sagen muss – volkstümlich gesagt: dort kann er lügen –, dort steht er nicht unter Wahrheitspflicht, während er hier unter Wahrheitspflicht steht. Daher muss man sehr genau abwägen, inwieweit er hier in einem Strafverfahren relevante Sachverhalte noch einmal wiederholen darf oder nicht.

Ich gestehe gern zu, dass ich mir meine Meinung dahin gebildet habe, dass ich prüfe, ob im Strafverfahren eine dort als Beschuldigter schon gegebene Aussage wiederholt werden muss. Das ist so nach der neuen Strafprozessordnung und nach der Judikatur. Daher bin ich der Meinung, dann muss er es auch hier wiederholen, außer er sagt, er will von dem abgehen. Dann müsste er es sagen. Dann können wir sagen, wir können die Entschlagung zur Kenntnis nehmen.

Ganz allgemein ist es so: Wenn jemand sagt, ich will mich entschlagen, dann hat er eine Begründung zu geben. Das wird in der Regel gemacht, nicht immer heute. Dann hat einer von Ihnen oder eine von Ihnen das Recht, zu sagen: Bitte, bescheinigen Sie mir, dass dieser Grund tatsächlich vorliegt! Und dann letztlich wird hier im Ausschuss beschlossen, ob die Frage zugelassen wird oder nicht – mit der Konsequenz, dass einmal nachgeprüft werden kann, ob dieser Beschluss des Ausschusses richtig war oder falsch, ob ich eine richtige oder falsche Meinung dazu vertreten habe. Dieses

Risiko haben wir immer. Ich gehe aber davon aus, dass wir diese Dinge nach bestem Wissen beurteilen werden. – Danke.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Dann zitiere ich einfach aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung.

Sie geben an zu diesen Rechnungen, die Ihnen alle seitens der Behörden vorgelegt wurden, dass Sie einmal Karten für das Hahnenkammrennen organisiert haben. Die zweite Rechnung betrifft auch Hahnenkammrennen. Dann haben Sie Kartenbesorgungen getroffen für das Beachvolleyball-Turnier in Klagenfurt. Dann haben Sie irgend so eine Weißwurst-Party – ich glaube, in Going; genau – beim Stanglwirt in Going. – Das sind die Grundlagen dieser Rechnungen.

Können Sie uns etwas über diese Organisationsleistungen, die Sie da genau getätigt haben, sagen? Denn was ich komisch finde, ist: Die Telekom ist einer der Hauptsponsoren des Hahnenkammrennens und – das weiß ich selbst als Kärntner – des Beachvolleyballs.

Warum braucht die Telekom als Hauptsponsor Herrn Wittauer, um Karten für Veranstaltungen zu organisieren, die sie selbst, nämlich die Telekom, als Hauptsponsor wesentlich mitfinanziert und mitträgt?

Klaus Wittauer: Ja, es wäre ja eine interessante Unterhaltung mit Ihnen. Was die Telekom bewegt oder nicht bewegt und wen sie einlädt und wen sie braucht oder nicht braucht und in welchem Rahmen sie etwas macht, ist eine andere Sache. Wenn sie knapp davor ist, ist ihr Einfluss anscheinend nicht so groß wie meiner, dass ich also doch fähig war, rechtzeitig Karten oder Hotelzimmer oder sonst etwas zu organisieren. Ich habe sie nicht für mich organisiert – ich war vielleicht da –, sondern für die Telekom. Das ist einmal einer der Hauptsachenpunkte.

Ich möchte aber trotzdem noch einmal zurückkommen, denn das hat mich innerlich ein bisschen aufgeregt: Ich habe Fritz Grillitsch kennengelernt als Mensch – der mag seine Fehler haben –, als fleißigen Menschen, der die Idee, jetzt sage ich einmal ... Ich habe das auch genau angeschaut: „Forum Land“ ist eine Plattform, und jetzt sage ich, diese Entwicklung, ländliche Entwicklung, wo die Telekom eine große Rolle gespielt hat.

Zu sagen – und das ist dasjenige, das Verwerfliche –, Fritz Grillitsch hat etwas genommen, und dann danach das „Forum Land“ zu erwähnen, ist für mich ... Da habe ich nicht die geringste Lust – und ganz gleich, da könnt ihr Abgeordnete jetzt machen, was ihr wollt –, etwas zu sagen. Denn beugen oder knien tue ich hier sicher nicht. Also bitte das zurücknehmen, denn es betrifft jemanden, den ich sehr schätze.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Damit haben Sie das gesagt, was mir wichtig war, nämlich: Ihr Naheverhältnis zu Personen in der Österreichischen Volkspartei.

Aber gehen wir zurück zu diesen Rechnungen: Das Hahnenkammrennen 2008. Da haben Sie in Summe zwei Rechnungen, in Summe sind es 84 000 €. Jetzt haben wir da nachrecherchiert: Eine VIP-Loge beim Hahnenkammrennen kostet für drei Tage 1 700 €. Das waren die Preise von 2012. 1 700 € für alle drei Tage, VIP-Pass.

Sie geben da in Ihren Einvernahmen an, Sie haben das für rund zehn Personen organisiert. Wenn ich das jetzt zusammenrechne, dann dürfte das nur ungefähr 20 000 € ausgemacht haben. Warum kommt dann bei Ihnen die Summe mit über 80 000 € zustande? Wie erklären Sie sich diesen hohen Aufwand für Ihre Leistungen und Ihre Kartenorganisation im Zuge des Hahnenkammrennens und diesen Preisunterschied?

Klaus Wittauer: Da merkt man ja, dass ... – Ich glaube, Sie waren aber auch einmal beim Hahnenkammrennen, aber Sie werden das Ticket wahrscheinlich nicht selbst gezahlt haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich war beim Beachvolleyball. Beim Hahnenkammrennen nie.

Klaus Wittauer: Nicht? Ehrlich nicht? – Also gut. Jörg Haider war öfters, irgendjemand wird das auch gezahlt haben.

Falsch informiert! Das heißt, allein diese Nightrace-Party kostet 700 €. Das heißt, das ganze Paket, wenn man das haben will, nicht exakt, 3 400 oder 3 600 € – mit diesem Weirather-Zelt, mit diesen Tribünenplätzen. Falsch recherchiert, tut mir leid.

Aber grundsätzlich enthalte ich mich. Ich wollte nur, dass Sie in Zukunft wissen, wenn Sie einmal eine Karte wollen, was sie Sie tatsächlich kostet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir legen Ihnen die Kartenpreise vor (*Klaus Wittauer: Da haben Sie wahrscheinlich nur die Tribüne genommen!*), das offizielle Dokument des Kitzbühler Hahnenkammrennens. Schauen Sie sich das selbst an! Ich recherchiere richtig. Dort steht: 1 700 €.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Klaus Wittauer: Ja, ich sehe das: Logen... – Das heißt, wieder die falsche Veranstaltung: Weirather-Zelt ist keine Dachterrasse – tut mir leid. Weirather-Zelt ist keine Dachterrasse. Es gibt verschiedene Plätze, wo man eine VIP-Karte kriegen kann. Es gibt den Zielraum, es gibt ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ja. – Sie sagen in Ihrer Beschuldigteneinvernahme, Sie haben Karten für das Hahnenkammrennen organisiert (*Klaus Wittauer: Ich enthalte mich der Aussage, § 7!*), und ich lege Ihnen die Eintrittspreise des Hahnenkammrennens für 2012 vor. Also erzählen Sie uns keine Geschichten, bitte!

Noch einmal: Wie erklären Sie sich diesen Preisunterschied? Für zehn Personen würde das rund 17 000 € kosten. Bei Ihnen kostet es 84 000 €. Wie gibt es das?

Klaus Wittauer: § 7 – Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, weil wir schon bei Ihrem Entschlagungsrecht sind, Herr Wittauer: Ich zitiere die APA von heute, wo Sie mit folgenden Worten zitiert werden:

„Wittauer gab sich beim Eintreffen im Parlament wortkarg. Die Frage, ob er Telekom-Spenden ans BZÖ weitergeleitet habe, verneinte er jedoch.“

Können Sie das hier wiederholen? Haben Sie jemals Telekom-Spenden an das BZÖ weitergeleitet oder organisiert?

Klaus Wittauer: Herr Petzner, ich will dieses Gremium nicht nutzen, um ein Kasperltheater daraus zu machen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): **Sie** machen ein Kasperltheater (*Klaus Wittauer: Entschlagungsrecht § 7!*), denn draußen sagen Sie den Medien Nein, und herinnen vor dem Ausschuss sagen Sie, Sie entschlagen sich. Also sehr eigenartig. Sie missachten das Parlament, Herr Wittauer.

Ich frage Sie noch einmal: Ist Ihre Aussage richtig zitiert, die Sie vor der Tür draußen gegenüber der APA gemacht haben, nämlich – Zitat –: Ob Sie „Telekom-Spenden ans

BZÖ weitergeleitet“ haben, „verneinte er“, Wittauer, „jedoch“. – Haben Sie das gegenüber der APA vor der Tür draußen verneint: ja oder nein?

Klaus Wittauer: Herr Abgeordneter Petzner, Sie missachten meine Bürgerrechte. § 7, Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich missachte nicht Ihre Bürgerrechte, aber es ist bezeichnend, wie Sie mit dem Parlament hier umgehen.

Können Sie uns noch etwas erklären zu Ihrem Verhältnis und zu Ihrem Auskommen mit Herrn Parteiobmann Westenthaler im Jahr 2006? Wie hat sich das genau gestaltet?

Klaus Wittauer: § 7, Entschlagungsrecht. Es könnte sein, dass die Telekom Gelder von mir zurückverlangt – tut mir leid, hin und wieder muss ich lachen –, die die BZÖ natürlich ausgegeben hat, soviel jeder weiß. Jetzt wird es langsam ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das hat aber nichts mit Herrn Westenthaler zu tun. Der ist nicht mehr Parteiobmann, daher ist diese Entschlagung für mich nicht zulässig. Ich muss Sie noch einmal ersuchen: Beschreiben Sie Ihr Verhältnis zu Herrn Westenthaler.

Klaus Wittauer: Ich habe zum Glück, nach fünf Jahren, keine Wahrnehmung mehr von ihm.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Interpretiere ich das richtig, dass Sie kein gutes Verhältnis zu ihm hatten? (*Ruf: Das hat er gesagt!*)

Herr Wittauer, wir kommen zur UDVO: Ich lege Ihnen eine Anzeige vor, wo Personen genannt werden, die an einer Besprechung im Ministerium teilgenommen haben sollen, wo es um die Änderung der UDVO gegangen ist, und da taucht unter anderem Ihr Name auf.

Können Sie zu dieser Sitzung etwas sagen? Hat die stattgefunden? Haben Sie an einer solchen Sitzung teilgenommen?

Klaus Wittauer: Das beantworte ich. Das beantworte ich deshalb, weil es für die anderen Abgeordneten vielleicht auch interessant ist. Dann erspart man sich vielleicht auch die eine oder andere Frage.

Ich erinnere mich persönlich nicht an die Sitzung. Ich habe der Staatsanwaltschaft gesagt, dass es schon das eine oder andere Gespräch gegeben haben könnte, aber nicht direkt zur Universaldienstverordnung. Ich kenne die Universaldienstverordnung schon lange.

Es geht ja nicht um die Universaldienstverordnung, es geht nur um die Nummern, also um diesen Mehrwert. Und eigenartigerweise, also ... – Eines weiß ich – ich weiß nicht ganz genau, ob ich dabei war, ich weiß es nicht, weil viele Gespräche mit dem Ministerium stattgefunden haben, ich weiß aber ganz genau: Es hat nie ein Gespräch gegeben in der Konstellation Hohegger, Serentschy, Schender – und wer war noch? – , ich.

Aber es ist eine Gesprächsnotiz. Ist die Gesprächsnotiz danach gemacht worden, um etwas herzustellen? – Ich weiß es nicht. Also wenn, dann muss es ja einer der Beteiligten sein. Hohegger sagt, er war nicht dabei. Ich glaube, dass ich auch nicht dabei war. Ich kann mich wirklich nicht daran erinnern. So wesentlich wird es nicht gewesen sein. Herr Serentschy sagt, dass ich dabei war. Das heißt, Schender war sicher dabei. Und dann der vierte, ... (*Ruf: Stratil!*), Herr Stratil.

Ja, ich habe gesagt, das letzte Mal, wo ich etwas von der Universaldienstverordnung ... – Das habe ich auch bei der Staatsanwaltschaft gesagt ... – Das war im Vorjahr, und danach habe ich eigentlich nie mehr wieder etwas davon gehört.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Letzte Frage, dann gibt es noch Zusatzfragemöglichkeiten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme gleich zu meiner letzten Frage. Nur: Diese Anzeige ist deswegen wichtig, weil sie ja Ermittlungen im Zusammenhang mit der UDVO ausgelöst hat, und alle Personen, die hier genannt sind, nämlich die Sie auch aufgezählt haben – Schender, Serentschy, Stratil, Hohegger –, haben ausgesagt, es hat so ein Gespräch nie stattgefunden. Sie sagen auch, Sie können sich nicht daran erinnern. Das heißt ...

Klaus Wittauer: Ich kann aber eines sicher sagen: Es hat kein Gespräch gegeben – das kann ich mit hundertprozentiger Sicherheit sagen –, wo ein Hohegger dabei war. (*Abg. Petzner: Genau!*) Ich habe nie ein Gespräch im Ministerium gehabt, ganz gleich, zu was für einem Fall, wo ein Hohegger dabei war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist mir eben nur wichtig, daher will ich das auch gefragt haben. Die Schlussfrage eben auch zu diesem Bereich UDVO: Die Anzeige, haben wir jetzt geklärt, ist scheinbar frei erfunden. Wenn fünf Teilnehmer da oben stehen, und keiner der fünf Teilnehmer war jemals bei diesem Gespräch dabei, dann sollten sich die Grünen das nächste Mal eine bessere Anzeige einfallen lassen.

Klaus Wittauer: Herr Abgeordneter! Wenn es eine Gesprächsnotiz ist: Eine Gesprächsnotiz kann natürlich nur einer machen, der bei einem Gespräch dabei ist. Also war es von denen. Wer hat die Gesprächsnotiz gemacht?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es steht hier oben „Gedächtnisnotiz“. Und wir wissen ja aus Recherchen, Herr Wittauer, dass das von einem „Grünling“ kommt, also von einer grünen Wiener Person, die da eine Gedächtnisnotiz an die Staatsanwaltschaft geschickt hat.

Klaus Wittauer: Dann war der dabei.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir wissen jetzt, dass das eine freie Erfindung eines grünen Mandatars oder einer grünen Person war. Das war mir nur wichtig, klarzustellen, damit es auch Personen wie der Herr Simonitsch von der „Kleinen Zeitung“, der sich als Pilz-Fan geoutet hat via SMS, zur Kenntnis nehmen.

Aber meine Schlussfrage dazu ganz am Ende des Tages. (*Zwischenruf.*) – Ja, Herr Simonitsch, das müssen Sie Ihrer Zeitung erklären, dass Sie politisch ein Naheverhältnis haben.

Meine Schlussfrage: Haben Sie irgendwelche Hinweise, dass es im Zusammenhang mit der UDVO und dieser Anzeige, die Sie jetzt hier auch richtig dargestellt haben, was das ist, nämlich ein Käszettel und nicht viel mehr, haben Sie jemals irgendwelche Hinweise, Wahrnehmungen, Gespräche, E-Mail-Kontakt, Telefonate, was auch immer gehabt mit dem Themenkomplex UDVO und im Gegenzug für eine der Telekom genehme UDVO-Novelle Zahlungen der Telekom ans Umfeld des BZÖ? Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen: ja oder nein? Falls ja: welche?

Ich sage dazu, bisher haben sämtliche Auskunftspersonen unter Wahrheitspflicht ausgesagt, sie haben dazu keine Wahrnehmungen, was auch der Herr Simonitsch zur Kenntnis nehmen sollte.

Klaus Wittauer: Jetzt sage ich einmal, in allen Bereichen, wo ich etwas feststellen könnte – Universaldienstverordnung kann es nicht sein und ist es nicht, zumindest einmal in meinem Bereich sowieso nicht. Ich war auch nicht involviert, weil ich bin Nationalrat, das ist gesetzgebend, das andere ist eine Minister-Geschichte. Da müsste es einen Hinweis geben, und es wird keinen Hinweis geben, dass ich jemals mit einem Beamten geredet hätte oder mit irgendjemand darüber, dass diese Universaldienstverordnung ... Und sie war auch nicht wichtig! Das heißt, das ist auf der zweiten Managementebene oder auf der dritten abgeleiert worden, wo halt einer gesagt hat: Na was ist denn jetzt, wird die gemacht oder wird die nicht gemacht? Warum oder weshalb nicht? Aber es war keine gravierende Geschichte. Ich kann mir das nicht vorstellen.

Nur eines möchte ich dazu sagen, da ich jetzt festgestellt habe, ich habe scheinbar ein E-Mail bekommen – ich hoffe, dass man da oben dann auch sieht, dass das geschickt worden ist –: Ich habe das E-Mail nie gelesen und ich habe auch nie etwas zurückgeschickt. Ich kann nur eines sagen, wenn irgendjemand mir ein E-Mail geschickt hat – weil Sie gesagt haben, nicht dass ich da eine falsche Zeugenaussage mache –, dass das also relativiert ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): War schon klar. Danke. Mir ist nur wichtig, festzuhalten, dass auch Sie keine Wahrnehmungen zu Partei ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. – Bitte, Sie haben schon zweimal die letzte Frage gestellt! (*Abg. Petzner: Ich wollte nur zusammenfassen!*) – Nein, das ist nicht notwendig! Die Menschen können selber hören und sehen. (*Abg. Petzner: Der Herr Simonitsch nicht, der checkt das nicht!*)

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich habe jetzt ein bisschen ein Problem. Ich bin zwar nicht der Ex-offo-Verteidiger der Grünen, aber es kann auch andere Fraktionen betreffen: Wenn hier der Eindruck entsteht, dass Beweismittel, die wir hier eigentlich erheben sollen, einfach mit irgendeiner Qualifikation: Wir wissen, das kommt aus dem grünen Bereich!, versehen werden, und das bleibt so unwidersprochen im Raum, dann haben wir tatsächlich, Kollege Petzner – ich versuche immer, wirklich extrem fair zu sein –, ein Problem, weil damit wird nämlich der Zeuge oder die Auskunftsperson mit einer Information konfrontiert, auf die er aufbauend dann weitere Erklärungen abgeben soll, und das ist unerträglich. Es kann nicht sein, dass wir hier Tatsachen in den Raum stellen, die falsch sind, und basierend auf diesen dann Erklärungen abgegeben werden – außer Sie legen etwas vor, Herr Kollege Petzner, dann habe ich auch kein Problem damit.

Ich glaube: jegliche Konfrontation gerne, aber nur nicht die Zeugen dadurch möglicherweise ungewollt manipulieren, indem dann irgendwelche Fakten oder Scheinfakten in den Raum gestellt werden. Ich würde nur darum ersuchen, weil wir uns sonst ein bisschen schwer tun.

Jetzt zu der Erklärung der Unmaßgeblichkeit der Verordnung. – Die Anzeige stellt ein Gespräch dar, das im Sommer stattfinden hätte sollen, aber das tatsächlich möglicherweise in einer anderen Konfiguration, zumindest laut Serentschy, am 22. Februar 2006 stattgefunden hat. Das heißt, es hat ein solches Gespräch gegeben, wenngleich vielleicht nicht mit diesen Themen, also nicht mit diesen Auswirkungen, aber jedenfalls auch zur Universaldienstverordnung.

Ich darf Ihnen jetzt Folgendes vorhalten, und zwar ist das eine Aussage vom damaligen Finanzchef der Telekom, Schieszler, von dem Sie ja auch aus Einschätzungen kompetenzmäßig sehr viel halten. Er sagt jetzt, befragt zu dieser PAC, die ja eigentlich der einzige Bestandteil war, was man in der Telekom-Universalverordnung ändern wollte, Folgendes:

Nach gängiger Bewertungsmethode ergibt sich ein Nettobarwertvorteil von 40 bis 60 Millionen € für die Telekom, wenn die PAC kommt. – Zitatende.

Das leitet er davon ab, dass er die positive Auswirkung dieser PAC, also diese Verdrängung dieser Wertkartentelefonierer aus den Zellen, budgetmäßig mit 10 Millionen pro Jahr quasi ansetzt. Und wenn er das jetzt mit einem Mischsatz von vier bis sechs Jahren hochrechnet aufs EBITDA, dann ergibt sich dort 40 bis 60 Millionen Einsparung.

Und dann sagt Schieszler: Gegen einen Wert zwischen 40 und 60 Millionen war uns – damit meine ich Fischer und mich – aber nichts zu teuer. Auf Nachfrage, wie viel, sagte Hohegger –

der Hohegger ist der, der sich hier hineinentriert –,

dass mindestens 1 Million € nach dem Zustandekommen fließen müsse.

Das heißt, wenn man jetzt hergeht und sagt: Ich schaue mir an, was geht in der Telekom vor und was denkt der relevante Vorstand?, dann sagt er erstens einmal, und das ist seine Aussage im Rahmen auch seines Geständnisses – er hat ja hier ein Privileg in Anspruch genommen, das es zum ersten Mal gibt, und das wird hier ausgeführt; das heißt, er steht unter besonderem Wahrheitsdruck –: Das war für uns ganz, ganz wichtig, dass wir diese PAC wegbekommen, und es war uns auch einen Betrag wert, der ein sehr hoher ist. Und gleichzeitig wurde mit dem Hohegger kommuniziert, dass die Änderung dieser Verordnung nicht billig würde. Er sagt, der Hohegger hat ihm das nach Rücksprache, mit wem weiß ich nicht, ausdrücklich mitgeteilt.

Ich sage das nur deshalb, weil das ein bisschen anders ausschaut als das, was Sie uns vorhin gesagt haben. Andere haben auch in Ihrer Richtung gesagt, dass die Verordnung sowieso geändert worden wäre. Das heißt, es stellt sich die Frage: Wieso glaubt die Telekom, wieso glaubt der Schieszler, dass er etwas, was er haben will, nur dann bekommt, wenn es sehr teuer ist, offensichtlich vermittelt durch den Herrn Hohegger, und wie kommt es dann tatsächlich zu den Zahlungsflüssen?

Ich sage das deshalb, weil das irgendwie klarmacht: Die Telekom sagt, wir wollen das weghaben. Die Telekom sagt, uns ist das etwas wert. Offensichtlich kommt der Hohegger, realisiert das und beginnt jetzt ein Spiel, das er auch tatsächlich umsetzt.

Jetzt meine Frage an Sie in diesem Zusammenhang noch einmal. Sie haben vorhin gesagt, es ist für Sie sehr, sehr schwierig, zu glauben, dass im Rahmen des Wahlkampfes über 2006 die führenden Personen – der Wahlkampfmanager, haben Sie gesagt, der Bündnisobmann, haben Sie gesagt, ich glaube, Sie haben auch den jeweiligen Landeszuständigen genannt – nicht miteinander reden.

Haben Sie irgendeine Wahrnehmung gemacht zur Wahlkampffinanzierung aus irgendeinem Gespräch, von dem Sie sagen, diese Gespräche muss es gegeben haben, dass da irgendetwas gesagt worden ist; entweder aus eigenem, oder haben Sie etwas gehört von derartigen Gesprächen?

Also die Botschaft ist – noch einmal –: Die Telekom geht davon aus: Wir kriegen das nur dann, wenn man Geld zahlt, und der Hohegger sagt: Ich mache das möglich!, und das Geld fließt auch dann.

Jetzt ist die Frage: Wie kommt es dazu, dass das BZÖ das Geld dann bekommt?

Klaus Wittauer: Also ich kann nur meine Wahrnehmung, sage ich, als Abgeordneter hernehmen. Das heißt, wenn ich dies beeinflussen hätte wollen, dann wäre das auch unglaublich schwierig gewesen, weil dann hätten wir ein Gesetz machen müssen. Das

ist auch dargestellt worden: Welche Möglichkeiten hat man? Die RTR war der falsche Platz. Der Verwaltungsgerichtshof hat es aufgehoben – also eine Reparatur.

Ich glaube, die Aussage von Mag. Fröhlich ... – Den kenne ich, aber ich sage: auch nur informativ, es war nie ein direktes Gespräch, wo er gesagt hat: Das und das und das. Nie! Diese Universaldienstverordnung geht bei mir als Abgeordneter ein bisschen vorbei, obwohl ich um die Problematik der 800-er- und 900-er-Nummern schon jahrelang weiß, mindestens drei Jahre, wenn man das Jahr 2003 nimmt, wo das Gesetz gemacht worden ist, und 2006, wo das scheinbar stattgefunden hat.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber warum sagt der Kronzeuge – ich meine, das ist der Kopf in der Telekom, das ist der, der dort in Wirklichkeit all das Relevante für die Wirtschaftsentwicklung zu denken, zu entscheiden hat – so etwas?

Klaus Wittauer: Ich tausche mich nicht mit dem Herrn Gernot Schieszler aus, und ich glaube, das hat die Staatsanwaltschaft, auch wenn wir permanent irgendwo, glaube ich, in irgendeiner Form abgehört werden ... – Das ist immer ein eigenartiges Gefühl, weil man hört es trotzdem immer klicken. – Das für jeden, wenn er einmal abgehört wird. – Ich denke auch darüber nach. Aber mir den Kopf zu zerbrechen, was die Telekom will, ob sie einen Grund gesucht hat, wie kann ich – ich meine jetzt nicht, gegen Sie, Herr Abgeordneter Jarolim ... – Aber es kann genauso sein, dass für die Telekom wichtig war, dass das BZÖ in irgendeiner Form hineinkommt, weil die Konstellation eine andere gewesen wäre. Wenn die nicht hineingekommen wäre, dann wäre unter Umständen die nächste Rot/Grün gewesen. Es gibt doch verschiedene Varianten.

Welche Schlussfolgerungen die innerhalb des Unternehmens ziehen: Ich war nie angestellt dort, ich war nie innerhalb dort, und ich war auch sehr selten dort. Ich habe nicht nur keine Zugangsberechtigung gehabt, ich war auch sehr selten in der Telekom. Wenn, dann bei Veranstaltungen, vielleicht dreimal bei einer Erörterung. Das war es schon über die ganzen sechs Jahre. Also nicht so unbedingt großartig – ich weiß es nicht, ich kann es wirklich nicht sagen, aber ich denke genauso darüber nach.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie haben die Frage inhaltlich schon im Großen und Ganzen beantwortet. Ich möchte sie noch einmal stellen, und zwar: Ganz offensichtlich hat der Herr Hohegger dargestellt, dass er diese Verordnung durchbekommt, wenn da Geld bezahlt wird.

Haben Sie irgendwann einmal eine Wahrnehmung, wenn Sie jetzt noch einmal nachdenken, in diese Richtung gehabt, dass Sie entweder vom Hohegger selber – mit dem haben Sie aber nur sehr spärlich kommuniziert – oder von einer dritten Stelle gehört haben, dass der Hohegger herumrennt und sagt: Da muss etwas bezahlt werden, damit dieses Gesetz, das Sie ohnedies durchhaben wollten, jetzt kommt!?

Klaus Wittauer: Zum Thema Hohegger muss ich mich leider Gottes ... Da kriege ich nichts, also keine Information, was der Herr Hohegger gesagt hat. Ich habe erst jetzt mit dem ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aus eigener Wahrnehmung oder von irgendwem?

Klaus Wittauer: Ich sage ja, die eigene Wahrnehmung ist eine andere, wie ich sie jetzt wahrnehme. Wenn ausgerechnet ein Schräglobbyist, der nicht nur für die Telekom, sondern für viele Dinge zuständig war, glaubt, jetzt hat er mit dem scheinbar nichts mehr zu tun – welche Gründe auch immer er gehabt es, es so zu machen, da muss man ihn fragen. Wenn er es nicht sagt, dann wird es schon eine Ursache geben, die keiner wissen will, denke ich mir einmal. Sonst sage ich einfach: Ja, das ist so, damit habe ich nur einen Auftrag erledigt.

Für mich selber ist es schwierig. Ich habe nie, außer dieses eine Mal, mit dem Herrn Hochegger irgendetwas in irgendeine Richtung getan, und ich habe nur wahrgenommen, genauso wie jeder andere, dass der verdammt rege ist in alle Richtungen und in allem – es hat ja nicht irgendwelche Parteigrenzen, Firmengrenzen oder sonst irgendetwas gegeben. Und das ist die einzige Wahrnehmung, die ich gehabt habe.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Noch einmal: Wir haben vorhin ja gehört, dass der Herr Westenthaler ausdrücklich festgehalten hat, dass sämtliche Wahlkampfgelder, und damit auch die Unterstützung von der Frau Gastinger für ihren Sonderwahlkampf, BZÖ-Mittel sind. Sie haben vorhin auch gesagt, es ist nicht glaubwürdig, dass keine Gespräche über die Wahlkampffinanzierung stattgefunden haben, die damit eigentlich auch die Frage: Wo kommt das Ganz her?, mit umfasst hat.

Ich frage Sie noch einmal: Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen gemacht, dass eine derartige Frage mit dem Herrn Haider zum Beispiel besprochen wurde? Waren Sie dabei? Haben Sie etwas gehört?

Klaus Wittauer: Ich habe – da bin ich ein bisschen eine eigenartige Person –, auch wenn Jörg Haider, ich habe ich nicht unbedingt, außer einmal im Jahr, wo ich 15 Minuten geredet habe, das Ganze, was mich aufgeregt hat. Dann hat er 15 Minuten geredet – und ich bin hinausgegangen und habe wieder 100 Kilometer gebraucht, um wieder zu glauben, was ich selber tatsächlich an Wahrnehmungen habe. (*Heiterkeit.*) Ja, er war unglaublich stark in seiner Persönlichkeit. Aber ich war nicht, weder von einem Peter Westenthaler, noch von vielen anderen ... – Ich habe zu einem anderen Kreis von freiheitlichen Politikern gehört. Und es war für mich auch nicht notwendig, mit einem Jörg Haider zu reden oder mit irgendjemand anderem, weil ich damit schlussendlich ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich meine ja gar nicht so sehr, dass Sie **müssen**, sondern dass Sie einfach wahrgenommen haben, dass über Finanzierung gesprochen wird. Und er hat da mitgesprochen oder mitentschieden?

Klaus Wittauer: Ich sage nur eines, eines weiß ich ganz genau, da kenne ich Kärnten auch, sage ich einmal, in vielen verschiedenen Facetten: Wenn, würde ich einmal annehmen, die Verteilung ... – Ich weiß nicht, wie viele Gelder schon nach Tirol oder Burgenland von der Partei direkt gegangen sind. Ich weiß es nicht, darüber liest man auch nicht. Ob es ein Schlüssel war oder ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Bei der Telekom sind wir weit über eine Million.

Klaus Wittauer: Schon, aber im gesamten Wahlkampf. Jetzt haben wir gehört, Kärnten ist ein Land, da gibt es 3,3, dann 4,3 oder 4,4 – keine Ahnung –, und ein Teil davon ist von der Telekom gekommen. Das heißt, irgendjemand wird den Schlüssel gemacht haben, um die Bundesländer zu versorgen, weil Eigenmittel, eigene Strukturen, eigene Mitgliederbeiträge, eigene Geschichten hat es nicht gegeben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist es wahrscheinlich oder unwahrscheinlich?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 5 Minuten sind schon länger abgelaufen. Zusatzfragen bitte dann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bei meinen letzten Fragen waren wir bei der Weißwurst-Rechnung. Jetzt kommen wir zu einer Reihe anderer Rechnungen.

Rechnung Ampass am 26. Februar 2008, Rechnung Nummer 003, an die eTel Austria GmbH. Betrifft: Repräsentationsaufwand für die eTel Austria-Kunden im Rahmen von Veranstaltungen für eTel Austria GmbH & Co KG. Gesamtsumme: brutto 39 595,20 €.

Da ist unten offensichtlich eine Karte mitkopiert, und vielleicht können Sie mir helfen – ich weiß ja nicht, wer das geschrieben hat –: Klärt ASZ in TA ab – Rufzeichen. TA heißt, nehme ich an, Telekom Austria. – Ein Pfeil links nach unten, groß „D“, und dann „St“, rechts im Kreis „ok“, aber dann irgendetwas mit Rechnung – vielleicht können Sie das entziffern –, plus monatlich 15 – dann noch etwas – Euro ab sofort – auch Rufzeichen.

Können Sie uns möglicherweise helfen, zu entziffern, was da handschriftlich festgehalten wurde?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Klaus Wittauer: Die Handschrift: Meine ist es auf alle Fälle nicht. Ich bin das erste Mal eigentlich damit konfrontiert. Ich weiß auch nicht, was dieses „ASCHW“ ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): ASZ!

Klaus Wittauer: Ich kann auch die Bedeutung nicht entschlüsseln. Man könnte jetzt unter Umständen hergehen und sagen: Wann war das? Im Februar 2008? Jetzt weiß ich nicht ganz genau, wann ich die Kündigung gekriegt habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich komme auf Kündigung und so weiter dann ohnehin noch zurück.

Klaus Wittauer: Ich habe so etwas noch nie gesehen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Unter dem „Ok“ steht jedenfalls „aber“, und dann – ich weiß nicht, ob es heißt „Schattenrechnung“ oder sonst etwas. Das ist jedenfalls nicht eindeutig identifiziert.

Klaus Wittauer: Wir reden schon von der Karte: ASC in TA, oder? Reden wir schon von der?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Klärt ASZ in Telekom Austria ab ...

Klaus Wittauer: Ab sofort auch, oder, denke ich einmal. Kann das sein?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und dann steht: plus monatlich 15, und dann steht da irgendein Zeichen, Euro, ab sofort auch. – Das mit 15 und ein Zeichen und Euro erscheint mir plausibel, weil Sie haben im Rahmen dieses Vertrags ...

Klaus Wittauer: Ach so, Euro sagt man da, 15 ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): ... ja 19 Mal Fixbeträge – ich komme dann darauf zurück – von jeweils 18 000 € erhalten. Das sind also 342 000 €, beginnend am 7. September 2007, endend am 2. März 2009.

Können Sie uns sagen, wer diese Rechnungen bezahlt hat?

Klaus Wittauer: Wer mir die Rechnungen, die ich gestellt habe, ...? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) Die Freigabe ist sicher über die Telekom gegangen, natürlich, logischerweise. TA war ein Unternehmen, das integriert und in vielen Bereichen natürlich schon fast aufgelöst worden ist, das war immer die Telekom.

Und ich möchte Ihnen etwas sagen, Herr Abgeordneter, weil die Medien und viele immer gerne sagen: 18 000 €. Stimmt – brutto, minus 20 Prozent, der Vertrag und alles versteuert, minus 50 Prozent, und dann noch erhöhte Sozialversicherungsabgabe. Ich möchte nur sagen, weil es immer für den normalen Menschen draußen so aussieht: Schau an, der hat 18 000 € gekriegt! Und ich möchte auch den Medien einmal sagen, es sind nicht 18 000, sondern man muss das runterrechnen auf das, was dann tatsächlich vorhanden ist, dann hat der Mensch draußen auch die Wahrnehmung oder die Richtigstellung, wie es wirklich aussieht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Wittauer, wir diskutieren jetzt nicht die Möglichkeiten einer Steuerreform, sondern Ihr Rechnungswesen. Das ist zum Glück ...

Klaus Wittauer: Sie haben Zahlen ... Ich bin nur auf Ihre Zahlen eingegangen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auf einer anderen Rechnung steht unten „A. Schwarz“; das könnte „A. Sz.“ sein. Wissen Sie, wer „A. Schwarz“ ist?

Klaus Wittauer: Also ich sehe keinen „Schwarz“, sondern ich sehe nur „A. Schw“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lege Ihnen eine andere Rechnung vor, wo unten ein „A. Schwarz“ vorkommt.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Klaus Wittauer: Also „Schw.“ ist es auf alle Fälle. Das dürfte wahrscheinlich identisch sein mit der anderen, aber ich kenne das jetzt nicht. Ich kenne den Namen nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kennen Sie einen „A. Schwarz“ in diesem Zusammenhang?

Klaus Wittauer: Nein, kenne ich nicht. Schwarz? Ich kenne Schwarzer. Ich könnte einmal überlegen, aber ich kenne sicherlich nicht im Zusammenhang jetzt mit der Telekom einen Schwarz. Das sagt mir nichts.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, gut, passt schon.

Diese Rechnung, die ich jetzt angesprochen habe und die Ihnen vorliegt, über 39 595,20 €: Wissen Sie, was die Leistung für diese Rechnung war?

Klaus Wittauer: Ist das die jetzt, die ich jetzt gekriegt habe? *(Die Auskunftsperson hebt ein Schriftstück in die Höhe.)* Die da? Das habe ich bei der Staatsanwaltschaft – wir haben das ganz genau zerklaut – durchbesprochen und denen auch gesagt ... – Jetzt sage ich, es hat ja nur vier Sachen gegeben, und die vier Sachen, die können Sie nachlesen, und ich kann Sie Ihnen bestätigen. Mehr kann ich jetzt dazu nicht sagen. Da müsste ich jetzt wieder überlegen: Wann war das? Wann war die Veranstaltung? Und, und, und. Das ist ja schon eine Zeit lang her, das darf man nicht ganz vergessen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das war jedenfalls, Sie sagen das selbst ...

Klaus Wittauer: Aber Sie haben ja die Aussage von mir bei der Staatsanwaltschaft, glaube ich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe sie. Ich zitiere jetzt gern in Bezug auf diese Rechnung über 39 595,20 € vom 26. Februar 2008:

Dieser Auftrag an mich kam direkt von Gernot Schieszler und betraf Kartenbesorgungen, Hotelbuchungen, Hotel Erika oder Hotel Cordial, und Betreuungen besonderer Gäste. Für das Hahnenkammrennen in Kitzbühel, glaube ich, organisierte ich für zirka zehn Personen diese Leistungen. Diese Personen waren diverse besondere Gäste der Telekom und deren Kunden. Natürlich kann ich diese Personen nicht mehr festhalten. – Zitatende.

Können Sie sich heute noch an irgendwelche dieser Personen erinnern?

Klaus Wittauer: Na, da ist mein Gedächtnis relativ kurz, und da wären viele wahrscheinlich nicht erfreut, wenn ich mich erinnern würde. Ich kann mich tatsächlich nicht mehr erinnern. Aber **Sie** waren nicht dabei, Herr Abgeordneter Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich könnte mich an Sie schon erinnern.

Dann gibt es noch die Rechnung 014 vom 30. Dezember 2008 über 44 160 €, diesmal aber an die Telekom Austria AG und nicht wie sonst an die eTel, und da steht wieder:

Außerordentliches Projekthonorar für 2008. Gegenstand des Auftrages: Integration der eTel Austria GmbH & Co. KG in die Telekom Austria AG.

Können Sie was zu diesem Projekt sagen?

Klaus Wittauer: Also ich kann Ihnen eines vergewissern: Seien es also die Dinge, die ich vorfinanziert habe für die Telekom, sei es die Rechnung – denn es wäre ja unlogisch auch von mir, wenn ich Geld ausgabe, mir die Vorsteuer nicht zurückhole und das andere nicht mache –, also es gibt für jeden dieser vier Beträge, die Sie mich wahrscheinlich jetzt als Nächstes fragen, im Finanzamt, und ich bin überprüft worden ... Hoffentlich tun Sie da die anderen Sachen auch schwarz anzahlen, damit alles kommt. Aber ich bin überprüft worden von 2003 bis 2009; da war die große Prüfung. Und dort sind also alle Rechnungen, die ich für die Telekom bezahlt habe, ob das Karten oder sonst was war, genauso als Aufwand drinnen. Dem gegenüber ist praktisch dann die nachfolgende Rechnung, wo mir der Wortlaut gesagt worden ist, wie ich sie einfach stellen soll. Das gleicht sich praktisch eins zu eins aus. Ich habe keine zusätzlichen Gelder für irgendwelche Leistungen, die ich begangen habe, bekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Wittauer, es reicht schon vollkommen, dass Sie insgesamt 677 350,80 € (*Klaus Wittauer: Ab jetzt!*) – jetzt lassen Sie mich einmal ausreden! – von der Telekom unter dem Titel „eTel“ – auf das kommen wir noch zurück, weil das hinten und vorne nicht stimmt – erhalten haben.

Ich werde Sie nach einer Rechnung nach der anderen befragen, weil ich – und ich sage es Ihnen auch fairerweise – wie bei den BZÖ-Scheinrechnungen 2006, wie bei den Mensdorff-Pouilly-Scheinrechnungen den Verdacht habe – das ist ja noch nicht erwiesen, aber den Verdacht habe –, dass es sich hiebei auch, wenn man die Weißwürste abzieht, um Scheinrechnungen im Ausmaß von über 600 000 € an Sie handeln könnte.

Und jetzt kommen wir zu diesem Punkt. Jetzt haben wir diese Rechnung, 44 160 € – ich zitiere wieder –:

Dieser Auftrag an mich kam direkt von Gernot Schieszler und betraf Kartenbesorgungen, Hotelbuchungen Hotel Erika und Betreuung besonderer Gäste für das Hahnenkammrennen Kitzbühel.

Und dann wieder bei der anderen Rechnung.

Interessant ist nur Folgendes: Die geht nicht an die eTel, sondern die geht an die Telekom Austria AG, zu Händen Dr. Anton Schwarz.

Wissen Sie jetzt, wer A. Schwarz ist? Sie haben an ihn selbst eine Rechnung gerichtet.

Klaus Wittauer: Jetzt sage ich Ihnen etwas, Herr Abgeordneter Pilz: Es ist schon wieder einmal der Fall, dass Sie etwas unterstellen. Ich habe Ihnen gesagt, dass diesen Beträgen, die Sie mir gesagt haben, eins zu eins Aufwendungen gegenüber sind. Das wieder so darzustellen ... – Das ist das einzige Geld, was ich von der Telekom bekommen habe als Leistung – und davon habe ich die Mehrwertsteuer und alles andere auch bezahlt und das ist geprüft –, ist dieser Vertrag. Für alle anderen Leistungen gibt es eine Gegenleistung, wo ich bar oder mit der Kreditkarte oder mit anderen Dingen gezahlt habe und beim Finanzamt angemeldet habe.

Ab jetzt, Herr Abgeordneter Pilz, § 7, Entschlagungsrecht. Weil Sie machen Mutmaßungen, Sie beschuldigen, Sie machen Dinge, die ich einfach so nicht zur Kenntnis nehmen muss.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich begründe einen konkreten Verdacht. Das tut Ihnen gegenüber auch die Staatsanwaltschaft. Ich werde Ihnen kurz einmal

verlesen, zu welchem Schluss die Staatsanwaltschaft kommt in einem Mail vom 16. November 2011, wo der Staatsanwalt Mag. Hannes Wandl an seine Behördenleiterin, die Leitende Staatsanwältin Marie-Luise Nittel, Folgendes schreibt:

Ich bitte in der Strafsache 614St13-11h um die Erteilung eines Dienstreiseauftrages für den Dienstag, 22.11.2011, nach Innsbruck zur Einvernahme des Beschuldigten Klaus Wittauer. Dieser ist Abgeordneter zum Nationalrat a.D. Bei ihm handelt es sich um einen zentralen Beschuldigten zum Faktum Universaldienstverordnung. Im Zuge der bisherigen Ermittlungen kam hervor, dass Wittauer in seiner ersten Einvernahme massiv die Unwahrheit sagte, sodass die Anwesenheit des Staatsanwaltes bei der Beschuldigtenvernehmung zielführend erscheint. – Zitatende.

Ich sage Ihnen auch, warum das der Staatsanwalt Wandl an die Behördenleiterin, an die Leitende Staatsanwältin Nittel, schreibt. Weil normalerweise in diesen und vergleichbaren Verfahren das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung ermittelt, und der Staatsanwalt – ich verwende jetzt nur seine Formulierungen – kommt zum Schluss ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die Frage, denn die 5 Minuten sind vorüber!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der Staatsanwalt also kommt zum Schluss, dass Sie bei Ihrer ersten Einvernahme massiv die Unwahrheit gesagt hätten, sodass – und das ist entscheidend – der Staatsanwalt beschließt, von da weg selbst die Einvernahmen zu führen. Das ist ein entscheidender Punkt.

Sind Sie davon in Kenntnis, dass die Staatsanwaltschaft Wien der Meinung ist, dass Sie bis jetzt im Verfahren massiv die Unwahrheit gesagt haben?

Klaus Wittauer: Jetzt sage ich Ihnen etwas. Es waren immer die gleichen Personen, die – jetzt sage ich – zwei Vernehmungen durchgeführt haben. Also es war nicht was Besonderes, dass der Staatsanwalt dann später dazugekommen ist. Das stimmt nicht, der war immer von Anfang an dabei.

Zweitens: Das heißt, dass eine Staatsanwaltschaft, Korruptionsstaatsanwaltschaft Hunderttausende Euro ausgibt, um, jetzt sage ich, Beschuldigte, Vernehmungen und Sonstiges zu machen, ist klar. Dass damit auch irgendwo eine Erfolgsgeschichte dahinter stehen muss, ist auch klar. Das heißt, da geht es gar nicht darum, jetzt sage ich, um Vernehmung oder Nichtvernehmung. Ob die Staatsanwaltschaft mir glaubt oder nicht glaubt, ist nicht entscheidend. Das Einzige, was entscheidend sein wird, wenn es zu einer Gerichtsverhandlung kommen sollte, ist, was das Gericht und der Richter glaubt. Das ist das einzige Entscheidende.

Und beim Rest: § 7, Entschlagungsrecht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nächste ist Abgeordnete Tamandl.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Wittauer, ich hätte noch ganz gerne gewusst, ob Ihnen bekannt ist, wer überhaupt seinerzeit für diese Universaldienstverordnungsänderung hier den Anstoß gemacht hat?

Klaus Wittauer: Frau Abgeordnete, eigentlich habe ich es über die Medien erfahren, wie das gemacht worden ist. Es war für mich die Universaldienstverordnung, auch wenn es ... – Sie war nicht so wichtig. Also ich habe damit wenig zu tun oder gar nichts zu tun, weil ich in dieses ganze System, sei es ... Ich habe kein Gutachten abgeben müssen, keine Meinung abgeben müssen, es hat mich kein Beamter gefragt, und es hat mich der Minister oder, jetzt sage ich einmal, irgendjemand im Ministerium auch nicht gefragt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie waren zu der Zeit noch Abgeordneter und waren ja noch Telekom-Sprecher. Ist es da üblich, selbst wenn das der eigene

Minister ist – da war ja damals der Bundesminister Gorbach dafür zuständig –, dass Sie da überhaupt nichts damit zu tun gehabt haben, sich nicht eingebracht haben, keine Information haben?

Klaus Wittauer: Ich kann Ihnen eines sagen: Ich habe im Vorfeld, jetzt sage ich einmal Jahre davor und auch in dem Jahr davor sehr wohl gesagt, und das ist auch meine Meinung, dass so ein Unternehmen, wo der Staat – nicht teilverstaatlicht – ein Aktienpaket von 28 Prozent hält, auf sein Vermögen in irgendeiner Form auch schauen muss. Und wenn jemand kostenlos einen Teil des Netzes nutzt, ohne etwas zu zahlen ... – Diese Mehrwertgeschichten haben mich immer gestört. Das habe ich schon ein Jahr, zwei Jahre davor gesagt: Macht da irgendetwas, weil das kann ja nicht so sein!

Ich bin ja nicht jemand, der, sage ich jetzt, gegen ein Unternehmen ist, nur weil es ein Unternehmen ist. Das habe ich gesagt, aber ich war selber in der Mitwirkung dieser Verordnung nicht beteiligt. Ich bin auch von niemandem gefragt worden, wirklich von gar niemandem.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie haben sich nicht für eine Änderung eingesetzt, dafür, dass es da zu einer Änderung kommt?

Klaus Wittauer: Das heißt, ich hätte sie mir schon ein Jahr oder zwei Jahre oder beim Gesetz schon gewünscht. Eigentlich ist sie meiner Meinung nach ungerechterweise sehr, sehr spät gekommen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Jetzt haben Sie vorher gesagt, Sie haben immer gesagt: Macht was! Macht was!

Mit wem haben Sie da geredet darüber? Mit wem im Ministerium?

Klaus Wittauer: Also es waren verschiedene Veranstaltungen. Aber ich muss Ihnen auch sagen, es hat bei der Wahl Veranstaltung gegeben. Also das war ja ein breites Spektrum.

Und noch etwas: Ich meine, das mag vielleicht bei den größeren Fraktionen gewesen sein – na, damals waren wir auch eine große –, wenn ich hergehe und sage, „Telekom-Sprecher“. Ich war nie Telekom-Sprecher. Ich war Verkehrs-, Infrastruktursprecher, für den Tierschutz zuständig und noch für Umwelt. Und da ist die Telekom, weil es eine Infrastrukturgeschichte ist, mit drinnen. Also es schaut immer so aus, als wären da einzelne als Telekom-Sprecher ernannt. Das ist ein Paket von vielen verschiedenen Dingen.

Beschäftigt habe ich mich vor allem mit dem Brenner-Basistunnel, ob es manchen eine Freude macht oder nicht, dem Tschirgant-Tunnel, Einhausung Innsbruck, die jetzt stattfindet – ich sehe eh meine Spuren, das ist eh recht schön –, dann mit Lärmschutzmaßnahmen und vielen anderen Sachen.

Also diese kleine Verordnung, wirklich, mit der habe ich mich nicht auseinandergesetzt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Naja, für die kleine Verordnung ist da ziemlich viel Geld im Hintergrund geflossen, also ist es doch nicht so eine kleine Verordnung.

Klaus Wittauer: Das ist eine Annahme.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, Herr Wittauer ...

Klaus Wittauer: Frau Abgeordnete, das ist eine Annahme und Schlussfolgerung, weil scheinbar die Staatsanwaltschaft nichts anderes findet. Die wollen einfach einen Zusammenhang darstellen zwischen einer Parteienfinanzierung und der Leistung.

Aber jetzt frage ich mich: 16 000 €, 30 000 € überprüft vom Verkehrsministerium, von der Bures. Was soll das sein? Ich meine, die Frage stellen wir uns eh alle, abgesehen von dem ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, dass seinerzeit die Telekom Austria einen Textvorschlag an das BMVIT übermittelt hat? Die Telekom Austria hat für diese Universaldienstverordnungsänderung einen Textvorschlag übermittelt an das BMVIT.

Ist Ihnen das bekannt gewesen?

Klaus Wittauer: Also Sie sind, glaube ich, besser informiert als ich. Ich habe nur die Dinge jetzt im Gedächtnis, die ich gelesen habe in den Medien.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie können uns in dem Zusammenhang dann auch gar nicht beschreiben, wie der Herr Bundesminister Gorbach auf diese Änderung reagiert hat beziehungsweise wie er diese Änderung der Universaldienstverordnung beurteilt hat.

Klaus Wittauer: Das ist wieder eine sehr persönliche Geschichte jetzt, weil ich den Herrn Vizekanzler a.D., den Hubert Gorbach, als Minister auch sehr geschätzt habe. Er hat die großen Dinge gesehen. Nehmen wir den Verkehrsleitplan – das war in unserer Zeit –, den Semmeringtunnel. Er hat viele große Projekte gehabt.

Also dass sich der Minister mit dem auseinandersetzt, und dann nur, weil man jemandem etwas Schlechtes machen will – und das passiert ja permanent –, hergeht und sagt, es muss ja etwas sein. Also wenn ich eine Firma hätte, die international tätig ist, ich hätte den Hubert Gorbach gerne gehabt damals.

Heute will ihn keiner mehr. Und auf das würde ich ein bisschen Bedacht nehmen. Nur weil irgendjemand etwas recherchiert, beschuldigt oder sonst was sagt. Da sind Menschen dahinter, und der Hubert Gorbach hat sein Geschick: Er war, jetzt sage ich einmal, Landeshauptmann-Stellvertreter im Grunde, er war Vizekanzler – und hat heute gar nichts mehr. Und jetzt diese Öffentlichkeit!

Also mit mir hat er nicht geredet darüber.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Abschließend noch einmal zurückzukommend auf den Wahlkampf 2006. Jetzt ist es so, dass die Bundesländer da offenbar ziemlich autonom ihre Wahlkämpfe geführt haben. Das hat auch der Herr Eccher ausgesagt in seiner Einvernahme. Er hat natürlich bemerkt, es gab in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Aktivität. Er spricht hier von einem **kleinen Kreis**, der sich da rund um den Spitzenkandidaten Westenthaler immer wieder getroffen hat. Er spricht da von Leuten wie dem Herrn Klubobmann Scheibner, dem Herrn Rumpold, dem Herrn Mag. Fischl, und er spricht auch davon, dass beispielsweise zu diesem kleinen Kreis auch der Dr. Haider dazugehört hätte. *(Zwischenruf des Abg. Petzner.)*

Wissen Sie das, haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen? Waren Sie da irgendwann einmal dabei, weil Sie ja auch in Tirol sich da eingebracht haben? Haben Sie da Wahrnehmungen über diesen **kleinen Kreis**, wer da die Wahlkampfaktivitäten ... *(Zwischenruf des Abg. Petzner.)*

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zuerst die Antwort, dann können Sie ... *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Petzner.)* Entschuldigung, es darf jeder einmal seinen Vorhalt bringen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, aber man muss ... Das war bei mir auch so, der Vorhalt. *(Zwischenruf der Abg. Tamandl.)* Daher darf man ihn auch nicht zur

Beantwortung gelangen lassen. Die Frau Tamandl hat hier behauptet, der Haider habe zu dieser Runde gehört. Tatsache ist, dass der Eccher in seiner Aussage hier und gegenüber den Behörden immer angegeben hat, dass Haider bei diesen Sitzungen nie dabei war und nie von Kärnten nach Wien gekommen ist und dass es sogar aufgefallen ist, dass er sich nicht gekümmert hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Abgeordnete Tamandl wird ihren Vorhalt präzisieren.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Frau Vorsitzende! Ich möchte gerne zitieren aus der Einvernahme vom Herrn Eccher, wo steht – Zitat –:

Der kleine Kreis bestand aus dem Spitzenkandidaten Peter Westenthaler, dem Klubobmann Herbert Scheibner, dem Wahlkampfleiter Gernot Rumpold, dem Finanzreferenten Mag. Harald Fischl und meiner Person. –

Eccher eben. –

Meiner Erinnerung nach wäre auch Dr. Haider in diesem Kreis gewesen. Meiner Erinnerung kam er aber nie oder äußerst selten. – (Abg. **Petzner:** Er kam nie!) Oder äußerst selten!

Herr Wittauer, haben Sie hiezu Wahrnehmungen? Waren Sie da jemals dabei? Haben Sie davon gewusst? Haben Sie erfahren, was dort auch besprochen wurde über die Finanzierung des Wahlkampfes, auch über Finanzierung des Wahlkampfes in den Bundesländern?

Klaus Wittauer: Frau Abgeordnete, ich bin namentlich nicht erwähnt und war bei keiner dieser Sitzungen dabei.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen darüber seitens ...

Klaus Wittauer: Also das weiß ich auch nicht, wer dabei war. Ich nehme das auch wieder so, weil ich die Aussage genauso gelesen habe, zur Kenntnis und mache meine Schlussfolgerungen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Keine Frage mehr.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nächster: Herr Abgeordneter Rosenkranz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Wittauer, es gibt da von diesen E-Mails, die die Frau Haslinger zur Verfügung gestellt hat, noch ein weiteres, das aber nicht unmittelbar Sie von der E-Mail-Verfassung betrifft, aber sehr wohl vom Text. Ich darf Ihnen das vorlegen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Eingangs, wenn Sie das vorherige E-Mail noch haben, ist auffällig, dass der Absender, die th@haslinger-keck.at, immer derselbe ist. Nur einmal ist dann der obere Vorspann in englischer Sprache: from, to, sent, subject. Im anderen, das ich Ihnen jetzt vorhalte, ist es in deutscher Sprache: „Betreff: Kostenübersicht, Datum: Von: An:“, und dann noch „Unterhaltung:“. Wir werden uns vielleicht mit diesen E-Mails mit der Frau Haslinger noch zu unterhalten haben, weil es da einige Widersprüchlichkeiten gibt, aber ich darf jetzt auf dieses eine E-Mail eingehen. Das ist gesendet an den Herrn Pöchinger:

“Lieber Chrisl,

Bitte wirf das gestern gesandte dokument weg,– und verwende dieses,–“

es ist nämlich kein Anhang oder sonst etwas dabei,

„ich habe dem finanzier eine rechnungsvorlage gesandt,– und überweise hoffentlich bald die 200.000,– soll ich wittauer auch diese kostenübersicht zukommen zu lassen, damit er weiß was mit dem geld passiert ist,– oder egal?

Bitte gib mir bescheid,–

Anzeige news haben wir wie im anhang verändert,– änderungen musst du mir durchgeben,– die zeitungen können ins dokument nicht mehr eingreifen

Lg

Tina“

Bei diesen E-Mails taucht wiederum Ihr Name auf. Dass Sie etwas mit einem Geld, nämlich mit 200 000 € aus der bisherigen Geschichte, haben wir so gehört: 100 000 € sei der Vorzugsstimmenwahlkampf für Gastinger gewesen, und dann seien später noch 100 000 € dazugekommen, die speziell für den Tiroler Wahlkampf im Rahmen der Nationalratswahl vorgesehen gewesen wären. Daher das Engagement von Wittauer. Das sind die bisherigen Aussagen.

Können Sie mit diesem E-Mail irgendetwas anfangen? Sie haben es nicht bekommen, logischerweise. Aber warum schreibt das jemand? Haben Sie irgendeine Mutmaßung oder auch eine konkrete Wahrnehmung dazu?

Klaus Wittauer: Also jetzt bin ich direkt dankbar, Herr Abgeordneter – das heißt, man kann ja hin und wieder dankbar sein –, dass ich dieses E-Mail jetzt sehe. Denn natürlich macht man sich Gedanken, wenn das auf einmal so gesagt wird. Erstens einmal zeigt das, dass es nur einen Kontakt zu Haslinger gegeben hat, und das ist der Pöchinger. Nur einen. Also nicht zu mir. Es hat keiner die Mühe gefunden, mir irgendeine Information weiterzuleiten. Denn nicht der Pöchinger, sondern ich hätte ja ... Oder, jetzt sage ich einmal, telefonisch ... Ich hätte ja dann reagiert oder reagieren müssen.

Das sind nicht die 200 000 € – nicht weil ich es weiß, sondern weil ich es nachgelesen habe –, sondern es sind 300 000 €. 200 000 € sind rücküberwiesen an Schmied und Schmied – das haben Sie ja gesagt, das hat die Staatsanwaltschaft gefunden –, an dieses private Konto. Wofür und wie das eingesetzt worden ist, weiß ich nicht. Auf alle Fälle: Der Tiroler Wahlkampf, das waren nicht 600 000 €. Das habe ich jetzt auch ... – Wieder: Ich lese nach und sage Ihnen, was meine Wahrnehmungen sind. – Sondern es waren 319 000 € oder 329 000 €.

Also trotz allem: Es kommt immer mehr Licht ins Dunkel, Herr Abgeordneter Pilz, also wird man am Ende der Tage alles so sehen, wie es dann tatsächlich hoffentlich ist. Aber danke. Jetzt kann ich zumindest eine Schlussfolgerung machen: Der Pöchinger hat der Frau Haslinger das gegeben. Ich war nie derjenige, der der Frau Haslinger gesagt hat: Rufen Sie dort an! Ich war nie derjenige, der gesagt hat: Machen Sie das mit dem Geld! Ich war nie derjenige, der irgendetwas gesagt hat. Es war immer Pöchinger.

Schlussendlich ist das Geld nicht zu mir geflossen, und ich bin auch nicht gefragt worden, sondern es ist dann irgendwo anders hingeflossen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da haben wir an sich schon relativ eine Erkenntnis. Da wissen wir zum Beispiel, dass der Herr Westenthaler bei diesen 200 000 € gesagt haben soll, das ist BZÖ-Geld. Das wissen wir. Das ist einmal eine Aussage, die gefallen ist. Das ist sicher auch nachfragenswert.

Aber was auffällt, ist, dass die Frau Haslinger in diesen beiden E-Mails – nämlich in jenem, das Ihnen zuerst vorgelegt wurde –, da schreibt sie nämlich schon an Sie selber:

(...) unter der von Ihnen angegebenen Telefonnummer nicht. – Zitatende.

Jetzt ist es so: Telefonnummer ... Wir müssen versuchen, die Puzzlesteine ein bisschen zusammenzufügen, dass es ist. Jetzt halte ich Ihnen Ihre Aussage vom 22. November 2011 vor. Da sagen Sie etwas, auf Seite 9 von 129. Da wir Ihnen die Aussage des Kurt Schmied vorgehalten, und darauf antworten Sie:

Bezüglich seiner Aussagen, dass ich gesagt hätte, dass 600 000 € für den Wahlkampf des BZÖs seiner Firma letztendlich von der Telekom bezahlt werden würden, gebe ich an, dass ich ihm –

also Kurt Schmied –

lediglich einen Kontakt zur Telekom in Form der Übergabe der Telefonnummer von Gernot Schieszler herstellte. Eine Höhe der Summe wurde von mir nicht genannt beziehungsweise war mir nicht bekannt. Aus der heutigen Wahrnehmung nach stelle ich natürlich fest, dass ich damals eine andere Wahrnehmung hatte, als ich sie heute habe. Ich nahm damals an, dass die Telekom jede Partei in Österreich unterstützte und einfach nicht wollte, dass dieses publik werde. Ich wusste damals nicht, dass es um eine Wahlkampfhilfe handelte, sondern nur, dass die Telekom den Schmied-Brüdern einen Auftrag geben wollte. Welcher Art dieser war, beziehungsweise wem er letztendlich nutzte, konnte ich nur vermuten. – Zitatende.

Haben Sie diese Aussage damals so getätigt? (*Klaus Wittauer: Ja!*) – Stehen Sie auch inhaltlich dazu? (*Klaus Wittauer: Ja!*) – Jetzt wundert mich eben, dass diese Frau Haslinger von einer Telefonnummer spricht, die von Ihnen angegeben wurde.

Kann es sein, dass Herr Pöchinger oder Herr Schmied eine Telefonnummer der Frau Haslinger übergeben hat, mit den Worten, die ist von Wittauer, der hat uns das gesagt, das ist die Telefonnummer, bitte ruf dort an? – Kann es sich so zugetragen haben?

Klaus Wittauer: Ich meine, es muss ... Ich kann nur eines sagen. Also ich sag, vielleicht haben wir noch einmal eine Gelegenheit, miteinander zu reden, dann weiß ich vielleicht mehr, weil ich viel mehr lese und mehr Zusammenhänge sehe.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen Personen. Der ist ja gegeben, alleine schon dadurch, dass erstens Wittauer eine Rolle spielt. Es spielen ... Aber es kommen ja neue Informationen: Bürogemeinschaft. Wer hat also dann gesagt, wo was hinüberwiesen wird? Die waren ja alle nicht da. Oder, jetzt sage ich einmal, eine besondere Person, die sicher nicht an irgendetwas beteiligt war, die ich auch nicht kenne, die Natascha Rabl.

Ich habe das also jetzt einfach aus dem Protokoll. Auf einmal gibt es Leute, die sehr wohl direkt ... Und auch die Frau Haslinger hat gesagt, sie hat keinen direkten Kontakt gehabt zur Telekom, was sie ja dann widersprochen ... Oder jetzt sage ich einmal, ich weiß nicht, ob das eine Falschaussage ist oder nicht.

Umgekehrt, bei dem Schmied ist es das Gleiche. Okay, sie haben nie einen Kontakt zur Telekom hergestellt, aber in der Bürogemeinschaft, diese Natascha Rabl hat es dann getan. Also, ich sage ja, ich weiß es nicht. Ich kann auch nur aus den Informationen, die ich über Aussagen in diesem Ausschuss von anderen Personen nachlese, höre und aufnehme, Schlussfolgerungen ziehen. Mehr geht da nicht, denn alle anderen Dinge habe ich nicht.

Wenn Sie mir meine eigene Aussage nicht vorlesen – ich kann sie Ihnen nicht vorlesen, weil ich sie nicht habe, weil sie mir verwehrt worden ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt haben Sie da eine Aussage gemacht. Welche Wahrnehmung haben Sie eigentlich betreffend die Frau Gastinger? Von der haben Sie gesagt, dass sie Ministerin war, dass sie Ihnen sehr sympathisch war, im Gegensatz zu anderen Personen in ihrem Umfeld. Sie hat im BZÖ eine Funktion gehabt, nämlich Bundes-Bündnis-Obmann-Stellvertreterin, auf dieser Ebene.

War die Frau Gastinger von Ihrem Eindruck her eine „Parteisoldatin“ – unter Anführungszeichen –, die sich um das Parteienalltagsgeschäft gekümmert hat, oder nicht?

Klaus Wittauer: Also ich schätze die Frau Gastinger als Menschen sehr. Sie ist eine Erfindung von Jörg Haider und keiner hat ganz genau gewusst, wie man damit umgehen soll. Sie hat bewiesen, dass sie keine schlechte Justizministerin war, aber sie war keine Parteifrau. Und allein daraus ... Also ganz gleich, wie ich zur Partei stehe, ich würde nicht eine Woche davor meinen Rücktritt bekannt geben; da würde ich danach sagen, ich kann nicht mehr. Alleine an diesen Gegebenheiten sieht man, dass sie nicht, jetzt sage ich einmal, eine Parteifrontfrau ist, wie es von mir aus Susanne Riess-Passer war.

Also mein Gott, ich glaube, es ist für manchen eine tolle Ehre und eine tolle Sache, ein Justizministerium zu leiten. Sie hat das sicher mit Herz und Verstand probiert, aber ich habe sie in dem gesamten Wahlkampf und auch im Vorwahlkampf nie gesehen und nie mit ihr geredet.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das eine, was mir in Ihrer Aussage hier auffällt, in dieser Passage, die ich auch zitiert habe, ist Ihre Aussage, wo Sie gesagt haben:

Ich nahm (...) an, dass die Telekom jede Partei in Österreich unterstützte und einfach nicht wollte, dass dieses publik werde. – Zitatende.

Das heißt, Sie haben dem Herr Schmied eine Telefonnummer von Herrn Schieszler gegeben, und ohne dass Sie konkret eingebunden waren, nach Ihrer Aussage, in Richtung Finanzierung – Sie haben durchaus gewusst, da geht es unter Umständen in diese Richtung, ohne sich um Details zu kümmern –, irgendwo in der Hinterhirnrinde, dachten Sie: Na ja, die Telekom zahlt an alle, wird jetzt wahrscheinlich auch so laufen; das ist die Telefonnummer, und damit bin ich schon wieder ausgeblendet?

Klaus Wittauer: Das ist nicht ganz richtig. Die Staatsanwaltschaft hat mit mir allgemein über Parteienfinanzierung gesprochen, und hat mich gefragt, ob ich solche Wahrnehmungen habe. Ich habe also gesagt – ganz wurscht, momentan kann ich es Ihnen ja nur oberflächlich sagen –, dass nicht nur für mich als politischen Menschen, sondern für jeden, der darüber nachdenkt, das habe ich auch in meinem Statement gesagt, Parteienfinanzierung immer da war.

Jetzt kann ich mir nicht vorstellen, und das habe ich so gemeint, dass die Leute vom BZÖ die einzigen sind – das war jetzt nicht eine Frage bezogen auf das, was passiert ist –, die Geld von der Telekom bekommen. Es gibt ja wichtigere auch noch.

Jetzt sage ich noch: Er hat mich gefragt, ob die Höhe relevant ist. Also, da sage ich: Ich weiß es nicht, ich weiß nicht, wie viel die anderen bekommen haben. Es war eher jetzt eine Frage, wie ich die Dinge sehe – Parteispende oder Parteienfinanzierung? Es war keine Frage, bezogen auf diesen einen Punkt. Denn dort habe ich gesagt, da habe ich keine Wahrnehmung gehabt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es taucht eben in einem Block auf, und ich weiß eben auch, wie Polizeiprotokolle zustande kommen, dass die oft zwischenfragen, zum Beispiel bei der Wirtschaftspolizei, und ähnlichen. Da werden nicht immer die Fragen und die Antworten protokolliert, sondern dass da wird immer zusammengefasst.

In diesem ersten Absatz, bei der Frage, wo Schmied Sie belastet, wo Sie sagen, Sie wissen nichts von diesem 600 000 €-Wahlkampf, Sie haben lediglich einen Kontakt zur Telekom hergestellt, nämlich in Form der Übergabe der Telefonnummer von Gernot Schieszler – können Sie sich erinnern, wie das damals war? Ist da der Herr Schmied gekommen, und hat gesagt: Gehen S', ich brauche die Telefonnummer von einem aus der Telekom, ich muss (*Klaus Wittauer: Nein, nein, überhaupt nicht!*) mit ihm etwas geschäftlich reden. Wie war das?

Klaus Wittauer: Also jetzt gehe ich wieder ursprünglich darauf zurück. Die Kontaktaufnahme, ich weiß es nicht auf den Tage genau, aber es war ungefähr im Juni oder im Juli. Es war Parlamentssitzung. Ausschusssitzung war auch, das könnte man ja nachschauen. Er hat mich angerufen und hat mich gefragt, ob er mich treffen kann, ohne irgendeinen Grund zu sagen, ohne irgendeine bestimmte Begründung. Das war für mich kein Problem. Ich habe ja gewusst, dass er sich mit Telekom-Dingen beschäftigt, also warum sollte er mit mir nicht in Kontakt treten?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Pardon, zum Verständnis, die Frage: Der Herr Schmied beschäftigt sich mit Telekom-...?

Klaus Wittauer: Nein, der Hohegger. Also, jetzt gehe ich wieder dorthin. Zur Frage der Überprüfung: Das ist schon so eine Gefühl-Geschichte. Wenn man fragt, wie gut und wie loyal die zum BZÖ stehen, oder wie die arbeiten; so habe ich ja gesagt, dass das bei den Schmied-Brüdern sehr in Ordnung ist. Dann ist es dazu gekommen, das war kurz danach. Ich habe sie vom Tiroler Wahlkampf gekannt.

Es ist ja kein Problem, herauszubekommen beziehungsweise anzurufen und sich mit einem der beiden – ich habe mich nicht erinnert, der Staatsanwalt hat gemeint, es ist der Kurt, es wird so sein – zu treffen.

Am Anfang habe ich mit ihm geplaudert. Dann habe ich gesagt, ich glaube, dass so ein Auftrag für euch da drinnen ist, für die Telekom. Natürlich war Wahlkampf. Jetzt kann ich sagen, unter Umständen ist das ... – Das macht ja die IV oder andere auch. Also da habe ich nichts Bedenkliches gefunden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Entschuldigung, was machen die anderen, die IV auch?

Klaus Wittauer: Andere Vorfeldorganisationen. Ich erinnere mich, vor Jahren auch bei der FPÖ, uns sind im Wahlkampf Sekretäre, oder sonst was gezahlt worden. Es ist so, ich kann es nicht ändern. Man muss nur nachschauen. Ich weiß nicht, wie das bei euch mit der Gewerkschaft ist. Ich meine, die werden auch ein paar Leute umig'schoben haben, nicht? Ihr werdet ja auch nicht gezahlt haben. Ich weiß es nicht, ich bin nicht bei euch. (*Heiterkeit der Auskunftsperson.*)

Aber natürlich, jetzt sage ich einmal: Das ist aber nicht etwas, das mir persönlich so wichtig erscheint, weil es etwas ist, das damals gang und gäbe war, und ich habe es sicher nicht erfunden. Strafrechtlich ist es nicht relevant gewesen, also brauche ich jetzt sicher nicht mir darüber Gedanken zu machen, was war. Ich muss mir vielleicht für die Zukunft Gedanken machen.

Aber dort ist es so gewesen, dass ich ihm dann diese Telefonnummer gegeben habe. Was ich heute ... Also was aus dieser Telefonnummer schlussendlich herausresultiert

worden ist: Es war eine Finanzierung oder Spende oder sonst was. Und jetzt kann ich mir nicht vorstellen, dass ein Schmied, der in einer Gemeinschaft, Bürogemeinschaft, in einer Partei, den Bundeswahlkampf macht, zu niemandem eine Bemerkung dazu macht, woher das Geld kommt. Also tut mir leid, das ist mir ein bisschen zu viel.

Dass ich scheinbar der Einzige bin, der das gewusst hat ... – Und es gibt, jetzt sage ich einmal, okay: Das eine, das ist der Pöchinger, auch im Kabinett; dann dieser Florian Phleps, auch im Kabinett. Also es tut mir leid, ich kann eben auch nur eines tun: lesen.

Wenn ich nochmal eine Befragung haben werde, ist mir lieber, es soll sich einmal bewegen. Es ist grausam, lang Beschuldigter zu sein, und nie zu einer Anklage. Mir ist lieber, ich bin aktiv dort, dann kann ich auch die Dinge vorbringen. Ich erfahre mit jeder Sitzung von Ihnen, und vielleicht irgendwann gibt mir die Staatsanwaltschaft auch Unterlagen, die ich nachlesen kann, nämlich Informationen, die meine Person betreffen. Ich bin da ein bisschen in einer schlechten Position, würde ich sagen. Sie wissen mehr als ich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da könnte man jetzt trefflich philosophieren, ob es tatsächlich so ist, wer jetzt wirklich mehr weiß von damals oder nicht, aber es ist eines interessant und bemerkenswert: Die Frau Haslinger schreibt in ihren Mails immer vom Financier. Sie nimmt den Namen Telekom oder Schieszler oder Krenn, oder wer auch immer dafür zuständig war, nie in den Mund. Sie schreibt immer nur „financier“. Offensichtlich dürfte da schon ein bisschen ein schlechtes Gewissen dabei sein. Das schlechte Gewissen drückt dann noch dazu: Nachdem das für die Grünen betreut ist, muss man das selbstständig machen, da ist also offensichtlich auch bei diesen Werbefirmen irgendwo ein Kodex dabei, dass man nicht Äpfel und Birnen gleichzeitig bewirbt.

Das ist natürlich bemerkenswert, aber wenn Sie natürlich sagen, man muss da auch noch ... Jeder Ausschuss bringt dann mehr. Wenn Sie sagen, wer wusste aller etwas davon ... Jetzt haben wir den Herrn Pöchinger, der da involviert ist, und Sie sagen, man muss da lesen können, und das gibt's ja nicht, dass man das weiß:

Wie werten Sie denn die Aussage, dass die Frau Gastinger nicht gewusst hat, dass ein Persönlichkeitswahlkampf von ihr im Endeffekt von der Telekom bezahlt wird? Wie können Sie sich dann so etwas erklären?

Klaus Wittauer: Jetzt haben wir eine lange Zusammenfassung, aber nur eine kleine Frage. Also das kann ich mir ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das passiert öfter da herinnen.

Klaus Wittauer: Wer die Frau Minister kennt, weiß, dass Sie sich bei Gott sicher nicht um so etwas gekümmert hat. Sie hat eher über die Situation rund um Peter Westenthaler und das Ganze, mehr gelitten als da Freude gewesen wäre, okay jetzt haben wir einen Wahlkampf. Die einzelnen Personen, nehmen wir den Pöchinger: Dass sie auf solche Menschen gehört hat, okay, das ist ihr Problem, das kann man ihr nicht wegnehmen. Aber bei denen war es natürlich in irgendeiner Form auch mit einem Job verbunden. Ich glaube nicht, dass die Frau Minister da stark involviert war.

Was die Aussage betrifft, die er macht, er hätte wegen dem Geld die Frau Minister angerufen, wie sie zurück ... – die Gastinger und den Wittauer angerufen, und wir hätten gesagt, ruft den Rumpold an. – Also ich glaube nicht, dass die Frau Gastinger angerufen worden ist, und ich auf alle Fälle nicht.

Es ist mühsam, darüber zu reden, wer, wie, was gemacht hat. Es ist auf alle Fälle so, dass also dieser Pöchinger eine besondere Rolle spielt; und wenn man auf die Frau

Haslinger eingeht, dann fühlt sie sich vor allem deshalb nicht wohl, weil sie keine Sicherheit hat, weil ... Ich weiß nicht, was sie jetzt gemacht hat, aber wenn wir finanziell reden, wenn er zu ihr sagt, der Wittauer, was tue ich dann?

Sicherheit bekomme ich, wenn ich von irgendjemandem eine Information bekomme. Von mir hat sie nie eine bekommen. Sie war nie in Kontakt und sie hat nie eine Antwort bekommen. Also ich frage mich: Dass das vielleicht einmal mehr Unsicherheit erzeugt, ist mir klar. Aber der Pöchinger, den müssen Sie fragen: Warum sind die Aussagen zwischen den beiden so unterschiedlich? Wer hat als erster gewusst, Telekom, oder nicht?

Also da gibt es viele Dinge, die hinterfragenswert sind.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nun nähert sich die Aussage der Frau Haslinger ein bisschen jener des Herrn Pöchinger, nur zur Information; und keine Sorge, nach Ihnen, es sollte um 13:30 Uhr beginnen, kommt gleich ein Herr aus der Telekom, der mit der Frau Haslinger einiges ausgemacht hat. Vielleicht wird er uns da weiterhelfen. Sie können es dann demnächst auf der Homepage vom Parlament nachlesen und können wiederum nachdenken und auch an Ihrer Verteidigungslinie arbeiten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Wittauer, Sie haben heute schon einmal in einem Nebensatz genannt, dass Ihnen bekannt ist, dass die Industriellenvereinigung Sekretariatskräfte für die FPÖ finanziert hat. Das ist ja spannend, und ich halte Ihnen dann einmal zwei Aussagen von Ihnen vor, wo Sie sagen:

Es war jahrzehntelang Usus, dass große Unternehmen Lobbyisten wie Peter Hochegger einsetzen, um derartige Parteienfinanzierungen zu tätigen. – Zitatende.

Dann sagen Sie weiter – befragt zu den Aussagen von Schmied und der Parteienfinanzierung über die Telekom:

Ich hätte auch keine Angst davor, wenn es so wäre, dieses auch so zu sagen. Parteienfinanzierung ist und war damals auch nicht strafbar. Für was sollte ich daher Angst haben? Eine solche Finanzierung wäre nicht strafbar!

Aus diesen zwei Aussagen lese ich heraus, dass Sie irgendwie auch andere Informationen über dieses Zitat – jahrzehntelanger Usus der Parteienfinanzierung in Österreich – haben. Sie haben schon die IV genannt.

Gefragt in Richtung aller Parteien und Institutionen: Haben Sie irgendwelche weiteren Wahrnehmungen über diesen jahrzehntelangen Usus?

Klaus Wittauer: Herr Abgeordneter, das ist nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist sehr wohl Gegenstand des Untersuchungsausschusses. Wenn Sie den Lobbyisten Hochegger nennen, und sagen – Zitat –: Es ist Usus, dass Unternehmen Leute wie Hochegger einsetzen, um derartige Parteienfinanzierungen zu tätigen, dann ist das sehr wohl Thema des Ausschusses.

Wir wissen, dass der Herr Hochegger vor allem seit dem Jahr 1991 (*Obfrau Dr. Moser: Bitte die Frage!*), seit er bei der Telekom arbeitet, für die Telekom diese Zahlungen organisiert hat. Daher ist das sehr wohl Untersuchungsgegenstand.

Daher frage ich Sie noch einmal: Welche Kenntnisse haben Sie über diesen jahrzehntelangen Usus um derartige Parteienfinanzierungen?

Klaus Wittauer: Herr Abgeordneter! Die FPÖ war ein besonderer Aufdecker, aber ich erinnere mich an Zeitungsmeldungen – ich bin da genauso wie jeder andere Bürger – von Nylonsackerln und sonstigen Dingen.

Ich weiß es nicht. Ich war persönlich nicht dabei. Ich bin von der IV oder von sonstigen Dingen nicht bezahlt worden.

Ich bin von der Staatsanwaltschaft gefragt worden, ob ich überhaupt etwas über Parteienfinanzierung weiß, und ich habe wie jeder andere, der Zeitung liest, der sich die Dinge offensiv anschaut, gesagt: natürlich!

Ich glaube nicht, dass Sie, Herr Abgeordneter Petzner, sagen können, dass Sie weniger wissen als ich. Das glaube ich nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nur ganz kurz noch eine Frage. Sie waren ja in dem Wahlkampf in irgendeiner Weise Berater, weil Sie einfach wussten, wie man das handwerklich macht in Tirol. Wir reden immerhin von 960 000 €.

Ich frage Sie jetzt: Eine Partei bekommt 960 000 €, und Sie sagen, es ist unmöglich, dass die nicht miteinander reden. Wer musste Ihres Erachtens, so wie Sie das BZÖ kennen, **jedenfalls** einmal davon Kenntnis bekommen haben, dass diese 960 000 für diesen Zweck eingegangen sind?

Klaus Wittauer: Jeder, der Bestellungen macht, würde ich einmal sagen. Ich habe mir das genau angeschaut, Schmied und Schmied, oder was er gesagt hat. Er hat ja praktisch nur die Inserate oder diese Rechnungen abgehakt und zurückgeschickt. Man müsste sich vielleicht den Zusammenhang einmal ein bisschen näher anschauen. Wer hat welche Inserate gehabt? Dann weiß ich die Beträge auch.

Jetzt würde ich einmal so wie die Staatsanwaltschaft so eine saloppe Behauptung machen: Jeder, der persönlich etwas genommen hat. (*Abg. Dr. Jarolim: Wie ist es von der Organisation her, weil – wie gesagt – 1 Million € ...?*) – Das geht ja nicht. Das geht in keiner Konstellation. Da muss ich sie einstecken. (*Abg. Dr. Jarolim: Dass das keiner weiß?*) – Da muss ich sie irgendwie einstecken und muss sie dann verteilen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Verstehe ich Sie richtig: Es ist nicht denkbar, dass das keiner gewusst hat?

Klaus Wittauer: Das ist nicht denkbar.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Glauben Sie, dass Herr Haider das gewusst hat?

Klaus Wittauer: Also ich habe vorher in meinem Statement eines gesagt. Ich weiß nicht, ich habe mit ihm nicht darüber geredet, aber alle Positionen im BZÖ damals war Dr. Jörg Haider und ist Dr. Jörg Haider. Peter Westenthaler wäre nicht Nummer eins gewesen, wenn nicht Dr. Haider gesagt hätte: Ja, der ist Nummer eins. Bei Gebauer war es also im besonderen Maß, da hat er den überzeugt, dass er ... – Ich glaube nicht, dass Dr. Jörg Haider sagt: Peter Westenthaler geben wir kein Budget und dem Gebauer geben wir auch kein Budget!

Also wer jetzt im Umfeld davon Bescheid gewusst hat – irgendjemand muss Bescheid gewusst haben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Peter Westenthaler? Als Spitzenkandidat?

Klaus Wittauer: Natürlich hat er Bescheid gewusst.

Man redet immer ... – vielleicht lese ich es falsch, das kann auch sein. Da ist eine Diskrepanz. Das sind die 319 oder 320 oder 329 – Sie, Herr Abgeordneter Pilz, werden

es besser wissen und im Kopf haben –, die Richtung Tirol geflossen sind. Dann wird immer über 600 geredet. Dann wird über die 200 geredet, die für Tirol vorgesehen gewesen wären. (*Abg. Dr. Jarolim: 240, ja!*) Die sind aber zurück auf das Privatkonto gegangen. Also es sind sicher nicht 600 nach Tirol gegangen, das kann ich mir nicht vorstellen. Aber zwischen 600 und – was war dann tatsächlich die Endsumme an Wahlkampfspenden, 1 Million oder ist es ...? (*Abg. Dr. Jarolim: 720 und 240 waren es inklusive Umsatzsteuer!*) – Okay, dann haben wir die runde Million. Wo ist der Rest? – Eine ganz einfache Geschichte. Jetzt sage ich: Tirol. Das ist immer eine schöne Geschichte, wenn ich sagen kann, okay, eine Person und ein Bundesland.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Für mich ist es auch unvorstellbar, dass so etwas nicht bekannt ist. – Danke jedenfalls.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Pilz, bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gleich zu diesem Punkt eine Ergänzung: In einer Beschuldigteneinvernahme, nämlich in der vom 22. November, sagen Sie – ich zitiere –:

Aus meiner Erfahrung wäre der Betrag von 600 000 bis 800 000 € als **reine** Wahlkampfspende für das BZÖ unangemessen hoch. – Zitatende.

Was wollten Sie damit zum Ausdruck bringen?

Klaus Wittauer: Herr Dr. Pilz, Sie haben jetzt das von der Staatsanwaltschaft. Ich weiß nicht, wenn man es durchliest, dann wird es nicht 11 Stunden dauern. Ich habe 11 Stunden hinter mir gehabt, 11 Stunden von der Früh bis zum Abend. Ich wollte eigentlich keine Pause machen. Ich habe gesagt: Dann nehmt mich mit, da komme ich wenigstens zum Lesen. Also diese Art von Druckaufbau ist natürlich sehr stark und permanent da, auch die versteckten Drohungen. Aber es gibt immer so ein Zwischenspiel – gut und böse natürlich –, aber das ist etwas Gutes, wo man einfach allgemein auch miteinander diskutiert und redet. Das sind diese Fälle, wo man gesagt hat: Wahrscheinlich hat er oder sie eine Wahrnehmung gehabt von Parteienfinanzierung oder sonst etwas.

Natürlich war auch die Frage in der damaligen Situation, auf die damalige Situation abgesehen – eine Situation, in der eine Partei kaum Überlebenschancen hat und mit den 0,1 Prozent und mit dem Grundmandat gerade so, sage ich einmal, mit dem letzten Abdruck hineingehüpft ist. In den Medien war das eigentlich schon monatelang drinnen, 3,2, 3,3 und dann diese 4,1 und das Grundmandat.

Warum sollte also jemand so viel Geld in eine Partei investieren, die eigentlich schon tot oder fertig ist? Das war die Frage an mich, und da sind 600 000 ... – Außer ich habe den bestimmten Wunsch, dass diese Partei diese kleine Chance kriegt. Das kann auch sein, aber das war nicht die Frage von denen. Es ist unangemessen – das ist vielleicht das richtige Wort, weil die Summe zu groß ist für etwas, das vielleicht im Endeffekt dann gar nicht stattfindet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben ja Recht, es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder war es ein Herzenswunsch der Telekom, dass das BZÖ, auch wenn es unwahrscheinlich ist, wieder reinkommt, und man hat dort gesagt, dass muss man unbedingt machen. Da müssen wir dann die Leute in der Telekom fragen, warum gerade das BZÖ und nicht irgendeine andere Partei. Warum war das BZÖ dann die Herzenspartei des Telekom-Vorstandes? Ich halte das für nicht übermäßig plausibel bei Kenntnis der Personen im Telekom-Vorstand.

Zweite Möglichkeit: Das lassen Sie offen, und deswegen möchte ich Sie fragen. Sie sagen:

Aus meiner Erfahrung wäre der Betrag von 600 000 bis 800 000 als **reine** Wahlkampfspende für das BZÖ unangemessen hoch.

Wollten Sie damit möglicherweise auch zum Ausdruck bringen, dass die Höhe aus einer möglichen Gegenleistung des BZÖ der Telekom gegenüber erklärbar wäre?

Klaus Wittauer: Also, da nicht einmal die Staatsanwaltschaft fähig ist und – ich weiß nicht – die ganzen Finanzämter, die ganzen Behörden und die Korruptionsstaatsanwaltschaft ... – Ich war damals dabei, wie wir sie gegründet haben. Ich habe nicht gewusst, was ich damals tue. Heute würde ich es nicht mehr tun. Scheinbar ist die Funktion eines Staatsanwaltes, der ermittelt und einer, der dann anklagt ... – Früher war der Staatsanwalt derjenige, der durchgelesen hat, der einen Bericht von der Kriminalpolizei gekriegt hat und das mit einem gewissen Abstand gesehen hat. Er sieht das nicht mehr mit Abstand.

In der Diskussion selbst wird es ja nicht hingeschrieben, wenn ich sage, das BZÖ hat kaum eine Chance gehabt. Dann kommt so etwas: Wie war das? Ist der Betrag eigentlich für Sie in Ordnung gewesen? Und ich sage: Eigentlich kommt mir die Höhe komisch vor. Wenn ich schon jemandem etwas spende, dann kann ich gleich den Sargdeckel kaufen. Dann muss man also nicht – sage ich jetzt einmal – Dinge für etwas ausgeben, wo ich den tiefen Sinn nicht gesehen habe, weil das BZÖ damals in einer sehr schlechten Ausgangsposition war. Das war einfach so. Das war nicht etwas, das ich hinterfrage oder wo ich heute etwas weiß, sondern es war einfach die Frage von der Staatsanwaltschaft, ob ich das für viel oder wenig finde. Und ich finde es viel, wenig finde ich es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auf der ersten Seite der Beschuldigtenvernehmung steht: Akademischer Grad/ Titel: MBA.

Führen Sie diesen Titel?

Klaus Wittauer: Ich darf ihn natürlich jederzeit führen, aber er ist mir nicht wichtig, sondern das Einzige, das mir wichtig ist ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mir geht es um etwas anderes im Zusammenhang mit dieser von Ihnen angesprochenen Diplomarbeit und der Masterthesis. Das sind wir schon alles miteinander durchgegangen. Haben Sie einen Abschluss? Meine Frage ... (*Klaus Wittauer: Sind wir jetzt bei der gleichen Diskussion – Ökonomierat, Schlosser, landwirtschaftlicher Meister ...? – Obfrau Dr. Moser: Bitte die Frage!*) – Herr Wittauer, die anderen Geschichten interessieren mich nicht!

Klaus Wittauer: Mich interessiert eigentlich auch nicht, was Sie mich dann fragen, wenn Sie die anderen Geschichten nicht interessieren, die vielleicht genauso wesentlich sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Noch einmal: Haben Sie einen akademischen Abschluss, der Sie zum Führen des Titels **MBA** berechtigt?

Klaus Wittauer: Ich habe ihn.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wo haben Sie den gemacht, bei welcher akademischen Einrichtung?

Klaus Wittauer: Jetzt gebe ich Ihnen ein bisschen eine Fleißaufgabe: Frage Sie jemand anderen! – § 7, Entschlagungsrecht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist allerdings ... (*Abg. Petzner: Frau Vorsitzende, können Sie ihn nicht ...?*) Ich ersuche, jetzt wirklich geschäftsordnungsmäßig zu klären, ob aus der Beantwortung der Frage danach, wo

man einen akademischen Grad erlangt hat, irgendein vermögensrechtlicher oder strafrechtlicher Nachteil zu erwarten ist, der eine mögliche Entschlagung begründet. Ich möchte, dass wir das wirklich kurz besprechen, weil wir das Entschlagungsrecht im vollen Umfang respektieren, aber uns mit Sicherheit **nicht pflanzen lassen**.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut. Dann ersuche ich kurz die Öffentlichkeit, den Saal zu verlassen, damit wir diesen Bereich prüfen. Wenn jemand anderer sich dazu melden möchte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Vielleicht gibt es eine Antwort darauf im Lichte der Ausführungen von Kollegen Pilz. Wir brauchen jetzt nicht die Karawane hinaus und herein zu schicken, wenn wir das aufgrund der Rechtsbelehrung durch Beistand und Verfahrensanwalt erfahren können. Vielleicht kann man das kurz erfahren, und wir müssen jetzt nicht die Medien auf die Reise schicken.

(Die Auskunftsperson spricht sich mit dem Verfahrensanwalt.)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Pilz sollte einfach nur auf Twitter schauen, wo Martin Thür, der immer gut recherchiert, schreibt:

„Die WWEDU bestätigt, dass Klaus Wittauer, MBA akad.“ ist und das „bei ihr gemacht hat“.

WWEDU. Fragen Sie Herrn Thür, was das genau ist. Für mich ist damit das Thema erledigt. Herr Thür hat es getwittert, und damit weiß es ohnehin jeder – Punkt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Inzwischen hat Herr Wittauer sich beraten lassen. Möchten Sie jetzt etwas dazu sagen? (Abg. **Petzner:** Bitte den Herrn Thür ...!) Möchten Sie etwas dazu bemerken, Herr MBA Wittauer?

Klaus Wittauer: Wir können über alles reden, Ökonomierat ist ja vorgereicht, also man könnte ja über alles reden. Für mich ist es so: Sie haben mir in Ihrer Befragungszeit etwas unterstellt, und ich behalte es mir einfach vor, den § 7 zu nehmen. Da die Telekom mir mein Studium bezahlt hat und da die Telekom gesagt hat, sie holt sich jetzt von allen möglichen Leuten das Geld zurück, stehe ich auf dem Standpunkt, ich sage nichts dazu, weil ich mich einer gewissen Gefahr aussetze, Herr Abgeordneter Pilz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich verstehe zwar die Problematik nicht, was die Nennung der akademischen Einrichtung mit einem allfälligen Rückforderungsanspruch zu tun hat. Es wäre nur ein ganz kurzer Satz über die Lippen zu bringen, welche Einrichtung das ist. – Gut, es wird die Möglichkeit geben, das anders zu lösen.

Meine konkrete Frage wäre noch: Haben Sie im Tiroler Wahlkampf, und zwar speziell in diesem Nationalratswahlkampf 2006, direkt operative Tätigkeiten gemacht, wie zum Beispiel Inseratschaltungsaufträge gegeben, Plakatdruckaufträge gegeben, Werbemittelbestellungen oder sonst etwas? Haben Sie da ganz konkret Dinge in Auftrag gegeben?

Klaus Wittauer: Nein.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der Auskunftsperson Klaus Wittauer – und ersucht darum, die **nächste** Auskunftsperson in den Sitzungssaal zu bitten.

13.46

13.47

Auskunftsperson Mag. Andreas Krenn

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von **Mag. Andreas Krenn** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Die entsprechenden Geräte sollen außerhalb des Saals gelassen werden. Handys müssen ausgeschaltet sein.

Herr Mag. Krenn, ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht** zur Angabe der **Wahrheit** und die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern.

Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Mag. Andreas Krenn. Geburtsdatum: 7.12.1973. Sie sind wohnhaft in Wien. Beruf: Selbständiger. Sie stehen deshalb in keinem öffentlichen Dienstverhältnis. Herr Magister Krenn! Auf die Aussageverweigerungsgründe gemäß § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein genereller Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann nicht geltend gemacht werden.

Da Sie keine Vertrauensperson mitgenommen haben, haben Sie jetzt gleich die Möglichkeit, vor der Befragung eine Art zusammenhängende Erzählung im Ausmaß von 10 Minuten vorzutragen.

Mag. Andreas Krenn: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Ausschusssmitglieder! Mein Name ist Andreas Krenn. Ich bin 2002 in die Telekom eingestiegen und war bis Mitte 2007 im Controlling tätig. Meine Tätigkeiten waren Business-Planning, was sich hauptsächlich mit Planung und Forecast-Erstellung im Festnetzbereich beschäftigt hat.

Zu Ihrer Information: Ich bin vor zwei Monaten als Zeuge vom BAK einvernommen werden und wurde da zum ersten Mal mit dem Sachverhalt Telekom, BZÖ konfrontiert. Bis dahin hatte ich überhaupt keine Kenntnisse, dass es irgendeine Beziehung diesbezüglich gibt. (*Obfrau-Stellvertreterin Tamandl übernimmt den Vorsitz.*)

Mir ist bewusst, dass ich hier unter Wahrheitspflicht aussage. Deshalb möchte ich gleich zu Beginn festhalten, dass ich weder einen Herrn Wittauer, einen Herrn Pöchinger noch eine Frau Gastinger oder sonst irgendeinen Politiker des BZÖ kenne. Ich hatte auch niemals Kontakt zu den genannten Personen.

Auch Frau Haslinger und Herr Schmied sind mir **nicht persönlich** bekannt. Den einzigen Kontakt, den es zu diesen Personen gab, waren drei bis vier E-Mails, die ich im Auftrag des Vorstands versandt habe. Weder war es mir bewusst, dass es sich hierbei um eine Werbeagentur handelt noch kenne ich eine Agentur Orange.

Selbstverständlich stehe ich für Ihre Fragen zur Verfügung.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Herr Magister Krenn, Sie haben jetzt ganz kurz gesagt, was Sie in der Telekom für Funktionen hatten: bis 2007 im Controlling. (*Mag. Krenn: Ja!*) Und nach 2007?

Mag. Andreas Krenn: Mitte 2007 habe ich die Stabsstelle Mergers & Acquisitions bis 2010 übernommen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Bis 2010. Und seither sind Sie nicht mehr in der ...?

Mag. Andreas Krenn: Genau. Ja.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie sind jetzt selbständig? (*Mag. Krenn: Ja!*) – Hatten Sie diese Firma auch schon während der Zeit in der Telekom? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Sie haben uns in der Einleitung gesagt, dass Sie Frau Haslinger und Herrn Schmied nicht persönlich kennen. (*Mag. Krenn: Ja!*) Sie haben aber mit ihnen E-Mails ausgetauscht. (*Mag. Krenn: Ja!*) – Wenn man die erste Sache nimmt, diese 240 000 €, die von der Telekom an die Frau Haslinger bezahlt wurden, da geht aus dem E-Mail-Verkehr ja hervor, dass Sie ihr zunächst ein Vertragsmuster geschickt haben mit der Aufforderung, sie möge ihre Daten einfügen und das dann zurücksenden. Es geht da immerhin um 240 000 €.

Wenn Sie im Controlling tätig waren: Ist Ihnen dabei nicht aufgefallen, dass es da zu einer Zahlung der Telekom an eine Werbeagentur kommt, wo keine Gegenleistung gegeben war?

Mag. Andreas Krenn: Ich wurde zum ersten Mal konfrontiert, wie gesagt, vor zwei Monaten. Ich konnte mich an dieses E-Mail nicht mehr erinnern. Aber mir ist es vorgelegt worden. Es stimmt, es ist von meinem Account und das ist definitiv von mir. Wenn Sie sich das E-Mail ansehen: Ich kannte zu der Zeit nicht einmal die Adressaten. Vielleicht, wenn man sieht, es gibt diese E-Mail-Adresse „th – und irgendwas“, es war auch kein Name ersichtlich.

Deswegen habe ich geschrieben: Sehr geehrte Damen und Herren, im Auftrag von Herrn Schieszler darf ich Ihnen Folgendes übermitteln.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie haben einmal ein E-Mail ausgetauscht am 29. August, als die Frau Haslinger Ihnen um dreiviertelneun abends das Mail schickt und Sie um 9 Uhr geantwortet haben mit der Aufforderung, wenn sie Fragen habe, solle sie anrufen.

Mag. Andreas Krenn: Genau. Das war eine übliche Floskel bei meinen Mails. Ja. Spielen Sie jetzt auf die Zeit an oder ...?

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ja, die Zeit ist interessant. Es ist eigentlich schon am Abend, nicht spät am Abend, aber doch und beide sitzen noch vor ihren PCs.

Mag. Andreas Krenn: Ich kann Ihnen sagen, das waren teilweise normale Arbeitszeiten bei uns zu der Zeit. Also es war nicht unüblich, bis um 22 Uhr im Büro zu sein, vor allem im Herbst, weil da die Planung auch war.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wenn wir noch einmal auf diesen Vertriebsvertrag zurückkommen: Haben Sie nicht als Controller die Aufgabe, Ihrer Firma, Ihrem Vorgesetzten diese Tatsache vorzutragen, es handelt sich um Zahlungen, die keine Gegenleistung haben und damit entsteht der Telekom ein Schaden?

Mag. Andreas Krenn: Aber es war mir nicht bewusst, dass es da keine Leistungen gibt. Diese Verträge haben ja mit meinem Tätigkeitsfeld an und für sich nichts zu tun gehabt. Es war eine Weisung, offensichtlich des Vorstands. Ich dachte auch, es war

besprochen. Also wenn man sich das Mail ansieht, sieht man auch geschrieben: Wie mit Herrn Schieszler besprochen, übermittle ich Ihnen folgende Unterlagen. – Und ich bin davon ausgegangen, dass das okay ist.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wer war für Sie da ausschlaggebend, dass Sie so vorgehen, wie Sie es jetzt geschildert haben?

Mag. Andreas Krenn: Also wenn der Vorstand eines börsennotierten Unternehmens zu einem Mitarbeiter sagt, bitte schick' diese Unterlagen dort hin, war das ganz klar, das zu tun. Das war im Jahr 2006 und da hat es in keiner Form irgendeinen Indikator gegeben, dass ich an der Weisung eines Vorstands zweifeln musste.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Haben Sie den Vertragstext dieses Vorvertrages selbst entwickelt oder wurde er Ihnen so vorgegeben?

Mag. Andreas Krenn: Also wie gesagt, ich kann mich an das nicht mehr erinnern, was 2006 war. Aber ich gehe mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit davon aus, dass dieser Vertragstext weder bei der Frau Haslinger oder beim Herrn Schmied von mir erstellt worden ist. (*Abg. Mag. Gaßner: Weder?*) – Dass dieser Vertragstext oder dieser Vertragsentwurf von mir nicht erstellt worden ist, weil es drei komplett unterschiedliche Bereiche betrifft, wo es eine Abstimmung zwischen verschiedenen Fachbereichen geben hätte müssen. Das war überhaupt nicht kompatibel zu irgendeiner Aufgabe, die ich im Controlling wahrnehmen musste. Da geht es um Vertrieb. Und da ist es, glaube ich, um Glücksspiel gegangen. Und ich glaube, das Dritte war irgendetwas mit Markenidentität. Das konnte von mir fachlich auch nicht erstellt werden.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Aber Sie haben doch feststellen müssen, dass es sich hierbei um einen Vertrag handelt, um ein Muster handelt, wo eben keine Leistung seitens der Telekom beziehungsweise der Frau Haslinger gegeben war? Es ging nur darum, das Geld zu überweisen.

Mag. Andreas Krenn: Herr Abgeordneter, wie gesagt, ich meine, ich will mich nicht wiederholen, aber ich habe die Anweisung bekommen von einem Vorstand, diese Dokumente zu senden. Und ich glaube, es geht auch hervor, dass ich dachte, dass das auch mit dem jeweiligen Vorstand besprochen ist.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ganz kurze Frage: Ist es üblich, dass Sie vom Vorstand fertige Verträge zur Weiterleitung bekommen? Oder was ist üblicherweise Ihre Aufgabe: auch die Verträge zu prüfen?

Mag. Andreas Krenn: Nein. Definitiv war es nicht meine Aufgabe, Verträge zu überprüfen. Ich würde sagen, es war nicht unüblich, Dokumente an Adressaten zu schicken, die man nicht kannte. Das war auch bei Geheimhaltungserklärungen oder einem Memorandum of Understanding oder solchen Texten.

Wie gesagt, ich hatte damals keinen Grund, daran zu zweifeln.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber Sie sagen, Sie haben den Text, so wie Sie ihn versendet haben, vom Vorstand bekommen?

Mag. Andreas Krenn: Ich weiß nicht mehr, wie dieser Text entstanden ist. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber Sie haben jedenfalls einen Text bekommen, den Sie weitergeschickt haben?

Mag. Andreas Krenn: Wie gesagt, ich kann Ihnen nur sagen ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Schließen Sie aus, dass Sie irgendetwas an dem Vertrag selbst getextet haben?

Mag. Andreas Krenn: Das kann ich nicht ausschließen, da ich mich nicht erinnern kann. Aber ich kann Ihnen mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit sagen, dass es gar nicht möglich war, dass ich diese Texte erstellt habe.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Glauben Sie, dass der Vorstand sich den Vertrag selbst macht?

Mag. Andreas Krenn: Ich weiß es nicht. Vielleicht hat er ihn weitergeschickt oder mir weitergeleitet. Ich weiß es nicht. Da müssen Sie den Vorstand selber fragen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie haben vorhin gemeint, Sie hätten da nur Unterlagen übersendet. (*Mag. Krenn: Genau!*)

Ist das üblich gewesen für einen Mann im Controlling, der ein Jahr später sogar die Prokura verliehen bekommen hat, wenn ich das richtig in Erinnerung habe (*Mag. Krenn: Das ist richtig!*), dass Sie dann aufgefordert werden, da einfach mehr oder weniger Postdienste zu verrichten?

Mag. Andreas Krenn: Das war durchaus üblich.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Das war so üblich.

Mag. Andreas Krenn: Das war nicht, sagen wir so ...

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Verträge in der Form waren **nicht** üblich.

Mag. Andreas Krenn: Es war nicht ... Wie gesagt, es war ja kein Vertrag, es war ein Vertrags**baustein**, was mir gezeigt worden ist. Und solche Themen ... Es war nicht unüblich, im Namen vom Vorstand Dokumente zu übermitteln.

Und wie gesagt, eines möchte ich schon festhalten: Ich habe diesen Vertrag weder unterschrieben noch habe ich eine Leistung bestätigt noch habe ich diesbezüglich in irgendeiner Form ein Budget freigegeben oder ein Budget geplant oder sonst irgendetwas. Man darf ja nicht vergessen, da gibt es einen Prozess. Es ist ja nicht so, dass da einfach ein Vertrag geschickt wird und dann passiert nichts. Das durchläuft ja mehrere Fachabteilungen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Es stehen hier im Raum mehrere 100 000 € bis zu 1 Million €, die aufgrund von nicht geleisteten Leistungen bezahlt wurden. Das betrifft jetzt Frau Haslinger und dann gibt es auch noch die andere Seite, Schmied (*Mag. Krenn: Ja!*), über den Sie auch gesagt haben, Sie kennen Schmied nicht. (*Mag. Krenn: Nein!*) – Aber alle Rechnungen wurden dann immer wieder über Sie versendet.

Mag. Andreas Krenn: Das glaube ich nicht.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Es gibt hier durchaus den E-Mail-Verkehr, den Sie auch mit Schmied geführt haben.

Mag. Andreas Krenn: Der E-Mail-Verkehr, den ich kenne, war, dass ich diese Vertragsvorlagen übermittelt habe und dass das zu retournieren ist an den Herrn Vorstand.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Und damit eingeleitet war, dass diese Zahlungen erfolgen – ohne Gegenleistung.

Mag. Andreas Krenn: Ich weiß, worauf Sie hinauswollen. Aber, wie gesagt, zu keinem Zeitpunkt war mir ersichtlich – und das ist mir schon wichtig –, dass es da zu keiner Leistung gekommen ist. Und der Regelprozess ist ja nicht so. Auch wenn so etwas einem Vorstand übermittelt wird, durchläuft es ja verschiedene Fachabteilungen, damit die Rechnung sachlich richtig bestätigt wird. Ich bin jetzt kein Experte für den

Rechnungslauf, aber das muss der Fachzuständige freigeben, das muss der Einkauf freigeben, da gibt es ein Prozedere dahinter – und vor allem bei so großen Beträgen. Das muss ja auch geplant sein.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Das glaube ich schon, dass das geplant ist, und dass da das Rechnungs-Controlling ganz wesentlich ist, aber dem Controller muss doch auffallen, dass es keine Gegenleistung gegeben hat?

Mag. Andreas Krenn: Wie soll das dem Controller auffallen?

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Wenn Sie einen Vertrag, ein Vertragsmuster schicken mit der Bitte, das mit den Daten des Partners – also in dem Fall Haslinger – wieder zu retournieren, dann muss Ihnen doch aufgefallen sein, dass es sich hierbei um einen Scheinvertrag handelt.

Mag. Andreas Krenn: Nein, überhaupt nicht. Wenn man eine Weisung vom Vorstand bekommt, das wie besprochen zu übermitteln, dann gehe ich davon aus, dass das abgestimmt war. (*Abg. Mag. Gaßner: Na ja, schon!*) Und wie soll ich auswerten ...

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Das war nicht meine Frage. Meine Frage war: Ist Ihnen nicht aufgefallen, dass es keine Gegenleistung gegeben hat? (*Mag. Krenn: Nein, ist mir nicht aufge...!*) Dass das abgesprochen war mit dem Vorstand, ist außer Zweifel. Warum hat der Vorstand dann immer nur diese Korrespondenzen über Sie geführt?

Mag. Andreas Krenn: Da müssen Sie den Herrn Schieszler fragen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ist da ausnahmslos der Herr Schieszler zuständig für Sie gewesen?

Mag. Andreas Krenn: Nein. – Wie meinen Sie: „ausnahmslos der Herr Schieszler“?

Abgeordneter Dr. Kurt Gaßner (SPÖ): In diesen Zusammenhängen mit diesen Vorverträgen und mit diesen fingierten Verträgen: Hat das immer der Herr Schieszler beauftragt?

Mag. Andreas Krenn: Also ich kenne nur diese zwei Dokumente. Das war interessanterweise innerhalb von zwei Tagen, und da war definitiv, wie gesagt – auch laut E-Mail –, der Herr Schieszler der Auftraggeber.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Sie sagen jetzt „interessanterweise innerhalb von zwei Tagen“. (*Mag. Krenn: Ja!*) Da ist Ihnen doch etwas aufgefallen dabei.

Mag. Andreas Krenn: Das habe ich gesehen vor zwei Monaten bei der Einvernahme.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wissen Sie noch, wann die Rechnungen erstellt worden sind im Zusammenhang mit diesen Leistungen von dem Vertrag, den Sie weitergeleitet haben? Da gab es einen Vertrag und dann gab es Rechnungen. Ist es auch in Ihren Aufgabenbereich gefallen, die Rechnungen auszustellen oder zu prüfen oder irgendetwas? (*Mag. Krenn: Nein!*)

Ich lese Ihnen einmal vor, was Frau Haslinger bei ihrer Einvernahme sagt:

Am 29.8.2006 kam dann ein E-Mail von Andreas Krenn von der TA an mich, in dem er mir eine Offertvorlage übermittelt. – Zitatende.

Das heißt, Sie haben da eine Offertvorlage verschickt. Um welche Offertvorlage handelt es sich da, glauben Sie? Ist das die Rechnung oder ist das der Vertrag, am 29.8.2006?

Mag. Andreas Krenn: Das, das ich kenne, war die Vertragsvorlage.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Die haben Sie ihr per E-Mail geschickt. (Mag. Krenn: Genau!) – Und die Vertragsvorlage haben Sie wie bekommen?

Mag. Andreas Krenn: Wie gesagt, wie diese Vertragsvorlage entstanden ist, weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Glauben Sie, dass Ihnen der Vorstand von seinem Computer eine Vertragsvorlage auf Ihren Computer schickt? Halten Sie das für denkmöglich? – Ich meine, Sie sitzen in der Revision, bitte! Ich würde Sie ersuchen, denken Sie einmal nach, was Sie uns hier sagen, und geben Sie dann eine fundierte Antwort!

Mag. Andreas Krenn: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich sitze nicht in der Revision, ich war im Controlling für Planung zuständig.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Im Controlling damals, ja. (Mag. Krenn: Genau!) Ja, aber das Controlling ist ja etwas, wo Sie sehr wohl über gewisse Sicherheitsabläufe Bescheid wissen. Und Sie leiten einen Vertrag weiter, der sollte von der Gegenseite unterschrieben werden und wieder zurückkommen. Also müssen Sie mit einer gewissen Sorgfalt vorgehen.

Ich frage Sie jetzt noch einmal: Von wo ist der Vertrag gekommen?

Mag. Andreas Krenn: Ich kann das Ihnen leider nicht beantworten. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie eine Vertragssammlung auf Ihrem Computer gehabt? (Mag. Krenn: Nein!)

Ist das das einzige Mal gewesen, dass Sie einen Vertrag weitergeleitet haben?

Mag. Andreas Krenn: Wie gesagt, also ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das werden Sie ja wissen, bitte!

Mag. Andreas Krenn: Wenn ich vor zwei Monaten nicht die Einvernahme gehabt hätte, hätte ich das nicht mehr gewusst.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber Sie sitzen im Controlling und leiten einen Vertrag weiter, was überhaupt nicht Ihre Aufgabe ist. So etwas muss einem ja auffallen!

Mag. Andreas Krenn: Es war Teil ... Manchmal war es ... Also ist es definitiv vorgekommen, dass gewisse Vertragsbausteine übermittelt worden sind, sei es bei Geheimhaltungserklärungen oder, wie gesagt, bei einem Memorandum of Understanding.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wer ist denn der Chef des Controllings?

Mag. Andreas Krenn: Der Chef des Controllings?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wer **war** der Chef des Controllings?

Mag. Andreas Krenn: Ich glaube, das war seinerzeit Herr Mayrhofer.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wieso schickt Ihnen dann der **Vorstand** einen Vertrag zum Weiterleiten – und nicht der Herr Mayrhofer?

Mag. Andreas Krenn: Das kann ich nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist es oft vorgekommen, dass der Vorstand den Herrn Mayrhofer übersprungen hat und direkt an Sie etwas delegiert hat?

Mag. Andreas Krenn: Wir waren im Controlling 100 Leute. Dadurch, dass der Herr ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ob er an **Sie** etwas weitergeleitet hat, damit Sie etwas für den Vorstand tun?

Mag. Andreas Krenn: Dadurch, dass Herr Mag. Schieszler ein großes Naheverhältnis gehabt hat, weil er das Controlling lange aufgebaut hat und alle gekannt hat, hat er selbstverständlich ab und zu auf die Mitarbeiter direkt zugegriffen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und was hat der unmittelbare Vorgesetzte dazu gesagt? Wurde der informiert über solche Vorgänge oder ist der sozusagen blöd gestorben?

Mag. Andreas Krenn: Das kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Es gibt den Mailverkehr zwischen Schmied und Ihnen, wo Sie festgestellt haben: „interessanterweise innerhalb von zwei Tagen“, nämlich vom 29. August 2006, und hier heißt es folgendermaßen:

„Wie mit Hrn Schieszler besprochen sende ich Ihnen die zwei gewünschten Dokumente. Bei Fragen einfach anrufen.“ (*Mag. Krenn: Genau!*) – Welche zwei gewünschten Dokumente waren das?

Mag. Andreas Krenn: Na ja, offensichtlich diese Dokumente, die ich versandt habe im Namen des Vorstandes.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Mit welchem Inhalt? Welchen Inhalt hatten diese Dokumente? Waren das wieder Vorverträge oder Scheinverträge?

Mag. Andreas Krenn: Herr Abgeordneter, darf ich nur kurz einmal ...

(Die Auskunftsperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.) – Entschuldigung. Bitte?

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Noch einmal die Frage: Welche zwei gewünschten Dokumente waren da gemeint?

Mag. Andreas Krenn: Wenn das das E-Mail ist, das mir vorgelegt worden ist, dann waren das diese zwei Vertragsbausteine.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Zwei Verträge oder Bausteine?

Mag. Andreas Krenn: Das war kein Vertrag, weil ein Vertrag geht dahin, dass man ihn unterschreibt. Also, das waren Vertragsvorlagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich würde gerne gleich bei diesem E-Mail von Krenn Andreas an Kurt Schmied, am Dienstag, den 29. August 2006, 11.09 Uhr bleiben:

„Betreff: Dokumente Telekom Austria

Sg Hr. Schmied.

Wie mit Hrn Schieszler besprochen sende ich Ihnen die zwei gewünschten Dokumente. Bei Fragen einfach anrufen.

Lg

Andreas Krenn“

Dann gibt es die Beilagen „Markenvertrag.doc“ und „Beratervertrag Glücksspiel.doc“. – Sie haben das ja alles schon geschildert.

Das sind genau jene Vertragsentwürfe, die die Telekom über Sie – wir sind jetzt schon so weit: das haben nicht Sie entworfen, sondern das haben Sie vom Vorstand Schieszler bekommen, ...

Mag. Andreas Krenn: Herr Pilz! Entschuldigung, das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, gut. Unterbrechen Sie mich ruhig, damit wir nichts Falsches im Protokoll haben. Das haben Sie bekommen und das einfach auftragungsgemäß weitergeschickt. (*Mag. Krenn: Genau!*)

So, jetzt ist das am 29. August verschickt worden. Bei der ersten Beilage, bei dem Dokument Markenvertrag, das Sie am 29. August dem Herrn Schmied schicken, steht im Entwurf:

„Wien, am 1. August 2006“.

Wie kann man einen Vertragsentwurf, auf dem steht „1. August 2006“ am 29. August dem Herrn Schmied schicken?

Mag. Andreas Krenn: Also, was ich gesehen habe: Die Dokumente, wie gesagt, bei der Einvernahme, die mir vorgelegt worden sind, ist unten gestanden: Wien, am „Punkt Punkt Punkt“.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, das ist in dieser Form nicht richtig. Wir haben diese Dokumente aus dem Gerichtsakt. Ich halte Sie Ihnen vor.

Mag. Andreas Krenn: Darf ich Sie vielleicht, wenn das dieselben sind ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es müsste eigentlich vor Ihnen liegen.

Mag. Andreas Krenn: Ich habe es gerade gefunden. – Danke.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn Sie freundlicherweise auf die zweite Seite blättern. Sie haben vorne Ihre E-Mails, okay? (*Mag. Krenn: Ich habe ihn!*)

Und da lesen Sie jetzt bei diesem Entwurf, den Sie weitergeschickt haben, Folgendes:

Da steht oben „Firma“ – da muss man dann eintragen: Schmid Werbeagentur –,

„ZH“, also zu Händen,

„Telekom Austria AG; Lasallestraße 9; 1020 Wien;

Herrn Prok.“, also Prokurist, „Mag. Gernot Schieszler; Herrn Prok. Dr. Stefan Tweraser;

Wien, am 1. August 2006“. (*Mag. Krenn: Genau!*)

Warum schicken Sie dem Herrn Schmied ein Dokument, einen Vertragsentwurf mit Vertragserrichtungszeitpunkt 1. August 2006 am 29. August 2006? Das hat sich ja nicht mehr ausgehen können, der 1. August 2006 war ja schon fast ein Monat vorbei. (*Mag. Krenn: Ja!*)

Warum haben Sie das trotzdem geschickt? Ist Ihnen das aufgefallen? – Ich möchte Ihnen, damit wir hier kein Missverständnis haben, keinen persönlichen Vorwurf machen, sondern ich möchte ja nur draufkommen, was passiert ist.

Mag. Andreas Krenn: Nein, nein, Herr Abgeordneter, wenn Sie ... – Es stimmt, da ist ein Datum, und woran ich mich erinnern konnte, also was mir vorgelegt worden ist, das ist auf der zweiten Seite. Da steht: Wien, am „Punkt Punkt Punkt“. (*Abg. Dr. Pilz: Ja, schauen Sie, ich habe da ...!*)

Gibt es – ich meine, was ich nie gesehen habe –, gibt es einen unterschriebenen Vertrag?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist noch nicht der Punkt. Wir sind noch nicht beim unterschriebenen Vertrag.

Wir sind jetzt dabei – ich mache einen kleinen Vorgriff –: Sie schicken am 29. August im Auftrag eines Vorstandes genau diese Beilage, den Vertragsentwurf, an den Herrn

Schmied, Sie haben den Auftrag dazu. Und da steht im Vertragsentwurf: „1. August 2006“.

Ich sage Ihnen gleich noch etwas. Im Angebot, das dann wortgleich von der Projektentwicklung Werbeagentur SCHMIED GmbH an die Telekom AG gesandt wird, steht: Wien, am 1. August 2006. – Das heißt, das ist erfolgreich um fast ein Monat rückdatiert worden.

Der Ausgangspunkt dieser Rückdatierung ist das Angebot, das Sie am 29. August weitergeschickt haben. Ist Ihnen das damals aufgefallen? (*Mag. Krenn: Nein!*)

Hätten Sie es, wenn Sie gesehen hätten, dass es sich um ein offensichtlich rückdatiertes Angebot handelt, dann weitergeschickt? (*Mag. Krenn: Sicher nicht!*)

Das heißt – ich glaube Ihnen das gern –, ist es richtig, dass Sie das einfach übersehen haben?

Mag. Andreas Krenn: Ich gehe davon aus. Wie gesagt, da ich nicht weiß, wie das Dokument entstanden ist, fällt es mir jetzt natürlich schwer zu beantworten, ob ich mir das konkret im Detail angesehen habe oder nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nehmen wir das zweite Dokument, das Sie ebenfalls am 29. August dem Herrn Schmied geschickt haben. Da steht wieder: An die Telekom und so weiter.

„Konzeption und Ausführung von Lobbyingmaßnahmen bezüglich der Vergabe einer österreichischen Glücksspiellizenz an die Telekom Austria“.

„Wien, am 28. Juli 2006“.

Das ist noch weiter rückdatiert.

Und wenn ich mir dann das Angebot hernehme, dann schickt der Herr Schmid ein offensichtlich auch in diesem Punkt rückdatiertes Angebot an die Telekom Austria: Angebot Nummer 0710; Wien, am 28. Juli 2006 – rückdatiert.

Haben Sie auch diese Rückdatierung übersehen?

Mag. Andreas Krenn: Also, falls mir das aufgefallen wäre, hätte ich definitiv etwas geändert, geschweige denn, aufmerksam darauf gemacht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was hätten Sie getan, wenn Sie gesehen hätten: Ja, das kann ja gar nicht passen, da ist ja ein völlig unmögliches Datum drin?

Was hätten Sie dann normalerweise gemacht, wenn Sie das festgestellt hätten?

Mag. Andreas Krenn: Den Vorstand darüber informiert oder den, der mir das Dokument gegeben hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und haben Sie den Vorstand darüber informiert?

Mag. Andreas Krenn: Ich denke nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also können wir davon ausgehen, dass Sie diesen Umstand nicht festgestellt haben und dass – das ist jetzt bei Protokoll, das ist Ihre Darstellung –, ohne dass Sie das festgestellt haben, im guten Glauben, dieses Dokument, diese Dokumente an den Herrn Schmid weitergeleitet haben.

Jetzt geht es mir um Folgendes: Nehmen wir den Fall Haslinger her. Am 29. August – ebenfalls – geht diese Nachricht von Ihnen an Tina Haslinger hinaus:

„Sg Damen und Herren,“ –

Sie haben das ja schon besprochen

„wie mit Hrn Schieszler besprochen sende ich Ihnen das gewünschte Dokument. Bei Fragen einfach anrufen. (...)

Lg

Andreas Krenn“.

Beim Entwurf steht wieder drin:

„ZH Telekom Austria AG; Lasallestraße 9; 1020 Wien; Herrn Prok. Mag. Gernot Schieszler, (...) Wien, am 27. Juli 2006“.

Auch dieses Datum kann nicht stimmen, auch das ist offensichtlich rückdatiert.

Können Sie **das** erklären?

Mag. Andreas Krenn: Tut mir leid, es fällt mir sehr schwer, aber, wie gesagt, das sehe ich jetzt auch zum ersten Mal. Wie gesagt, bei der Einvernahme wurde mir nur gezeigt: Wien, am – und leer gelassen.

Darf ich fragen: Bei den unterschriebenen Verträgen ist dann das falsche Datum eingefügt worden?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir finden dann auch das entsprechende Angebot von Frau Haslinger an die Telekom Austria AG, Lassallestraße 9, Herrn Prokuristen Mag. Gernot Schieszler, Wien, 27. Juli 2006. – Also auch das ist erfolgreich rückdatiert. (*Mag. Krenn: Ja!*)

Und haben Sie in **diesem** Zusammenhang den Auftraggeber auf diesen Fehler aufmerksam gemacht? (*Mag. Krenn: Nein!*)

Ist es also richtig, dass Sie auch **diesen** Fehler übersehen haben? (*Mag. Krenn: Offensichtlich!*) – Okay.

Haben Sie sonstige Rechnungen oder Rechnungsentwürfe oder Vertragsentwürfe weitergeleitet, bei denen Sie zumindest jetzt im Nachhinein den Verdacht haben, es könnte sich um Scheinrechnungen oder Scheinverträge handeln? (*Mag. Krenn: Nein!*)

Ich halte Ihnen vor, von Krenn Andreas, 3. Juni 2008, Attachment: Vertrag Gernot.doc. Herr Gernot, wie gewünscht der Vertragsentwurf. Wien, im Juni 2008, an die Telekom Austria AG, Herrn Mag. Gernot Schieszler.

Das ist das Scheinangebot von Herrn Mensdorff-Pouilly zum sogenannten Projekt Alpha. Genau das gleiche Muster. Der ist auch von Ihnen weitergeleitet worden.

Es handelt sich – da gibt es bereits die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, das ist auch von Deloitte untersucht worden – ganz offensichtlich um einen Scheinvertrag, der mögliche Schmiergeldzahlungen in der Höhe von 1,1 Millionen € im Zusammenhang mit einem anderen Beweisthema verschleiern sollte, deswegen werde ich jetzt nicht zum Beweisthema fragen, sondern nur zur Art und Weise der Rechnungslegung. Ist Ihnen dieser Vertragsentwurf bekannt?

Mag. Andreas Krenn (liest in Unterlagen): Ich überlege, ich kenne ein „Projekt Alpha“. Das „Projekt Alpha“ war meines Wissens – aber ich bin mir nicht sicher – ein TARGET in der Slowakei.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber das hat die interne Untersuchung durch Deloitte unter dem Namen „Projekt Flieder“ – das ist eine Namensgebung von Telekom oder Deloitte – ergeben, dass dieses Projekt im Zusammenhang mit Mensdorff-Pouilly nie durchgeführt worden ist, es keine Mensdorff-Pouilly-Leistung gibt. Das wird inzwischen dem Komplex Tetron zugeordnet, mögliche Tetron-Schmiergelder

in der Höhe von 1,1 Millionen €. Es gibt auch eine Schieszler-Aussage, aber das ist nicht Beweisthema, deswegen möchte ich jetzt in der Sache nicht darauf eingehen.

Ist Ihnen bekannt oder erinnerlich, wer Ihnen den Auftrag zu diesem Scheinvertrag gegeben hat?

Mag. Andreas Krenn: Also solche Verträge können nur vom Vorstand beauftragt worden sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist Ihnen die Person erinnerlich, die Ihnen den Auftrag gegeben hat?

Mag. Andreas Krenn: Nein, tut mir leid.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Mag. Krenn! Dem Vernehmungsprotokoll sind eine Reihe von Geschäftsfällen beigelegt. Zum überwiegenden Teil sagen Sie aus, dass Sie dazu keine Wahrnehmung haben.

Ich möchte Sie zu einem Geschäftsfall befragen, von dem ich ausgehe, dass Sie eine Wahrnehmung haben könnten, zumal Sie ja der direkte Ansprechpartner waren. Es betrifft die Firma SPOT – Special Opportunities Beteiligungen AG.

Können Sie uns sagen, über welchen Zeitraum es eine Zusammenarbeit mit der SPOT gegeben hat?

Mag. Andreas Krenn: Den Zeitraum weiß ich jetzt nicht, aber die Firma SPOT war für die Telekom tätig, das stimmt. Das war mehr oder weniger die ausgelagerte M & A-Abteilung. Das waren M & A-Berater, die waren schon vor meiner Zeit, als ich die Stabstelle übernommen habe, tätig und auch immer wieder während meiner Tätigkeit.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie irgendeine Vorstellung, welches Volumen die Zusammenarbeit pro Jahr etwa umfasst hat? (*Mag. Krenn: Nein!*) Das Auftragsvolumen? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Schätzung? Gar keine Wahrnehmung? (*Mag. Krenn: Nein!*) War das eher umfangreich? Waren es nur sehr kleine Tätigkeiten?

Mag. Andreas Krenn: Also die SPOT hat ja nicht – wie gesagt, es hat einige Überschneidungen gegeben –, aber teilweise hat die SPOT direkt für den ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Womit hat es Überschneidungen gegeben?

Mag. Andreas Krenn: Bei Projekten. Wie gesagt, Hauptaufgabe der SPOT aus meiner Sicht, wie ich das mitbekommen habe, war das Screening von verschiedenen Unternehmen, und es hat immer wieder Termine gegeben im Vorstand – bei einigen war ich auch dabei –, wo gewisse Listen von Unternehmen durchgegangen sind.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie die Projekte ein wenig beschreiben, um die es da gegangen ist?

Mag. Andreas Krenn: Ich weiß, sie waren tätig bei der eTel. Darüber müsste es ausreichend Dokumentation geben. Es hat Projektlisten gegeben, teilweise auch vor meiner Zeit; ich habe sie gesehen. Es hat Jour-fixe- und TARGET-Listen gegeben. Wie gesagt, es hat damals auch mit dem Vertrieb schon Arbeitstermine gegeben.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie sagen, Sie waren da zum Teil involviert.

Welche Kontaktpersonen gab es da?

Mag. Andreas Krenn: Herrn Scheiner.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): War das die einzige Kontaktperson zur Firma SPOT?

Mag. Andreas Krenn: Nein, ich glaube, das war ein Team von drei, vier Leuten.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Hatten Sie je Kontakt mit Herrn Mag. Lederer? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Nicht in diesem Zusammenhang – oder gar nicht? (*Mag. Krenn: Gar nicht!*) – Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen, dass die Telekom direkt Aufträge an Herrn Lederer vergeben hat? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Hatten Sie irgendeine Wahrnehmung, dass die SPOT in irgendeiner Art und Weise involviert war in Projekte, die letztlich auch Gesetze, Verordnungen als Ergebnis hatten? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Einflussnahmen darauf? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Herr Magister, der Prüfbericht der KPMG über die Telekom aus dem Jahr 2008 hatte unter anderem den Schwerpunkt Beraterverträge.

Sind Ihnen Kooperationen der Telekom zu den folgenden Beratungsunternehmen beziehungsweise zu den Geschäftsführern bekannt oder aufgefallen? Wenn ja, würde ich Sie bitten, dass Sie uns dazu etwas sagen!

Alois Czipin, Produktivitätsberatung. – Haben Sie dazu irgendeine Wahrnehmung?

Mag. Andreas Krenn: Nein. Ich kenne den Herrn nicht, mir sagt nur die Firma Czipin etwas.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber ansonsten keine Kooperationswahrnehmung? (*Mag. Krenn: Nein!*) – ACP Beteiligungsmanagement GmbH, Geschäftsführer: ein gewisser Herr Karl Zechmeister?

Mag. Andreas Krenn: Ja, Herr Zechmeister sagt mir etwas.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Was sagt Ihnen Herr Zechmeister?

Mag. Andreas Krenn: Es hat ein Projekt gegeben – ich glaube, das ist nicht geheim –, die Übernahme von einem Auskunftsdienstleister, und dort war er Vertreter von diesem Konsortium. Wir haben eine Überprüfung gemacht, es hat Due Diligences gegeben, aber das Projekt ist dann letztlich gescheitert.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): ROBICOM, Geschäftsführer: Robert Nowikovsky? (*Mag. Krenn: Nein!*) – COM Partners Unternehmensberatungs GmbH, Geschäftsführer: Burger Kai-Peter? (*Mag. Krenn: Ja!*) – Was sagt Ihnen dieses Projekt?

Mag. Andreas Krenn: Die haben sehr eng mit mir zusammengearbeitet.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie das ein bisschen beschreiben: Worum ging es da?

Mag. Andreas Krenn: Das waren die Investmentberater zur Transaktion eTel.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): NCN Consulting, Geschäftsführer: Mag. Nikolaus Nonhoff? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Ist Ihnen Herr Dr. Regner, Rechtsanwalt, ein Begriff? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Herr Dr. Adolf Anderl?

Mag. Andreas Krenn: Nein, kenne ich nicht.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Herr Mag. Krenn, ich habe so den Eindruck, dass Sie sicherlich nicht diejenige Person sein werden, die umfangreich diese möglichen oder offensichtlichen Malversationen festgestellt hat, dennoch ergeben sich für uns ein paar Fragen.

Ich habe mir den Werdegang einmal genauer zu Gemüte geführt. Sie sind 2002 in die Telekom Austria eingetreten als Controller beziehungsweise im Controlling-Bereich,

wie Sie selbst sagen (*Mag. Krenn: Genau!*), Ihr Vorgesetzter war ein gewisser Mag. Mayrhofer, und Sie haben dann 2007 die Prokura bekommen. Aber der Zeitraum, für den wir uns interessieren, betrifft das Jahr 2006, vor allem Mitte 2006, August 2006, und die Ihnen bekannten oder bereits vorgelegten Daten.

Mich würde jetzt interessieren: Welche genaue Funktion hatten Sie zu diesem Zeitpunkt? Als – ich sage es einmal ganz salopp, vielleicht auch nur für mich, das können Sie mir dann beantworten – einfacher Controller direkt dem Vorstandsbüro unterstellt zu sein, das ist für mich nicht ganz schlüssig. Wenn Sie das bitte umschreiben!

Mag. Andreas Krenn: Gerne. Meine Aufgabe war, wie gesagt, hauptsächlich Planung und Forecast-Erstellung, und das waren selbstverständlich, gerade bei der Forecast-Erstellung, oft auch Vorstandsthemen, denn es hat Vorstandspräsentationen gegeben und auch Präsentationen für den Aufsichtsrat. Diese wurden teilweise auch von mir miterstellt.

Warum es dann auch Überschneidungen gegeben hat? – Also ich war für Business-Planning zuständig, und das heißt, wenn es zu Projekten gekommen ist, zu Transaktionen oder dazu, Unternehmen zu überprüfen, war meine Aufgabe immer der Finanzteil. Deshalb war ich bei solchen Projekten zu Beginn auch involviert. Das war dann auch der logische Schritt zur Stabstelle M & A.

Das heißt, zu Beginn war es die finanzielle Prüfung und die Erstellung des Businessplans für Unternehmen oder Kooperationen, aber, wie gesagt, das war eher der kleinere Part meiner Tätigkeit.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Um das besser zu verstehen: Von der Weisungskette her – und das ist durchaus von Relevanz – gab es den Vorstandsdirektor Gernot Schieszler, zuständig für den Finanzbereich, dann gab es Ihren unmittelbaren Vorgesetzten Herrn Mag. Mayrhofer, dann Sie.

Warum haben Sie direkt mit Herrn Vorstandsdirektor Schieszler zu tun gehabt? Oder hatten Sie vor allem bei diesen Vertrags... – wie sagt man so schön? –, bei diesen Konzepten, die Sie Richtung Werbeagenturen geschickt haben, auch mit Herrn Mag. Mayrhofer zu tun oder kam da schlichtweg der Auftrag von Vorstandsdirektor Schieszler selbst?

Mag. Andreas Krenn: Also prinzipiell war Herr Mayrhofer mein Vorgesetzter, und da gab es selbstverständlich immer Abstimmungen. Ob er in dem Fall von mir oder von Herrn Schieszler informiert worden ist, das kann ich leider nicht mehr sagen.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Ich möchte das jetzt nicht alles zitieren, was Sie in Ihrer Einvernahme am 19. Dezember ausgesagt haben, aber es hat sich auch das Bild gezeigt, dass Sie von all diesen Vorgängen Ihrer Aussage nach nichts gewusst haben. Das heißt, Sie haben zum Beispiel wiedergegeben – ich zitiere –:

Aufträge durch meinen Chef Schieszler habe ich auch nicht wirklich hinterfragt. – Zitatende.

Das war auch Ihr Arbeitsverständnis damals? Sie haben einen Auftrag bekommen und unhinterfragt, uninformiert ausgeführt?

Mag. Andreas Krenn: Ich habe auch Aufträge von Herrn Mayrhofer bekommen. Wie gesagt, ich würde es jetzt wahrscheinlich anders sehen, aber im Jahr 2006 hat es nie einen Hinweis darauf gegeben, an der Weisung eines Vorstandes zu zweifeln.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Um das vielleicht ein bisschen aufzulockern oder auch Ihre Meinung einzuholen: Was haben Sie in diesem gesamten

Umfeld wahrgenommen? Es geht jetzt natürlich um eine Wahrnehmung. Sie kennen die Vorwürfe, die möglichen offensichtlichen Malversationen, Sie werden aus den Medien oder auch vielleicht persönlich einen Herrn Hochegger kennen, Sie haben auch schon von Wittauer gehört. Was haben Sie persönlich damals wahrgenommen?

Eine weitere konkrete Frage: Haben Sie damals vielleicht amtierende – ich sage einmal so – höhere Politiker bei Vorstandsdirektor Schieszler ein- und ausgehen gesehen? Haben Sie da irgendwelche persönlichen Wahrnehmungen, die Sie diesem Ausschuss mitteilen wollen?

Mag. Andreas Krenn: Um es zu strukturieren: Wie schon eingangs erwähnt, Herr Wittauer kannte ich nicht und kenne ich auch nicht. Ich glaube, die zweite Person war Herr Hochegger, der ist mir bekannt aus zwei Projekten. Sonst hatte ich persönlich nie Kontakt zu irgendwelchen Politikern irgendeiner Partei.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Herr Wittauer hat das vorhin bei seiner Einvernahme differenziert gesehen, ob mit Herrn Schieszler befreundet oder nur sehr gut bekannt. Da liegt für uns natürlich auch die Möglichkeit nahe, dass er bei Vorstandsdirektor Schieszler doch das eine oder andere Mal zum Informationsaustausch ein- oder ausgegangen ist.

Das können Sie für sich ausschließen? Das haben Sie nicht wahrgenommen?

Mag. Andreas Krenn: Wie gesagt, ich kannte Herrn Wittauer nicht, und er wäre mir auch in der Telekom nicht aufgefallen.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Um das auch nochmals von Ihnen wirklich konkret beantworten zu lassen: Sie hätten auch andere Spitzenpolitiker damals nicht wahrgenommen, die das eine oder andere Mal im Umfeld der Telekom, an Ihrem Tisch vielleicht vorbeigegangen sind?

Ich weiß nicht, wie die örtlichen Gegebenheiten damals waren. Vielleicht können Sie das auch noch kurz schildern. War Ihr Büro neben dem Vorstandsdirektor oder ein paar Zimmer weiter? Ich hätte das gerne verstanden.

Mag. Andreas Krenn: Nein, nein, das Controlling war im dritten oder vierten Stock, und die Vorstandsbüros waren im siebenten Stock. Insgesamt waren, glaube ich, 2 500 Leute in dem Gebäude. Also ich glaube nicht, dass die bei meinem Tisch vorbeigegangen sind.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aufgrund der bisherigen Unterlagen und auch vor allem der Zeugenaussage von Frau Haslinger wirken Sie als derjenige, der quasi vorschreibt, wie so ein Titel für einen Werkvertrag zu lauten hat, wie er benannt wird, wie die Rechnungen dazu benannt werden, wie das auszusehen hat.

Das Ganze war nicht im Wissen von Ihnen, dass da in Wirklichkeit keine Leistung erfolgt? Das hätte jemand anderer zu beurteilen gehabt?

Mag. Andreas Krenn: Nein, nie. Es hat nie eine Wahrnehmung gegeben, dass es da keine Leistung gibt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also diese ganzen Dinge, wie man Leistungen verfasst von der Zusammenarbeit mit Finanzdienstleistern über den Vertrieb von Alarmanlagen, wer hat Ihnen diesen Titel oder sonst was, wer hat Ihnen diese ganzen Sachen vorgegeben, dass man so etwas braucht, dass die Leistung über diese Agentur erfolgt?

Mag. Andreas Krenn: Es war, wie gesagt, sicher nicht meine Tätigkeit, Vertragsvorlagen zu erstellen. Deswegen habe ich zu Beginn auch gesagt, ich kann es mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit ausschließen, dass ich diese Unterlagen

erstellt habe, weil das gar nicht möglich wäre. AonAlarmServices, Vertriebsvertrag, Europäisches Lobbying – ich war, wie gesagt, im Finanzbereich tätig –, das betrifft verschiedenste Abteilungen. Hätte ich so etwas erstellt, würde ich es wissen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Von wen haben Sie es dann bekommen? Sie haben es ja zum Teil dann weitergegeben an diese Personen, die dann diese Leistung gar nicht ausgeführt haben. Das heißt, Sie haben zumindest den „Beipackzettel“ – würde man beim Medikament sagen – übermittelt.

Mag. Andreas Krenn: Genau, das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Von wem haben Sie dann diesen Beipackzettel bekommen?

Mag. Andreas Krenn: Es tut mir leid, wenn ich mich wiederholen muss, aber ich weiß es wirklich nicht. Ich weiß nicht, wie dieses Dokument entstanden ist. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das passiert uns öfters in diesem Ausschuss, dass mehrere nicht wissen, wie etwas zustande gekommen ist, daher fügt sich das sehr gut ins Bild.

Mag. Andreas Krenn: Wie gesagt, es ist mir wichtig, es war auch offensichtlich, dass ich nicht einmal den Adressaten kannte, wenn man in einer E-Mail „sehr geehrte Damen und Herren“ schreibt. Das wollte ich noch einmal festhalten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wenn zu späterer Zeit Frau Haslinger fragt: Wie läuft das mit dem Geld?, dann sagen Sie: Bitte direkt an den Schieszler, dann geht es rasch!?

Mag. Andreas Krenn: Das war dann offensichtlich der Auftrag von Herrn Schieszler, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also das war offensichtlich der Auftrag von Herrn Schieszler. (*Mag. Krenn: Das steht ja auch in dem Mail!*)

Jetzt wissen Sie, Auftrag dahinter: Herr Schieszler. Aber das Zwischenstadium, wer zum Beispiel auf diese kreativen Werkvertragsstudienaufträge, -überschriften gekommen ist, ob das Herr Schieszler selbst war oder jemand anderer, das wissen Sie nicht?

Mag. Andreas Krenn: Nein, das weiß ich eben nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Von wem haben Sie dann diese Daten bekommen? Von Herrn Schieszler direkt? Hat er gesagt: Das ist der Auftrag, bitte zu der Firma sowieso diesen Auftrag weiterleiten!? War das Herr Schieszler selbst?

Mag. Andreas Krenn: Das kann ich nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie wissen es nicht mehr aus Ihrer Erinnerung heraus oder haben Sie es damals auch nicht gewusst?

Mag. Andreas Krenn: Ich weiß es nicht aus meiner Erinnerung. Von irgendjemandem habe ich sicher das Dokument bekommen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber den können Sie heute nicht mehr festmachen?

Mag. Andreas Krenn: Ob von Herrn Schieszler oder von einem Fachbereich, das weiß ich nicht mehr.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bevor ich Herrn Abgeordnetem Petzner das Wort erteile, eine Bemerkung: Da wir im Ausschuss bemüht sind, sozusagen vorbildlich zu agieren, würde ich es für angepasst halten, Herr Abgeordneter Petzner, dass Sie sich bei Herrn

Simonitsch entschuldigen, denn es steht Abgeordneten nicht an, dass Sie Journalisten beleidigen.

Sie können jetzt fragen und sich im Anschluss entschuldigen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich entschuldige mich bei Herrn Simonitsch **nicht** und gehe in die Befragung ein.

Herr Mag. Krenn, noch einmal zu diesen E-Mails, die hier schon angeführt wurden. Sie bleiben dabei, dass Sie de facto lediglich die „Brieftaube“ waren und diese E-Mails weitergeschickt haben, ohne den Inhalt erstellt zu haben, ohne diese Verträge erstellt zu haben und ohne Kenntnis über Leistung beziehungsweise Gegenleistung dieser Verträge? – Fasse ich das so richtig zusammen? Ich glaube schon – oder? (*Mag. Krenn: Ja!*) – Sie haben – das ist schon ausgeführt worden – Frau Haslinger ein Dokument geschickt, wie die Rechnung, die sie dann an die Telekom zurückzuschicken hat, ausschauen soll. Dieses E-Mail vom 29. August von Ihnen an Tina Haslinger haben Sie, glaube ich, vorliegen – ich zitiere –:

Schnellster Ablauf: Vertrag auf Firmenpapier unterschreiben und als PDF schicken. Der gegengezeichnete Vertrag wird an Sie retourniert. Die Rechnung gleich direkt an Herrn Schieszler schicken. Bei Fragen einfach anrufen. Liebe Grüße, AK, Andreas Krenn. – Zitatende.

Jetzt frage ich Sie: Woher haben Sie über diesen **schnellsten Ablauf**, wie der auszusehen hat, Kenntnis gehabt? Wer hat Ihnen das gesagt? Woher haben Sie gewusst, wie der schnellste Ablauf ist? Und wenn Sie sagen, Sie haben vom Inhalt des Dokuments nichts gewusst, warum schreiben Sie dann im Mail hin, bei Fragen einfach anrufen, wenn Sie der Haslinger offensichtlich eh keine Fragen hätten beantworten können, wie Sie hier ausgeführt haben, weil Sie ja nur das Dokument weitergeleitet haben wollen?

Mag. Andreas Krenn: Die konkrete Frage war jetzt, bitte, wie?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie sagen, Sie wissen von nichts, skizzieren aber hier, wie der schnellste Ablauf ist, und schreiben das in Ihr Mail.

Frage eins: Woher haben Sie gewusst, wie der schnellste Ablauf ist, und wie das am schnellsten und besten funktioniert? (*Mag. Krenn: Okay!*)

Frage zwei war: Wenn Sie von nichts gewusst haben, warum schreiben Sie dann rein, bei Fragen einfach anrufen? Da hätte ich reingeschrieben, bei Fragen bitte Schieszler anrufen, weil: mein Name ist Hase, ich weiß ja von nichts.

Was hätten Sie denn der Frau Haslinger gesagt, wenn sie Fragen an Sie gehabt hätte? Warum haben Sie das so reingeschrieben: bei Fragen einfach anrufen?

Mag. Andreas Krenn: Bei jedem Mail mit meiner Signatur steht drinnen: bei Fragen einfach anrufen. – Frage Nummer eins.

Frage Nummer zwei, schnellster Ablauf: Es ist durchaus vorgekommen, dass Verträge oder Rechnungen irgendwo im System liegen geblieben sind. Und es ist offensichtlich der schnellste Ablauf gewesen – weiß nicht, ob mir das der Herr Schieszler gesagt hat, so zu tun, aber es ist hin und wieder oft vorgekommen –, dass man die Rechnungen, oder wenn es wichtige Dokumente waren, gleich zum Vorstand schickt. Das war der schnellste Ablauf – was aber nicht bedeutet, dass das den Prozess nicht durchgegangen ist.

Wie gesagt, mir ist auch wichtig: So eine Rechnung, oder so ein Vertrag – diese Rechnung muss ja sachlich richtig sein. Es muss von einem Fachbereich ja bestätigt werden, dass die Leistung erbracht worden ist. Deswegen kann ich es mir nicht

vorstellen, dass das einfach so durchgegangen ist. Es muss ein Budget vorgeplant worden sein, also eine Million ist ja kein kleiner Betrag.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber es ist so durchgegangen (*Mag. Krenn: Ja, offensichtlich!*), das ist ja das Problem. Das heißt, zu diesem schnellsten Ablauf sagen Sie, dass das entweder vom Herrn Schieszler so gekommen ist, oder dass das aufgrund des firmeninternen Procedere klar war, weil da öfter irgendwelche Dokumente liegen geblieben oder stecken geblieben sind.

Wie meinen Sie das genau mit diesen Dokumenten, die irgendwie wo liegen geblieben sind – wenn ich das jetzt richtig aus der Erinnerung zitiere –, können Sie das näher ausführen, wie da das technische Procedere beziehungsweise das technische Problem war?

Mag. Andreas Krenn: Wie gesagt, ich kenne den Prozess, aber ich bin kein Experte für den Prozess des Rechnungslaufes. Ich glaube, üblich war es, an eine Rechnungsadresse zu senden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, und dann ist jetzt Folgendes passiert: Sie schicken an Frau Haslinger dieses Dokument und schreiben da den **schnellsten Ablauf** hinein. Dann gibt es da einen Mail-Verkehr, weil die Frau Haslinger da offensichtlich irgendetwas falsch gemacht hat. Das sagt nämlich die Frau Haslinger dann in ihrer Einvernahme als Zeugin.

Im ersten Teil des Mail-Verkehrs wird Folgendes angeführt:

Tut mir leid, aber auch ich musste leider etwas länger warten als erwartet, die Sache wird diese Woche sicher von meiner Seite aus erledigt sein. – Das schreibt Haslinger an Schmied, was die Zahlungsflüsse betrifft.

Und dann fragen die Ermittler: Erläutern Sie die Hintergründe dieser Aussage – also warum es etwas länger gedauert hat, und was da los ist. Und dann sagt Haslinger wie folgt:

Ich verweise abermals auf meine bereits getätigte Aussage und möchte nur hinzufügen, dass ich meine Rechnung an die Telekom zwei Mal stellen musste, da ich bei der ersten Übermittlung der Rechnung an die TA bestimmte Formvorschriften nicht erfüllt hatte und mir die Buchhaltung der Telekom Austria diese rückübermittelte. Die zweite Rechnungslegung „gelang“ dann. – Zitatende.

Haben Sie in diesem Zusammenhang mit Frau Haslinger jemals zu tun gehabt, was diese ursprünglich falsche Rechnungslegung und dann die neuerliche, richtige Rechnungslegung betrifft, denn Sie waren ja auch der, der ihr das entsprechende Dokument geschickt und erklärt hat, wie sie es richtig machen soll. Offensichtlich hat sie es falsch gemacht und musste die Rechnung dann noch einmal schicken.

Waren Sie die Person, die da mit ihr in Zusammenhang mit dieser Falschübermittlung kommuniziert hat?

Mag. Andreas Krenn: Ich glaube nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Glauben? **Wissen** Sie es? Glauben und wissen sind immer zwei verschiedene Paar Schuhe.

Können Sie ausschließen, dass Sie diese Person waren, die der Frau Haslinger die Rückmeldung gegeben hat: Halt, hier sind Formvorschriften nicht eingehalten worden, bitte Rechnung noch einmal neu schicken, damit sie passt und funktioniert!

Mag. Andreas Krenn: Dazu kann ich nichts sagen. Ich weiß nicht, können Sie mir das vorlegen?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich kann Ihnen die Aussage der Frau Haslinger gerne vorlegen. (*Mag. Krenn: Also wie gesagt ...!*)

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Meine Frage noch einmal: Waren Sie diese Person, die da mit der Haslinger bezüglich der falschen Rechnungslegung kommuniziert hat: ja oder nein? Sie waren ja auch der, der ihr erklärt hat, wie sie es richtig zu machen hat. Daher wäre die logische Schlussfolgerung, dass Sie dann auch der gewesen sein können, der ihr gesagt hat, dass das falsch ist, was sie geschickt hat.

Mag. Andreas Krenn: Nein, das glaube ich nicht, dass ich diese Person war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal: Können Sie es ausschließen – oder nicht?

Mag. Andreas Krenn: Ich sage es noch einmal: Ich glaube es nicht, dass ich diese Person war. Wie gesagt, vor zwei Monaten wusste ich auch nicht, dass ich dieses E-Mail geschickt habe. Wie soll ich dann etwas ausschließen?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich hätte mir so ein E-Mail gemerkt, aber gut.

Dann halte ich Ihnen vor – noch einmal aus Ihrer Zeugenvernehmung bezüglich dieses Mail-Verkehrs und dieser Verträge, Stichwort Beratervertrag Glücksspiel, und so, wo Sie mit Schmied per E-Mail hin und her geschrieben haben –: Sie haben jetzt hier ausgesagt, dass Sie dieses Dokument nicht gemacht haben.

Ist das korrekt?

Mag. Andreas Krenn: Ich habe gesagt, mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit habe ich das nicht gemacht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage mich nur, weil die Staatsanwaltschaft hält Ihnen da dann entgegen:

werde ich gefragt, wie ich es erkläre, dass ich als Autor in der Dokumenteninformation des Anhangs Beratervertrag Glücksspiel.doc aufscheine.

Also ich gehe davon aus – und das haben wir leider nicht –, dass die Staatsanwaltschaft den Dokumentenautor dieses Word-Dokuments verifiziert hat, was man ja machen kann, indem man beim Dokument auf Eigenschaften geht, und dann sieht man, wer das verfasst hat. Und das sollen angeblich Sie gewesen sein, so sagt das die Staatsanwaltschaft in Ihrer Befragung.

Jetzt frage ich Sie dazu: Haben Sie dieses Dokument verfasst, beziehungsweise was können Sie zu diesem Vorhalt der Staatsanwaltschaft sagen?

Mag. Andreas Krenn: Ja, das war meine Anregung bei der Einvernahme, in die Eigenschaften des Dokuments zu sehen. Und wir haben gemeinsam dort in den Eigenschaften nachgesehen. Ich will festhalten, das war meine Anregung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und was ist dann rausgekommen, als Sie zusammen nachgeschaut haben?

Mag. Andreas Krenn: Wenn ein Dokument von meinem Rechner erstellt werden müsste, gibt es eine Kennung. Diese Kennung war auf keinem der drei Dokumente. Bei einem Dokument hat es eine andere Kennung gegeben, bei dem zweiten Dokument war überhaupt nichts drinnen, und bei dem dritten ist drinnengestanden: Andreas Krenn. Aber das ist nicht die Kennung, weil das normalerweise ein U-User war.

Das war das, was wir bei der Staatsanwaltschaft gemeinsam festgestellt haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was war das, ein U-User?

Mag. Andreas Krenn: Das nennt man U-User.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie uns das technisch ausführen, was das genau ist?

Mag. Andreas Krenn: Das war einfach ein Kennungscode.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Ihr Code war UVWG7E5? (*Mag. Krenn: Genau!*)

Sie haben jetzt gesagt, Ihr Code – also UVWG7E5 – scheint nie auf, aber bei einem Dokument scheint dann Ihr Name bei den Eigenschaften auf.

Was war denn das für ein Dokument, und warum ist da dann Ihr Name, also Andreas Krenn, aufgeschienen, wie Sie gerade vorhin ausgeführt haben?

Mag. Andreas Krenn: Was wir vielleicht auch festgestellt haben bei der Staatsanwaltschaft: Bei den Eigenschaften kann man das auch überschreiben, und wenn man es abspeichert, dann ist es weg.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie gehen davon aus, dass es jemand überschrieben hat, um ...

Mag. Andreas Krenn: Nein, es kann nur sein, dass man eine andere Vorlage verwendet hat, dass es ... Also wie gesagt, da gibt es mehrere Erklärungen. Ich glaube nicht, dass das in irgendeiner Form relevant ist. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) – Aber wie gesagt: Wenn das relevant für Sie ist – aber ich glaube nicht –, wenn man das technisch sich anschaut, dann will ich festhalten, dass auf keinem dieser Verträge meine Kennung oben war, in den Eigenschaften.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie wissen auch nicht, wer diese Verträge verfasst hat oder gemacht hat, diese **Bausteine**, wie Sie das nennen? (*Mag. Krenn: Ja!*)

Jetzt frage ich Sie technisch: Wer hat Ihnen diese Vertragsbausteine dann gemailt? Es wird nicht einer gekommen sein und gesagt haben: Ich lege dir diesen Baustein hin, schreibe ihn runter und schicke ihn weiter, sondern Sie müssen diesen Baustein ja schon elektronisch irgendwoher bekommen haben innerhalb der Telekom, diese Vertragsbausteine, die Sie dann, wie Sie sagen, nur an die Frau Haslinger weitergeschickt haben.

Also wer hat Ihnen per E-Post, elektronisch, diese Vertragsbausteine zukommen lassen, mit welchen Informationen, mit welchen Aufgaben, mit welchen Hinweisen? Wenn Sie die Textbausteine nicht gemacht haben, müssen Sie sie von irgendwoher bekommen haben.

Woher haben Sie diese Textbausteine für diese Verträge bekommen, von wem in der Telekom haben Sie diese bekommen, und mit welchen Informationen haben Sie die bekommen, was Sie damit zu tun haben?

Mag. Andreas Krenn: Es tut mir leid, wenn die Antwort für Sie nicht befriedigend ist, aber ich habe es schon mehrere Male gesagt: Wenn ich es wüsste, würde ich es sagen. Ich weiß es nicht, von wo ich diese Vorlagen bekommen habe. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie können sich also nicht mehr daran erinnern, wer Ihnen diese Textbausteine ...

Mag. Andreas Krenn: Wir reden vom Jahr 2006.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie sind Controller und bei so ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Achtung, letzte Frage! Sie haben schon 55 Sekunden Überzeit.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bin schon bei der letzten Frage. Ich finde es sehr eigenartig, dass man sich als Controller da nicht mehr erinnern kann – aber letzte Frage:

Ich lege Ihnen Rechnungen des Herrn Klaus Wittauer, Klaus Wittauer Consulting, an die eTel betreffend Beratungsleistungen, die er für die eTel erbracht hat, vor. Gegenstand des Auftrages: Integration der eTel Austria AG in die Telekom Austria AG.

Sie sagen in Ihrer Einvernahme – Zitat –:

Ich war Projektleiter bei der eTel-Akquisition und hatte mit Peter Hochegger zu Beginn des Projektes und zu Ende des Projektes Kontakt. – Zitatende.

Herr Wittauer behauptet jetzt, er habe zahlreiche Beratungsleistungen im Zuge dieser Akquisition von eTel durch die Telekom erbracht.

Meine Frage, die ich dazu habe: Wenn Sie Projektleiter bei dieser eTel-Akquisition waren, ist Ihnen da der Herr Wittauer irgendwo einmal beratend untergekommen? Ist er da irgendwie tätig gewesen? Was hat er gemacht im Zuge dieser eTel-Akquisition durch die Telekom?

Die Rechnungen haben Sie vorliegen, die er dafür gestellt hat. Und Wittauer sagt selber, er hat da viele Beratungen durchgeführt, also müsste er Ihnen als Projektleiter irgendwo einmal untergekommen sein – und wenn nicht, dann haben wir natürlich ein großes Rätsel, das wir lösen müssen.

Meine Frage: Was sagen Sie zu diesen Beratungsleistungen des Herrn Wittauer?

Mag. Andreas Krenn: Das ist richtig, ich war Projektleiter bei der Akquisition eTel, und das betraf die Phase der Prüfung bis zum Signing. Das war das Akquisitionsprojekt.

Wenn die Frage ist, ob der Herr Wittauer dort aufgetaucht ist in irgendeiner Form, dann sage ich: nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nie gesehen, nie gehört, obwohl er in Summe ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die letzte Frage ist schon längst gestellt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ich weiß, aber wir sind mittendrin im Sachverhalt. Bitte bei der zweiten Runde abziehen, okay?

Herr Wittauer hat in Summe über 500 000 € an die Telekom für seine Beratungsleistungen bei der eTel-Akquisition verrechnet. (*Mag. Krenn: Nein!*) Sie sagen hier als Projektleiter, Sie haben den Herrn Wittauer nie gesehen. Das passt nicht ganz zusammen.

Mag. Andreas Krenn: Seien Sie mir nicht böse, also erst haben Sie gesagt, er war für die Integration zuständig, oder ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Er hat es auf seinen Rechnungen so bezeichnet, meint aber, dass er Beratungsleistungen erbracht hat im Zuge – und das meint er mit seinem Rechnungstext – der Akquisition der eTel als Festnetzbetreiber durch die Telekom – also genau das, wo Sie Projektleiter waren.

Daher frage ich noch einmal, ob er Ihnen da irgendwo untergekommen ist, wenn er Rechnungen ...

Mag. Andreas Krenn: Nein, er ist mir nicht untergekommen, in keiner Form, ich kannte ihn auch nicht. Aber ich möchte schon festhalten: Sie haben zuvor gesagt, die Integration – das war nicht Teil des Projekts, das ich geleitet habe. Die Integration war nach der Akquisition. Das war ein komplett anderes Team. Da war die eTel schon im Eigentum der Telekom Austria.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön.

Nun darf ich Ihnen mitteilen: Gemäß § 102 der Geschäftsordnung und auch § 41 der Geschäftsordnung – wenn eben die Würde des Nationalrates verletzt wird und da Sie sich beim Herrn Redakteur Simonitsch nicht entschuldigt haben – erteile ich Ihnen den ersten **Ordnungsruf**, Herr Abgeordneter Petzner.

Nächster Fragesteller: Herr Abgeordneter Mag. Gaßner.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Herr Krenn, Sie haben vorhin gemeint, Sie haben mit Hohegger in zwei Projekten zusammengearbeitet. (*Mag. Krenn: Das ist richtig!*) – Eines davon, das haben wir jetzt gerade gehört, ist dieses eTel-Projekt. (*Mag. Krenn: Genau!*) – Und das andere?

Mag. Andreas Krenn: Das andere war das Novomatic-Projekt.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Und was war mit dem Projekt Mass Response?

Mag. Andreas Krenn: Da hat es keine Zusammenarbeit gegeben.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ich beziehe mich jetzt auf Ihre Aussagen vor der Korruptionsbekämpfungsabteilung, und da wurde Ihnen eine Rechnung vorgelegt: Hohegger an Telekom.

Sie haben dann dazu gemeint, Sie kennen diese Rechnung nicht.

Mag. Andreas Krenn: Das ist korrekt.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Und Sie sagten weiter, dass aber Sie mit einem Projektteam – als Projektleiter fungierten Sie – diese Akquisition Mass Response durchgeführt haben. (*Mag. Krenn: Genau!*)

Heißt das, dass bei dieser Arbeit Hohegger nicht dabei war? (*Mag. Krenn: Korrekt!*) – Können Sie sich erklären, warum Hohegger dann gerade zu diesem Thema eine Rechnung an die Telekom legt? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Nämlich gar nicht so wenig, 220 000 €? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Ist für Sie nicht erklärbar? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Hat da nicht das Herz des Controllers laut geschlagen?

Mag. Andreas Krenn: Ich bin mit einigen Rechnungen jetzt konfrontiert worden, die ich weder gesehen habe noch kannte. Und wenn die Frage ist, ob Herr Hohegger bei der Mass-Response-Akquisition mitgearbeitet hat: **Nein** – denn das war auch keine große Akquisition in dem Sinn.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ist schon klar, dass Sie mit vielen Rechnungen konfrontiert worden sind – wahrscheinlich –, aber in dem konkreten Fall, wo Sie ein Projekt geleitet haben, wo Sie ein Projektteam zusammengestellt haben, um diese Mass Response zu akquirieren: Ist Ihnen da nichts aufgefallen, wenn da plötzlich eine Rechnung von Hohegger existiert, wobei er überhaupt nichts dazu beigetragen hat?

Mag. Andreas Krenn: Nein. Also ich bin ...

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Stimmt meine Meinung, dass er nichts dazu beigetragen hat zur Akquisition?

Mag. Andreas Krenn: Ich kann Ihnen sagen: Ich habe das Projektteam geleitet, die Akquisition – und der Herr Hohegger hat mit diesem Projekt nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Beim nächsten Projekt, dass Sie mit ihm gemacht haben, eTel, wie war es da?

Mag. Andreas Krenn: Bei der eTel war der Herr Hohegger auch aktiv, das stimmt.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): War es da nicht eher so, dass es der Wunsch des Vorstandes war, dass Hohegger da eingebaut wird? Oder war es Ihr Wunsch, die Expertise des Herrn Hohegger dabei zu haben? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Es war nicht Ihr Wunsch? (*Mag. Krenn: Korrekt!*) – Gut.

Zur Mass Response noch einmal: Sie haben vorhin bei meiner ersten Befragung zu mir gesagt, dass Sie eine eigene Firma hatten, nachdem Sie aus der Telekom ausgeschieden sind. In einem „Standard.at“-Artikel vom 6. Oktober 2011 heißt es:

„Die Frage, ob er“ –

also in dem Fall Sie –

„als damaliger TA-Beteiligungsmanager seine eigene M & A-Firma haben durfte“, bejahte er.

Hatten Sie da schon eine eigene Firma?

Mag. Andreas Krenn: Ich glaube nicht, dass das Gegenstand der Ladung momentan ist.

(Die Auskunftsperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.)

Das will ich nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Es wurde jetzt die Frage gestellt, ob eine Beteiligung an einer Gesellschaft in welchem Ausmaß vorliegt. – Entschlagen Sie sich jetzt der Antwort, oder warum wollen Sie es nicht beantworten?

Mag. Andreas Krenn: Ich entschlage mich der Antwort, ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ja, aber Sie müssen das ausführen. Vielleicht reden Sie kurz mit dem Verfahrensanwalt.

Ich glaube, dass die Frage, ob eine Beteiligung vorliegt oder nicht, für unseren Prozessgegenstand relevant ist. Ich würde den Herrn Verfahrensanwalt ersuchen, dass er uns sagt, wie er dazu steht.

(Die Auskunftsperson spricht mit dem Verfahrensanwalt.)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich habe jetzt die Auskunftsperson diesbezüglich befragt, und Herr Mag. Krenn sagt, dass es ein Verfahren gibt im Zusammenhang mit diesem Unternehmen, und er führt weiters aus, dass das aber in keinem Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand steht. Er möchte aber dennoch diese Frage nicht beantworten, weil er fürchtet, Nachteile zu haben: sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch möglicherweise in strafrechtlicher Hinsicht.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Ich habe noch eine letzte Frage, auch zur Akquisition dieser Mass Response. Da gibt Hohegger an, da gibt es ein eigenes Beratungsteam mit Herrn Hohegger, mit Herrn Krenn und mit Frau Racek. Jetzt weiß ich nicht, welcher Krenn da gemeint ist. Ist das der Herr Stefan Krenn oder der Herr Andreas Krenn?

Mag. Andreas Krenn: Ich gehe davon aus, dass das der Stefan Krenn ist, weil es ich nicht bin.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Haben Sie eine Ahnung von diesem Team? Kennen Sie dieses Team, das hier offensichtlich parallel gearbeitet hat?

Mag. Andreas Krenn: Das Team kenne ich, aber aus dem Novomatic-Projekt.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Also das hat nichts mit dieser Mass Response-Akquisition zu tun?

Mag. Andreas Krenn: Also, wie gesagt, weder der Herr Hohegger als Person noch sein Unternehmen ist bei der Akquisition Mass Response mir jemals in Erscheinung getreten.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Also Sie sagen, dass Hohegger in der Akquisition Mass Response nicht mitgearbeitet hat?

Mag. Andreas Krenn: Genau.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie haben vorhin gesagt, dass Sie – da waren Sie schon bei M & A in der Abteilung oder, ich glaube, Abteilungsleiter – Verträge auch weitergeleitet haben zur Unterfertigung. Wieso eigentlich aus dem Bereich? Im Controlling habe ich es auch nicht ganz verstanden, warum Sie das weiterleiten, aber bei M & A verstehe ich es ja noch weniger.

Ist Ihnen das persönlich aufgetragen worden, dass Sie diese hoch geheimen Verträge weiterleiten – oder war das von der Abteilungszuständigkeit so?

Mag. Andreas Krenn: Im Bereich M & A war es durchaus üblich, Dokumente weiterzusenden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und im Controlling vorher?

Mag. Andreas Krenn: Im Controlling, das zu Ihrer Info: Es hat damals auch keine eigene M & A-Abteilung in dem Sinn gegeben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber waren die anderen Kolleginnen und Kollegen in der M & A-Abteilung ebenfalls mit solchen Dingen befasst, oder waren das immer nur Sie?

Mag. Andreas Krenn: Vertraulichkeitserklärungen zu versenden oder Dokumente zu versenden?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Verträge zu versenden, Vertraulichkeitserklärungen zu versenden. Vertraulichkeitserklärungen bei M & A ist, glaube ich, Alltag.

Mag. Andreas Krenn: Natürlich haben die auch Verträge.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber Verträge, insbesondere, wie Kollege Pilz Ihnen ja auch vorgehalten hat, solche, die nach- und umdatiert sind, was Ihnen möglicherweise nicht aufgefallen ist, wie Sie sagen. Aber das waren ja spezielle Verträge. Und ich frage mich jetzt, wieso all diese Verträge, die wir heute vorgelegt bekommen und die alle dadurch gekennzeichnet sind, dass Leistungen nicht existieren und einfach nur Zahlungen geleistet werden sollten, gerade über Sie, sowohl im Controlling als auch im M & A, gehen. Das ist jetzt keine Unterstellung, gar nichts. Ich will nur wissen, welche Denke da innerhalb der TA geherrscht hat.

Mag. Andreas Krenn: Vielleicht kann ich es so erklären: Wie gesagt, als ich im Controlling war, war ich auch für Business-Planning zuständig und auch für Kooperationen und auch dementsprechend bei Akquisitionen für den Finanzteil.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie ein besonderes Vertrauensverhältnis zum Vorstand gehabt? Und wenn ja: zu wem? Oder zu einem Prokuristen vielleicht damals?

Mag. Andreas Krenn: Meine Vorgesetzten waren Herr Mag. Mayrhofer und Herr Mag. Schieszler, und ich glaube, ich habe zu beiden ein sehr gutes Verhältnis gehabt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Zu den Textbausteinen, die da heute schon x-mal angesprochen worden sind: Ist für Sie erkennbar, aus welchem Fundus diese Textbausteine stammen, die Sie da versendet haben? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Waren die aus dem Haus oder kommen die von woanders?

Mag. Andreas Krenn: Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich habe mich mit dieser Frage die letzten zwei Monate beschäftigt. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bleiben wir beim Stichwort „Controlling“. Was war in diesem Zusammenhang Ihre Aufgabe im Jahr 2006?

Mag. Andreas Krenn: 2006 hat es zwei Tätigkeitsbereiche für mich gegeben. Das eine war die operative Planung, das Projektmanagement für die Planung und für den Forecast, und das Zweite war der Bereich Business-Planning. Das heißt zum Beispiel wie bei dem Projekt „Novomatic“, den Finanzplan zu erstellen, Due Diligence bei Unternehmenskäufen durchzuführen. Das war die zweite Aufgabe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum kriegen Sie dann einen Vertragsentwurf, wo draufsteht: „Markenstrategie“?

Haben Sie mit der Markenstrategie etwas zu tun gehabt? (*Mag. Krenn: Nie!*) – Warum kriegen Sie dann einen Vertragsentwurf? Sie waren ja unzuständig.

Mag. Andreas Krenn: Ich kann es Ihnen nicht erklären.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sind Sie die Postauslaufstelle des Herrn Schieszler damals gewesen – oder was waren Sie?

Mag. Andreas Krenn: Wie gesagt, es ist manchmal vorgekommen, dass er Mitarbeitern Verträge oder Dokumente gegeben hat und gesagt hat: Schickt es dorthin!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mir fällt schon eines auf: Egal, ob sachlich zuständig oder unzuständig – in der Mehrzahl werden wir draufkommen: unzuständig – , Herr Mag. Schieszler schickt es immer an einen zum Weiterschicken, nämlich an Herrn Mag. Krenn, egal, ob er sachlich zuständig ist oder unzuständig. Also muss es in den Augen des Herrn Mag. Schieszler eine andere erste sachliche Zuständigkeit des Herrn Mag. Krenn für das Weiterleiten von Scheinverträgen geben, die rückdatiert sind und in denen weitere falsche Angaben, auf die wir noch kommen werden, drinnen stehen. Ich versuche, mit Ihnen gemeinsam herauszuarbeiten, warum gerade Sie so besonders geeignet für Herrn Mag. Schieszler waren.

Nehmen wir uns die Verträge noch einmal her, vielleicht finden wir das.

Mag. Andreas Krenn: Herr Abgeordneter, darf ich dazu etwas sagen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, natürlich, gerne.

Mag. Andreas Krenn: Wie gesagt, mein Wissensstand ist seit zwei Monaten, dass das diese drei Verträge betrifft. Ich bin aber konfrontiert worden mit, ich glaube, 15 oder 20 Verträgen, wo ich auch dazu befragt worden bin, und die habe ich definitiv nicht weiterversandt, geschweige denn unterschrieben, geschweige denn eine Leistung erbracht oder was auch immer. Also das will ich schon festhalten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist durchaus möglich.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Sie haben, behaupten Sie, übersehen, dass der Vertrag, der erste – da reden wir jetzt über die Markenstrategie Telekom Austria –, auf den 1. August 2006 rückdatiert worden ist. Da sagen Sie, das haben Sie übersehen.

Blättern wir eine Seite weiter. Am 29. August schicken Sie das weiter, und da steht auf der zweiten Seite: Leistungszeitraum August 2006. Das war ja auch nicht möglich.

Haben Sie das auch übersehen?

Mag. Andreas Krenn: Ich bin mir nicht einmal sicher, ob ich es mir durchgelesen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wozu kriegen Sie das dann? Schicken Sie ungelesen Schriftstücke, für die Sie inhaltlich nicht zuständig sind, weiter? Was ist denn da los in der Telekom?

Mag. Andreas Krenn: Ich kann es leider nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann nehmen Sie den nächsten Scheinvertrag: rückdatiert auf den 28. Juli 2006, weitergeleitet an Herrn Schmied am 29. August 2006, Leistungszeitraum August 2006.

Haben Sie auch das übersehen? (*Mag. Krenn: Offensichtlich!*) – Nächstes: Haslinger, 29. August, rückdatiert auf 27. Juli, Leistungszeitraum August 2006.

Haben Sie auch das übersehen?

Mag. Andreas Krenn: Herr Pilz, ich habe gedacht, wir sind das schon durchgegangen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, wir sind jetzt bereits bei Haslinger. (*Mag. Krenn: Ah, so!*) Das waren die beiden Schmied-Verträge. Auch da Leistungszeitraum 2006.

Haben Sie auch das übersehen?

Mag. Andreas Krenn: Wie gesagt, ich kann nur sagen, auf der zweiten Seite steht „Wien, am ...“. Aber da ist zweimal ein Datum.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da steht: Leistungszeitraum August 2006. Von Krenn Andreas, 29. August 2006, 20.12 Uhr.

Mag. Andreas Krenn: Ich habe es gesehen, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie auch das übersehen? (*Mag. Krenn: Ja!*) – Jetzt passiert Folgendes: Der Frau Haslinger fällt das im Gegensatz zu Ihnen auf. Sie meldet sich beim Herrn Schieszler – oder sie meldet sich bei der Telekom, es ist nicht einmal klar, ob beim Herrn Schieszler. Sie schreibt eine neue Rechnung am 1.9.2006 und hält Folgendes fest:

Leistungszeitraum August 2006 (bestätigt durch Herrn Prokuristen Mag. Schieszler am 1.9.2006 per Mail).

Sie lässt sich sogar extra per Mail einen falschen Leistungszeitraum bestätigen, weil sie sich offensichtlich selbst wundert, dass sie Datum und Leistungszeitraum fälschen soll.

Haben Sie irgendetwas davon wahrgenommen, dass die Frau Haslinger nachgefragt hat – im Gegensatz zu Ihnen –: Ja, wie kann denn das überhaupt sein (*Mag. Krenn: Nein!*); Soll ich wirklich einen falschen Leistungszeitraum reinschreiben?

Mag. Andreas Krenn: Nein. – Darf ich fragen, wer hat die Leistung bestätigt und unterschrieben?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Frau Haslinger richtet am 1.9.2006 die Rechnung 36/06 an die Telekom Austria AG zu Handen Schieszler. Ich habe Ihnen diese Zeile vorgelesen:

Leistungszeitraum August 2006 (bestätigt durch Herrn Prokuristen Mag. Schieszler am 1.9.2006 per Mail).

Das weist ja nur darauf hin – und nur das habe ich Ihnen vorgehalten –; dass zumindest Frau Haslinger das aufgefallen ist und sie sich das noch einmal bestätigen hat lassen, dass sie offensichtlich in Vertrag und Rechnung einen falschen Leistungszeitraum reinschreiben soll.

Weil Sie gesagt haben „Controlling“: Was haben Sie in diesem Zusammenhang kontrolliert?

Mag. Andreas Krenn: In diesem Zusammenhang habe ich sicher nichts kontrolliert, sondern einfach das Mail weitergeleitet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt beantworten Sie mir bitte noch eine Frage: Wozu braucht Sie der Herr Schieszler? Kann der nicht selbst das Mail schicken?

Mag. Andreas Krenn: Das habe ich mich auch gefragt, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gibt es dazu irgendeine mögliche Antwort? Der Herr Schieszler hat direkt Kontakt mit der Frau Haslinger, direkt Kontakt mit dem Herrn Schmied. Ich sage Ihnen meine Vermutung: Das kann nur unternehmensinterne Gründe haben, um ein bestimmtes Erscheinungsbild zu zeichnen: Na passt eh, da ist die Abteilung befasst, die ist befasst und die ist befasst.

Ich frage andersherum: Warum konnte sich der Herr Mag. Schieszler in all diesen Fällen, wo offenkundig vordatiert worden ist, wo offenkundig falsche Leistungszeiträume drinnen gestanden sind, wo es sich offensichtlich um rückdatierte Scheinverträge gehandelt hat, wo Sie zum Teil sachlich nicht einmal zuständig waren, zu Recht darauf verlassen, dass Sie das unkontrolliert und unbeanstandet so weiterleiten? Warum gerade Sie?

Mag. Andreas Krenn: Das kann ich mir nicht erklären. Aber mir ist nur wichtig – was ich bis jetzt nicht weiß –: Wer hat diesen Vertrag unterschrieben und wer hat diese Leistung bestätigt?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der Vertrag ist dann von den Vertragspartnern unterschrieben worden. Das ist jetzt eine andere Geschichte.

Mag. Andreas Krenn: Aber er muss ja von der Telekom von zwei Prokuristen unterschrieben werden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, der ist nicht von Ihnen unterschrieben worden. Mit der Vertragsunterfertigung haben Sie nichts mehr zu tun, sonst hätte ich Sie ja auch zur Errichtung des Vertrages befragt.

Kennen Sie den Herrn Anton Schwarz in der Telekom? (*Mag. Krenn: Ja!*) – Können Sie mir sagen, wofür der zuständig ist?

Mag. Andreas Krenn: Der Herr Schwarz war der Vorstandsassistent vom Herrn Fischer.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Von welchem Herrn Fischer? Vom Herrn Rudolf Fischer, nehme ich doch an.

Mag. Andreas Krenn: Vom Vorstand.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, der andere war ja kein Vorstand.

Das ist ein bisschen holprig gegangen, aber es ist uns heute gelungen, nicht ganz ohne Hilfe des früheren Abgeordneten Wittauer, den Herrn Anton Schwarz wiederzufinden in eTel-Rechnungen von der Weißwurst bis zur eTel-Integration. Ich persönlich vermute zum Großteil Scheinrechnungen im Wert von über 600 000 €.

Können Sie mir sagen, was der Herr Anton Schwarz zu tun hatte mit dem ganzen Bereich eTel und auch weißwurstmäßiger Betreuung von Telekom-Kunden und so weiter? Wissen Sie Genaueres über seine Tätigkeit?

Mag. Andreas Krenn: Ja, ich weiß, was er im Projekt eTel gemacht hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was hat er da gemacht?

Mag. Andreas Krenn: Das Projekt war unterteilt in zwei Bereiche. Das eine war die Akquisition, wofür ich zuständig war, und das ging, bis die Telekom offiziell dann rechtlich die eTel erworben hat. Nachher hat es dann, glaube ich, eine Projektphase von einem Jahr gegeben, wo es um die Integration gegangen ist, dass man technisch, kundenmäßig die Verschmelzung herbeiführt. Für **das** Projekt war der Herr Schwarz zuständig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, genau. Da muss ja der Herr Wittauer eine Schlüsselrolle bei der Integration der eTel in die Telekom Austria gespielt haben.

Können Sie diese wesentliche und tragende Rolle des Ex-Abgeordneten Wittauer bei dieser Integration schildern?

Mag. Andreas Krenn: Ich kann Ihnen nur sagen: Ich kenne den Herrn Wittauer nicht. Ob er bei der Integration – ich war auch nicht in die Integration involviert – tätig war, müssen Sie den Herrn Schwarz fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen, oder ist Ihnen der Herr Wittauer irgendwie in diesem Zusammenhang aufgefallen?

Mag. Andreas Krenn: Nein, nie.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Zeit ist eigentlich überschritten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann habe ich eh nur mehr eine Frage: Wissen Sie, wo der Herr Schwarz gearbeitet hat, bevor er in der Telekom seine Laufbahn begonnen hat?

Mag. Andreas Krenn: Ich glaube, bei der UPC.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bei der Industriellenvereinigung.

Mag. Andreas Krenn: Der Herr Schwarz?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Ich habe mir gerade seinen Lebenslauf im Internet angeschaut.

Mag. Andreas Krenn: Herr Anton Schwarz? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*)

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte noch einmal auf die SPOT zurückkommen und möchte Sie fragen, ob Sie Herrn Rechtsanwalt Dr. Stefan Prochaska kennen. Der war ja Alleinaktionär in der Firma SPOT.

Mag. Andreas Krenn: Ja, den kenne ich.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wofür wurde diese Person beauftragt?

Mag. Andreas Krenn: Er war bei einigen Projekten tätig, unter anderem bei der eTel-Akquisition, immer für die rechtliche Prüfung, die rechtliche Due Diligence.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer hat die Beauftragung eingesetzt, oder wer hat den gekannt, dass der beauftragt wurde?

Mag. Andreas Krenn: Wie es zu der Beauftragung gekommen ist?

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer hat sich dafür eingesetzt, dass der beauftragt worden ist?

Mag. Andreas Krenn: Der hat auch vor meiner Zeit schon Tätigkeiten für die Telekom erbracht. Aber meines Wissens ist das vom Vorstand ... – Ich weiß nicht, wer den Herrn Prochaska beauftragt hat. Ob das die Rechtsabteilung war oder der Vorstand, das weiß ich nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wissen Sie, was da der Projektumfang war? (*Mag. Krenn: Bei was?*) – Überhaupt bei der Beauftragung.

Mag. Andreas Krenn: Ja, bei meinen Projekten weiß ich es.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und was war da der Projektumfang?

Mag. Andreas Krenn: Bei der eTel, da müsste ich nachschauen, aber es waren sicher so um die 600 000 €, 700 000 €.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Hat es mit Herrn Dr. Prochaska außerhalb dieses Geschäftskomplexes SPOT, also nicht nur über die SPOT selber, sondern auch in anderen Bereichen, noch Ihnen bekannte Geschäftsbeziehungen zur Telekom gegeben?

Mag. Andreas Krenn: Nicht dass ich wüsste.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, es war nur im Zusammenhang mit der Firma SPOT?

Mag. Andreas Krenn: Frau Abgeordnete, ich habe jetzt gesprochen vom Herrn Prochaska unter der Anwaltskanzlei PHH.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Dr. Prochaska war ja auch Alleinaktionär der besagten Firma SPOT. Er war Aufsichtsratsvorsitzender (*Mag. Krenn: Ja!*) und Alleinaktionär, wie sie gegründet worden ist, wie die Verträge gemacht worden sind.

Mag. Andreas Krenn: Okay, ja. Von der Firma SPOT, wie gesagt, ist mir der Herr Scheiner ein Begriff.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Haben Sie eine Erklärung dafür, wie es möglich ist, dass am 3. August 2005 das Handelsgericht Wien einen Antrag auf Neueintragung der Firma SPOT bekommt? Der Antrag ist mit 12. Juli 2005 datiert, da ist eben der Herr Dr. Prochaska der Alleinaktionär. Und bereits im Juni 2005 hat die Telekom mit Herrn Dr. Scheiner von der Firma SPOT einen Werkvertrag für zwei Monate in der Höhe von 108 000 € abgeschlossen.

Wie erklären Sie sich das? Die Firma hat noch gar nicht existiert, die war nicht einmal noch im Firmenbuch eingetragen.

Mag. Andreas Krenn: Dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Ich weiß gar nicht, ob ich im Jahr 2005 mit der Firma SPOT überhaupt einen Kontakt gehabt habe; ich glaube nicht.

Wer Eigentümer war oder wann das eingerichtet worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer hat denn so etwas überprüft? Ist es überprüft worden?

Mag. Andreas Krenn: In Bezug auf was?

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wem man zum Beispiel mit irgendjemandem einen Werkvertrag eingegangen ist, hat man da einen Firmenbuchauszug geholt? Wurde da geschaut, wer steckt da dahinter, wie lange existiert die Firma?

Mag. Andreas Krenn: Wie gesagt, ich gehe immer davon aus, dass das dann vom Einkauf erledigt worden ist. Wir haben definitiv keine Überprüfungen durchgeführt, weil wir meistens immer mit den großen Kanzleien oder den großen Wirtschaftsprüfern gearbeitet haben, und da war eine Überprüfung nicht notwendig.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Die Firma SPOT hat es noch gar nicht gegeben zu dem Zeitpunkt, als der Werkvertrag abgeschlossen worden ist.

Sie haben gesagt, Sie haben mit großen Wirtschaftsprüfungskanzleien zusammengearbeitet, in diesem Fall mit der Firma SPOT, die zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht im Firmenbuch eingetragen war.

Mag. Andreas Krenn: Moment! Ich glaube nicht, dass ich zu diesem Zeitpunkt mit der Firma SPOT zusammengearbeitet habe. Es mag schon sein, dass ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Meinen Sie, Sie persönlich nie, wenn Sie sagen, Sie wissen es nicht?

Nur: Definitiv ist es so, die Telekom Austria mit Herrn Dr. Thomas Scheiner einen Werkvertrag gemacht hat, der aber in Wahrheit für die Firma SPOT war, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Firmenbuch eingetragen war.

Mag. Andreas Krenn: Dazu kann ich nichts sagen, weiß ich nichts.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Da hätte ich jetzt nur eine Verständnisfrage, weil Sie als Controller tätig waren: Wie ist es eigentlich, bis zu welchen Beträgen ist es möglich, ohne Befassung eines oder mehrerer Vorstände, dass da Verträge gemacht werden, dass da Geld fließt? Wann muss da der Vorstand befasst werden, dass solche Verträge geschlossen werden?

Mag. Andreas Krenn: Ich weiß, es gibt eine Geschäftsordnung, wo diese Beträge festgehalten worden sind, aber wie hoch die sind, müsste man jetzt nachschauen, weiß ich nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, es war für Sie gar nicht tägliches Brot, dass Sie wissen, bis zu welchem Betrag Überweisungen getätigt werden dürfen oder Verträge abgeschlossen werden dürfen, ohne dass der Vorstand befasst wird?

Mag. Andreas Krenn: Also, wie gesagt, das war auch nicht die Aufgabe des Controlling. Alles, was Verträge, Leistungsinhalt oder sachlich richtig oder auch Ausverhandeln betrifft, das war meines Wissens Aufgabe des Einkaufs.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Kommen wir zu einem anderen Thema. – Haben Sie mit der Anmietung des Burgtheaters durch die Telekom Austria im Wege der Echomedia zu tun gehabt? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Haben Sie Kenntnis, wer in der Telekom Austria mit der Abwicklung dieses Geschäftes betraut war? (*Mag. Krenn: Nein!*) – Sagt Ihnen das gar nichts?

Mag. Andreas Krenn: Ich kenne das aus der Zeitung.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Hat es das öfter gegeben, dass die Telekom Austria über irgendjemanden Geschäfte abgeschlossen hat und nicht direkt,

beispielsweise in diesem Fall, die Telekom Austria selbst mit dem Burgtheater den Vertrag abgeschlossen und die Anmietung vorgenommen hat? Hat es das immer schon gegeben, dass da jemand zwischengeschaltet worden ist?

Mag. Andreas Krenn: Da kann ich nichts dazu sagen. Es war nicht einmal ansatzweise mein Tätigkeitsgebiet.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Momentan keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich habe zuvor etwas gehört, und da bin ich technisch ein absoluter Laie. Sie haben gesagt, bei diesen Bausteinen oder bei diesen Mails gäbe es irgendeinen U-User (*Mag. Krenn: Genau!*), irgendetwas, nicht Ihre Kennung, eine andere Kennung oder sonst etwas.

Jetzt ganz laienhaft: Soll das heißen, dass bei einem E-Mail, wo „Andreas Krenn“ draufsteht, nicht unbedingt „Andreas Krenn“ drinnen sein muss?

Mag. Andreas Krenn: Nein. Wir haben gesprochen von den Word-Dokumenten, die im Anhang waren.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut. – Der Gesamteindruck, den Sie da meiner Meinung aufgrund der Befragung vermittelt haben, ist ein sehr eigenartiger, weil Sie als Controller im Rahmen dieses gesamten Komplexes immer dann auftauchen, wenn es um Rechnungen geht, die anders datiert werden müssen, wenn es um Verträge geht, die in Wirklichkeit mit nichts etwas zu tun haben, und so weiter. – Es hat das der Kollege Pilz bereits angesprochen.

Meiner Meinung nach machen Sie eher den Eindruck, wie wenn Sie die rechte Hand von Herrn Schieszler gewesen wären, für ganz besonders heikle Dinge: Da wird nicht lange gefragt, da wird einfach gemacht.

Das würde ich auch aus einer Position in einer Firma verstehen, wenn ein Mitglied des Vorstandes oder der Prokurist, der mir übergeordnet ist, sagt: Bitte, mach das und das!, und ich verschließe sogar manchmal bewusst die Augen davor. – Kann das der Fall gewesen sein dabei?

Vielleicht taucht bei den 200 000 E-Mails, die der Herr Kuch schon hat, der Name noch öfters auf, das wissen wir ja leider alles noch nicht, aber von der Trefferquote, von den E-Mails, bei denen Sie hier auftauchen, ist immer etwas nicht ganz korrekt gewesen: Datierungen, Inhalt und so weiter.

Allein der Umstand, dass bei einer Firma, die für die Telekom Aufträge durchführt, sogar der **Rechnungstext** vorgeschrieben wird, also so etwas habe ich bis jetzt noch nirgendwo erlebt – außer als ich als Strafverteidiger tätig gewesen bin, da habe ich so etwas schon gesehen, auch in Akten. Und das taucht gerade bei Ihrer Person in einer derartigen Dichte auf. Und Sie sagen immer darauf, Sie können sich nicht erinnern und Sie können sich das nicht erklären. Das verwundert mich.

Was können Sie dazu noch ausführen?

Mag. Andreas Krenn: Herr Abgeordneter, es gibt zwei E-Mails, sowohl an die Frau Haslinger als auch an den Herrn Schmied. Wir sprechen jetzt von diesen Dokumenten. Das ist korrekt, diese habe ich weitergeleitet, offensichtlich.

Aber ich will dazu nochmals sagen: Ich habe weder diese Verträge unterschrieben, noch eine Leistung freigegeben, noch in irgendeiner Form Budgets, Buchungen veranlasst oder irgendetwas diesbezüglich gemacht. Ich möchte mich schon dagegen verwahren, dass das jetzt alles gehäuft bei mir sei.

Weil Sie die Frage stellen, ob ich die rechte Hand von Herrn Schieszler war: Ich war damals in der **vierten** Managementebene. Herr Schieszler hat eine Vertretungsperson gehabt, das war mein damaliger Chef. Es hat auch einen Vorstandsassistenten gegeben. Wir waren örtlich getrennt. Also das will ich jetzt gerne ausschließen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die örtliche Trennung spielt ja für E-Mails keine besonders große Rolle. (*Mag. Krenn: Das ist richtig!*) So weit habe ich ein gewisses technisches Verständnis, das nicht sehr hoch ist, das muss ich schon zugeben.

Jetzt sagen Sie, Sie haben E-Mails weitergeleitet und wissen nichts von wem. Das heißt für mich nichts anderes, als dass wir auch ihren unmittelbaren Vorgesetzten, Assistenten und andere werden laden müssen, damit wir endlich einmal draufkommen, woher das kommt.

Ich sehe nur eines: Als Controller in diesem Fall tauchen Sie in vier E-Mails auf, und gerade bei diesen vier Emails ist etwas **nicht** in Ordnung. Egal, ob Sie es verfasst haben oder ob Sie weggeschaut haben oder kritiklos einfach weitergeschickt haben, es muss von irgendwoher gekommen sein.

Ich unterstelle Ihnen in keinster Weise irgendeine kriminelle Energie, nur damit das klar ist, von unserem Selbstverständnis her, aber Sie müssen auf der anderen Seite verstehen, dass Ihre Auskunft, wenn Sie sagen: Ich erinnere mich nicht, ich habe es nur weitergeleitet, ich weiß sonst nichts!, derzeit für uns sehr unbefriedigend ist. Wir nehmen es einmal so zur Kenntnis, aber wir müssen natürlich weiterdenken, denn wenn es nicht von Ihnen selbst ist, müssen wir dem nachgehen, woher es kommt, woher dann die Kreativität bei der Vertragstextentwicklung oder Ähnliches kommt.

Meine letzte Frage an Sie: Wer in der Telekom hat eine Position gehabt, um Ihnen ein E-Mail zu schicken, das Sie derart kritiklos weiterleiten? Welche Personen kommen dafür konkret infrage?

Mag. Andreas Krenn: Ein E-Mail weiterzuleiten – das war definitiv der Vorstand, mein Vorgesetzter und die Bereichsleiter. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Der Mayrhofer!*) Genau.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Bereichsleiter, wer ist das?

Mag. Andreas Krenn: Bereichsleiter waren alle Manager unter dem Vorstand.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wie viele sind das zirka? Wie viele hat es da gegeben, ungefähr?

Mag. Andreas Krenn: 20, 25.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wahrscheinlich drei Mitglieder des Vorstandes, der Herr Mayrhofer und 20 bis 25 andere Personen, also ein Personenkreis von ungefähr 30 Personen. Und die können Ihnen ein E-Mail schicken und sagen: Bitte, mach das!, und Sie machen das und rühren sich sogar noch um 21.45 Uhr, wenn da wer zurückkommt, und das hinterlässt bei Ihnen keine in irgendeiner Form nachhaltigen Spuren, dass Sie sagen, dieses Projekt war eine Sache von Herrn Schieszler, von Herrn Mayrhofer oder sonstwem?

Und die andere Sache, wo es um Rechnungen gegangen ist mit Umdatierungen, wo es immer um Beträge von um die 300 000 € gegangen ist, das alles ist kein Kriterium?

Mag. Andreas Krenn: Herr Abgeordneter, ich will nur festhalten: Der Herr Mayrhofer ist meines Wissens in diesem Kontext überhaupt nirgends erwähnt.

Festhalten will ich, dass dieser Auftrag offensichtlich vom Vorstand gekommen ist, weil ich auch im E-Mail geschrieben habe „wie mit Herrn Schieszler besprochen“. Das

heißt, ich bin davon ausgegangen, dass das geklärt war, und habe diese Dokumente übermittelt.

Ich würde sicher nicht vom Bereichsleiter irgendeine E-Mails weiterschicken oder was auch immer.

Es war 2006, und ich hatte in keinster Weise irgendeine Wahrnehmung, dass eine Weisung eines Vorstandes nicht rechtens ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das betrifft jetzt die Frage, welchen Vorsatz Sie gehabt hätten oder sonstwas. Das unterstelle ich Ihnen überhaupt nicht.

Aber Ihre Aussage war jetzt für mich insoweit erhellend, als Sie gesagt haben, dass manches in Kopie an den Herrn Schieszler gegangen ist, dass das erfolgt ist „wie mit Herrn Schieszler besprochen“, also dass die Person, die tatsächlich im Hintergrund steht, konkret wirklich der Herr Schieszler gewesen sein dürfte.

Sie können sich nicht mehr erinnern, aber aufgrund der Indizien – das, was Ihnen jetzt vorliegt, auch wenn nur in Kopie, und und und – können Sie es sich vorstellen, dass es eigentlich aus dem Vorstandsbüro gekommen ist und dass es, wenn nicht die Vorstände das untereinander abgesprochen haben, dann zumindest im Wissen und im Wollen des Herrn Schieszler gekommen ist, weil Sie den Herrn Mayrhofer jetzt explizit aus der Schusslinie genommen haben, weil Sie gesagt haben, der tauche nirgendwo auf, mit dem könnten Sie in diesem Zusammenhang gar nichts anfangen, sondern wenn, dann nur mit dem Herrn Schieszler.

Darf ich Sie so interpretieren?

Mag. Andreas Krenn: Ganz korrekt. Also, wie gesagt, der E-Mail-Verkehr, der mir vorgelegt worden ist, ist von der Telekom-Seite nur der Herr Schieszler in Cc. Meines Wissens sonst keiner.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt darf ich das für mich auch ein bisschen menschlich zu verstehen versuchen: Es tritt einer der Vorstände in der vierten Ebene des Managements, wie Sie gesagt haben, heran und sagt: Bitte, machen Sie das!, und wenn das vom Vorstand kam, hatten Sie keine Zweifel, dass Sie so etwas überhaupt weiterschicken, auch mit Umdatierungen und so weiter, denn wenn es der Vorstand so macht, dann wird das so sein.

Mag. Andreas Krenn: Es war mir auch nicht bewusst, dass es eine Umdatierung gegeben hat.

Aber es ist richtig: Wenn der Vorstand das gesagt hat, habe ich es nicht hinterfragt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut. Dann sage ich einmal Danke für Ihre Informationen. Sie haben mir jetzt zum Schluss das wirklich logisch und plausibel machen können, wer da in Wirklichkeit dahinter steht, und das deckt sich eigentlich auch mit dem, dass die betreffende Person jetzt auch versucht, für sich die Kronzeugenregelung in Anspruch zu nehmen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Mag. Krenn, ich lege Ihnen zwei dieser Scheinverträge vor: einmal für die Frau Haslinger, Vertriebskooperation von aonAlarmServices mit Finanzdienstleistern vom 27. Juli 2006 und einmal den Vertrag für den Herrn Schmied vom 28. Juli 2006, Thema „Lobbyingmaßnahmen österreichische Glücksspiel-Lizenz an die Telekom Austria“.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Meine Frage in diesem Zusammenhang: Sie haben immer von zwei E-Mails gesprochen. Sind das die Textbausteine dieser zwei E-Mails, die Sie einmal an

Haslinger und einmal an Schmied geschickt haben? (*Mag. Krenn: Ja!*) – Das heißt, das sind die Textbausteine, die Sie so bekommen und weitergeleitet haben?

Mag. Andreas Krenn: Ja, das sind diese Vertragsbausteine.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben diese Vertragsbausteine nicht verändert, sondern einfach weitergeschickt?

Mag. Andreas Krenn: Es tut mir leid, Ihnen sagen zu müssen: Ich weiß nicht, wie diese Vertragsbausteine entstanden sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn Sie jetzt diese zwei Vertragsbausteine, einmal für Haslinger und einmal für Schmied, selber noch einmal in Ruhe anschauen und Ihre Erinnerung abrufen, können Sie trotzdem nicht sagen, wer Ihnen diese hat zukommen lassen?

Mag. Andreas Krenn (*nach Durchsicht der vorgelegten Schriftstücke*): Wie gesagt, es kann durchaus auch sein, dass das von einem Fachbereich kommt, denn aonAlarmServices war eine Produktmaßnahme.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bitte, das war welche Maßnahme?

Mag. Andreas Krenn: Eine Vertriebskooperation. Also es könnte sein, dass das vom Vertrieb gekommen ist. Es könnte sein, dass das vom Produktmanagement oder vom Marketing gekommen ist. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das Schwierige ist, und das muss man schon dazusagen: Diese Angebote sind ja alle fingiert.

Frau Haslinger hat uns zum Beispiel gesagt, dass sie nie etwas gemacht hat in Sachen Vertriebskooperationen von aonAlarmServices mit Finanzdienstleistern. Und Herr Schmied sagte aus, dass er nie etwas gemacht hat im Zuge von Konzeption und Ausführung „Lobbying österreichische Glücksspiel-Lizenz an die Telekom Austria“.

Ich wollte von Ihnen nur noch einmal wissen, ob Sie sich irgendwie erinnern können, wer Ihnen diese Textbausteine hat zukommen lassen. – Aber dann bleiben wir dabei, dass Sie das nicht genau sagen können.

Aber was Sie mir dann vielleicht beantworten können, ist folgende Frage: Sie sprechen immer von oder betonen immer ausdrücklich: **diese zwei** Textbausteine und **diese zwei** E-Mails, einmal Haslinger, einmal Schmied.

Ist in Ihrer gesamten Laufbahn, die Sie in der Telekom waren beziehungsweise sind, jemals ein zweiter Fall untergekommen, wo Ihnen solche Bausteine für Verträge übermittelt wurden und Sie das dann weitergeleitet haben, oder sind das einmalige Ausnahmerecheinungen gewesen?

Mag. Andreas Krenn: Wie gesagt, ich rede jetzt von den zwei, deshalb von den zwei E-Mails, weil das die zwei E-Mails waren, die mir vorgelegt worden sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber haben Sie jemals solche Verträge im Auftrag von wem auch immer an andere Personen weitergeleitet, unabhängig jetzt von Haslinger und Schmied, wo wir es vorliegen haben?

Mag. Andreas Krenn: Wenn die Frage ist, ob ich Verträge weitergeleitet habe: ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Verträge, die vom Aufbau her so ausschauen wie diese, die Sie vorliegen haben, nämlich, wo noch auszufüllen ist durch die Person, an die das geschickt wird, und wo das dann fertig ausgefüllt zurückgeschickt wird.

Mag. Andreas Krenn: Davon gehe ich nicht aus.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie jetzt nicht, ob Sie komplett fertige, unterschriftsreife Verträge weiterverschickt haben, damit wir uns da richtig verstehen, sondern ich frage Sie, ob Sie solche Vertragsbausteine, wie Sie das bezeichnen, weitergeschickt haben.

Also das ist einmalig gewesen beziehungsweise zweimal, einmal Haslinger, einmal Schmied, dass Sie solche Vertragsbausteine, unfertige, weitergeleitet haben? Sonst ist das nie vorgekommen?

Mag. Andreas Krenn: Wenn Sie mich vor zwei Monaten gefragt hätten, hätte ich Ihnen auch nicht sagen können, dass ich diese Verträge geschickt habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie es ausschließen, dass Sie noch weitere solche Scheinverträge, Bausteinverträge weitergeleitet haben an andere Personen außer an Haslinger und Schmied?

Mag. Andreas Krenn: Ich habe nie irgendeine Wahrnehmung gehabt, dass das Scheinverträge sind. Das will ich einmal festhalten.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Letzte Frage, bitte. Die Zeit ist aufgrund der ersten Runde überschritten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Festhaltung nehmen wir zur Kenntnis. Aber Sie reden ja selber von und haben genau unterschieden zwischen fixfertigen unterschriftsreifen Verträgen und von Vertragsbausteinen. Ich nenne immer das Wort, das Sie verwendet haben, nämlich "Vertragsbausteine". Das heißt unfertige Rohentwürfe, die vom Empfänger weiterverarbeitet und dann fertig zurückgeschickt werden.

Meine konkrete Frage war: Gibt es weitere Personen oder Firmen, an die Sie solche unfertigen Rohentwürfe von Verträgen verschickt haben? – außer die bekannten Haslinger und Schmied.

Mag. Andreas Krenn: Ich habe oft Vertragsentwürfe, unfertige, nicht unterschriftsreife Vertragsvorlagen versandt, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): An wen zum Beispiel noch? Was fällt Ihnen da ad hoc ein?

Mag. Andreas Krenn: An alle möglichen, seien es Unternehmen, die wir akquiriert haben, Vorverträge, wo man verschiedene Versionen versandt hat. Das ist häufig vorgekommen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir sind schon weit über der Zeit.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, dann verzichte ich auf meine Schlussfrage, ich will jetzt gleich die Schlussfrage stellen, denn wir sind da jetzt mittendrin.

Können Sie weitere konkrete Beispiele von solchen Vertragsentwürfen nennen?

Sie haben gerade schon gesagt, Unternehmen, andere. Was waren das für Unternehmen? Was sind diese anderen ganz konkret?

Mag. Andreas Krenn: Das waren verschiedene Akquisitionstargets. Das waren Kooperationsvereinbarungen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir sind mit der Zeit drüber, bitte! (*Abg. Petzner: Welche konkreten Vereinbarungen?*)

Mag. Andreas Krenn: Unterschiedlichste. Mir fällt jetzt kein konkretes Beispiel ein. Wie gesagt, ich war in meiner Zeit für 250 Projekte, glaube ich, zuständig.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Herr Krenn, Sie haben mir gesagt, Sie wollen mir nicht sagen, ob Sie als Geschäftsführer der Mass Response bereits eine M & A-Firma hatten. Das nehme ich zur Kenntnis. Sie haben mir aber vorher schon auf die Frage, wann Sie jetzt selbständig wurden, die Antwort gegeben: Erst nach Ausscheiden aus der Telekom.

Stimmt das: Sie wurden erst selbständig nach Ausscheiden aus der Telekom?

Mag. Andreas Krenn: Das Unternehmen, das ich jetzt habe, ist entstanden **nach** meiner Zeit in der Telekom. Das ist korrekt.

Abgeordneter Mag. Kurt Gaßner (SPÖ): Das Unternehmen, das Sie **jetzt** haben?

Mag. Andreas Krenn: Genau, die Selbständigkeit. Vorher war ich ja angestellt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt, da keine weiteren Zusatzfragen mehr gewünscht werden, der Auskunftsperson **Mag. Krenn** – und ersucht darum, die **nächste** Auskunftsperson in den Sitzungssaal zu bitten.

15.42

15.43

Auskunftsperson Dr. Peter Michaelis

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Dr. Peter Michaelis** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Michaelis, ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht** zur Angabe der **Wahrheit** und die **strafrechtlichen** Folgen einer falschen Aussage erinnern.

Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Die Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festhalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Dr.iuris Dipl.-Ing. Peter Michaelis. Geburtsdatum: 18.3.1946. Anschrift: Seewalchen. Beruf: Vorstand im Ruhestand. Sie waren nicht im öffentlichen Bedienstetenverhältnis.

Herr Dr. Michaelis! Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Ich darf nun Ihre **Vertrauensperson** vorstellen. Ihr vollständiger Name lautet **Dr. Norbert Wess**, Geburtsdatum: 19.7.1975, Anschrift: Wien.

Ich frage, wie üblich, die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Norbert Wess als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Ich sehe keinen Einspruch.

Ich weise darauf hin, dass auch für die Vertrauensperson die **Belehrung** gilt: Wenn Sie falsche Aussagen als Beteiligter tätigen, haben diese Aussagen auch strafrechtliche Folgen. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen kann daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben und an der Stelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu

Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Dr. Michaelis, Sie haben die Möglichkeit, Ihre Sicht der Dinge zum Beweisthema **1.e** dem Ausschuss zur Kenntnis zu bringen.

Dr. Peter Michaelis: Sehr geehrte Frau Vorsitzende Dr. Moser! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Untersuchungsausschusses! Herr Präsident Dr. Hoffmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gerne davon Gebrauch machen, einleitend ein paar Worte zu sagen.

Ich habe zehn Jahre lang als Vorstand für die ÖIAG gearbeitet. Ich bin in allen Aufsichtsräten unserer Beteiligungsgesellschaft entweder als Aufsichtsratsvorsitzender oder stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender tätig gewesen. Insbesondere habe ich zehn Jahre lang den Aufsichtsratsvorsitz in der Telekom Austria gehabt.

Wir haben uns durch mehrfache reorganisatorische Schritte darum bemüht, transparente, prozessorientierte Strukturen auf allen Führungs-, Berichts- und Controlling-Ebenen zu haben. Wir haben das Unternehmen mehrfach reorganisiert, und wir haben auch die Vorstände dort erneuert.

Sie alle wissen, dass die Telekom Austria eines der ganz wenigen Unternehmen in Österreich war, das auch an der New Yorker Börse notiert war. Die New Yorker Börse schreibt ein sehr strenges Regelwerk vor. Dieses Regelwerk wurde laufend verstärkt. Sie erinnern sich an den sogenannten **Sarbanes Oxley Act**, bei dem die Berichterstattung, das Rechnungswesen und das Controlling einem sehr verschärften Regelwerk unterworfen wurden.

Wir waren eines der ersten Unternehmen, die die sogenannte Whistleblower-Funktion eingeführt haben. Bei der Mobilkom war das im Wege von Mails, und bei der Festnetz-Gesellschaft war das mit Hilfe von Boxen, in die man sozusagen seine Beobachtungen anonym einwerfen konnte.

Zu Ende meiner Amtszeit habe ich nochmals das Compliance-System verschärft. Ich glaube, dass Herr Dr. Ametsreiter Ihnen hier sehr ausführlich darüber berichtet hat, welche Maßnahmen wir im Einzelnen gesetzt haben.

Lassen Sie mich zum Punkt 1.e, den die Frau Vorsitzende gerade angesprochen hat, auch noch ein paar Anmerkungen machen: Es geht hier um die sogenannte Kursmanipulation. Die Telekom Austria hatte im Jahr 2000 ein Stock-Option-Programm aufgelegt. Die letzte Tranche dieses Stock-Option-Programms ist Ende Februar 2004 schlagend geworden. Die Kursentwicklung, die dabei eingetreten ist, hat bei allen den starken Verdacht gerührt, dass es da möglicherweise nicht mit rechten Dingen zugegangen ist.

Am 27. Februar, sprich einen Tag nach diesem Ereignis, hat Herr Sundt mich angeschrieben – Herr Sundt war damals der Generaldirektor der Telekom – und hat mir mitgeteilt, dass alle Voraussetzungen für die Auszahlung erfüllt sind, dass er mit der Auszahlung an die berechtigten Manager bei der Telekom beginnt. Ich habe daraufhin mit einem Schreiben vom 2. März diesen Vorgang gestoppt und ihn darauf hingewiesen, dass die FMA in ein amtliches Verfahren, Prüfverfahren, eingetreten ist und ich Frau Professor Kalss beauftragt habe, uns ein Gutachten zu dieser Rechtssituation zu erstellen. Die FMA hat dann ihre Prüfungshandlungen begonnen, hat die dann im Mai abgeschlossen.

Am 4. März hat Frau Professor Kalss, erstaunlich schnell, ein sehr umfassendes, wie ich finde, sehr gutes Rechtsgutachten erstellt. Aus diesem Rechtsgutachten ging hervor, dass wir dieses Optionenprogramm auszuzahlen haben, allerdings mit einem rechtlichen Vorbehalt, wonach für den Fall, dass Malversationen eingetreten sind, die dem Unternehmen zuzuschreiben sind, dieses Geld wieder zurückzuzahlen ist.

Das heißt, wir haben vonseiten des Aufsichtsrates zwei Dinge gemacht: Das eine ist, wir haben die Auszahlung an die Manager der Telekom rechtzeitig gestoppt. Und: Wir haben nicht, wie das viele empfohlen haben, abgewartet, was das Ergebnis der FMA ist – die FMA ist nämlich zu dem Ergebnis gekommen, dass alles mit rechten Dingen zugegangen ist –, sondern wir haben vorzeitig einen **Vorbehalt** in die Auszahlung aufgenommen. Hätten wir abgewartet, bis die FMA zu ihrer Entscheidung kommt, wäre nicht einmal dieser Vorbehalt enthalten gewesen.

Daher finde ich, dass wir als Aufsichtsrat unserer Sorgfaltspflicht in hohem Maße gerecht geworden sind, und ich hoffe sehr, dass dies noch ausreicht, dass man das Geld von denjenigen, die da Malversation betrieben haben, zurückfordern kann.

Für mich, nach all den Untersuchungen, die dazu gelaufen sind, steht heute fest, dass eine kleine Gruppe von Top-Managern kollusiv mit System **gegen** das Unternehmen gehandelt hat. Wenn eine so kleine Gruppe dies tut, einschließlich des **Controllers**, dann wird es sehr schwer für die Aufsichtsorgane, zu erkennen, dass da gegen das Unternehmen gehandelt wird.

Ich finde es gut, dass durch einen Zufall jetzt diese Sache aufgedeckt worden ist. Ich wünsche Ihnen hier bei Ihrer Arbeit viel Erfolg. Ich glaube, auch dies ist ein wichtiges Element, das zur Aufklärung beitragen kann, und ich hoffe, dass am Ende des Tages diejenigen, die da eventuell angestiftet, eventuell Beihilfe geleistet haben, und diejenigen, die Untreue begangen haben, zur **Rechenschaft** gezogen werden. – Vielen Dank.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich teile ja Ihre Hoffnung und ich hoffe auch, dass wir diese Erwartungen erfüllen können. Sie haben gesagt, die FMA, auf deren Untersuchungsergebnis Sie nicht gewartet haben – wir werden dann noch darauf zurückkommen, was das bedeutet hat und wie das überhaupt zu rechtfertigen ist –, habe festgestellt, alles sei mit rechten Dingen zugegangen.

Herr Michaelis, können Sie mir sagen, wenn alles mit rechten Dingen zugegangen ist, warum es dann genau in diesem Dokument zu einem Straferkenntnis seitens der FMA gekommen ist? Ist das in unserem Rechtsstaat so üblich, wenn alles mit rechten Dingen zugegangen ist, dass dann eine Strafe verhängt wird?

Dr. Peter Michaelis: Ich glaube, dass nach mir der damalige Leiter der FMA einvernommen wird. Ich glaube, das ist eine Frage, die mit Herrn Pribil zu klären ist. Zum damaligen Zeitpunkt war für uns die Aussage der FMA ausschlaggebend, und ich finde, dass wir unabhängig von der Erkenntnis, die die FMA gewonnen hat, in dem Schreiben, das wir an das Management geschickt haben, ausreichend Vorkehrung getroffen haben, dass für den Fall, dass strafrechtlich Relevantes diesen Herren zuzurechnen ist, diese Gelder **zurückzuzahlen** sind.

Deswegen glaube ich, dass wir von unserer Seite auch das, was Sie ansprechen, bereits in unserem Schreiben berücksichtigt haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Weil ich Sie etwas anderes gefragt habe: Können Sie sich noch an meine Frage erinnern?

Dr. Peter Michaelis: Sie haben nach dem strafrechtlichen Charakter ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich habe Sie etwas anderes gefragt. Ich wiederhole gerne die Frage. (*Dr. Michaelis: Dann würde ich Sie bitten, diese zu wiederholen!*) Natürlich, gerne, kein Problem:

Warum haben Sie behauptet – das ist bei Protokoll –, dass das Ergebnis des abgeschlossenen Verfahrens der FMA gewesen sei, alles sei mit rechten Dingen zugegangen? Warum sind Sie der Meinung, dass das der Schluss der FMA gewesen sei, und warum haben Sie das dem Ausschuss mit diesen Worten gesagt?

Das stimmt ja offensichtlich nicht, also warum haben Sie das gesagt?

Dr. Peter Michaelis: Ich erinnere mich, um das richtigzustellen, nicht mehr genau, was die FMA damals gesagt hat. Für mich war nach Einschätzung unserer Juristen für uns damit unsere Tätigkeit als Aufsichtsrat zu Ende gebracht worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Darauf kommen wir schon noch zurück, was Sie dann selbst getan haben. Da wird es ja noch wesentlich spannender. Der jetzige Punkt ist der: Sie haben behauptet, die FMA habe ihren Bericht mit der Feststellung abgeschlossen – ich habe es mir wörtlich mitgeschrieben –, alles sei mit rechten Dingen zugegangen.

Halten Sie diese Erklärung aufrecht?

Dr. Peter Michaelis: Dann würde ich Sie bitten, mir netterweise die Unterlage zur Verfügung zu stellen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, die lege ich Ihnen gerne vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Halten Sie diese Feststellung, der Bericht der FMA habe zum Ergebnis geführt, alles sei mit rechten Dingen zugegangen, aufrecht?

Dr. Peter Michaelis: Dann lassen Sie mich netterweise nochmals in die Unterlage hineinschauen (*Abg. Dr. Pilz: Okay, gerne, so viel Zeit haben wir, kein Problem!*), und ich werde das dann präzisieren.

(Die Auskunftsperson blättert in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)

Können Sie mir netterweise sagen, wo das genau steht?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es beginnt mit dem Straferkenntnis.

Dr. Peter Michaelis: Lassen Sie es mich dahin gehend präzisieren: Diese Unterlage habe ich nie gesehen.

Sie haben recht, hier steht: Schädigung des Ansehens der Börse.

Von unserer Seite aus sind aber keine weiteren Maßnahmen gesetzt worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auf die Maßnahmen komme ich ja dann noch zurück. Ich bin immer noch bei Ihrer Feststellung, weil das wird natürlich auch für den Herrn Dr. Pribil ein ganz wichtiger Punkt.

Ist es wirklich richtig, dass dieses wesentliche Dokument der FMA Ihnen bis heute unbekannt ist?

Dr. Peter Michaelis: Soweit ich mich entsinne, haben unsere Juristen bei der Telekom sich bemüht, diese Unterlage zu bekommen, und nach meinem Informationsstand, haben wir seinerzeit diese Unterlage **nicht** erhalten. Ich habe nämlich noch einmal nachgefragt: Gibt es da ein Straferkenntnis, was vorgelegt werden kann?

Ich sehe hier diese Unterlage heute zum ersten Mal. Vielleicht sollte man den Herrn Pribil fragen, ob er das damals nicht herausgerückt hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Michaelis, wenn ich einen Mitarbeiter brauche, der mir die Fragen vorbereitet, werde ich mich gerne an Sie wenden, aber momentan kommen wir da ganz gut aus.

Haben Sie damals versucht, die relevanten Unterlagen seitens der FMA zu bekommen?

Dr. Peter Michaelis: Die Rechtsabteilung der Telekom hat sich wohl darum bemüht, die relevanten Unterlagen zu bekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie als Aufsichtsrat versucht, die relevanten Unterlagen ...?

Dr. Peter Michaelis: Nein, das habe ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie nicht.

Jetzt ein wichtiger Punkt, ich komme dann zum Anfang noch zurück, soweit es sich mit der Zeit ausgeht in der ersten Runde.

Sie haben – und das stimmt mit den Tatsachen völlig überein – relativ früh die Entscheidung getroffen – wenn ich sage „Sie“, dann meine ich damit den Aufsichtsrat der Telekom AG –, **nicht** den Prüfbericht der FMA abzuwarten. Das haben Sie erklärt; das ist bei Protokoll. Sie haben ihn ja auch nicht abgewartet, sondern Sie haben grünes Licht gegeben. Wir kommen dann auf diese Aufsichtsratssitzung noch zurück.

Dann ist **kein** Versuch feststellbar, diesen Prüfbericht für den Aufsichtsrat überhaupt zu bekommen. Das heißt, der erste Punkt, wo wir jetzt einmal nachschauen müssen, ob Sie überhaupt Ihre Verantwortung entsprechend wahrgenommen haben, ist der: Gibt es ein auffälliges Verhalten? Am Tag danach: Reuters und alle Möglichen berichten über die **Lachnummer** Wiener Börse, wo so etwas möglich ist. Sogar Aufsichtsrat, allen möglichen anderen, auch der FMA fällt es auf.

Und dann gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist, zu sagen: Na jetzt warten wir einmal ab, was die FMA rauskriegt; vielleicht verhängt sie sogar eine Strafe! Und die andere Möglichkeit ist, zu sagen: Die FMA soll ruhig machen, aber wir geben einmal grünes Licht, und das wird ausbezahlt; die können sich das Geld, dass sie da schnell gemacht haben, abholen! – Dann würde man zumindest annehmen, dass sich der Aufsichtsrat das vormerkt und sagt: Aber sobald es den Prüfbericht von der FMA gibt, schauen wir uns das an!

Warum haben Sie nie versucht, den Prüfbericht der FMA für den Aufsichtsrat zu bekommen?

Dr. Peter Michaelis: Erstens ist dieser Prüfbericht oder das hier nicht an die Telekom adressiert, sondern die ist an den Herrn Wanovits adressiert, und ich bin jetzt nicht genügend Jurist, um feststellen zu können, ob wir zu Recht diesen Bericht **nicht** bekommen haben. Die Rechtsabteilung hat einen Bericht angefordert, diesen Bericht haben wir nicht erhalten. Ich habe mehrfach gefragt, ob es einen solchen Bericht gibt, ein solcher Bericht lag uns nicht vor. (*Abg. Dr. Pilz: Ja, okay!*)

Und deswegen glaube ich, Herr Abgeordneter Pilz, dass wir sehr verantwortungsvoll gehandelt haben, dass wir für den Fall, dass strafrechtlich relevante Handlungen gesetzt worden sind, in dem Auszahlungsschreiben Vorkehrungen getroffen haben, dass für diesen Fall das Geld **zurückzuerstatten** ist. Und genau dieser Fall tritt ja jetzt ein. Lassen wir einmal das Thema Verjährung beiseite.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Michaelis, Sie haben damit nichts anderes getan, als auf geltendes österreichisches Recht zu verweisen. Völlig wurscht, ob Sie das dort festgestellt haben oder nicht: Österreichisches Recht gilt, und das

Unternehmen kann natürlich diese Ansprüche geltend machen. Diese Feststellung vom Aufsichtsrat ist vollkommen irrelevant, zumindest rechtlich, aber auf das werden wir noch zurückkommen, weil zu dieser Aufsichtsratssitzung gibt es noch etliches ...

Dr. Peter Michaelis: Ich möchte nur festhalten, dass das falsch ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, ja. Darauf kommen wir ja noch zurück.

Frau Vorsitzende, habe ich noch Fragezeit, oder soll ich in der zweiten Runde weiterfragen?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: 2 Minuten wären noch offen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wunderbar, dann kommen wir jetzt ganz an den Beginn der Geschichte.

Das Ganze geht im Februar los. Am nächsten Tag ist bereits öffentlich klar, dass da etwas passiert ist. Am 26.2. gibt es diese 900 000 Kauforder, Wert über 9 Millionen € und so weiter; Sie kennen die ganze Geschichte.

Dann beginnt die Finanzmarktaufsicht zu prüfen. Sie haben – das geht aus Ihren bisherigen Feststellungen hervor – sofort gewusst: Ja, da gibt es eine Prüfung der Finanzmarktaufsicht. – War auch kein großes Geheimnis, ist öffentlich angekündigt worden. – Und dann gibt es die Sitzung des Aufsichtsrates vom 23. März 2004. Sie berichten über die Empfehlung von Frau Professor Dr. Kalss. Und dann gibt es einen Vorschlag, nicht nur auszuzahlen, sondern gleich ein weiteres Optionsprogramm zu **genehmigen**.

Können Sie dem Ausschuss darüber berichten, über die Initiative des Telekom-Generaldirektors Sundt, gleich noch ein weiteres Optionsprogramm im Lichte dieses erfolgreichen Optionsprogrammes zu starten?

Dr. Peter Michaelis: Ich weiß jetzt nicht, wo wir verfahrensrechtlich hier stehen, aber ich sehe (*Abg. Dr. Pilz: Mitten im Beweisthema!*) jetzt nicht den Konnex zu dem Thema Kursmanipulation, zu dem Sie mich hierher gebeten haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das erkläre ich gerne. – Wenn ein Generaldirektor, der, wie sich dann später herausstellt, in Kursmanipulationen verwickelt ist – zum damaligen Zeitpunkt hat es nur einen konkreten Verdacht auf eine möglicherweise unrechtmäßige Bereicherung gegeben –, wenn das also öffentlich in Frage steht, wenn die FMA bereits Untersuchungen einleitet, wenn mögliche Strafen vorbereitet werden, dann ist es, um die Verantwortlichkeit eines Aufsichtsrates und eines Vorstandes zu beurteilen, nicht unerheblich, ob in dieser Aufsichtsratssitzung in wesentlich größerem Stil für einen Personenkreis von nicht 100, sondern bereits 220 Personen das Nachfolgeprogramm für dieses gerade erfolgreich in Abwicklung stehende Optionsprogramm beschlossen und empfohlen wird.

Das hat etwas mit Verantwortung zu tun, und es hat was damit zu tun, draufzukommen, wie ernst der damalige Aufsichtsratsvorsitzende überhaupt die Vorwürfe genommen hat. Denn wenn wer verdächtig war, dann war es doch wohl auch der damalige Generaldirektor als einer der Hauptprofiteure. Und der setzt sich in diese Sitzung rein, wo es genau darum geht, und sagt: Wisst's was, Burschen: Gleich noch einmal, aber wesentlich größer!

Deshalb frage ich Sie, weil wir überprüfen möchten: Können wir uns auf die Kontrolle der Telekom durch die ÖIAG über den Aufsichtsrat verlassen, und welche Interessen werden da überhaupt verfolgt? Das als Antwort auf ihre Frage, damit Ihnen klar ist, wieweit das zumindest meiner Ansicht nach mit dem Beweisthema zu tun hat.

Dr. Peter Michaelis: Gut, Herr Pilz, ich finde das ist wirklich sehr weit hergeholt. Wir haben in der Woche, direkt nachdem das passiert war, finde ich, sehr gewissenhaft gehandelt, indem wir, glaube ich, eine der besten Juristen in diesem Land auf diesem Gebiet gebeten haben, uns juristisch zu beraten. Und wenn Sie das Gutachten – was Sie sicherlich getan haben – sorgfältig studiert haben – es ist 18 Seiten lang –: Da steht drinnen, dass man nicht ausschließen kann, dass möglicherweise auch strafrechtliche Handlungen außerhalb der Telekom gesetzt worden sind.

Deswegen jetzt das Unternehmen irgendwie in Sippenhaft zu nehmen – ich glaube, das wäre unangemessen gewesen. Es liegt ja am Aufsichtsrat, wenn das neue Stock-Option-Programm aufgelegt wird, da möglicherweise noch genauer und detaillierter hinzuschauen, als das vielleicht in der Vergangenheit der Fall war.

Ich finde, das ist ein bisschen konstruiert und weit hergeholt, was Sie jetzt an Sorgfalt und Verantwortung beim Aufsichtsrat nachweisen wollen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Zeit ist an sich vorüber.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nächste Runde – ich habe noch genug Fragen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Dr. Michaelis, beginnen wir einmal ganz von vorne. Sagen Sie uns bitte, von wann bis wann Sie Vorstand der ÖIAG waren.

Dr. Peter Michaelis: Meine Vorstandstätigkeit hat am 1. Juli 2001 begonnen und endete am 30. Juni 2011.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Von wann bis wann waren Sie Vorsitzender des Aufsichtsrates der Telekom Austria?

Dr. Peter Michaelis: Nageln Sie mich da jetzt nicht fest. Ich bin in diese Verantwortung schon vor Amtsantritt berufen worden, da Herr Ditz, mein Vorgänger, damals dieses Amt niedergelegt hat. Ende Juni 2001 bin ich Aufsichtsratsvorsitzender geworden und bin bis zu der Hauptversammlung 2011, die meines Erachtens im Mai war, Aufsichtsratsvorsitzender ununterbrochen gewesen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer war zu dieser Zeit im Vorstand der Telekom Austria aktiv?

Dr. Peter Michaelis: Der Vorstand der Telekom Austria hat in diesen zehn Jahren gewechselt. Als ich begonnen habe, waren im Vorstand Heinz Sundt, Rudolf Fischer, Stefano Colombo. Ich weiß nicht mehr ganz genau, wann Nemšić in diesen Vorstand gekommen ist, aber möglicherweise war er zu diesem Zeitpunkt gerade auch in den Vorstand gekommen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer war Generaldirektor?

Dr. Peter Michaelis: Generaldirektor war Heinz Sundt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und wer war CFO?

Dr. Peter Michaelis: Stefano Colombo.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Können Sie uns einige weitere Mitglieder des Telekom-Aufsichtsrates in der Zeit, in der Sie vorgestanden sind, nennen?

Dr. Peter Michaelis: Als ich begonnen habe, war das Herr Zeiler, Stephan Koren, Herr Chaloupek, dann waren, da die Italiener hier auch Nominierungsrechte hatten, auch italienische Aufsichtsräte vertreten, die mir namentlich entfallen sind. Meine Stellvertreterin war Dr. Edith Hlawati, und ich war der Vorsitzende.

Das ist sozusagen das, was ich Ihnen aus meiner Erinnerung sagen kann, wer damals Aufsichtsrat war. – Sie wollen wissen, wer zu Beginn Aufsichtsrat war, als ich begonnen habe?

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ja, also wer in der Zeit, wo Sie Aufsichtsratsvorsitzender waren ...

Dr. Peter Michaelis: Ach so! Da sind noch viele weitere Mitglieder, die dann hineingekommen sind. Später war Hans Haider, Herr Zich, Herr Sommerer, Wolfgang Berndt, Herr Stöber, Wolfgang Rutenstorfer. – Ja, das sind zu meiner Zeit, glaube ich, die Wesentlichen, die ich Ihnen aufzählen kann.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie gestaltete sich in der Zeit, wo Sie da Verantwortung hatten und Aufsichtsratsvorsitzender waren, die Zusammenarbeit mit dem Vorstand? War sie kooperativ? Hatten Sie Probleme? War ein Vertrauensverhältnis gegeben?

Dr. Peter Michaelis: Naja, das war immer eine etwas angespannte Situation, in der wir mit dem Vorstand zusammengearbeitet haben. Wir haben uns dann im Rahmen der Reorganisation auch von zwei Vorständen getrennt beziehungsweise die Verträge nur noch relativ kurz gestaltet. Das war zum einen Heinz Sundt, zum anderen war das Stefano Colombo, und noch etwas später haben wir uns dann auch von Herrn Fischer verabschiedet, sodass ich dann einen Vorstand hatte, oder wir einen Vorstand hatten, der sich zusammensetzte aus Boris Nemšić und Herrn Tschuden, und jetzt ganz zum Schluss Herrn Ametsreiter und Herrn Tschuden. Ich kann sagen, dass das in dieser Zeit eine sehr gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit gewesen ist, einfacher, als es sich in den Anfangsjahren gestaltet hat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Was waren das für Gründe für die Trennung von Sundt, Colombo und Fischer?

Dr. Peter Michaelis: Der Hintergrund, warum wir uns von Sundt getrennt haben, war, dass wir das Unternehmen reorganisiert haben. Wir haben damals neben der Mobilkom den alten Monopolisten TA auch aufgespalten, zum einen in die sogenannten „Corporate Functions“, das heißt in die Holding-Funktionen und in die rein operativen Funktionen. Der Hintergrund war, dass wir in diesem ehemaligen Monopolunternehmen klare, transparente operative Strukturen schaffen wollten, die es der Unternehmensführung ermöglichen, die Betriebswirtschaft deutlicher und klarer abzubilden, als das in dieser Mischung Holding-Funktion und operative Funktion möglich war.

Heinz Sundt hat sich damals nicht mit dieser Form der Organisationsstruktur anfreunden können, und die Folge davon war, dass wir uns dann einvernehmlich voneinander getrennt haben.

Die Funktionsperiode von Herrn Colombo lief aus. Er war sozusagen das Erbstück, was wir von den Italienern noch in der Telekom hatten. Wir haben damals die Neubesetzung ausgeschrieben. Herr Colombo hat uns klar zu verstehen gegeben, wenn wir ausschreiben, ist das ein Misstrauensbeweis, und er wird sich nicht noch einmal bewerben. So ist es dann auch gekommen, und wir haben dann Herrn Tschuden in dieses Amt berufen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sind aus Ihrer Erfahrung Stock-Option-Programme bei anderen börsennotierten Unternehmen üblich?

Dr. Peter Michaelis: Das erste Stock-Option-Programm, das installiert wurde, war vor meiner Zeit. Das hat noch mein Vorgänger Johannes Ditz installiert. Wenn man sich das heute historisch anschaut, war das damals möglicherweise State of the Art. Heute

sind wir von diesen Programmen weggekommen, weil diese Programme doch in viel zu starkem Maße von externen Faktoren auch abhängig waren. Heute gehen wir sehr viel stärker in Richtung **Performance Shares**, das heißt, man definiert Leistungsparameter, die im starken Maße vom Vorstand auch selber zu verantworten sind, und man definiert diese Leistungsparameter über einen Zeitraum von **drei Jahren**, um eben solche externen Unwägbarkeiten damit von der Leistung des Vorstandes abzukoppeln.

Ich glaube, dass die Telekom da heute sehr viel moderner aufgestellt ist, als wir das damals gemacht haben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wann und durch wen wurde Ihnen persönlich erstmals bekannt, dass es ein derartiges Stock-Option-Programm gab? Oder war das, weil Sie eben schon gewusst haben, dass das unter Ihrem Vorgänger schon war?

Dr. Peter Michaelis: Das war von meinem Vorgänger, und wir haben das übernommen und zu Ende geführt. Da gibt es ja Verträge, die mit den Mitarbeitern abgeschlossen werden. Die Mitarbeiter, die von einem solchen Stock-Option-Programm profitieren dürfen, müssen eigenes Geld in die Hand nehmen. Das heißt, da muss auch ein Eigeninvestment getätigt werden. Das heißt, es gibt eine klare Vertragsgrundlage; in diesem Fall über einen Zeitraum von **vier Jahren**. Ich glaube, es waren drei oder vier Ausübungstranchen, von denen keine schlagend geworden ist, außer die letzte, die eben am 27. Februar 2004 zu Ende ging, die ja durch diesen interessanten Kurssprung, über den wir hier sprechen, dann schlagend geworden ist.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer hat dieses letzte Konzept ausgearbeitet, von dem Sie gerade gesprochen haben?

Dr. Peter Michaelis: Soweit ich mich entsinne, ist das von einer Investmentbank ausgearbeitet worden. Aber das ist vor meiner Zeit gewesen, deswegen erinnere ich mich da nicht genau.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Kommen wir zur Prüfung der Finanzmarktaufsicht. Wann und in welcher Form haben Sie ein Prüfungsergebnis von der FMA bekommen? Sie haben gesagt, Sie haben den Aktenvermerk nie gesehen, aber es muss ja einen Bericht gegeben haben oder irgendein anderes Prüfungsergebnis.

Dr. Peter Michaelis: Ja, das ist eine sehr berechtigte Frage, die Sie stellen. Wir haben das erste Mal von dem Prüfungsergebnis gehört durch eine Aussendung des ORF im „Frühjournal“, in dem, ich glaube, es war damals Herr Pribil, das Ergebnis seiner Prüfung bekanntgegeben hat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und ein schriftlicher Bericht ist Ihnen nie vorgelegt worden?

Dr. Peter Michaelis: Nein, ich habe bis heute keinen schriftlichen Bericht gesehen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Können Sie mir trotzdem sagen, dass es der Tatsache entspricht, dass die Finanzmarktaufsicht eben in diesem Prüfungsbericht vom 19. April 2004 festgestellt hat, dass Manipulation eines Börsenkurses aufgrund des damaligen § 48 des Börsegesetzes nicht strafbar war, weil lediglich die Verbreitung falscher Gerüchte beziehungsweise Scheingeschäfte strafbar waren, aber nicht die Kursmanipulation?

Dr. Peter Michaelis: Die genaue Textierung habe ich heute hier zum ersten Mal gelesen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte Ihnen das kurz vorlesen, wie es hier im Aktenvermerk steht:

Die eigentliche Intention für diese Geschäfte –

nämlich die Manipulation des Kurses in Aktien der Telekom Austria AG –

kann aufgrund des derzeit geltenden äußerst eng gesteckten Tatbestandes der Kursmanipulation in § 48 Börsegesetz, der lediglich auf Scheingeschäfte beziehungsweise die Verbreitung von Gerüchten abstellt, leider nicht als solche pönalisiert werden. – Zitatende.

Jetzt frage ich Sie: Ist Ihnen bekannt, dass es noch im Jahr 2004 zu Änderung des Börsegesetzes gekommen ist, in dem die sogenannte Marktmanipulationsrichtlinie umgesetzt worden ist, und im Finanzausschuss sowohl die SPÖ als auch die Grünen damals dagegen gestimmt haben? Im Plenum hat dann nur mehr die SPÖ dagegen gestimmt.

Dr. Peter Michaelis: Nein, zu diesem Vorgang habe ich keine Wahrnehmung mehr.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Derzeit keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Dr. Michaelis, diese zeitlichen Abläufe sind natürlich sehr interessant. Ich nehme an, bei der Gutachterin, die Sie erwähnt haben, handelt es sich um die Frau Dr. Susanne Kalss, Universitätsprofessorin an der Wirtschaftsuniversität.

Dr. Peter Michaelis: Das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dieses Gutachten liegt uns leider aktenmäßig nicht vor. Das wurde nicht übermittelt. Sie haben geschildert, es ist relativ rasch erstellt worden, und es ist eben geraten worden, auszuzahlen, mit dieser rechtlichen Einschränkung.

Nun ist es so, dass es da durchaus 220 Begünstigte gegeben hat, manche im Bereich eines geringeren, vielleicht fünfstelligen Betrages, manche durchaus auch im Bereich eines höheren, sechsstelligen Betrages, was wirtschaftliche Auswirkungen gehabt hat.

Was war eigentlich laut diesem Gutachten vorgesehen, wenn trotz einer allfälligen strafrechtlichen Verwicklung, wie das dann im Protokoll des Aufsichtsrates Frau Dr. Hlawati erwähnt, dass dann eine Sicherheit besteht? Ist in irgendeiner Form besprochen worden und hat man gesagt, jetzt wird ausgezahlt? Das Geld wird verbraucht, es stirbt wer – was war da für eine Sicherheit? Hat es auch Alternativen gegeben? So zum Beispiel die Frage: Könnte man dieses Geld, so lange das nicht geklärt ist, treuhändig hinterlegen? Kann man da allenfalls an eine gerichtliche Hinterlegung denken? Sind da verschiedenste Eventualitäten in diesem Gutachten aufgezeigt worden, oder war da eigentlich nur drinnen, bitte jetzt auszahlen, und mit dieser Vorbehaltsklausel das Ganze abzuwickeln?

Dr. Peter Michaelis: Ich glaube, dass das Gutachten Ihnen sehr wohl vorliegt, denn ich glaube, die Antikorruptionsbehörde hat Ihnen den gesamten Akt zur Verfügung gestellt, und in diesem Akt ist auch das Gutachten von Frau Professor Kalss enthalten. Auch die Briefe, aus denen ich vorhin hier zitiert habe, sind enthalten.

Die Zahl der Berechtigten, die Sie gerade genannt haben, ist nach meiner Erinnerung so nicht richtig. Es sind vier Vorstände gewesen und 100 Manager der ersten und zweiten Ebene, die dazu berechtigt waren. Ich finde, dass die Formulierungen, die in dem Schreiben an die Begünstigten gewählt worden sind, eigentlich im Verantwortungsbereich derjenigen zu suchen sind, die diese Schreiben erhalten haben. Das heißt, das sind Top-Manager, und wenn sie sozusagen Gelder bekommen,

die unter einem **Vorbehalt** stehen, dann gehe ich einmal davon aus, dass sie wissen, wie sie damit umzugehen haben für den Fall, dass der Vorbehalt doch schlagend wird. Das war die Meinung, die wir damals vertreten haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das war jetzt eine Meinung, und da geht man vielleicht auf Ehre, Moral.

Welche rechtliche Absicherung hat es dazu gegeben, dass nicht ein entsprechender Vorstand mit diesem Geld ins Casino geht und sagt, ich nehme es und setze es auf 17, es kommt aber 23?

Dr. Peter Michaelis: Gut, wir haben damals im Vertrauen darauf gehandelt, dass das, was unsere Juristen in diesen Brief hineinformuliert haben, ausreicht, um im Fall einer Malversation das Geld zurückfordern zu können.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt gibt es – das ist bereits angeklungen bei der Befragung durch Frau Kollegin Tamandl – die Frage des Umganges der Finanzmarktaufsicht als ein Aufsichtsgremium mit dem Aufsichtsrat der Telekom.

In welcher Form ist offiziell nach Ihren Wahrnehmungen die Finanzmarktaufsicht an den Vorstand beziehungsweise – was mich viel mehr interessiert – an den Aufsichtsrat der Telekom herangetreten mit den Verdächtigungen oder damit, es gibt ein Verfahren, und in welchem Stand befindet man sich? Was hat die Finanzmarktaufsicht getan, um speziell Sie als Vorsitzenden des Aufsichtsrates in irgendeiner Form zu informieren?

Dr. Peter Michaelis: Ich bin von der Rechtsabteilung informiert worden, dass Herr Pribil zu verstehen gegeben hat, dass da strafrechtlich nichts Relevantes aufgezeigt werden konnte. Ich meine, das, was er morgens in der „ZIB“ gesagt hat, das gibt es in den Unterlagen, das kann man dort nochmals genau nachlesen. Wenn ich mich richtig entsinne, hat die Rechtsabteilung versucht, von der FMA auch schriftlich etwas zu bekommen. Dies ist uns aber meiner Erinnerung nach – verzeihen Sie, wenn ich mich so vage ausdrücke – nicht zur Verfügung gestellt worden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich frage deswegen diesen Komplex, Herr Dr. Michaelis, weil es bei diesem Untersuchungsausschuss auch darum geht, dass der Nationalrat allenfalls Lehren zieht, wie man diese Dinge verbessern kann. Und ein wesentlicher Punkt wäre mir zum Beispiel die Finanzmarktaufsicht als staatliches Organ. Wie tritt die an entsprechende Gremien in den Firmen heran?

Nur zur Präzisierung: Sie haben gesprochen von der Rechtsabteilung. War das die Rechtsabteilung der Telekom oder der ÖIAG?

Dr. Peter Michaelis: Die Rechtsabteilung der Telekom Austria.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt ist es so, und das ist auch ein ...

Dr. Peter Michaelis: Ich habe das auch übrigens nochmals hinterfragt, und soweit ich verstanden habe, liegt uns da bis heute nichts vor.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sind Sie persönlich – ich meine, es ist doch eher unbefriedigend zu sagen, ja, wir erfahren über die Medien, dass da etwas in der Luft liegt, und da muss man schauen, ob man jetzt Zeitung liest; das ist ja eher ein unbefriedigender Zustand in Zusammenarbeit mit einer staatlichen Behörde –, sind Sie aktiv namens des Aufsichtsrates an die Finanzmarktaufsicht herangetreten und haben gefragt: Was ist da los?

Dr. Peter Michaelis: Nein, bin ich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es gibt einen anderen zeitlichen Zusammenfall, und zwar: Aus dem Aktenvermerk der Finanzmarktaufsicht vom 19. April 2004, den Sie nicht gekannt haben, geht hervor, dass einen Tag nach der Aufsichtsratssitzung vom 23. April, also am 24. April – Entschuldigung, pardon, **März**, jeweils März – ein Gespräch mit Vertretern der Telekom Austria seitens der Finanzmarktaufsicht geführt wurde. Also einen Tag nach dieser Aufsichtsratssitzung waren Frau Mag. Gregory, die Leiterin der Wirtschaftsrechtsabteilung, Mag. Pastner, das ist der Spezialist für die Stock-Option-Programme gewesen, und Herr Mag. Schwab, der Compliance Officer, also diese drei Personen der Telekom waren zu einem Gespräch bei der Finanzmarktaufsicht geladen.

Haben Sie vor der Aufsichtsratssitzung, von wem auch immer, Kenntnis erlangt, dass drei maßgebliche Manager der Telekom von der Finanzmarktaufsicht einvernommen werden?

Dr. Peter Michaelis: Das ist mir heute nicht mehr erinnerlich. Weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wenn Sie daraus schließen, dass Sie am 23. März bei der Aufsichtsratssitzung diese Information gehabt hätten, dass am nächsten Tag Befragungen oder Ähnliches stattfinden, wäre es für Sie – gesetzt den Fall, weil Sie eben sagen, Sie erinnern sich nicht mehr, aber wenn Sie das gewusst hätten –, wäre es für Sie eine Option gewesen, in der Aufsichtsratssitzung zu sagen: Mitarbeiter der Telekom werden am nächsten Tag einvernommen, setzen wir diesen Tagesordnungspunkt kurzfristig einmal ab, warten wir, was da herauskommt, lassen wir uns berichten, was diese Manager uns zu sagen haben! Also jetzt aus dieser nachträglichen Betrachtung, wenn Sie es damals gewusst hätten, wären Sie trotzdem so vorgegangen im Rahmen der Aufsichtsratssitzung, gestützt auf das Gutachten?

Dr. Peter Michaelis: Herr Rosenkranz, das ist eine hypothetische Frage, die kann ich heute nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): In der Frage betreffend das Gutachten – wir werden versuchen, dieses Gutachten zu finden –: Hat die Gutachterin auch andere Möglichkeiten vorgeschlagen, wie man dieses Geld sichern könnte? Oder war das die einzige Aussage: Auszahlen, mit dieser Spezialklausel?

Dr. Peter Michaelis: Die Kernaussage war, dass man nicht ausschließen kann, dass da auch Kräfte aktiv gewesen sind, die mit der Telekom nichts zu tun haben. Da dies alles ungewiss ist, war der Ratschlag, da das Ereignis eingetreten ist und damit sozusagen die Auszahlungsgrundlage für den Optionsvertrag geschaffen worden ist, dass man diese Auszahlung vornehmen soll, allerdings mit der klaren Einschränkung, dass das Geld zurückzugeben ist, falls strafrechtlich relevant von Seiten des Unternehmens gehandelt worden ist.

Nein, an eine Alternative kann ich mich nicht erinnern, dass sie das vorgeschlagen hat.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nachdem ja diese Auflösung der Stock Options eine vertragliche Bedingung war, war seitens der Gutachterin ein Klagsrisiko da mit dem entsprechenden Kostenrisiko? War das der Grund?

Dr. Peter Michaelis: Ja, ein Haftungs- und Klagsrisiko ist da angeführt worden.

An dieser Stelle möchte ich nochmals anmerken: Hätten wir die Entscheidung der FMA abgewartet, wären wir zeitlich möglicherweise in ein Klags- und Haftungsrisiko hineingelaufen und hätten außerdem **nicht** diesen Vorbehalt gehabt. Ich glaube, die entscheidende Sorgfalt, die wir gezeigt haben, war, dass wir, jetzt unabhängig von dem Ergebnis einer FMA, von uns aus schon Vorkehrungen getroffen haben, dass für den Fall einer Malversation zurückzuzahlen ist.

Stellen Sie sich bitte vor, die FMA kommt zu dem Ergebnis und sagt, von unserer Seite kann Herrn Wanovits beziehungsweise der Euro-Invest nichts Strafbares vorgeworfen werden, dann hätten wir zum damaligen Zeitpunkt auszahlen müssen, **ohne** dass wir einen Vorbehalt haben. Deswegen finde ich – und da zeigen Sie mir einen Aufsichtsrat in Österreich, der diese Dinge so weit vorempfindet –, dass wir da schon sehr sorgfältig gehandelt und klar zu verstehen gegeben haben: Sollte sich eines Tages herausstellen, dass etwas nicht ordnungsgemäß, aus Sicht der Telekom, gewesen ist, dann ist das Geld zurückzuzahlen!

Ich habe dabei nach wie vor ein gutes Gefühl, dass wir da schon unsere Sorgfaltspflicht umfassend wahrgenommen haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da gebe ich Ihnen teilweise und bedingt recht, nur die Möglichkeit des Schadenersatzes, die Frage der Verjährungsproblematik ab Kenntnis des Schadens und des Schädigers, die wäre unter Umständen viel später erst hervorgekommen, dass es einen Schädiger gibt, denn es waren unbekannte Dritte.

Und das andere ist die Sicherheit, also das, was Sie zuerst erwähnt haben: Na ja, es waren immerhin die Top-Manager, die werden ja wissen, was passiert mit Geld, das man unter Vorbehalt bekommen hat. Wie lange muss man da unter diesem Vorbehalt leben, dass man es nicht ausgeben kann, wenn es einem zusteht? Also dass sich dann nur mehr die Erben darauf freuen, und die haben vielleicht schon gutgläubig in weiterer Folge verbraucht.

Die Sicherheit, dass dann tatsächlich das Geld zurückfließt – also nicht, dass ein rechtsgültiger Titel erwirkt wird, dass die Manager zurückzuzahlen haben; diese Bedenken habe ich nicht bei dieser vom Aufsichtsrat gewählten Lösung –, aber ob dann tatsächlich die Sicherheit besteht, dieses Geld auch wieder **zurückzubekommen**, die sehe ich mit dieser Konstruktion noch nicht.

Dr. Peter Michaelis: Ein gutgläubiger Verbrauch ist nur denkbar, wenn man **keinen** Vorbehalt gemacht hat. Wir haben aber diesen Vorbehalt gemacht, und es sind die Top-Manager, die die Berechtigten sind. Also wenn ich unter so einem solchen Vorbehalt das damals ausgezahlt bekommen hätte, glaube ich, dass ich das Geld so angelegt hätte für einen bestimmten Zeitraum – sagen wir einmal, innerhalb der Verjährungsfrist –, dass ich auch diesen Vorbehalt möglicherweise eines Tages erfüllen kann.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist noch immer keine befriedigende Antwort, aber Sie können Ihre Sicht der Dinge darlegen. Also gerade bei der Verjährungsfrist hätte ich die geringsten Überlegungen diesbezüglich gehabt. Also Sie gehen da offensichtlich von einem Ideal eines Vorstandes oder ein Top-Managers aus, einem Ideal, das sich nicht unbedingt im gesamten Wirtschaftsbereich bis jetzt durchgezogen hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Dr. Michaelis, ich fasse noch einmal zusammen: Also dieses Stock Option-Programm, das auf Basis dieses Kurssprunges am 26. Februar 2004 schlagend geworden ist, wurde unter dem Aufsichtsratsvorsitzenden Johannes Ditz und unter Vorstand Sundt erarbeitet. Das ist korrekt? (*Dr. Michaelis: Korrekt!*) – Das heißt, Sie haben mit der Ausarbeitung dieses Programmes dann natürlich nie etwas zu tun gehabt, logischerweise.

Ich frage Sie dazu jetzt konkret – Herr Ditz hat es damals als ÖIAG-Vorstand maßgeblich initiiert und das Programm, dieses Stock Option-Programm, wurde dann von einem Human-Resource-Manager erstellt –:

Ist Ihnen bekannt, wer das genau war, welche Personen beziehungsweise Person dieses Programm dann konkret im Auftrag von Ditz und Sundt ausgearbeitet hat? – Dem U-Ausschuss ist das nämlich nicht bekannt.

Dr. Peter Michaelis: Herr Petzner, das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie kennen mittlerweile den Inhalt dieses Stock Option-Programmes, dass der Kurs innerhalb von vier Stichtagen, also an einem von vier Stichtagen innerhalb von vier Jahren, 11,70 € überspringen muss.

Halten Sie, wie Sie sagen, dieses Stock Option-Programm inhaltlich für gerechtfertigt und richtig – oder sagen Sie aus Ihrer Wahrnehmung, aus heutiger Sicht, dass das nicht richtig war, dieses Konstrukt in dieser Form zu wählen?

Dr. Peter Michaelis: Herr Petzner, es bestanden damals Verträge, die mit Eigeninvestments unterlegt waren. Deswegen haben wir dieses von meinem Vorgänger aufgelegte Programm in dieser Form auch erfüllt. Wenn Sie mich heute fragen, nachdem ich diese ganzen Programme sehr stark abgeändert habe, haben wir heute bessere Erkenntnisse, dass diese Art von Programmen eigentlich stärker auf die Leistung der jeweiligen Vorstände und Manager abgestellt werden muss, und vor allen Dingen müssen über **mehrere Jahre** hinweg bestimmte Zielwerte erreicht werden, damit man überhaupt berechtigt ist, solche Aktienoptionen auszuüben.

Ihre Frage kurz beantwortet: Meine heutigen Erkenntnisse würden das, was damals gemacht worden ist und was wir möglicherweise auch noch mal, ein zweites Mal gemacht haben, nicht mehr rechtfertigen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, das ist eine wichtige Erkenntnis, aber diese haben Sie, oder zumindest der Kollege Wieltsch, der ja auch Teil der ÖIAG ist – zumindest laut dem Protokoll vom 23. März 2004 –, bereits in dieser Aufsichtsratssitzung gehabt. Es wird nämlich in dem Protokoll dieser Sitzung Herr Wieltsch wie folgt zitiert:

Wieltsch befürwortet das neue Stock Option-Programm, das im Vergleich zum IPO Stock Option-Programm –

also wir reden von dem vom Jahr 2000 –

wesentliche Verbesserungen aufweist. Die ergebnismäßige Hürde des neuen ESOP 2004+ trägt den medialen Kritikpunkten am alten Stock Option-Programm Rechnung. – Zitatende.

Das heißt, man hat offenbar schon 2004 – und nicht nur aus heutiger Sicht – gewusst, dass dieses von Sundt und Ditz initiierte Programm im Jahr 2000 nicht ganz unproblematisch ist. Und jetzt frage ich Sie in diesem Zusammenhang und lege Ihnen dazu dieses Schreiben vom 10. März 2004 vor (*der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt*), das Sie an den Herrn Generaldirektor Sundt geschickt haben, wo Sie dem Herrn Sundt schreiben, in Bezug auf die Auszahlung des Stock Option-Programms – ich zitiere –:

Wir gehen davon aus, dass die Kursentwicklung im Einklang mit den börse- und kapitalmarktrechtlichen Regelungen zustande kam.

Und Sie setzen dann fort: Entsprechend der Optionsrechtsvereinbarung, Ihrer Optionsausübungserklärung sowie des von Ihnen nachgewiesenen Eigeninvestments wird Ihnen der Gewinnbetrag abzüglich der lohnabhängigen Abgaben in Höhe von netto 196 359,74 € auf Ihr Konto bei der Erste Bank ... angewiesen. – Zitatende.

Ich frage Sie: Zu diesem Zeitpunkt, 10. März 2004, wie konnten Sie damals davon ausgehen, dass die Kursentwicklung im Einklang mit den börsen- und

kapitalmarktrechtlichen Regelungen zustande kam? Auf Basis welcher Informationen sind Sie in diesem Brief zu dieser Schlussfolgerung gekommen und haben dann grünes Licht für die Auszahlung gegeben? (*Obfrau-Stellvertreterin **Tamandl** übernimmt den Vorsitz.*)

Dr. Peter Michaelis: Ja, Herr Petzner, wenn Sie auf die zweite Seite schauen und dort den vorletzten Absatz nehmen, da steht noch einmal:

Die Auszahlung des Betrages steht unter Vorbehalt des Ergebnisses der Untersuchungen der Finanzmarktaufsicht. Sollte sich herausstellen, dass Begünstigte ... an rechtswidrigen Kursmanipulationen mitgewirkt haben, die ursächlich für die Erreichung waren, wäre der Eintritt der Bedingung für die Ausübung wider Treu und Glauben herbeigeführt worden. – Zitatende.

Also auch in diesem Schreiben haben wir uns noch einmal abgesichert.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist die Frage der Sorgfaltspflicht. Da kann man jetzt darüber diskutieren, ob man der damit Rechnung trägt oder nicht. Meiner Meinung nach nicht, zumal Sie gesagt haben – und ich frage Sie das jetzt noch einmal –, dieses Prüfungsergebnis der Finanzmarktaufsicht, das Sie hier selber in diesem Schreiben erwähnen, wenn das zu einem gegenteiligen Schluss kommt, dass Sie dann dieses Geld zurückfordern werden.

Ist Ihnen dieses Prüfungsergebnis jemals schriftlich vorgelegen und kennen Sie dieses? Haben Sie dieses Prüfungsergebnis jemals schriftlich gekannt oder nicht?

Dr. Peter Michaelis: Ich habe in der Frage, die Herr Pilz mir vorhin gestellt hat, bereits mitgeteilt, dass ich schriftlich kein Prüfungsergebnis vorliegen habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Sie haben auch nie bei der FMA, bei Pribil angerufen und gesagt: Bitte, da gibt es viele Zweifel, ihr prüft da, wo ist das Prüfungsergebnis? Ich will das haben!

Dr. Peter Michaelis: Die Rechtsabteilung hat mich informiert, dass sie sich darum bemüht haben, eine schriftliche Unterlage zu bekommen. Ich habe das noch einmal vor ein paar Tagen hinterfragt. Wir haben nie eine schriftliche Unterlage bekommen. Da gibt es irgendeine verwaltungsrechtliche Argumentationsschiene, zu der ich hier aber nichts sagen kann, warum wir diese Unterlage nicht bekommen haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben dieses Schreiben an Herrn Sundt geschickt. Mit freundlichen Grüßen, Ihr Peter Michaelis.

Haben Sie sich da persönlich nie darum bemüht – wenn Sie das schon hineinschreiben, dass man dieses Prüfungsergebnis abwarten muss – beziehungsweise wäre es nicht Ihre Pflicht gewesen als Aufsichtsratsvorsitzender, sich persönlich zu vergewissern, was mit diesem Prüfungsergebnis der FMA ist und was da tatsächlich drinnen steht, wenn Sie selber schreiben, dass man sonst das Geld zurückfordern muss? Wäre das nicht Ihre Pflicht gewesen, aus heutiger Sicht?

Dr. Peter Michaelis: Wir bedienen uns in vielen Fällen der Abteilungen und Institutionen in den Unternehmen, die hauptamtlich für solche Fragen verantwortlich sind. Und ich glaube, es ist der richtige Weg, dass wir die Rechtsabteilung der Telekom Austria gebeten haben, diese Unterlage zu besorgen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte das nicht für den richtigen Weg, aber bitte! Ich meine, alleine der Schlusssatz – den muss ich noch vorlesen – ist bezeichnend. Sie schreiben an Herrn Sundt:

Für Fragen zur Berechnung Ihres Nettogewinnbeitrages steht Ihnen Frau –

bla, bla, bla, da ist Telefonnummer, E-Mail-Adresse –

selbstverständlich gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen, Ihr Peter Michaelis. – Zitatende.

Das klingt ja geradezu euphorisch. Ich darf Herrn Sundt die Kohle auszahlen, obwohl ich mir selber nicht sicher bin, ob das überhaupt rechtlich zulässig ist und ob da nicht irgendetwas manipuliert wurde.

Aber bitte, das haben wir jetzt ausreichend schon beleuchtet, wie Sie das jetzt hier argumentieren. Moralisch halte ich das zumindest für äußerst fragwürdig.

Jetzt darf ich Sie noch einmal auch zu diesem Stock Option-Programm fragen, das dann auch in dieser gleichen Sitzung am 23. März 2004, diese Fortsetzung dieses **Stock Option Programms 2004+**, erwähnt wurde. Da wird zum Beispiel Sundt zitiert:

Sundt ersucht im Hinblick auf die bevorstehende Road-Show um eine möglichst rasche Genehmigung des Optionsprogrammes. – Er meint das neue.

Darf ich Sie dazu fragen: Ist es korrekt, dass die Genehmigung dieses Optionsprogrammes dann im Wege eines Umlaufverfahrens, Umlaufbeschlusses in Kraft gesetzt wurde oder nicht?

Dr. Peter Michaelis: Das ist mir ohne eine Unterlage so nicht erinnerlich. Wenn aber die wesentlichen Elemente eines Stock Option-Programmes im Aufsichtsrat besprochen und abgestimmt worden sind, dann war es nicht unüblich, dass auch Beschlüsse im Wege des Umlaufverfahrens durchgeführt worden sind.

Was ich heute nicht mehr sagen kann, ist – aber ich entnehme das aus den Anmerkungen, die Sie gemacht haben –, dass es offenbar Änderungen im nachfolgenden Stock Option-Programm gegeben hat, die mir auch nicht mehr erinnerlich sind, da müsste ich noch einmal in die Unterlage schauen. Ich glaube aber, dass – um das ein bisschen überzeichnet auszudrücken – unsere Erkenntnisse in der Verbesserung von Stock Option-Programmen sicherlich einen Entwicklungsprozess durchgemacht haben, der dann in einem heutigen Stock Option-Programm gemündet hat, das sich sicherlich erheblich von dem unterscheidet, was damals gemacht worden ist. Das sind ja auch Dinge gewesen, die sich einfach entwickelt haben, und man hat sich ständig darum bemüht, diese Dinge zu verbessern. (*Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wegen diesem Umlaufverfahren, da lese ich Ihnen konkret vor, was Sie dann zusammenfassend in dieser Sitzung am 23. März 2004 gesagt haben:

Michaelis fasst die Diskussion zusammen und weist darauf hin ..., dass die mögliche Beschlussfassung über dieses Stock Option-Programm –

gemeint ist das neue –, wie in der 50. Aufsichtsratssitzung einstimmig beschlossen, im Umlaufverfahren erfolgen wird.

Daher meine Frage noch einmal, wenn ich Ihnen das jetzt vorlese, was Sie da 2004 in dieser Sitzung selber gesagt haben: Ist das neue Stock Option-Programm im Umlaufverfahren, wie Sie das damals in der Sitzung so angekündigt haben, dann auch fixiert worden?

Dr. Peter Michaelis: Ich habe Ihre Frage nicht genau verstanden, aber wenn Sie darauf hinauswollen, dass ein Umlaufverfahren etwas Minderwertiges ist gegenüber einem physischen Aufsichtsratsbeschluss, bei dem alle anwesend sind, dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass es ein sehr strenges Regelwerk für Umlaufverfahren gibt. Es müssen sich alle Aufsichtsräte einverstanden erklären, dass im Wege des

Umlaufverfahrens überhaupt ein Beschluss gefasst werden darf. Jeder Aufsichtsrat hat die Möglichkeit, alle Informationen vorher einzuholen, die er braucht, um hier seine Zustimmung zu geben. Deswegen, wenn es aus zeitlichen Gründen manchmal nicht anders möglich war, dann haben wir durchaus auch im Wege des Umlaufverfahrens solche Aufsichtsratsbeschlüsse herbeigeführt, die sich aber in ihrer Qualität in nichts von Aufsichtsratsbeschlüssen unterscheiden, die in einer physischen Sitzung abgehalten worden sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau darauf wollte ich hinaus. Wenn Sie sagen „wenn es aus zeitlichen Gründen nicht anders möglich war“, ich verstehe ja diesen Stress nicht. Sie haben den vollen Stress, dass Sie dem Herrn Sundt diese Gelder ausbezahlen und die Auszahlung veranlassen, in dem Wissen, dass es da **schwere** Bedenken und Vorwürfe gibt von den Medien, Bedenken, dass es zu Kursmanipulationen gekommen ist. Dann sagen Sie, aus zeitlichen Gründen hat man öfter Umlaufverfahren gemacht, das heißt, Sie haben es dann auch sehr, sehr eilig damit gehabt, möglichst schnell offensichtlich dieses neue Stock Option-Programm in Kraft zu setzen.

Diese Eile und diese Hektik – und trotz der massiven Bedenken, die damals von allen Seiten gegeben waren – verstehe ich nicht.

Ich habe eine letzte Frage: Können Sie mir beantworten, warum Sie ein Ehrenzeichen der Republik Österreich für Herrn Mag. Gernot Schieszler von der Telekom Austria, das Herr Vizekanzler Josef Pröll am 20. August 2008 – man achte auf das Datum – angeregt hat, warum Sie eine solche, von Vizekanzler Pröll angeregte, Auszeichnung für Herrn Schieszler nicht befürwortet haben in einer Stellungnahme?

Dr. Peter Michaelis: Ich hatte jetzt schon Sorge, Herr Petzner, dass Sie sagen, ich hätte das befürwortet. (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber ich will von Ihnen wissen – Sie haben es **nicht** befürwortet, ich habe es richtig gesagt –, warum Sie es nicht befürwortet haben.

Dr. Peter Michaelis: Das kann ich Ihnen schon sagen. Ich bin der Meinung, dass Ehrenzeichen jenen Leuten zuteilwerden sollen, die über eine lange Strecke nachgewiesen haben, dass sie einen exzellenten Job machen. Und ich fand, dass jemand in diesem jungen Alter noch nicht reif ist, eine so hohe Auszeichnung zu bekommen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Dr. Michaelis, ich möchte noch einmal zum Beginn zurückgehen. Das Stock Option-Programm, also die Telekom-Aktie wurde am 20. November mit 9 € pro Stück aufgelegt. Das Stock Option-Programm wurde ebenfalls damals klar definiert. Die Aktie, wir haben es schon gehört, muss an einem von vier Tagen, spätestens noch am 27. Februar, 30 Prozent über dem Ausgabewert liegen, also bei 11,70 €. Und da hat sich ja lange Zeit nichts getan, bei drei von vier Stichtagen war es eben ergebnislos, da war der Kurs immer darunter.

Die letzte entscheidende Woche, diese fünf Tage, haben am 20. Februar begonnen. Da haben wir einen Kurs von 11,65 gehabt. Am 23. Februar, der Montag, 11,75, da wäre es drüber gewesen, am Tag darauf, am 24., 11,69, dann noch einmal 11,69 und dann gab es – das ist die erste Frage, die ich an Sie richten möchte – eine erste Kauforder von Wanovits. Nachdem er, er gibt das in der Befragung an, eine Kauforder für die Telekom Austria-Aktie von 200 000 Stück zu Bestens, das heißt zu jedem Preis, im Rahmen der Schlussauktion gestellt hatte, war die Folge, dass der indikative Kurs stieg, das heißt jener Kurs, der für den Fall des Handelsschlusses bestanden hätte, wenn keine zusätzlichen Order mehr gekommen wären.

Unmittelbar darauf, das heißt innerhalb von Sekunden, bot jemand eine Verkaufsoorder von 400 000 Stück, und damit war die Aktion von Wanovits eigentlich überflüssig, und er hat sein Kaufangebot wieder zurückgezogen.

Haben Sie die Aktienkurse der Telekom in der relevanten Woche beobachtet, Sie oder Ihre Mitarbeiter? Und haben Sie – wie soll ich sagen? – diese Entwicklung mitbekommen, was sich da am vorletzten Tag abgespielt hat?

Dr. Peter Michaelis: Nein. Dass damals starke Kursschwankungen da waren, das war mir sehr wohl bewusst. Wir konnten sehen, dass massiv **gegen** die Aktie, offenbar, agiert wurde, dass irgendjemand mit Gewalt den Kurs nach unten treiben wollte, das haben wir gesehen. Allerdings der starke Ausschlag, der dann am letzten Tag erfolgte, wie der in seinen Tranchen tatsächlich bewerkstelligt wurde, dazu habe ich keine Wahrnehmung mehr. Es ist mir nur noch erinnerlich, dass wirklich in den letzten Börsenminuten sozusagen die entscheidende Order platziert worden ist, die dann den Kurs über diesen Schwellenwert hinausgetragen hat, sodass der Durchschnittskurs der letzten fünf Tage 30 Prozent über dem Ausgabekurs lag.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja, jetzt haben Sie vom letzten Tag gesprochen. Von den Interventionen am vorletzten Tag haben Sie keine Wahrnehmung gemacht?

Dr. Peter Michaelis: Summarisch erinnere ich mich daran, dass ich schon gehört hatte, dass irgendjemand gegen die Aktie spekuliert, aber wie das im Einzelnen war, dazu habe ich heute keine Erinnerung mehr.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Jetzt kommen wir zur Aufsichtsratssitzung am 23. März. Da ist dem Protokoll zu entnehmen, der damalige Generaldirektor der Telekom Austria versucht, eine Erklärung für diesen Kurssprung zu machen. – Ob glaubhaft oder nicht, das werden wir noch feststellen.

Sie haben dann in weiterer Folge den Aufsichtsrat informiert, dass Sie ein Gutachten bei Frau Dr. Kalss in Auftrag gegeben haben.

Können Sie uns mitteilen, welchen Prüfauftrag, welchen Gutachtensauftrag Frau Professor Kalss gehabt hat? (*Dr. Michaelis: Wie der genaue Prüfauftrag lautet?*) – Ja. War das eine rechtliche Prüfung, war das eine Prüfung, ob es Kursschwankungen gegeben hat? Wie war der Prüfauftrag formuliert?

Dr. Peter Michaelis: Ich meine, man müsste nur die Einleitung zu dem Gutachten lesen, da beschreibt Frau Kalss selber, was der Prüfgegenstand gewesen ist. Ich glaube, dass ich von ihr wissen wollte, wie man als Aufsichtsrat mit einer solchen Situation umzugehen hat, bei der es Stock Option-Verträge mit den Begünstigten gibt und jetzt sozusagen ein Kurssprung aufgetreten ist, der einen soweit sensibilisieren sollte, dass da möglicherweise auch eine Malversation stattgefunden hat. Ich glaube, das war so der Grundtenor.

Aber bitte nageln Sie mich da jetzt nicht fest, im Detail erinnere ich mich nicht mehr. Ich wollte nur wissen, wie geht man als Aufsichtsrat mit dieser spezifischen Situation juristisch um.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Angesichts der auch von Ihnen bestätigten Kursschwankungen, um nicht zu sagen Kurssprünge – ich möchte Ihnen da nichts in den Mund legen – und der Skepsis, die aus dem Gutachten herauskommt: Meinen Sie nicht rückblickend, dass die Auszahlung der Boni, selbst mit Vorbehalt, etwas voreilig war?

Dr. Peter Michaelis: Nein, ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir mit der entsprechenden Sorgfaltspflicht gehandelt haben. Ich finde, dass Frau Professor Kalss

eine unserer angesehensten JuristInnen in diesem Land ist, und ich kann nur sagen, dass ich mich damals voll und ganz auf ihre Rechtsmeinung verlassen und abgestützt habe.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Jetzt würde ich die Frau Vorsitzende gerne fragen, ob uns dieses Gutachten bekannt ist.

Dr. Peter Michaelis: Darf ich das nochmal wiederholen? Ich glaube, Ihnen sind die Unterlagen der Antikorruptionsbehörde, die Einvernahmen bei der BAK – glaube ich, kürzt sie sich ab – übermittelt worden, und dort sind Herr Sundt, Herr Colombo und wie sie alle heißen, einvernommen worden, und in diesem Konvolut sind auch die Briefe, aus denen ich vorhin zitiert habe, und auch das Gutachten von Frau Professor Kals.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Jetzt halte ich Ihnen vor, ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Vielleicht nur ganz kurz, weil wir nämlich auch schon länger dieses Gutachten suchen und nicht finden, und es hat natürlich einen besonderen Stellenwert, weil der Auftrag natürlich relevant ist, wie sehr jetzt hier geprüft wurde. Hat irgendjemand von den Fraktionen dieses Gutachten? (*Verneinendes Kopfschütteln bei den Abgeordneten aller Fraktionen.*)

Frau Vorsitzende, kann man das allenfalls prüfen? Ich meine, die Vorbereitung dieser Sitzung ohne diesem Gutachten ist natürlich absolut mangelhaft, weil die Fragen nicht entsprechend gestellt werden können. Es stellt sich auch die Frage, ob das Gutachten mitumfasst hat, ob aus dem Haus jemand mitgespielt hat bei dieser Kursmanipulation, oder was da insgesamt war. Also die Fragestellungen sind eigentlich sehr unvollständig. Vielleicht kann man das prüfen, über die Parlamentsdirektion, ob dieses Gutachten im Haus ist, und wenn es im Haus ist, dann hätten wir es gerne bald.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, so werden wir vorgehen. (*Abg. Dr. Jarolim: Ich meine, die Einvernahme ist sinnlos!*)

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich halte Ihnen vor, und zwar aus einem Schreiben des Justizministeriums an die Oberstaatsanwaltschaft Wien, und lese Ihnen einen Absatz vor:

Mag. Fischer gab an, es habe im Vorfeld des 26.2.2004 eine Besprechung zwischen Dr. Colombo, Sundt und ihm gegeben, in der besprochen wurde, eine Bank solle Telekom-Aktien kaufen, um den Kurs für das Stock Option-Programm zu erreichen. Von einer Zahlung an die Euro-Invest habe er erst nach dem 26.2. erfahren. Als er jedoch den Auftrag zum Geschäftsfall Screening Telco Südosteuropa zeichnete, war ihm bekannt, dass zumindest ein Teil des Betrages, mehrere 100 000 €, an Mag. Wanovits gehen sollten. – Zitatende.

Soweit zum Zitat. Herr Sundt hat versucht, in der Aufsichtsratssitzung zu erklären, warum es zu dem Kurssprung gekommen ist. Im Aufsichtsratsprotokoll sind ganz andere Begründungen zu lesen, wie die soeben von mir zitierten Gesprächsinhalte.

Glauben Sie, angesichts dieses Vorhaltes, dass Heinz Sundt Sie in der Aufsichtsratssitzung nicht ganz korrekt informiert hat?

Dr. Peter Michaelis: Ja, das wird wohl so sein.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Dr. Michaelis, Sie haben in Ihrer einleitenden Stellungnahme angegeben, die Telekom notiert auch an der New Yorker Börse mit sehr strengen Regeln hinsichtlich Berichterstattung, Rechnungslegung und Controlling.

Es waren all diese strengen Regelungen doch – sage ich – wertlos, wenn sich Manager zusammentun, um Malversationen zu begehen.

Es hat eine Diskussion gegeben, ob die Telekom Austria durch den Rechnungshof überprüft werden darf und soll, und die Telekom hat sich massiv gewehrt. Wahrscheinlich sind sehr viele hier im Saal der Meinung, dass der Rechnungshof als Kontrollorgan durchaus die Malversationen früher aufgedeckt hätte.

Wie stehen Sie dazu?

Dr. Peter Michaelis: Auch eine hypothetische Frage, die Sie mir stellen. Die Kontrollinstrumente, die wir eingeführt haben, galten zum Teil in Österreich als vorbildhaft. Ich kann nur sagen, wenn im Top-Management eine kleine Gruppe von Top-Managern sich zusammentut und im engsten Kreis versucht, diese Art von Geschäften **gegen** das Interesse des Unternehmens durchzuführen, dann versagen unsere Kontrollinstrumente. Das Beispiel, was wir hier sehen, mit dieser Kursmanipulation, zeigt mir, dass erst viel, viel später Handlungen gesetzt worden sind, um das Geld für diese Malversation zu generieren. Es sind erst sehr viel später, nachdem die Börsenkursmanipulation stattgefunden hat, durch Scheinaufträge Gelder generiert worden, um offenbar Herrn Wanovits für diese Malversation zu bezahlen. Das heißt, wenn man damals Nachforschungen angestellt hat, die außerdem noch außerhalb des Unternehmens stattfinden, hätte man das nie und nimmer entdecken können.

Schauen Sie, unser Strafgesetzbuch verbietet den Mord – leider passieren Morde. Und so ist es leider auch im Wirtschaftsstrafrecht. Es ist alles verboten – und leider passieren solche Fälle. Ich kann nur sagen, ich bin froh, dass durch einen Zufall, offenbar wirklich durch einen **Zufall**, diese Dinge nachträglich aufgedeckt werden. Ich finde, dass Sie, in dieser Runde hier, Bausteine liefern, aus denen heraus die Gerichte möglicherweise am Ende des Tages dann ein noch klareres Bild bekommen, wer welchen Beitrag strafrechtlich zu vertreten hat.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Danke. Jetzt haben Sie mir eine Frage nicht beantwortet, nämlich die Frage, ob Sie von Heinz Sundt in der Aufsichtsratssitzung wahrheitsgetreu informiert wurden.

Dr. Peter Michaelis: Doch, die habe ich beantwortet. (*Abg. Mag. Kuzdas: Okay, passt*) Er hat, nach dem heutigen Kenntnisstand, **nicht** wahrheitsgetreu geantwortet.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie haben am 2. März, wie Sie einleitend festgestellt haben, einen Brief an Herrn Sundt geschrieben. Haben Sie auch verlangt, dass die Interne Revision die Sache überprüft?

Dr. Peter Michaelis: Die FMA ist eine hoheitliche Behörde. Die FMA hat Prüfungsmöglichkeiten, die **intern** und **extern** genutzt werden können. Da sozusagen das weitreichendere Instrument, sprich die FMA, die Prüfung übernommen hat, habe ich damals keine Notwendigkeit gesehen, die Revision einzuschalten.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Aber es ist doch so, dass die FMA einen anderen Zugang und auch einen anderen Fokus hat. Warum ich die Revision ins Spiel bringe, ist, weil es möglicherweise in diesem Themenkomplex „Telekom“ – wir sprechen hier nicht nur über die Kursmanipulationen, sondern auch über Geschäftsfälle, die von Deloitte in einem eigenen Projekt als „auffällig“ bezeichnet werden, nämlich dass rückdatierte Angebote verschickt werden, wo der, der die Leistung erbringen soll, eigentlich das Angebot nicht schreibt, sondern die Telekom es schreibt, dass Scheinrechnungen gelegt werden, wo in den auffälligen Geschäftsfällen kein Angebot zu finden ist, keine ordentliche Beauftragung, keine Abnahmekriterien und vieles mehr. Das wäre ein Punkt, der schon durch eine Interne Revision beziehungsweise durch verstärkte Kontrollprozesse unterbunden werden kann.

Dr. Peter Michaelis: Man muss sich wirklich die Frage stellen, ob das seine Richtigkeit hat. Die FMA ist hier einfach die übergeordnete Behörde, die nicht nur intern den Dingen nachgehen kann, sondern auch extern. Ich glaube, wir haben bei der Telekom bei diesen Fällen, wie Sie sie jetzt gerade angesprochen haben, auch die Empfehlung bekommen, dass die staatsanwaltschaftliche Untersuchung nicht überlagert werden soll durch Tätigkeiten der Internen Revision, weil die Gefahr besteht, dass möglicherweise weitere unsaubere Dinge generiert und kreierte werden können. Deswegen, zum damaligen Zeitpunkt war sozusagen die höherwertige Instanz die FMA, die – ich hatte damals ein hohes Ansehen, großen Respekt vor dieser Behörde – das Instrumentarium hat, um in allen Details zu prüfen, ob und an welcher Stelle strafrechtlich relevantes Verhalten vorzuwerfen, zu finden ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte es vorsichtig formulieren. Ich halte Ihre Erklärungen, soweit sie Interne Revision, interne Kontrolle betreffen, schlicht und einfach für **absurd**. Der Telekom-Vorstand weist heute zu Recht darauf hin und auch der Telekom-Aufsichtsrat und auch die Vertreter und Vertreterinnen der ÖIAG, dass der erste und wichtigste Schritt die Interne Revision und **danach** die Einschaltung von prüfungsfähigen Unternehmen und Einrichtungen ist.

Warum haben Sie das unterlassen? – Das ist überall, und ich kenne wirklich viele Unternehmensprüfungen, der erste und zwingend notwendige Schritt, die Einschaltung der Internen Revision.

Dr. Peter Michaelis: Da hat offenbar eine Malversation an der Börse stattgefunden. Und was hat die Interne Revision mit der Börse zu tun? (*Heiterkeit des Abg. Dr. Pilz.*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Entschuldigen Sie, jetzt werde ich Ihnen einmal etwas sagen: Wenn Sie bei der FMA nachgefragt hätten, wissen Sie, worauf Sie sofort draufgekommen wären, wenn Sie sich die Unterlagen der FMA anschauen? – Und das war bekannt, wenige Wochen nach der Malversation, dass Herr Wanovits als der, der dann bestraft worden ist, detailliert über das Stock Option-Programm der 99 Telekommanager informiert war und das sehr genau verfolgt hat und das für ihn ein wesentlicher Bestandteil seiner Überlegungen war. Steht überall drin. Hätten Sie nachgefragt bei der FMA, hätten Sie das gewusst. Warum haben Sie nicht nachgefragt?

Warum, Herr Dr. Michaelis, haben Sie nicht nachgefragt bei der FMA? – Da steht alles drin. Die haben alles gewusst. Sie sagen, ich brauche keine Interne Revision – und die FMA fragen Sie nicht? Warum?

Dr. Peter Michaelis: Herr Pilz, ich wiederhole das noch einmal: Die FMA ist eine hoheitliche Behörde, die Prüfbefugnisse hat, innerhalb des Unternehmens und außerhalb des Unternehmens. Und deswegen waren wir damals der Meinung, dass ausreichend Untersuchungen durch den hoheitlichen Bereich durchgeführt werden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist schlicht und einfach ein – wie sagt man das im Manager-Deutsch? – Schmafu. Und ich werde Ihnen jetzt auch genau erklären, warum das ein Schmafu ist: Sie haben zwei Möglichkeiten. An und für sich hätten Sie verantwortungsvoll gehandelt – was ich zutiefst bezweifle –, hätten Sie zweierlei getan, Interne Revision einschalten und bei der FMA nachfragen.

Hätten Sie bei der FMA nachgefragt, wären Sie sofort informiert worden: Wir haben festgestellt, dass Herr Wanovits sich detailliert über das Stock Option-Programm der Telekom informiert hat und das für seine Pläne und Entscheidungen eine wichtige Rolle gespielt hat.

Sie haben beides **nicht** getan. Ihre Kontrolle hat **total versagt**. Das einzige, was sie getan haben, war, geschwind auszahlen und das nächste Programm vorbereiten.

Ich frage Sie jetzt noch etwas anderes dazu, weil das haben wir jetzt alles bei Protokoll. Interne Kontrolle **nicht** eingeschaltet, FMA **nicht** gefragt, **nicht** nachgefragt, ob es einen Grund gibt, dass Sie diesen Vorbehalt, den Sie in der Aufsichtsratssitzung formuliert haben, geltend machen müssen.

Nächster Punkt: Stock Option-Programm erfolgreich. Dank Ihrer Mithilfe kommt es zur Auszahlung, dank dieser nachvollziehbaren Entscheidung des Aufsichtsrates im März 2004.

Wissen Sie wie viele Prozent der Telekom-Manager, der Optionsberechtigten, Ihre Option auf Aktien gezogen haben und wie viele sich das in bar ablösen haben lassen? Wissen Sie das?

Dr. Peter Michaelis: Das ist mir heute nicht mehr erinnerlich, aber die meisten haben sich den Differenzbetrag auszahlen lassen. Das haben wir in zig anderen Fällen auch so erlebt.

Ich verwehre mich aber, Herr Pilz, auf das Entschiedenste gegen Ihre Anwürfe hier, dass wir unserer Sorgfaltspflicht nicht nachgekommen seien. Ich habe Ihnen vorhin schon erläutert, dass sich die Rechtsabteilung darum bemüht hat, von der FMA Informationen zu bekommen beziehungsweise einen abschließenden Bericht über das Ergebnis. Diesen Bericht haben wir **nicht** bekommen. Und deswegen bin ich der Meinung, wenn man hier eine der besten JuristInnen des Landes einsetzt, die eine Empfehlung ausspricht, wie man sich in dieser Situation zu verhalten hat, dann haben wir unsere Sorgfaltspflicht in höchstem Maße wahrgenommen und haben die Gelder unter einem **Vorbehalt** ausgezahlt.

Hätten wir das nicht gemacht, sondern hätten wir die Entscheidung der FMA abgewartet, dann hätte man ausgezahlt **ohne** diesen Vorbehalt. Deswegen habe ich die Interessen des Unternehmens und seiner Aktionäre in viel umfassenderen Umfang geschützt, als das der Fall gewesen wäre, wenn man die FMA-Untersuchung abgewartet hätte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dieses haben Sie mit Sicherheit **nicht!** Ich sage Ihnen die Zahlen, an die Sie sich nicht mehr erinnern können. Ich sage Ihnen aber vorher, was der Sinn eines Stock Option-Programms ist, nämlich möglichst die Organe, das heißt das Management, erste, zweite Berichtsebene des Unternehmens, über diese Programme und über eigene Aktien stärker an das Unternehmen und den Kurs zu binden.

3 Prozent Ihres Managements, Ihres Telekom-Managements, haben Aktien genommen. 97 Prozent haben sich das auszahlen lassen. Das war also auch von dieser Seite her eine absolute Pleite, eine **komplette Pleite**. Thema **komplett verfehlt**.

Sie wissen das, und in der Sitzung, wo Sie das juristische Gutachten sich vorlegen lassen, sagen Sie: Ach, Interne Revision, ach, Informationen aus der FMA, brauchen wir alles nicht, raus mit dem Geld an unsere 99 Manager aus der ersten und zweiten Berichtsebene, die zu 97 Prozent jetzt schnell abkassieren wollen, weil sie nicht das geringste Vertrauen hatten, in einen künstlich hochgetriebenen Kurs der Aktie. Sagen Sie einmal, sind Sie nicht nachdenklich geworden, als 97 Prozent des begünstigten Managements nicht daran geglaubt haben, dass sich die Aktie noch weiter nach oben entwickeln kann? War das nicht ein weiterer Hinweis darauf, dass die längst gewusst haben, was in den Tagen davor passiert ist?

Dr. Peter Michaelis: Herr Pilz, das ist alles hypothetisch. Ich kann hier nur noch einmal wiederholen, dass wir sehr umsichtig und sorgfältig gehandelt haben. Zeigen Sie mir einmal bitte einen Aufsichtsrat in Österreich, der a) die Auszahlung an die

Manager ohne Vorbehalt gestoppt hat; und zum Zweiten diese Auszahlung unter diesem weitreichenden Vorbehalt getätigt hat! Ich glaube, dass wir da in sehr hohem Maße Umsicht gezeigt haben.

Sie dürfen nicht vergessen, dass diese Mitarbeiter, die da sozusagen das Delta geltend gemacht haben, vorher auch ein hohes Eigeninvestment getätigt haben und deswegen möglicherweise zur Refinanzierung des Eigeninvestments dieses Delta erst einmal mitgenommen haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja. Meiner Meinung nach – ich sehe das wirklich ganz anders als Sie – haben Sie jegliche Sorgfalt und jegliche Verantwortung bei dieser Tätigkeit vermissen lassen. Das gilt übrigens ... – aber das ist nicht Untersuchungsausschuss-Gegenstand.

Sie kennen die Rechnungshofberichte, Sie kennen die staatsanwaltschaftlichen Erhebungen zu Ihren Erfolgen von Austria Tabak bis Dorotheum und, und, und, das werden wir jetzt nicht im Detail erörtern.

Dr. Peter Michaelis: Herr Pilz, bitte nennen Sie nicht Dinge, für die ich nicht zuständig gewesen bin!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte zur Frage! Wir haben wenig Zeit!

Dr. Peter Michaelis: Ich bin nicht für die **Austria Tabak**¹ fachzuständig gewesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das werden wir jetzt nicht erörtern.

Ich komme zurück zur Aufsichtsratssitzung und zur Tätigkeit des Herrn Sundt. Jetzt haben wir ein Programm, wo die FMA bereits darauf stößt, dass es hier möglicherweise einen Zusammenhang zum Stock Option Programm gibt, nämlich bei den Malversationen an der Börse. – Keine interne Revision, keine Informationen aus der FMA. Sie haben recht, wir werden auch die Herren von der FMA fragen, was da passiert ist. Das ist der einzige Punkt, wo ich sage, ja, da haben Sie recht, da ist nachzufragen.

Vor diesem Hintergrund, vor einem völlig danebengegangenen Stock Option-Programm, das sogar im Verdacht steht, mit einer schweren Malversation zu tun zu haben, steht Generaldirektor Sundt in der Aufsichtsratssitzung auf, erklärt, was da eigentlich seiner Meinung nach passiert ist, nämlich der Morgan Stanley Capital Index Austria sei höher gerichtet worden, das sind Indexumstellung und so weiter, vernebelt also im Aufsichtsrat.

Dann erkundigt sich Michaelis – das ist die einzige Konsequenz, die aus dem Protokoll der Aufsichtsratssitzung hervorgeht, neben diesem Rechtsgutachten –, wann das neue Stock Option-Programm starten soll, und zwar – das muss man sich vorstellen! – gleich in derselben Sitzung.

Michaelis erkundigt sich, wann das neue Stock Option Programm starten soll. Dann tritt gleich der Generaldirektor Sundt, der inzwischen einschlägig bekannt ist, auf. Sundt ersucht im Hinblick auf die bevorstehende Roadshow um eine möglichst rasche Genehmigung des Optionsprogramms. Voraussetzung für diese Genehmigung ist ein Bericht des Aufsichtsrates und des Vorstandes gemäß § 159 Aktiengesetz, der 14 Tage vor der endgültigen Aufsichtsratsgenehmigung des Optionsprogrammes zu veröffentlichen ist.

¹ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang)

Da habe ich mir gedacht, jetzt wird gleich irgendwo stehen, Michaelis sagt, nein, zuerst muss untersucht werden, bevor wir uns noch einmal auf so etwas einlassen; wir können doch nicht leichtfertig, bevor mögliche Malversationen im Zusammenhang mit dem ersten Optionsprogramm geklärt sind, gleich das zweite, viel größere Optionsprogramm für nicht 99, sondern 220 Manager vorschlagen. – Was passiert? Schluss-Satz:

Der Aufsichtsrat nimmt die Berichte über die Einlösungsbedingungen des IPO Stock Option Programms sowie über das geplante Stock Option Programm ESOP 2004+ zur Kenntnis. – Zitatende.

Das ist alles. Nimmt zur Kenntnis, tut nichts, schaut weg und sagt: Freunde, super wart ihr, macht es noch einmal, aber in größerem Maßstabe!

Ist dieses zweite Stock Option Programm dann genehmigt und durchgeführt worden?

Dr. Peter Michaelis: Die Details zum zweiten Stock Option-Programm müsste ich mir noch einmal anschauen. Ich gehe davon aus, dass wir da deutliche Verbesserungen gegenüber dem ersten Stock Option-Programm getätigt haben.

Was Sie jetzt hier argumentieren, Herr Pilz – tut mir leid, das ist ein bisschen artifiziell. Ich finde, man hat den Managern dieses Unternehmens, der Top-Managementebene und der zweiten Ebene, gegenüber auch eine bestimmte Verantwortung, was diese Art von Incentivierung betrifft.

Das eine ist, dass Malversationen stattgefunden haben, wobei bis zu dem Zeitpunkt überhaupt nicht nachgewiesen werden konnte, ob die möglicherweise außerhalb des Unternehmens waren oder innerhalb des Unternehmens. Es schien mir unangemessen, das Management damit in Berührung zu bringen. Deswegen hat es absolut seine Berechtigung, dass ich frage: Ab welchem Zeitpunkt haben wir vor, das neue Stock Option-Programm zu installieren?

Ich hoffe, dass wir damals Verbesserungen eingeführt haben. In meinen Augen kann ich den Vorwurf, den Sie daraus konstruieren, in überhaupt keiner Weise sehen. Ich weise das auch zurück. Ich kann nur noch einmal sagen, dass wir umsichtig und sorgfältig gehandelt haben, was das Stock Option-Programm betrifft.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Erstens dazu: Ja, es hat das zweite Stock Option-Programm gegeben. Sie haben also nichts dazugelernt!

Zweitens: Es ist meiner Ansicht nach bezeichnend, dass Sie hoffen, dass es besser ist – aber nicht dem Ausschuss mitteilen können, was verbessert worden ist.

Drittens: Meine persönliche Hoffnung ist, dass in Zukunft in der ÖIAG, und da wird einiges noch zu untersuchen und zu ändern sein, endlich – im Gegensatz zu Ihnen und jetzigen, diese Verantwortung wahrnehmenden oder nicht wahrnehmenden Personen –, **endlich** einmal Leute hinkommen, die das ernst nehmen, die kontrollieren, die eine Revision verwenden, die mit der FMA kooperieren und solche Malversationen so weit wie möglich verhindern und, wenn es schon einmal passiert, dann wirklich verfolgen. Das würde ich mir wünschen. Das kommt bei Ihnen zu spät, aber vielleicht schaffen wir das in der Zukunft.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das war zwar keine Frage, aber inzwischen kann ich eine Frage an Dr. Michaelis richten, was das Kalss-Gutachten anlangt. Wir haben in der Parlamentsdirektion Umsicht gehalten und es **nicht** gefunden. Auch vonseiten der Klubs beziehungsweise deren fleißigen Referenten gibt es keinen Hinweis, wo dieses Gutachten von Frau Professor Dr. Kalss zu sichten sei. Deswegen meine Frage:

Herr Dr. Michaelis, in welchem Akt, ÖIAG-Vorstandssitzungen et cetera, ist dieses Gutachten aufbewahrt oder vermerkt? Und: Gehe ich richtig in der Annahme, dass die ÖIAG uns dieses Gutachten dann umfassend und alsbaldigst zur Verfügung stellen kann?

Dr. Peter Michaelis: Frau Vorsitzende! Das ist kein Gutachten, das die ÖIAG hat erstellen lassen; sondern das ist ein Gutachten, das ich als Aufsichtsratsvorsitzender der Telekom für die Telekom und für den Aufsichtsrat habe erstellen lassen. Da muss man die Telekom bitten, dass sie Ihnen dieses Gutachten zur Verfügung stellt. Ich glaube, das sollte kein Problem sein.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir haben auch die Telekom-Akten durchgeschaut. Da scheint es nicht auf, wurde also nach meinem jetzigen Wissen sowie nach jenem der Parlamentsdirektion dem Ausschuss nicht übermittelt. Wir werden das nachfordern.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich bleibe da noch einmal ganz kurz dran. Zu dieser Regelung, die im Aufsichtsrat aufgrund des Gutachtens gewählt wurde, die Frage der Sicherheit der Einbringlichmachung, auf der einen Seite zu sagen, es handelt sich um Top-Manager. Die werden, so würden Sie das machen, entsprechend veranlassen, sicher veranlassen oder Ähnliches; aber im selben Atemzuge bereits die Möglichkeit in den Raum zu stellen, dass es sich hierbei um Straftäter handelt. Es passt ja trotzdem nicht zusammen.

Es wird die geben, die redlich sind, die werden kein Problem haben. Aber es gibt eben auch die, denen man letztlich sogar mit dem Brief im weitesten Sinn unterstellen könnte, dass sie irgendwann einmal gegen Strafgesetze verstoßen würden. Das ist also ein bisschen unbefriedigend.

Kollege Pilz war jetzt eher langatmig in seiner Sicht der Dinge. Ich gebe ihm in einem recht: Die Frage der Kontrolle durch die ÖIAG, die Frage der Kontrolle durch die FMA, die Frage der Zusammenarbeit zwischen FMA und ÖIAG beziehungsweise anderen Aufsichtsorganen, die es in irgendeiner Form gibt, lässt – um es milde zu formulieren – sehr zu wünschen übrig. Ich glaube daher, wir werden jetzt mit Ihrer Befragung nicht weiter fortschreiten, sondern eher schon den doch relativ lang wartenden Zeugen beziehungsweise die Auskunftsperson Dr. Pribil einmal hereinbitten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von Ihrem Nachfolger Markus Beyrer ist bekannt, dass er an diversen Jagdeinladungen und Jagdveranstaltungen des Alfons Mensdorff-Pouilly teilgenommen hat.

Haben Sie jemals im Rahmen Ihrer Funktionen an Jagdveranstaltungen des Herrn Mensdorff-Pouilly teilgenommen beziehungsweise andere Einladungen seinerseits angenommen?

Dr. Peter Michaelis: Herr Petzner! Wenn sich hinter Ihrer Frage verbirgt, ob ich jemals von der Telekom oder anderen Gesellschaften der ÖIAG zu Jagdveranstaltungen eingeladen worden bin, dann kann ich Ihnen bestätigen, dass das nicht der Fall ist. Wenn sich hinter Ihrer Frage verbirgt, ob ich jemals mit Alfons Mensdorff-Pouilly über die Telekom oder über Beraterverträge gesprochen habe, so kann ich Ihnen hier bestätigen, dass das nicht der Fall ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Frage noch: Ich habe Ihnen das schon genannt, dieses Ersuchen des Büros des Vizekanzlers vom 20. August 2008 und diesen Antrag auf Verleihung eines Ehrenzeichens der Republik Österreich an den Herrn Mag. Schieszler von der Telekom.

Kennen Sie die Hintergründe oder haben Sie Wahrnehmungen zu den Hintergründen, warum der Herr Vizekanzler Pröll dem Herrn Schieszler so ein Ehrenzeichen zukommen lassen wollte?

Dr. Peter Michaelis: Dazu habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann halte ich zum Schluss nur noch fest: Da Sie von diesem Gutachten gesprochen haben, das tatsächlich in den Akten nicht vorliegt: Die Schwierigkeit ist, dass die Telekom dazu ein eigenes Gutachten von Herrn Dr. Funk vorgelegt hat, wonach sie uns viele Unterlagen gar nicht übermitteln oder auf Basis dieses Gutachtens sagen, dass sie uns keine Unterlagen übermitteln können.

Deswegen sind wir in der Lage, dass wir von der Telekom selbst über gar keine Unterlagen verfügen. Das heißt, wenn Sie im Rahmen Ihrer Kontakte Einflussmöglichkeiten darauf haben, dass wir es von der Telekom vielleicht doch bekommen, wären wir Ihnen sehr dankbar.

Dr. Peter Michaelis: Herr Petzner, die Unterlage liegt im Strafakt. Deswegen bin ich wirklich etwas überrascht, wieso sich hier niemand die Mühe gemacht hat, sich die Dinge anzuschauen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Dr. Michaelis! Wir geben uns hier sehr viel Mühe. Es haben alle Fraktionen, alle Mitarbeiter alle Akten durchsucht, aber dieses Gutachten liegt nicht vor. Tut mir leid, wir haben es nicht. Sie haben mehrmals auf dieses Gutachten oder diese Stellungnahme verwiesen, daher ist die auch von eminenter Bedeutung.

Nur noch einmal: Es liegt nicht am Ausschuss und nicht an irgendeinem Ausschussversagen. Ein Gutachten, das nicht da ist, kann man auch nicht finden. Das ist das Gleiche, wie bei einem Osternest! Wenn keine Eier drinnen sind, sind keine drinnen, man kann sie nicht herzaubern, tut mir leid!

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Mir wurde gerade gesagt, dass der Herr Kollege als Vertreter der Telekom zum Strafakt mit einer Eingabe der Kanzlei dieses Gutachten vorgelegt hat. Es müsste also im Strafakt sein. (*Abg. Mag. Lapp: Ist es aber nicht!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir werden dem nachgehen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich glaube, es ist wichtig, dass wir dieses Geheimnis mit dem Gutachten aufdecken. Es ist ja wirklich merkwürdig, wenn der Kollege eine Eingabe gemacht hat und wir das nicht bekommen. Dann muss man sich sicherlich beim Ministerium erkundigen, warum das Gutachten offensichtlich aus dem Akt herausgekommen ist oder jedenfalls nicht kopiert ist.

Herr Michaelis, ganz kurz: Sie haben selber auf den **Sarbanes-Oxley Act** verwiesen und auf die hohen Standards, die Sie im ganzen Konzern durchgesetzt haben.

Es wundert mich sehr, dass Sie die interne Revision nicht eingesetzt haben oder nicht einsetzen haben lassen. Bei einer vernünftigen Betrachtung des ganzen Vorganges, der da stattgefunden hat, nämlich diese unglaubliche Entwicklung, dieser Kurssprung an einem Tag, mit einem anschließenden Wiederabsturz, war, glaube ich, jedem hier im Saal völlig klar, dass das in irgendeiner Weise mit dem Stock Option-Programm zusammenhängen muss.

Wenn Sie eine Entwicklung haben, die sich völlig atypisch gegenüber den Entwicklungen in den Jahren davor, und zwar durch einen einzigen Kurssprung, justament am Stichtag für das Stock Option Programm bewegt; dann müssten doch

Sie als Aufsichtsratsvorsitzender sich auch irgendwie Gedanken machen, ob das nicht mit dem Stock Option-Programm zusammenhängt.

Wenn aber diese Kursschwankung damit zusammenhängt, dann ist es so, dass das interne Umfeld – Sie sprechen ja vom Top-Management – natürlich zwangsläufig damit in Zusammenhang zu bringen ist. Und wenn das interne Management geprüft werden sollte, dann können Sie das durch nichts anderes besser machen als durch die interne Revision.

Insofern scheint mir die Argumentation in keiner Weise nachvollziehbar. Ich bedauere zutiefst, dass es da keine Befassung gegeben hat. Ich nehme an, Sie werden keine weitere Erklärung dazu haben.

Dr. Peter Michaelis: Herr Pilz hat mir netterweise diese Unterlage, die hiezu an Herrn Wanovits von der Finanzmarktaufsicht geschickt worden ist, zur Verfügung gestellt. Ich darf hier vorlesen, dass hier in Punkt 1. die FMA zu der Erkenntnis kommt:

(...), dass die Euro Invest Bank als Börsenmitglied der Wiener Börse –

das ist leider sehr schlecht zu lesen –

bei Ihrer Geschäftstätigkeit (...) Schädigung des Ansehens der Börse gemäß (...) Aktiengesetz zu vermeiden, verletzt hat. – Zitatende.

Das heißt, die FMA ist da zu der Erkenntnis gekommen, dass es Herr Wanovits offenbar gewesen ist, der das durchgeführt hat, und durch die Art, wie er dort agiert hat, das Ansehen der Börse verletzt hat. Daraus ist aber sozusagen kein strafbarer Tatbestand abgeleitet worden.

Wenn Sie jetzt hingehen und sich einmal in die Situation eines Unternehmens versetzen: Die Oficialbehörde kommt zu dieser Erkenntnis, und Sie als Aufsichtsratsvorsitzender misstrauen Ihrem eigenen Vorstand und setzen dann noch einmal die Revision ein – ich glaube, dann kommt es zu einem Spannungsverhältnis. Dann können Sie sich entweder als Aufsichtsratsvorsitzender verabschieden oder müssten den Vorstand rausschmeißen.

Wenn da eine offizielle Behörde zu der Erkenntnis kommt, dass hier – verzeihen Sie, wenn ich mich vorhin etwas salopp ausgedrückt habe – kein strafbarer Tatbestand zu erkennen ist; dann glaube ich, dass wir damit die Überprüfung der richtigen Instanz überlassen haben und uns kein Vorwurf gemacht werden kann, dass wir nicht noch weitergehende Überprüfungen durchführt haben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Die Antwort erstaunt mich jetzt etwas, Herr Michaelis. Ich glaube, die FMA prüft einen Verstoß gegen das Börsegesetz, etwas, das ausschließlich im Bereich der Börse stattgefunden hat; Sie als Aufsichtsratsvorsitzender prüfen hingegen Zusammenhänge mit dem **Unternehmen**.

Wenn Sie nun feststellen, dass es eine Kursentwicklung gibt, die ausschließlich eine begünstigte Gruppe hat – und das sind die Stock-Option-Mitglieder –, dann können Sie doch nicht einfach darauf vertrauen, dass die FMA feststellt: Es gibt einen marginalen Verstoß oder keinen Verstoß gegen das Börsegesetz durch eine ausgelagerte Person. Sondern bei Ihnen müssen doch die Alarmglocken klingeln und Sie müssen sagen: Das hat hier im Haus stattgefunden! Und wenn Sie die Revision einsetzen, ist es auch nicht so, dass das in irgendeiner Zeitung steht, sondern das passiert still und leise und effizient.

Insofern ist das nicht nachvollziehbar. Sie sind Aufsichtsratspräsident. Keine Frage, der Vorstand hätte das eigentlich müssen. Der Aufsichtsratspräsident hat der Hauptversammlung, den Eigentümern gegenüber die große Verpflichtung,

sicherzustellen, dass der Vorstand ordnungsgemäß funktioniert. Bei einem Stock Option-Programm, das da offensichtlich ausgelöst wird, können Sie davon ausgehen, dass das nicht der Fall ist. Das heißt, Ihre Verantwortung als Aufsichtsratspräsident wird ganz besonders schlagend. Ich hätte mir erwartet, dass man in diesem Fall selbstverständlich interne Revision anordnet, eine Untersuchung durchführt – das können Sie auch als Aufsichtsratspräsident. Ich sage das nur deshalb, weil Sie Sarbanes-Oxley vorhin erwähnt haben. Auch im Lichte der Fragen des Kollegen Pilz kann ich nicht nachvollziehen, warum bei derart dramatischer Entwicklung des Kurses, die ganz offensichtlich aus dem Haus gesteuert sein **muss**, die FMA überhaupt noch relevant ist, und nicht die Staatsanwaltschaft und die eigene interne Revision. Die interne Revision kann auch Dinge herausbefördern, bevor Sie das in die Öffentlichkeit bringen. Ich verstehe es nicht.

Eine letzte Frage: Waren Sie am Stock-Option-Programm beteiligt?

Dr. Peter Michaelis: Darf ich dazu noch nur eine kurze Erwiderung äußern? – Die Kurssprünge, die an diesen Tagen stattgefunden haben, waren sehr hoch. Man weiß heute, dass auch bewusst gegen den Kurs spekuliert worden ist, nach unten. Das heißt, externe Kräfte haben sehr wohl offenbar Interesse gehabt, den Kurs in irgendeiner Weise zu manipulieren. Deswegen ist **nicht** die interne Revision das Instrument, um so etwas herauszufinden, sondern die hoheitliche Behörde, die FMA. Das ist auch die richtige Instanz, um diese Art von Dingen zu untersuchen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nein. Der Nutznießer des Kurssprunges am **Stichtag** – und ich rede vom Stichtag und nicht von einer Entwicklung über Wochen – war einzig und alleine der Vorstand im Unternehmen. Das ist völlig klar.

Kurze Frage: Der Aufsichtsrat ist nicht am Stock-Option-Programm beteiligt gewesen?

Dr. Peter Michaelis: Nein, ich bin immer ein Gegner davon gewesen die Kontrollinstanz des Unternehmens in irgendeiner Weise zu incentivieren, weil es da zu einer Vermischung in den Verantwortlichkeiten kommt.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Nochmals zum Thema interne Revision versus FMA: Die FMA hat etwas anderes geprüft und die interne Revision hat sehr große Erfolge gerade in der Aufklärung dieser abenteuerlichen Prozesse, die in der Telekom ablaufen. Auch im Zusammenhang mit Hohegger hat gerade die interne Revision 16 Geschäftsfälle aufgezeigt, wo keine Gegenleistung gegenübersteht. (*Obfrau Dr. Moser: Bitte die Frage!*) – Ich komme gleich dazu.

Im gegenständlichen Fall – Zahlungen an Wanovits – werden Studien beauftragt, von denen das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung klar feststellt: Scheinstudien. Inklusiv Mehrwertsteuer sind es 1,8 Millionen €, die in zwei Teiltranchen ausbezahlt werden. Immer nach der Auszahlung macht Hohegger eine Bar-Abhebung von rund 300 bis 350 000, und das Geld wird in bar übergeben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entschuldigen Sie! Aber das ist wieder Thema f. Herr Dr. Michaelis ist zu **Punkt e** geladen.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Nein, das ist die Auszahlung nach der Kursmanipulation.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ach so, die Scheinrechnungen wegen der Kursmanipulation.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Natürlich. Im Jahr 2004 270 000 €, in der Wehrgasse im 5. Bezirk im Auto. Auch 2004: 130 000 €, Gernot Schieszler mit Josef Trimmel. 2005: 200 000 €, und so geht das weiter.

Ich frage Sie nochmals, ob Sie wirklich nicht der Meinung sind, dass eine interne Kontrolle durch die Revision diese abenteuerlichen Prozesse rechtzeitig aufdecken hätte können. Wir sind ja nur auf die Kursmanipulation draufgekommen, weil Herr Wanovits die letzte Rechnung aus Steueroptimierungsgründen nicht bar bezahlt, sondern überwiesen haben wollte.

Dr. Peter Michaelis: Nach heutigem Erkenntnisstand wäre die interne Revision darauf nicht gestoßen, weil diese Erstellung der Scheinrechnungen erst Monate später erfolgt ist. Das heißt, zu dem Zeitpunkt der Kursmanipulation hat diese Art von Geldgenerierung überhaupt noch nicht stattgefunden. Das heißt, vier Monate später – Entschuldigung! – viele Monate später hat dann diese malverse Geldbeschaffungspolitik begonnen. Das heißt, genau an der Stelle geht die Revision total ins Leere.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Entschuldigen Sie, Herr Dr. Michaelis, das stimmt nicht, denn bereits am 26. Februar hat es diese konspirative Sitzung zwischen Colombo, Sundt und Fischer gegeben.

Dr. Peter Michaelis: Aber die Geldbeschaffung! Was heißt die konspirative Sitzung? – Glauben Sie, dass die Revision eine ... *(Abg. Mag. Kuzdas: Da wurde beschlossen, dass diese Scheinstudie über den osteuropäischen Markt in Auftrag gegeben wird!)* – Das wissen wir heute.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. – Noch eine Zusatzfrage? – Bitte.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Eine letzte Frage, weil es letztlich wirklich relevant ist, was von der Finanzmarktaufsicht geprüft worden ist.

Das eine war die Preismanipulation durch Wanovits. Da hat es damals nach der geltenden Rechtslage kein Straferkenntnis gegeben, weil es eine effektive Manipulation war, das heißt, Geschäfte dahinter gestanden sind und nicht nur fiktiv. Darum ist es zu keiner weiteren Verfolgung gekommen, weil auch die Finanzmarktaufsicht festgestellt hat, dass es für diesen Straftatbestand egal ist, ob es Dritte gegeben hat oder nicht. Das zweite, das man geprüft hat, war, ob das Ansehen der Börse verletzt worden ist. Da hat es das Straferkenntnis gegeben.

Das, was aus meiner Sicht eigentlich für das Unternehmen relevant gewesen wäre, ist ja der Tatbestand der Untreue, beziehungsweise festzustellen, ob es Verbindungen zwischen den Telekom-Managern und Wanovits gegeben hat.

Sind Sie davon ausgegangen, dass die Finanzmarktaufsicht auch prüft, ob es eine Verbindung zwischen Wanovits und Telekom-Managern gibt und dass sie auch einen etwaigen Untreueverdacht überprüft?

Abschließend möchte ich Sie noch mit dem konfrontieren, was Trimmel in einer Befragung gesagt hat, nämlich dass man eigentlich lediglich die Rufdaten ausheben hätte lassen müssen, um die Telefonate zwischen ihm, also Trimmel, und Wanovits festzustellen. Das heißt, es wäre eigentlich relativ leicht gewesen, intern zu überprüfen, ob es einen Kontakt zwischen den Begünstigten und denen gegeben hat, die manipulieren. Dazu hätte ich eigentlich nur die E-Mails und die Kontaktdaten checken müssen.

Dr. Peter Michaelis: Ich bin zum damaligen Zeitpunkt davon ausgegangen, dass die FMA umfassend prüft.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der Auskunftsperson Dr. Michaelis und verabschiedet diese.

17.47

Obfrau Dr. Gabriela Moser unterbricht die Sitzung zwecks Abhaltung einer Fraktionsführer-Besprechung.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 17.48 Uhr **unterbrochen** und um 17.54 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt – um 17. 54 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und teilt mit, dass sich die für diesen Tag vorgesehene Auskunftsperson Dr. Kurt Pribil – sie habe Dr. Pribil für sein Entgegenkommen gedankt – bereit erklärt habe, am 13. März, 10 Uhr, neuerlich in den Ausschuss zu kommen.

Sodann erklärt die Obfrau die Sitzung für **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 17.56 Uhr

ANHANG

Die folgenden Einwendungen von Auskunftspersonen wurden gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA vom Untersuchungsausschuss in seiner Sitzung vom 10. Mai 2012 als zulässig beschlossen:

Einwendung der Auskunftsperson Dr. Peter MICHAELIS gem.

§ 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 12. Sitzung des

Untersuchungsausschusses

zur Klärung von Korruptionsvorwürfen am 27. Februar 2012

- Auf Seite 122 (in der Mitte) muss es statt „Ich bin nicht für die Auswertung fachzuständig gewesen“ richtig lauten: „Ich bin nicht für die Austria Tabak fachzuständig gewesen“.